1. Dezember 1983 - D * * *

AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
ummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
ahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 280 - 48. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

POLITIK

Israel/USA: Israel lehnt den Friedensplan von US-Präsident Reagan für den Nahen Osten nach wie vor ab. Beide Staaten wollen ihre wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit aber beträchtlich ausweiten, sagte Regierungschef Shamir in Washington.

Bangladesch: Die Militärregierung hat die Schließung des sowjetischen *Kulturzentrums* in Dacca und die Reduzierung des Botschaftspersonals um 18 Diplomaten angeordnet. Die Maßnahme folgt auf schwere Straßenunruhen in den vergangenen Tagen.

Stingl-Nachfolger: Das Bundeskabinett hat den Wechsel von Heinrich Franke (CDU) vom Posten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Arbeitsministerium an die Spitze der Bundesanstalt für Arbeit genehmigt. Er löst Josef Stingl ab, der aus Altersgründen im März ausscheidet.

Nicaragua: Die USA haben dem nicaraguanischen Innenminister Tomas Borge die Einreise verweigert. Offenbar wurde befürchtet, er werde seinen Aufenthalt zu Propagandazwecken mißbrauchen.

Mittelstreckenwaffen: Moskau sei nicht bereit, nach einer „kurzen Pause" die abgebrochenen INF-Verhandlungen in Genf wieder aufzunehmen, schrieb die amtliche Nachrichtenagentur. Der US-Chefdelegierte Nitze erklärte, es seien in absehbarer Zeit keine Initiativen zu erwarten, um die Sowjets zur Rückkehr an den Verhandlungstisch zu bewegen. (S. 1)

Flüchtling verletzt: An der innerdeutschen Grenze bei Obersuhl (Kreis Hersfeld/Rothenburg) ist gestern ein Fluchtversuch gescheitert. Der Flüchtling löste beim Versuch, den Metallgitterzaun zu überwinden, eine Selbstschußanlage aus und wurde offenbar schwer verletzt. (S. 4)

Heute: Irlands Ministerpräsident FitzGerald bei Kanzler Kohl. – Bundestagsausschuß berät über Aufhebung der *Immunität* Lambsdorffs. – Aufsichtsrat von Daimler-Benz entscheidet über Nachfolge des verstorbenen Vorstandsvorsitzenden Prinz. – Sozialistisch-kommunistischer Parteien-Gipfel in Paris. Aktuelle Stunde des Bundestages zum Thema Südafrika.

WELT-Report Karriere '84

Noch geht der Atem der Konjunktur nicht leicht. Bleibt da für Karriere noch Platz? Karriere '84 beweist mehr denn je, neues Management muß an die Ruder, die Gehälter sind gut. Allein Innovation, auch personelle, zieht den Karren aus dem Dreck, meint etwa Professor Karl Steinbuch im 20seitigen farbigen Report.

WIRTSCHAFT

Konsum steigt: Der Einzelhandel rechnet für 1983 mit einem Umsatzzuwachs von 2,5 bis drei Prozent, nachdem im Vorjahr nur ein Plus von 1,2 Prozent erreicht wurde.

Geld aus Moskau: Polen soll einen neuen Kredit von etwa 1,7 Milliarden DM von der Sowjetunion erhalten.

Hapag-Lloyd: Trotz weiterer Fortschritte bei der Umstrukturierung rechnet der schwer angeschlagene Konzern für dieses Jahr nochmals mit einem erheblichen Verlust. (S. 11)

Auftragsschub: Kräftigen Auftrieb erhielt der deutsche Maschinenbau im Oktober aus dem Ausland. Die Aufträge erhöhten sich um 21 Prozent, während Orders aus dem Inland um ein Prozent zurückgingen.

Einkommens-Prognose: Die Realeinkommen werden nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im nächsten Jahr erstmals seit 1981 wieder leicht steigen.

USA: Das Handelsbilanzdefizit erreichte im Oktober den neuen Monatsrekord von 8,97 Milliarden Dollar. Für das gesamte Jahr wird ein Fehlbetrag von 70 Milliarden veranschlagt, verglichen mit 42,7 Milliarden 1982. (S. 9)

Börse: *Zum Monatsultimo* konnten sich die Aktienkurse zum Teil deutlich verbessern. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 150,0 (Vortag 148,5) einen neuen Höchststand. Der Rentenmarkt notierte etwas leichter. Dollar-Mittelkurs 2,6970 (2,7205) Mark. Goldpreis je Feinunze 405,00 (391,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Gesamtwirtschaftlich ist mit einem realen Wachstum von einem Prozent für 1983 mehr erreicht worden, als nahezu alle Prognostiker vorhergesagt haben «

Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (S. 8)

FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

Rubens-Zeichnung: Den bisher höchsten Preis für eine Zeichnung – 1,3 Millionen Mark – hat das Paul-Getty-Museum für Peter Paul Rubens' „Mann in koreanischer Tracht" auf einer Auktion in London gezahlt.

„DDR"-Dirigent: Der Dirigent Günther Herbig aus der „DDR" übernimmt 1984 die Leitung des Detroiter Symphonie-Orchesters. Herbig hat bereits die Berliner Symphoniker und das Leipziger Gewandhaus-Orchester dirigiert.

SPORT

Ski: Mehr alpine Weltcup-Rennen als jemals zuvor gibt es im Winter 1983/84: An 75 Tagen finden in 62 Rennen 73 Wettbewerbe statt. Der erste ist heute in Krankaja Gora (Jugoslawien). (S. 15)

Volleyball: Damen-Bundesligaklub VfL Oyte will Meister SV Lohhof und Trainer Niemczik verklagen. Lohhof hatte das Spiel in Oyte wegen zu glatten Bodens beim Stand von 2:2 abgebrochen.

AUS ALLER WELT

Vergeblicher Appell: Trotz eines Gnadengesuchs von Papst Johannes Paul II. ist der zum Tode verurteilte Mörder Robert Sullivan gestern in Florida hingerichtet worden.

Heineken frei: Zwei Tage nach Zahlung eines Millionen-Lösegelds konnte die holländische Polizei gestern den vor drei Wochen entführten „Bierkönig" Heineken und seinen Fahrer befreien. (S. 18)

Wetter: Heiter bis wolkig, trokken. Minus 3 bis plus 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Die USA und Israel rücken politisch enger zusammen

Auch Absprache über Militär-Kooperation / Zusagen an Shamir

THOMAS KIELINGER, Washington

Die Vereinigten Staaten und Israel sind übereingekommen, eine neue Partnerschaft beträchtlich erweiterter *militärischer und politischer* Absprachen einzugehen. Dies ist das Ergebnis der zweitägigen Gipfelgespräche, zu denen Israels Premierminister Yitzhak Shamir und Verteidigungsminister Moshe Arens in die amerikanische Hauptstadt gekommen waren.

Mit ihrem neuen *Anlauf zu einer* strategischen Kooperation knüpfen beide Regierungen an den Herbst 1981 an, als *zum erstenmal* ein „Memorandum des Einverständnisses" zwischen Washington und Jerusalem paraphiert worden war.

Der damalige Plan einer angestrebten engen Partnerschaft zerbrach aber bereits Ende 1981, als Jerusalem die syrischen Golan-Höhen annektierte. Washington kündigte darauf verärgert die strategische Kooperation auf.

Die neuen Realitäten in Libanon, *vor allem die militärische und politische* Präsenz Moskaus in Damaskus sowie Syriens Unnachgiebigkeit in der *Frage eines Rückzugs* aus Libanon haben die Amerikaner jetzt bewogen, ihre Politik des Abstandhaltens gegenüber Israel aufzugeben. Es war dabei vor allem Außenminister Shultz, der mit mehr Enthusiasmus *als Verteidigungsminister* Weinberger die neue, verbindlich festgelegte Kooperation mit Jerusalem empfahl.

Als ersten Schritt vereinbarten beide Seiten die Gründung eines gemeinsamen militärischen Komitees, das sich im Januar 1984 zu seiner konstituierenden Sitzung treffen will. *In diesem Gremium sollen zunächst* drei Schwerpunkte verhandelt werden:

- *gemeinsame militärische* Absprachen genereller Natur
- Planung für gemeinsame Manöver, die aber, worauf die USA beharren, im Luft- und Seeraum im östlichen Mittelmeer stattfinden sollen, *auf keinen Fall auf* israelischem Boden;
- Vorwärtsverlegung von amerikanischem *Material in Israel, worunter* aber nur sanitäre und medizinische Ausrüstungen verstanden werden.

Amerikanische und israelische Beamte betonten nachdrücklich, daß die neue strategische Kooperation *„auf keine militärischen Aktionen* gegen Syrien oder ein anderes arabisches Land abzielt". Ebenfalls solle sie nicht den Abzug der amerikanischen Luftlandetruppen aus Beirut vorbereiten, etwa mit dem Nebengedanken, *daß Israel die Sicherungs*funktion der Marines übernehmen könne.

Präsident Reagan *erläuterte* gestern zum Abschied der israelischen Gäste die Aufgabe des gemeinsamen Militärkomitees: „Diese Gruppe soll mit erhöhter Priorität jene Bedrohung gegen unsere gemeinsamen Interessen analysieren, die aus der gewachsenen Involvierung der Sowjets *im Nahen Osten entstanden ist.*"

Shamir und Arens konnten bei ihren Gesprächen in Washington noch *drei weitere militärische* Konzessionen erzielen: Der Lieferungsstopp für amerikanische „cluster bombs" (Streubomben, die beim Aufprall über eine beträchtliche Fläche detonieren) wird nach einjährigem Verbot wieder aufgehoben. Ein noch größerer Teil der US-Militärhilfe als bisher wird den Israelis als nicht rückzahlbares Darlehen (praktisch als Schenkung) zugute kommen. Von dieser *Hilfe* darf ein beträchtlicher Teil zur Entwicklung des für den

● Fortsetzung Seite 8

Kohl und Strauß setzen Gespräch fort

Der CSU-Vorsitzende klagt über Mangel an Informationen aus Bonn

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Ministerpräsident Franz Josef Strauß sind darum bemüht, für die Zukunft ein harmonischeres Verhältnis herzustellen. Dies soll vor allem dadurch geschehen, daß beide Politiker häufiger miteinander sprechen, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Dadurch sollen Konflikte schon im Ansatz bereinigt werden. Kohl, so hieß es im Kanzleramt, sehe seinerseits einen berechtigten Anspruch von Strauß, am Informations- und Willensbildungsprozeß der Koalition beteiligt zu sein, zumal er dem Kabinett – als einziger Vorsitzender einer Koalitionspartei – nicht angehöre.

Kohl und Strauß sprachen zwei Stunden lang unter vier Augen miteinander. Der Kanzler war dazu in das Bonner Haus des CSU-Vorsitzenden gekommen. Beide beabsichtigen diese Unterredung Mitte des Monats fortzusetzen, und dann soll es eine Runde im Dreier-Kreis, also mit dem FDP-Vorsitzenden Genscher, geben. Bereits in den vergangenen Wochen hatten die Minister Stoltenberg und Blüm den CSU-Vorsitzenden in München aufgesucht. Der Bundesfinanzminister erörterte mit Strauß die Haushaltsproblematik und die Perspektiven der Bonner Finanzpolitik. Blüm besprach mit ihm seinen Vorschlag, eine Vorruhestandsregelung zu beschließen.

Bei der Begegnung zwischen Kohl und Strauß am Dienstag wurden

SEITE 2:
Männerfreunde
SEITE 5:
Das Personalpuzzle in der CSU

„Trümmer" der vergangenen Monate beseitigt. Die Haltung der Bundesregierung zu der amerikanischen Intervention auf Grenada spielte dabei eine Rolle, Strauß hatte sich vor allem über den Satz in der Stellungnahme der Regierung geärgert, wenn Bonn vorab gefragt worden wäre, hätte es den USA abgeraten. Kohl, so hieß es von unterrichteter Seite, habe aber in dem Gespräch mit Strauß zur Erklärung der Bundesregierung gestanden.

Strauß, so verlautete, führte Klage über mangelnde Informationen aus Bonn. Er verwies auch darauf, daß *vor der letzten Regierungsbildung* ein kontinuierlicher Meinungsaustausch der drei Parteivorsitzenden *verabredet worden* sei und *man* deshalb darauf verzichtet habe, einzelne Felder des Regierungsprogramms auszudiskutieren. Bislang aber habe es *nur eine solche Begegnung* gegeben, was – da er nicht dem Kabinett angehöre – ein Ungleichgewicht gegenüber der CSU *zur Folge habe*. Der Bundeskanzler hat sich diese Klagen angehört und seinerseits zugesichert, *Mängel, so weit es gehe, abzustellen.*

Über eine Beteiligung von Strauß im Bundeskabinett wurde allenfalls *am Rande gesprochen*. Strauß hat wiederholt gesagt, er laufe nicht unruhig vor dem Kanzleramt auf und *ab, um zum Kabinettstisch* zugelassen zu werden. In diesem Sinne dürfte er sich auch gegenüber Kohl geäußert haben, was freilich *offenläßt*, ob er ein Ministeramt in Bonn anstrebt oder nicht. Die CSU hat für den Fall, *daß Bundeswirtschaftsminister* Graf Lambsdorff angesichts der Vorwürfe der Staatsanwaltschaft zurücktreten sollte, erklärt, es gebe „*keine Erbhöfe*" hinsichtlich der Ressortverteilung. Die FDP ihrerseits werde sich *fragen, ob ihr dann ein Nachfolger im* Amt des Wirtschaftsministers nütze, dem die Kompetenz dazu fehle. In *einem solchen Stadium werde der* Kanzler über ein Kabinettsrevirement, bei dem die FDP entsprechend *abgefunden werden müßte, nachdenken.*

Lambsdorff spricht von „Irreführung"

Im Kabinett beteuert der Minister seine Unschuld / Kritik an der Staatsanwaltschaft

STEFAN HEYDECK/DW, Bonn

Der Geschäftsordnungsausschuß des Bundestags wird heute früh aller Voraussicht nach dem Parlament empfehlen, die Immunität von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) aufzuheben und damit den Weg für die Anklageerhe*bung freizumachen. Bei der Abstim*mung über einen solchen Beschluß, zu der es noch in dieser Woche kom*men kann*, will sich auch die FDP-Fraktion nicht widersetzen. Sie will damit erreichen, daß die ihrer Meinung nach unhaltbaren Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen Lambsdorff so schnell wie möglich ausgeräumt werden. So sagte gestern der Rechtsexperte der FDP-Fraktion, Detlef Kleinert, *in einem WELT-*Gespräch: „Es ist alles viel zu dünn."

Lambsdorff widersprach auf der gestrigen Kabinettssitzung den Anschuldigungen: „Ich erkläre zum wiederholten Male: Ich habe als Minister von der Firma Flick keine einzige *Mark erhalten, angefordert* oder vermittelt. Daher hat es auch keine Vorteile gegeben, die irgendeinen Ein*fluß auf meine Entscheidungen* hätten haben können." Weiter hielt er der Staatsanwaltschaft vor, ihn, seinen Verteidiger Egon Müller und die Öffentlichkeit „irregeführt" zu haben, indem sie jetzt Anklage wegen des Verdachts der Bestechlichkeit erheben wollen. Dieser Vorwurf sei während des 21monatigen Ermittlungsverfahrens „kein einziges Mal" erwähnt worden. Es zeigte sich jetzt, *daß er gut beraten gewesen sei*, jede mögliche politische und persönliche Konsequenz aus der Anklageerhebung von der Kenntis der Anklageschrift abhängig zu machen. Zu ihr will sich der Minister erst nach Erhalt und Prüfung mit seinem Rechtsanwalt öffentlich äußern.

SEITE 2:
Das Recht ist gefährdet

Kleinert, den seine Fraktion zum alleinigen Sprecher in diesem Fall bestimmt hatte, bezeichnete es als „einzige Überraschung", daß die Staatsanwaltschaft nunmehr Anklage wegen Bestechlichkeit und nicht wegen Vorteilsnahme erheben will. *Alles andere sei* vorhersehbar gewesen. So sei es schon allein aufgrund der Dauer der Ermittlungen nicht *verwunderlich, daß es keine Einstel*lung gegeben habe.

„Völlig unverständlich" sei es, daß *die Staatsanwaltschaft über ihre Ent*scheidungen auf einer Pressekonferenz informiert habe. Denn: „Zu diesem Zeitpunkt war noch nicht einmal die Immunität aufgehoben"." Überhaupt seien die „Besonderheiten des Verfahrens unübersehbar".

■ Fortsetzung Seite 8

USA warten auf Zeichen Andropows

Nitze erwartet Vorschlag Moskaus über Zusammenlegung von START- und INF-Runde

DW. Washington/Bonn

Die USA sehen weitere Indizien für das Bemühen des Kreml, zwischen die Vereinigten Staaten und ihren europäischen Verbündeten einen Keil zu treiben. Präsident Reagans Pressesprecher Larry Speakes nannte es „interessant", daß der sowjetische Staats- und Parteichef Jurij Andropow zum Thema Nachrüstung zwar an europäische Regierungs*chefs, nicht aber an das Weiße Haus* selber geschrieben hat. Reagan habe keine direkte Mitteilung Andropows erhalten, seit die Sowjetunion am Mittwoch vergangener Woche in *Genf die Verhandlungen* über die Mittelstreckenwaffen verlassen hatte.

In einem Brief an Bundeskanzler Kohl beispielsweise hatte Andropow geschrieben, die jetzige Situation sei nicht „unumkehrbar". Moskau sei bereit, dann an den Verhandlungstisch in Genf zurückzukehren, wenn der Westen die Aufstellung der US-Waffen rückgängig mache.

Reagans Sprecher wies darauf hin, daß die Sowjets stets das Bestreben gehabt hätten, mit jedem der NATO-Verbündeten einzeln umzugehen. Er sieht deshalb auch in den Schreiben an Regierungschefs in Europa den Beweis dafür, daß der Kreml diese *Politik intensiviere*.

Die USA wollen, wie ihr Verhandlungsführer bei den Genfer INF-Gesprächen, Paul Nitze, erklärte, in absehbarer Zeit keine Initiative ergrei*fen, um Moskau zu einer Rückkehr* zu bewegen. Es würde ihn jedoch nicht überraschen, sagte Nitze, wenn die Sowjetunion *ihrerseits* vorschlagen würde, die Gespräche über die Mittelstreckenraketen mit den Verhandlungen über strategische Atomwaffen (START) zusammenzulegen.

In London berichtete Nitze ferner, in der Hauptsache der INF-Verhandlungen seien die USA und die UdSSR „total auseinander" gewesen. *Dabei sei es um die Frage gegangen*, ob die Sowjetunion ihr Monopol an SS-20-Raketen behalten dürfe, ohne daß amerikanische Raketen stationiert würden. Nitze sagte weiter, in drei von vier Teilbereichen habe es dagegen Annäherungen gegeben. Es seien die Fragen gewesen, ob das britische und französische Atomwaffenpotential einbezogen werden solle, wie die Raketen beider Seiten weltweit zu begrenzen seien und ob auch Flugzeuge, die A-Waffen tragen *können, zum* Verhandlungsgegenstand werden sollten.

Seite 4: Globale Strategie des Kreml

DER KOMMENTAR

Strategischer Konsens

THOMAS KIELINGER

In den bewegten Annalen der *israelisch-amerikanischen* Beziehungen hat es nicht selten Momente gegeben, da die Sollbruchstelle erreicht schien. Vom Sinai-Feldzug 1956 bis zur Libanon-Invasion im Juni 1982 füllen sich die Seiten der Geschichte mit drastischen Episoden israelisch-amerikanischer Spannungen. Doch wie auch immer – es ist eine historische Tatsache: Beide Länder sind untrennbar aufeinander angewiesen. Die USA sind der unersetzbare Garant für Israels Überleben als nationale Einheit. Israel seinerseits ist *bisher* der verläßlichste Ansprechpartner der USA im Nahen Osten – ein Land und eine *Gesellschaft*, deren Wertsystem und strategische Bedeutung die amerikanische Politik in diesem Raum gleichsam verankern.

Der strategische Konsens, den Präsident Reagan und Ministerpräsident Shamir jetzt in Washington festgeschrieben haben, übersieht durchaus nicht die Differenzen, die in einigen Fragen – Zukunft der Autonomie-Verhandlungen etwa und *israelische Siedlungspolitik* – zwischen Washington und Jerusalem weiter bestehen bleiben. *Aber er rückt diese Differenzen* ins zweite Glied und betont die gemeinsamen Ziele. Schon diese durchzusetzen, dürfte heute schwer genug sein. Weder Ame*rikaner noch Israelis wissen bis*her eine Antwort auf Syriens harte Haltung in der Libanon-Frage. Da ist es vernünftig, Syrern und Sowjets zunächst die Stabilität der israelisch-amerikanischen Partnerschaft vorzuführen. Herausforderung und Antwort. Das ist ein Gesetz, welches den Anstieg des Gefahrenpegels begleitet.

Die erste Probe auf die israelisch-amerikanische Stabilität kommt heute in Gestalt des libanesischen Präsidenten nach Washington zu Besuch. Gemayel *fühlt sich in einer Falle:* Das Abkommen mit Israel vom 17. Mai zerrt an den dünnen, *kaum* vorhandenen *Fäden der* um ihn gescharten Eintracht. Wieviel kann, wieviel sollte überhaupt an den Texten vom 17. Mai geändert werden? Und wem zuliebe? Syrien würde durch „Konzessionen" vermutlich nur herausfordernder werden.

Die Einigung von Washing*ton enthält somit* einen schicksalhaften Kern. Wenn alle politischen Bemühungen *scheitern, schrumpft der Raum* im Vorfeld militärischer Optionen. Diese könnten in Zukunft Amerikaner und Isrelis Seite an Seite stellen –, eine noch unauslotbare Konstellation in politischer Vulkanlandschaft.

Peking lehnt Gespräche aller Atommächte ab

DW. Peking

Die chinesische Regierung hat sich gegen gemeinsame weltweite Abrüstungsgespräche der fünf wichtigsten Atommächte, zu denen auch China zählt, zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Wie die parteiamtliche Pekinger „Volkszeitung" gestern in einem Kommentar schrieb, werde sich China auf keinen Fall an solchen Verhandlungen *beteiligen*, bevor nicht die beiden Supermächte Sowjetunion und die USA als erste ab*rüsteten*. Auch *den* Vorschlag, *daß* alle Staaten mit Atomwaffen ihr Nuklearpotential „einfrieren" sollten, *könne Peking nicht* akzeptieren.

Der Kommentar erschien einen Tag nach den Gesprächen zwischen chinesischen Spitzenfunktionären und dem *kanadischen Ministerpräsi*denten Pierre Trudeau, der Peking eine entsprechende Abrüstungsin*itiative vorgeschlagen hatte*. Der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang erklärte im Gespräch mit Trudeau, *China halte ernsthafte Abrü*stungsverhandlungen der Sowjets und Amerika für dringender als die *von Trudeau angeregten Gespräche*. Zhao begründete dies mit der chinesischen Auffassung, die Wurzeln der gegenwärtigen Spannungen in der Welt lägen in der Rivalität der beiden Supermächte.

In der „Volkszeitung" wurde an Chinas Vorschläge erinnert, wonach die beiden Supermächte zunächst die Produktion von *Atomwaffen* einstellen sowie alle Arten von Kernwaffen und deren Trägersysteme um 50 Prozent reduzieren müßten.

Nach Befreiung Heinekens Suche nach Lösegeld

dpa, Amsterdam

Der vor drei Wochen *entführte* niederländische Großbrauer und Industrielle Alfred Heineken (60) und sein *Chauffeur Ab Doderer (57)* wurden gestern morgen von einem Einsatzkommando der Amsterdamer Polizei befreit. *Die beiden Opfer einer offen*bar einheimischen Entführerbande waren nach Mitteilung der Polizei in einem *Lagerschuppen* auf dem „Industrieterrain Heining" im Amsterdamer Hafenviertel gefangengehalten worden. *Die Polizei nahm* insgesamt 24 Männer und Frauen unter dem Verdacht der Täterschaft oder *Beihilfe fest.*

Auch ein Teil des Lösegelds, das auf Verlangen der Entführer in mehrere *Währungen aufgeteilt* war, *wur*de sichergestellt. Die Höhe der Lösegeldsumme – holländische Zeitungen *hatten* von *rund 30 Millionen* Gulden (rund 27 Millionen Mark) gesprochen – wird auf ausdrücklichen Wunsch des *Heineken-Konzerns* jedoch nicht genannt.

Bei den Festgenommenen handele es *sich ausnahmslos um Niederlän*der, gab die Amsterdamer Polizei bekannt. Unter ihnen sollen sich auch drei der fünf mutmaßlichen Haupttäter befinden. Nach ersten Ermittlungen sollen alle Verdächtigen untereinander in verwandtschaftlicher Beziehung stehen.

Auf die Spur der Entführer war die Polizei durch einen anonymen Hinweis gelangt. Seit Sonntag wurden die *Entführer* beobachtet. Die Festnahmen erfolgten zugleich an zehn verschiedenen Stellen.

Seite 18: Nach der Befreiung

Die Sowjets sagen Polen weitere Kredite zu

Engere wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart

AP/dpa, Warschau

Polen wird neue Kredite von der Sowjetunion erhalten. Zum Abschluß eines zweitägigen Besuches einer Moskauer Wirtschaftsdelegation unter der Leitung von ZK-Sekretär *Nikolai Rischkow* und *Planungs*chef Nikolai Bajbakow meldete die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass, daß Warschau Kredite in Höhe von 500 Millionen Rubel (1,7 Milliarden Mark) zur Verfügung gestellt werden.

Wie die polnische Nachrichtenagentur PAP *dazu ausführte*, wurden in dem Schlußkommuniqué Vereinbarungen über langfristige gemeinsame Wirtschaftsprojekte unterzeichnet und weitere Verhandlungen über die *Koordinierung der Wirtschafts*pläne für die Zeitspanne 1986 bis 1990 beschlossen.

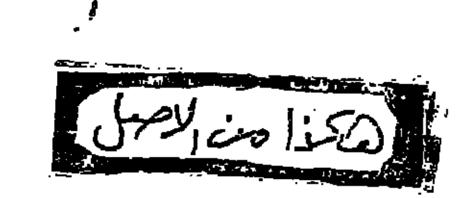
Vereinbart wurde der Bau einer Gasleitung von Kobryn über Brest nach Warschau. Mit ihrem Warenkredit will sich die UdSSR an der Fertigstellung von drei Stahlwerken beteiligen, *darunter dem Großprojekt* der Gierek-Ära, der Hütte Kattowitz, deren Bau wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ins Stocken geraten war. Wie Bajbakow erklärte, werde vom sozialistischen Lager alles getan, um die „Abhängigkeit Polens vom Westen" weiter zu vermindern.

Polen werde diese Investitionshilfe sowie spätere Gaslieferungen mit Koks- und Hüttenprodukten bezahlen, hieß es in dem Kommuniqué. Es *seien auch* Verträge *über Arbeitstei*lung und Zusammenarbeit in der elektrotechnischen Auto- und Schwermaschinenindustrie unterzeichnet worden.

Nach offiziellen Angaben wird der gemeinsame Warenaustausch 1983 etwa 9,8 Milliarden Rubel (33,5 Milliarden Mark) erreichen.

Das Handelsdefizit Polens mit der UdSSR war für 1983 auf rund eine Milliarde Rubel festgelegt worden, es soll jedoch *jetzt* unter 600 Millionen Rubel liegen. Als Gründe werden erhöhte polnische Exporte sowie ein geringerer Bedarf an vereinbarten Einfuhren bei Eisenerz, Zellulose und holzähnlichen Materialien genannt. Rund 80 *Prozent* der sowjetischen Lieferungen nach Polen Rohstoffe.

G



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Pille für Papandreou

Von Ulrich Lüke

Zypern ist gewiß nicht der Nabel der Welt. Aber die Unabhängigkeitserklärung der türkischen Zyprioten zur „Türkischen Republik Nordzypern" hat ein Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, die Griechen, im Herzen getroffen. Für Andreas Papandreou, den griechischen Ministerpräsidenten, lag es also nahe, die EG mit der Forderung nach scharfen Reaktionen auf den einseitigen Schritt der Türken zu konfrontieren. Die Außenminister der Gemeinschaft haben sich in Brüssel diesem Ansinnen widersetzt – allerdings, ohne Athen zu brüskieren.

Der Versuch Papandreous und seines Außenministers Yannis Charalambopoulos, die Ratspräsidentschaft Athens in der Gemeinschaft für ihre nationalen Sonderinteressen auszunutzen, ist, wenn schon nicht legitim, so doch von allen Präsidentschaften geübte Praxis. Jede Aufregung darüber im Kreis der EG-Partner Athens wirkt folglich wenig überzeugungskräftig.

Die bisherigen Reaktionen aus Athen und Nikosia auf die Erklärung der Inseltürken haben nämlich deutlich gemacht, daß dort der Schritt von der emotionalen Erstreaktion zur nüchternen Suche nach Lösungen noch nicht vollzogen wurde. In dieser Situation waren die Außenminister der Gemeinschaft gut beraten, nicht zusätzliches Öl ins Feuer zu gießen. Sie raten zur Mäßigung und – kaum verklausuliert – zum Abwarten.

Dafür gibt es mindestens zwei Argumente: Zum einen kann sich die EG nicht leisten, ohne jeden Vorbehalt an die Seite des Mitglieds Griechenland zu treten – und damit den NATO-Partner Türkei vor den Kopf zu stoßen. Zum zweiten hat die EG keine erkennbare Kompetenz zur Lösung des Zypernproblems. Sie tut folglich recht daran, wenn sie die Vermittlungsbemühungen der UNO und der Zypern-Garantiemacht Großbritannien unterstützt – und nicht durch eigene Aktivitäten stört.

Auch die Reise von EG-Kommissionsvizepräsident Wilhelm Haferkamp am kommenden Wochenende nach Zypern widerspricht dem nicht. Mit dieser Erkundungsmission wird eine Forderung der Griechen erfüllt, ohne daß damit praktische Konsequenzen verbunden wären. Es sei denn, man verstünde darunter, daß Papandreou beruhigt wird und den EG-Gipfel nicht über Gebühr mit seinem Spezialproblem belastet. Und das ist durchaus im Interesse der übrigen Neun.

Männerfreunde

Von Herbert Kremp

Was ein Männerfreund ist, hat sich im Laufe langer Geschichte herumgesprochen. Die Antike beispielsweise war voll davon, aber nicht sie allein. Der Plural ist hinsichtlich der Eindeutigkeit jedoch zweifelhafter als der Singular. Es gibt Männerfreunde – in der Politik, die sich, wenn der fröhliche Wein- oder Nockherberg nichts Feuchteres nahelegt, mit trokkenster Materie beschäftigen. So sei das, heißt es, mit Kohl und Strauß: Sie seien Männerfreunde.

Wer erfindet eigentlich einen so blöden Begriff? Die Wortbildung enthält eine (politische) Anzüglichkeit. Sie bringt in die sicher komplizierte, aber notwendige Beziehung zweier Politiker das Gefälle der Ironie. Das Wort wurde zum Unernst geboren. Man sieht in seinem Zwielicht zwei gewichtige Herren Arm in Arm oder gar Arm über Schulter über bewaldete Höhenwege wandeln, teils in innigem Schweigen, so daß man den Vogel singen hört, teils in jeweils nickender Zustimmung aufeinander zulauschend, dann aber auch einmal lauter sich aussprechend, denn der Wald, wo die beiden gehen, ist gesund, feucht und tief, wie einst alle Wälder Germaniens, die Schärfen mindernd und oftmals sogar die Klarheit.

Unter Männerfreunden stellt man sich gemeinhin kräftige Männer vor, schnürstiefelbewehrt und in rurales Loden gehüllt. Vielfach sind die katholisch. Wenn die Kirchenglocke oder die leichtere Kuhglocke ertönt, bleiben Männerfreunde stehen und erfreuen sich ganz direkt der Schönheit des einfachen klaren Lebens. Sie haben Prinzipien, so stellt man es sich vor, die sie als Pragmatiker gelegentlich verschweigen, wenn sie wieder im Tal sind – aber sie haben sie. Denn Männerfreundschaft hat etwas Unbedingtes. Sie wird, solange es sie gibt, stets von einem Hauch des Soldatischen umgeben sein, von jener Standfestigkeit, jener Treue und vor allem jenem Opfersinn, der seit de Vignys rührendem literarischen Zeugnis zu den Tugenden des Mannes von Brust zählt.

Daß Traditionelles dieser Art, vor allem die Assoziation vom Markigen, das zur Männerfreundschaft gehört, zum Gespött einlädt und wohl gerade zu diesem Zweck unseren beiden Freunden begrifflich übergestülpt wurde, gehört zum elenden Charakter der Epoche. Diese wird ihre Lächerlichkeit eines Tages aushauchen, und es werden Männerfreunde übrigbleiben, die echten. Vielleicht sind sie gerade einmal die letzten, aber Männerfreunde haben sich immer wieder vermehrt.

Zeitverschiebung

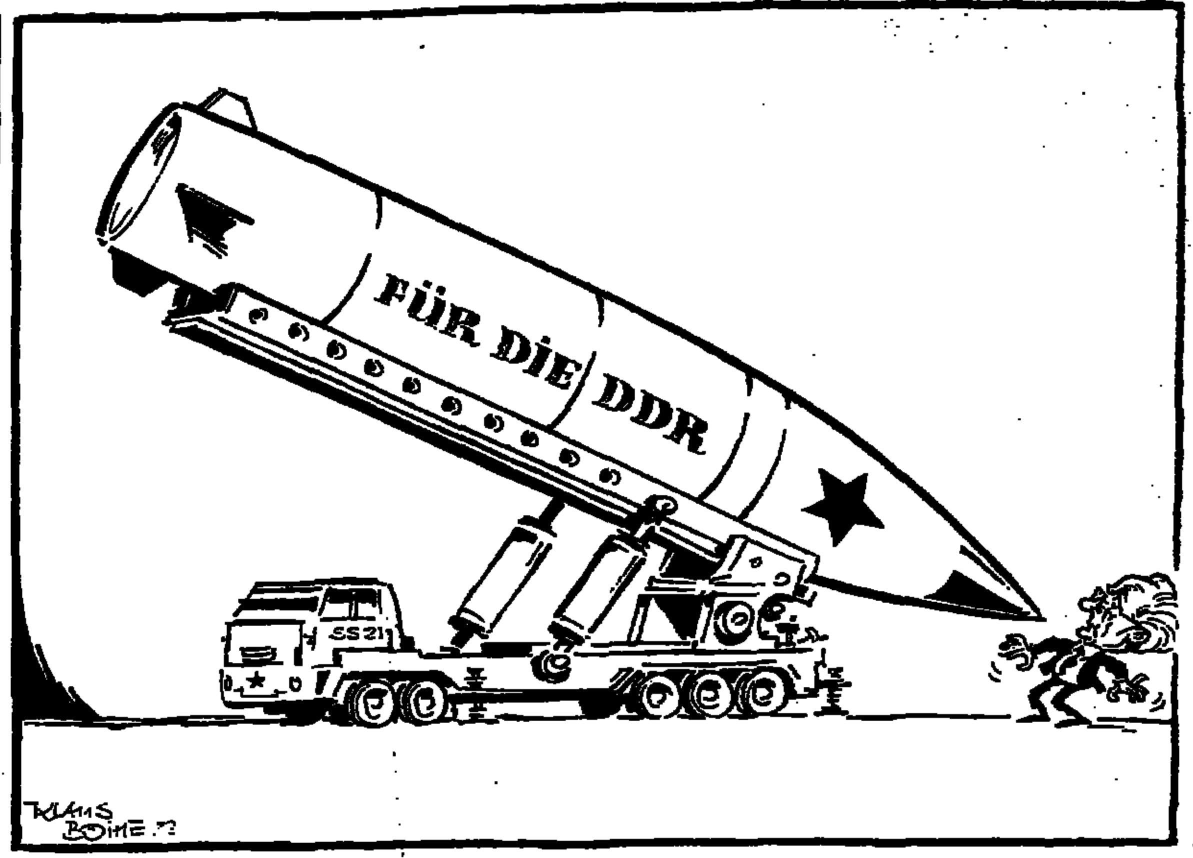
Von Bernd Hummel

In der nordhessischen Kleinstadt Wanfried, an der Grenze zur „DDR" gelegen, gehen die Uhren anders. Denn den Bürgern läuft die Zeit hinterher. Bis zu 14 Minuten pro Tag gehen zumindest die netzabhängigen Uhren nach aufgrund einer deutsch-deutschen Besonderheit: Der Ort wird mit Elektrizität aus dem benachbarten Thüringen versorgt.

Daß die Bundesrepublik und die „DDR" nicht gerade auf einer Frequenz liegen, darf man in diesem Fall wörtlich nehmen. Denn während im bundesdeutschen Netz die Frequenz 50 Hertz beträgt – also 50 Stromschwingungen in der Sekunde – liegt sie im östlichen Verbund bei nur 49,5 Hertz. Eine winzige Differenz zwar, aber sie bewirkt erhebliche Abweichungen, letztlich sogar eine deutsch-deutsche Zeitverschiebung.

Der damit verbundene Ärger reicht über Jahrzehnte. Die Hausfrauen haben ständig Sorge um ihr Backwerk, denn ein Viertelstündchen mehr oder weniger im Backofen hat schon so manchem Kuchen zum Weg in den Mülleimer verholfen. Bedeutender freilich wirkt sich das Ganze auf die Industriebetriebe der Stadt aus, weil deren zumeist vom Netz abhängige uhrengesteuerte Maschinen nicht selten mit Verspätung anspringen.

Eingaben an die Landesregierung in Wiesbaden halfen ebensowenig wie permanente Hinweise bei den Stromlieferanten, dem VEB Energieversorgung in Erfurt. Das Energieunternehmen Werramühlen, einer der Großabnehmer, kapitulierte schließlich. In einem Schreiben empfahl es jetzt seinen Kunden, beim Kauf der nächsten neuen Uhr doch bitte schön einem quarzgesteuerten Chronometer den Vorzug zu geben. Damit seien dann alle Probleme gelöst. Der finanzielle Vorteil, den die Wanfrieder bisher durch die deutsch-deutschen Stromlieferungen hatten – der „DDR"-Strom ist um etwa zehn Prozent billiger –, dürfte sich durch diese Nachrüstung allerdings erledigt haben.



Schreck, laß nach!

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Recht ist gefährdet

Von Josef Augstein

Endlich ist die Entscheidung gefallen. Graf Lambsdorff wird angeklagt, und zwar wegen Bestechlichkeit, ohne sich persönlich bereichert zu haben. Das gleiche gilt für die Herren Friderichs, Riemer, von Brauchitsch und Nemitz. Diese beiden letzteren, Manager des Flick-Konzerns, sollen den Politikern Geld für ihre Partei, die FDP, dafür gegeben haben, daß sie den Erlös aus dem Verkauf des Daimler-Benz-Aktienpaketes des Konzerns fast steuerfrei als volkswirtschaftlich förderungswürdig wieder anlegen konnten.

Alle Beteiligten bestreiten das. Seit zwei Jahren wogt die Auseinandersetzung hin und her. Es entbrannte ein regelrechter Machtkampf. Immer wieder berichtete die Presse, je nach Standort, pro oder contra. In jeder Wahlsendung verwies der Vertreter der „Grünen" auf die Flick-Affäre; bald hieß es: „Es wird angeklagt", dann wieder: „Generalstaatsanwalt verhindert Anklage." Es wurde angeklagt.

Wer allerdings hoffte, daß dadurch etwa Ruhe eintrete, dürfte enttäuscht werden. Die Flick-Affäre wird die Bürger, Gott sei's geklagt, noch jahrelang bis zum Überdruß beschäftigen. In den nächsten Monaten geht es darum, ob die Beschuldigten, voran der Minister, weiter im Amt bleiben sollen oder dürfen. Das dauert, bis das Landgericht, Strafkammer, entschieden hat, ob das Hauptverfahren eröffnet wird oder nicht. Wird es eröffnet, wird bis zur Hauptverhandlung orakelt, ob eine Verurteilung zu erwarten ist oder nicht. Dann folgen Berichte über die Hauptverhandlung, Urteil, Revision, usw.. Wird nicht eröffnet, wird die ganze Akte veröffentlicht, um zu beweisen, wie falsch die Entscheidung ist. Manchmal meint man, es gäbe nichts Wichtigeres auf der Welt als die Flick-Affäre. Die Massenmedien mußten den Betroffenen für den Dauerbrenner dankbar sein.

Man verstehe mich nicht falsch: Wenn jemand bestochen wurde, muß das bestraft werden. Die Schuld muß aber in einem rechtsstaatlichen Verfahren durch unbeeinflußte Richter festgestellt werden. Anklage wird erhoben, wenn dafür nach Ansicht der Staatsanwaltschaft „genügender Anlaß" besteht. Das ist kein Schuldbeweis.

Zuweilen wurde so berichtet, als ob die Schuld schon feststehe. Es wurden Teile aus Protokollen veröffentlicht. Wer etwas von der Materie versteht, weiß, daß man die ganze Akte kennen muß, wenn man sich ein Urteil bilden will. Der frühere Justizminister Schmude, der die Vorgänge beurteilen kann, hält die Betroffenen für unschuldig. Das sollte zu denken geben. Ich kann mir kein Urteil bilden, das können aber auch die Journalisten nicht, die den Rücktritt des Grafen fordern. An sich sollte kein Minister im Amt bleiben, gegen den Anklage wegen Bestechlichkeit erhoben wurde. Tritt Graf Lambsdorff aber zurück, wird das todsicher als Schuldeingeständnis gewertet. Seine Gegner hätten ihr Ziel erreicht.

GAST-KOMMENTAR



Dr. Josef Augstein, Rechtsanwalt FOTO: FRITZ RUST

Es fällt auf, daß die Ermittlungsverfahren gegen die anderen Politiker eingestellt wurden. Die Steuersache des Hauses Flick ist doch nicht nur vom Wirtschaftsminister entschieden worden. Der Finanzminister und das Bundeskanzleramt haben die Entscheidung doch auch gebilligt. Der Bundeskanzler a. D. Schmidt hat sich vor Graf Lambsdorff gestellt. Alle Beteiligten haben ihre Unschuld beteuert. Viel wird davon abhängen, ob der Zeuge Diehl glaubwürdig ist, oder ob eine Sekretärin von ihrem toten Chef über alles unterrichtet wurde. Die Beweiswürdigung kann nur das Gericht nach erfolgter Beweisaufnahme vornehmen. Wer in die Mühle eines solchen Verfahrens gerät, muß an der Gerechtigkeit verzweifeln, wenn er als Prominenter, teils angefeindeter Politiker so zum Spielball einer Pressekampagne wird. Da hat es ein namenloser Verbrecher ungleich besser. Graf Lambsdorff nennt das „Hinrichtungsjournalismus".

Daß es bei uns die garantierte Unschuldsvermutung nicht gibt, dürfte nach der Flick-Affäre feststehen. Auch eine Veröffentlichung aus Ermittlungsakten ist trotz Paragraph 353 d StGB in der Praxis nicht strafbar. In der Öffentlichkeit steht die Schuld der Betroffenen fest, bevor ein Richter sich mit der Materie befassen konnte.

Wenn die Sache mit so vielen Emotionen weiter läuft, ist ein rechtsstaatliches Verfahren gefährdet. Der Druck der sogenannten öffentlichen Meinung kann sich zugunsten oder zu Lasten der Betroffenen auswirken. Richter sind auch nur Menschen. Das Recht ist in einer solchen Atmosphäre gefährdet. Ein Machtkampf der Medien, ob schuldig oder nicht, sollte in einem Rechtsstaat ausgeschlossen sein. Das sollte man getrost dem Gericht überlassen, das dafür allein zuständig und kompetent ist.

IM GESPRÄCH Bert Romb…

Macht Jagd auf Maulw…

Von Werner Kahl

Der Vergleich mit der Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen trifft nur annähernd den Kern des Problems, mit dem sich der neue Spionageabwehrchef Bert Rombach fortan zu befassen hat. Seine Aufgabe für den Verfassungsschutz der Bundesrepublik Deutschland ist diffiziler. Denn der besagte Stecknadelkopf, sprich ein Agent, ist unter der 61-Millionen-Bevölkerung des freien Teiles von Deutschland nicht eben leicht herauszufinden. Und seit Beginn der achtziger Jahre operieren die östlichen Spione mit einer neuen, bisher nicht durchschauten Tarnung.



Neuer Chef der Spionageabwehr: Bert Rombach FOTO: HANS-WILHELM HÖFT

Noch die Vorgänger des nun an die Spitze der Abteilung IV (Spionageabwehr) des Bundesamtes für Verfassungsschutz getretenen promovierten Juristen konnten vor allem zwischen 1975 und 1979 mit dem Überraschungseffekt elektronischer Rasterfahndung die (Agenten-)Spreu vom Weizen sondern; dabei ist ihnen zuletzt das Glück der Tüchtigen in Gestalt des geflüchteten Ostberliner Geheimnisträgers Stiller über den Weg gelaufen. Nun aber muß Rombach gegen den subtiler agierenden Gegner aus Ost-Berlin und Moskau mit einem neuen Konzept antreten.

Dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) ist es offenbar gelungen, den katastrophalen Einbruch der westdeutschen Abwehr in das östliche Agentennetz abzuschotten. In letzter Zeit wurden zwar mehrfach Kuriere abgefangen und einige Agenten gefaßt; hochkarätige „Maulwürfe", davon muß man ausgehen, konnten jedoch ihre Gänge weitergraben. Seit sechs Jahrzehnten, immerhin, ist die sowjetrussische Konspiration an der „unsichtbaren Front" („DDR"-Agentenjargon) in Westeuropa aktiv.

Erste Erfahrungen mit dem Gegner aus dem kommunistischen Machtbereich hat Rombach, ein Absolvent der Kölner Universität, nach den juristischen Examina in seiner Heimatstadt beim Bundesamt für Verfassungsschutz gesammelt. 1970 und 1973 wurde er jeweils für ein Jahr in das Fachaufsichtsreferat des Bundesinnenministeriums für den Verfassungsschutz versetzt. Die Terroriswelle der siebziger Jahre und eine sich zugleich steigernde Aktivität östlicher Geheimdienste veranlaßten die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages schließlich, Rombach 1974 mit Fragen der inneren Sicherheit zu betrauen. Es war das Jahr, in dem Bundeskanzler Willy Brandt über den durch alle Kontrollen bis ins Vorzimmer der Regierung geschlüpften „DDR"-Spion Günter Guillaume stürzte.

Für seine damalige Arbeit ließ sich Rombach vom öffentlichen Dienst beurlauben und war unter anderem für die Parlamentarische Kontrollkommission tätig, die für die Geheimdienste zuständig ist. Im Auftrag der Fraktion wurde er zugleich der Fachmann für Untersuchungsausschüsse des Parlaments. Bundestagspräsident Richard Stücklen setzte ihn als persönlichen Referenten ein und schließlich übernahm er das Referat für internationale Beziehungen des Bundestages. Im „Langen Eugen", dem Hochhaus am Rheinufer, erreichte den Ministerialrat die Ernennung zum Abwehrchef. Seine Amtsübernahme am 1. Dezember fällt in eine Zeit vibrierender Hochspannung zwischen Ost und West. Um seine Aufgabe ist er schon deswegen nicht zu beneiden, weil Fachleute in jüngster Zeit einen beklagenswerten Verlust an Schärfe des öffentlichen Bewußtseins für die Dimensionen der politischen, militärischen und technologischen Spionage in der Bundesrepublik festgestellt haben.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

In der Parteispenden-Affäre gilt das Augenmerk der Kommentatoren vor allem der Zukunft des Wirtschaftsministers Graf Lambsdorff:

Frankfurter Allgemeine

„Beurlaubte" und „auf Zeit" bestellte Minister gibt es nicht. Andererseits ist es mißlich, wenn der Wirtschaftsminister auf vielfältige Weise abgelenkt sein wird und auf ihn, dafür wird gesorgt werden, weiterhin „vorverurteilende" Schatten fallen. Der Vergleich wird aufkommen von dem kleinen Funktionsinhaber, der suspendiert wird, und von dem großen, der – so scheint es vorerst Lambsdorffs und seiner Parteiführung Wille zu sein – im Amt bleibt. Aber man darf die andere Seite nicht vergessen: Lambsdorff hatte nicht die Wohltat des in der Stille vonstatten gehenden Ermittlungsverfahrens. Leider kann nicht einmal die Justiz glatt und angenehm versichern, mit den unziemlichen Veröffentlichungen habe sie nichts zu tun. Lambsdorff hat selbst wiederholt seine Unschuld versichert. Der Vorgang ist vom Tatbestand und von seiner Zuordnung her schwierig.

Fuldaer Zeitung

Zur Belastung (und zur Bewährungsprobe für die Koalition) wird der Fall allerdings erst in dem Moment, wenn das zuständige Gericht hinreichende Verdachtsmomente in den Unterlagen der Staatsanwaltschaft entdeckt und das Hauptverfahren eröffnet. Dann ließe sich ein Rücktritt kaum vermeiden, um nicht erdrutschartige Erschütterungen in Bonn auszulösen: Gäbe Graf Lambsdorff sein Amt jetzt auf, gestände er indirekt seine Verwicklung in die verzwickte und undurchschaubare Affäre ein. Eines muß bei der Forderung, sofort Konsequenzen zu ziehen, bedacht werden: Es ist verständlich, daß ein Mensch um Ansehen, Ehre und Recht kämpft.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Hier heißt es über die Begegnung Kohl-Strauß:

Unabhängig von der weiteren Entwicklung des Falles Lambsdorff betrachtet die FDP das Wirtschaftsministerium als ihren in den Koalitionsvereinbarungen verbürgten Besitzstand, die CSU sieht dagegen auch dieses Ressort bei einem Wechsel zur Disposition gestellt. Wenngleich Strauß inzwischen seine Bonner Pläne aufgegeben haben mag, bricht damit der Grundsatzkonflikt zwischen CDU und CSU wieder auf: Kohl will die FDP – bestätigt durch Erfahrungen – als unentbehrlichen Partner äußerst pfleglich behandeln, Strauß aber möchte schon aus Prestigegründen den Einfluß der ungeliebten Liberalen endlich eindämmen. Für den Kanzler wurde das Treffen damit zwangsläufig zu einem erneuten Härtetest im Umgang mit dem störrischen Bayern.

Der DGB, die Armut und der kühne Vergleich mit Weimar

Selbst ein Sozialhilfe-Empfänger verfügt über mehr Kaufkraft als ein Arbeitnehmer vor 50 Jahren / Von Peter Gillies

Eine „neue Armut" wie zu Weimarer Zeiten breitet sich gefährlich aus. Diese Feststellung leitet der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) aus der Tatsache ab, daß immer mehr arbeitslos Gemeldete weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe bekämen.

Richtig daran ist, wie die Bundesanstalt für Arbeit meint, „daß das Problem schärfer wird und die Lage der Arbeitslosen keineswegs rosig ist". Obgleich in jedem Jahr rund fünf Millionen Arbeitsplätze neu vermittelt werden, steigt die durchschnittliche Dauer der Erwerbslosigkeit. Sie beträgt rund sieben Monate.

Es wächst die Zahl jener, die, weil sie nicht ausreichend Beiträge gezahlt haben, kaum oder nur wenige Monate die Versicherungsleistung „Arbeitslosenunterstützung" erhalten. Die geringere Arbeitslosenhilfe erhalten sie nur bei nachgewiesener Bedürftigkeit. So wird auch das „letzte Netz", die Sozialhilfe, stärker in Anspruch genommen.

Armut wie vor fünfzig Jahren? In der Weltwirtschaftskrise schrumpfte das Bruttosozialprodukt in nur 18 Monaten um ein Viertel, sechs Millionen Arbeitslose lebten an der Grenze des Existenzminimums, Fürsorge bedeutete meist Elend und Not.

Mehr als kühn ist der Vergleich zu heute. Selbst ein Sozialhilfeempfänger verfügt derzeit über ein Einkommen, wie es ein Arbeitnehmer vor fünfzig Jahren netto hatte. Ein Rentner des Jahres 1983 besitzt eine Kaufkraft in der Höhe des durchschnittlichen Arbeitseinkommens vor zwanzig Jahren. Mit dem Arbeitslosengeld eines einzelnen von heute mußte in den dreißiger Jahren ein Vierpersonenhaushalt auskommen. Und auch qualitativ verbietet sich der Vergleich mit damals, denn Wohnung, Lebensstandard und Ansprüche der achtziger Jahre sind nicht im Traum mit denen von damals zu vergleichen.

Bedeutet es Armut, das Auto oder den Zweitwagen abzuschaffen, Urlaub auf Balkonien statt auf Mallorca zu machen, kürzerzutreten, freilich ohne Elend zu leiden? Der Begriff der Armut ist deutungsfähig. Er ist wohl überwiegend ein Reflex der Ansprüche.

In die Nähe der Heuchelei gerät die Behauptung der Massenarmut nicht nur im historischen Vergleich. Auch ein Blick über die Grenzen täte not. Ein Arbeitsloser oder selbst ein Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik Deutschland pflegt einen Lebensstandard, der mutmaßlich über dem durchschnittlichen Wohlstand aller Sowjetbürger, auch der meisten Ostblockstaaten, liegt. Ein Vergleich mit unterentwickelten Ländern verbietet sich; aber selbst die Versorgung in Ländern wie Österreich oder Großbritannien ist gravierend schlechter (in letzterem liegt die Sozialversorgung ein Drittel niedriger als bei uns).

„Selbst der tiefste Wohlstandspunkt bei der deutschen Sozialhilfe liegt bei rund 700 Mark netto für einen Einpersonenhaushalt und bei rund 2200 Mark für einen Fünfpersonenhaushalt", stellt Meinhard Miegel (Institut für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik) fest. „Die Armuts-Behauptung scheint mir deshalb bigott", folgert er.

Die epochale Vermehrung von Einkommen und Vermögen in den Jahren seit dem Zweiten Weltkrieg hat nicht nur die Armutsgrenze weit nach oben geschoben (manche meinen: aufgehoben), sondern auch den Wohlstand nach unten abgesichert. Das „Wirtschaftswunder" mag auch neue Reiche geschaffen haben, aber es hat vor allem etwas geschaffen, was in der deutschen Geschichte noch nie gelang: Massenwohlstand.

Das erwähnte Institut errechnete das Durchschnittsvermögen eines deutschen Haushalts 1983 mit 230 000 Mark. Hinzu kommen Renten- und Versorgungsansprüche von rund 130 000 Mark. Das Pro-Kopf-Vermögen wird auf alles in allem 95 000 Mark veranschlagt – wobei Durchschnitte wie diese die Bedürftigkeit einzelner nicht ausschließen.

Eine Armuts-Betrachtung darf sich auch nicht auf die Arbeitsamtstatistik beschränken. Ein Haushalt mit einem Arbeitslosen verfügt oft auch über andere Einkommen aus Arbeit, Transfers oder Vermögen. Und schließlich: Die Schwarzarbeit – Schätzungen schwanken zwischen 100 und 200 Milliarden Mark jährlich – sind auch Einkommen, die in keiner Statistik auftauchen.

Gewiß, die zähe Arbeitslosigkeit ist eine Herausforderung – aber auch eine zum Nachdenken über Begriffe wie Armut. Er hat jedoch die unangenehme Nebenwirkung, daß er den Blick für die Lösung verstellt: mehr rentable Arbeitsplätze.

Budapest gibt dem Fleißigen eine Chance

Manches ist anders im kommunistischen Ungarn, anders als in den „Bruderländern“: Das Warenangebot ist größer, die Öffnung nach Westen, das Leistungsprinzip bekommt eine Chance, ebenso privates Wirtschaften.

Von CARL G. STRÖHM

Im Foyer des Budapester Hotels „Forum“ ist eine elegante BMW-Limousine ausgestellt. Das schöne Stück in dezenten Metallicfarben, von Touristen wie Einheimischen gleichermaßen bewundert, gehört zu einer Verkaufsausstellung von Firmen aus der Bundesrepublik, die ihre Waren – von Kosmetikartikel bis zu elektrischen Haushaltsgeräten und Elektronik – auf dem Markt der Ungarischen Volksrepublik verkaufen wollen.

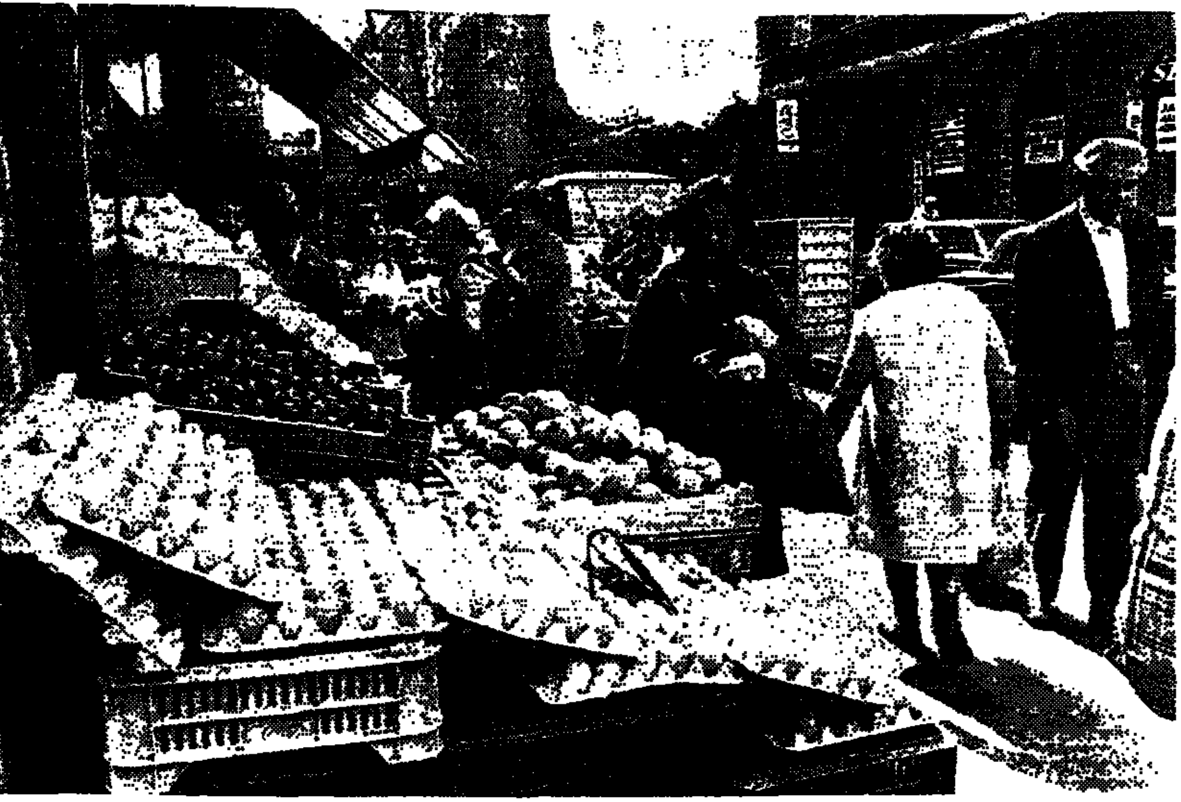
Im Konferenzraum findet gleichzeitig ein Management-Seminar der Esso-Chemie Köln für ungarische Direktoren und Industriefunktionäre statt. Ein deutscher Sprecher dieses „Multis“ erklärt, wie man einen modernen Betrieb organisiert, wie man Personal führt, Kompetenzen verteilt, wie man Mitarbeiter einsetzt und befördert – kurzum: wie man Menschen zur Arbeit motiviert. Konferenzsprache ist Englisch, ungarische Teilnehmer – allesamt Manager und Führungskräfte aus großen staatlichen Betrieben schreiben eifrig mit.

Budapest will in diesen Tagen der internationalen Raketen-Debatte und des Abbruchs der amerikanisch-sowjetischen Genfer Verhandlungen mit allen Mitteln demonstrieren, daß die Kontakte zum Westen nicht abreißen sollen. Die Zahl der amtlichen und privaten Besucher aus Westeuropa in der ungarischen Hauptstadt ist kaum noch zu zählen. Da landet etwa Philipp Rosenthal, der sozialdemokratische Porzellan-Fabrikant aus Bayern, spektakulär und werbewirksam mit einem Einer-Rennruderboot am Ufer der Donau, um anschließend eine deutsche Porzellan-Verkaufsschau zu eröffnen. Auf einer Pressekonferenz erklärt er den versammelten ungarischen Journalisten und Wirtschaftsfunktionären, Karl Marx habe eine zwar richtige Analyse gegeben, aber die Lösungen, die der Marxismus anbiete, seien falsch. Daher habe er, Rosenthal, die Arbeiter seiner Fabrik zu Miteigentümern und Aktionären gemacht.

Die Ungarn fürchten, daß Moskau zur Kasse bittet

Im Gegensatz zu jenen Ungarn, die vor einem Vierteljahrhundert Revolutionen gegen die sowjetische Herrschaft machten und beinahe mit bloßen Händen gegen die sowjetischen Panzer vorgingen, hat die heutige ungarische Generation einiges zu verlieren: die kleinen und mittleren Freiheiten und Möglichkeiten, die Kadars aufgeklärte Volksrepublik ihren Bewohnern bietet. Man fürchtet nicht nur, im Ernstfall in das Schußfeld amerikanischer Raketenschläge zu geraten, noch größer ist die Sorge, der neue Rüstungswettlauf werde – im Zuge des „proletarischen Internationalismus“ – auch die Ungarn zur Kasse bitten, damit sie die Kosten für die sowjetischen Raketen mitbezahlen. Das aber würde zusätzlich zu den bereits bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten angesichts der weltweiten Rezession Ungarn um die Früchte seiner ökonomischen Reformpolitik bringen.

„Da gibt es einige hungrige Dogmatiker, die uns den Erfolg nicht gönnen“, wird mir gesagt. „Im Gegensatz zu anderen sozialistischen Ländern gibt es bei uns genug Lebensmittel, Obst und eine relativ gute Versorgung mit Konsumgütern. Das weckt natürlich einen gewissen Neid bei jenen, die es nicht geschafft haben.“



Einkauf in Budapest: Die ungarische Hausfrau steht nicht Schlange, das Angebot ist reichlich. FOTO: HENNING CHRISTOPH

Hier gibt es keine Schlangen vor den Lebensmittelgeschäften, keinen Mangel an Gemüse und Milch. Sogar Zitrusfrüchte sind ohne Schwierigkeiten zu haben, ebenso Textilien, Lederwaren – letztere in einer Qualität, die manchmal dem westlichen Standard nahekommt. Sicher: Das meiste ist in letzter Zeit erheblich teurer geworden zumal für ungarische Verhältnisse, wo der Durchschnittslohn monatlich 4000 bis 000 Forint beträgt und ein Paar Damenstiefel bis zu 1900 Forint kosten.

Aber es gibt im kommunistischen Ungarn – neben den Leidtragenden der Wirtschaftsreform, etwa den Rentnern und Pensionären, eine breite Schicht von Menschen, die vom neuen Wirtschaftskurs profitieren und deshalb die Linie des Parteichefs Kadar unterstützen. „Früher“, so sagte uns ein jüngerer Ingenieur, „spielte es in meinem Betrieb überhaupt keine Rolle, ob ich gut oder weniger gut gearbeitet habe, ob ich mich mit ganzer oder nur mit halber Kraft für etwas einsetzte. Alle wurden gleich entlohnt – die Fleißigen ebenso wie die Faulen. Jetzt aber sind die Fleißigen im Vorteil. Wir bekommen mehr, wenn wir etwas leisten – die anderen bekommen weniger.“

Überdies, so fügte er hinzu, werde bei der Beförderung auf führende Positionen nicht mehr so sehr darauf geschaut, ob man ein Parteibuch habe, sondern vor allem, ob man qualifiziert sei. Auch bei dienstlichen Reisen in den Westen gebe es keine bürokratischen Hemmnisse mehr. „Das einzige, was man von mir verlangt, wenn man mich in die Bundesrepublik, nach Frankreich oder Österreich schickt – ich muß unsere Produkte verkaufen und Erfolg haben.“ Auf die Frage, was er von der Wirtschaftsreform insgesamt halte, antwortet der Ingenieur: „Wir sind ein kleines Land und haben kaum Rohstoffe. Wir haben eigentlich nur unsere Landwirtschaft und in der Industrie unseren Fleiß. Also müssen wir vorwärtsgehen und beides einsetzen, denn irgendwie muß Ungarn schließlich leben und voranschreiten.“

Ein Hotelmanager sagt mir: „Ich bin verpflichtet, meinen Betrieb so zu führen, daß er zumindestens 63 Prozent ausgelastet ist. Wenn mir das nicht gelingt – nun, dann werden wir nächstes Jahr einen anderen Direktor hier vorfinden.“ Kenner der ungarischen Situation räumen ein, daß die Umstellung auf das Leistungsprinzip nicht immer so leicht vonstatten gehe. Viele Arbeiter und Angestellte hätten sich daran gewöhnt, nur das Notwendigste zu tun. Es müsse also eine neue Wirtschaftsgesinnung wachsen – und das brauche längere Zeit.

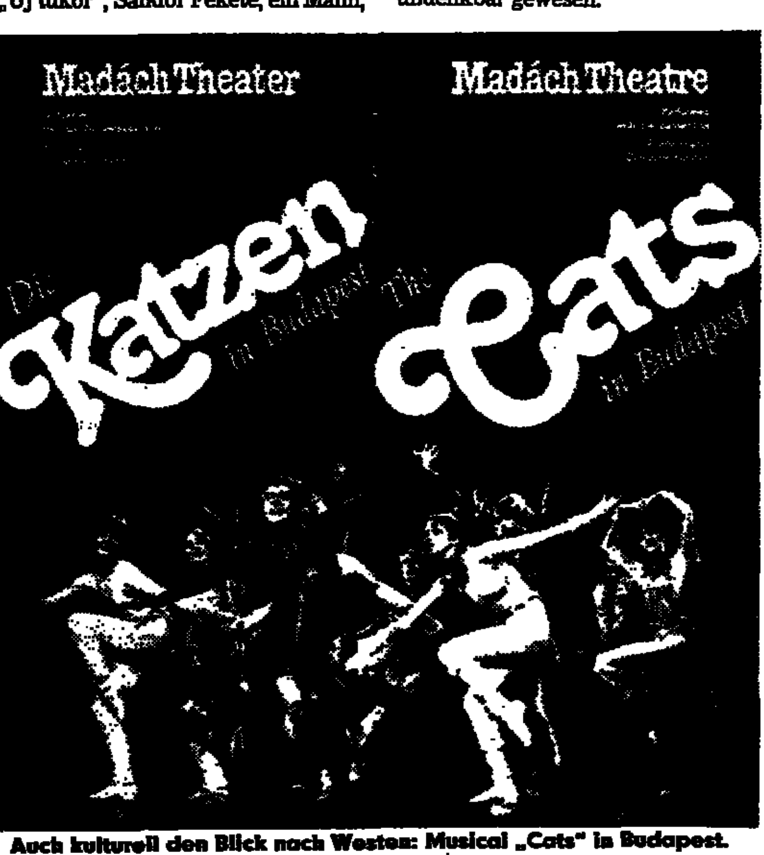
Die Liberalisierung des privaten Sektors – also die neuerdings erlaubte Gründung von Privatfirmen in gewissen Bereichen des Handels, der Dienstleistungen, der Gastronomie und auch der Kleinproduktion – hat die ungarische Szene schlagartig verändert. In der Vaci Utca – der Hauptgeschäftsstraße von Budapest – schießen private Boutiquen und Geschäfte wie Pilze aus dem Boden. Die Straße, die noch vor einem Jahrzehnt eher trist anmutete, gewinnt plötzlich Leben. Es gibt inzwischen kleine Privatunternehmer und Geschäftsleute, die sogar mit dem westlichen Ausland Kontakte suchen, um für Ungarn Vertretungen zu übernehmen. Einer von ihnen, der es eine Zeitlang sogar mit einem privaten Heiratsvermittlungsbüro – dem wohl ersten in einem sozialistischen Land – probiert hat, beklagte sich bitter, daß seine Absicht, die Repräsentanz eines namhaften bundesdeutschen Reisebüros für Budapest zu übernehmen, an der Tatsache des altmodischen ungarischen Fernmeldedienstes gescheitert sei: Die Post konnte ihm keinen Fernschreiber zur Verfügung stellen.

Ein neues Steuersystem nach westlichem Muster

Interessant ist, daß der kommunistische Staat ab Januar nächsten Jahres ein Lohn- und Einkommenssteuersystem nach westlichem Muster mit einem festgelegten Höchststeuersatz von 64 Prozent einführen will. Damit sei die Steuer „objektiviert“ worden und könne nicht mehr, wie in früheren Jahren, willkürlich gegen politisch mißliebige Privatleute eingesetzt werden, heißt es in Budapest. Natürlich ruft ein solch pragmatischer Wirtschaftskurs eine Opposition auf den Plan – nicht nur die erwähnten „hungrigen Dogmatiker“ außerhalb der ungarischen Grenzen, sondern auch jene alten Kader, die von den „schönen Zeiten“ unter Josef Stalin träumen.

Der Chefredakteur der Zeitschrift „Uj tükör“, Sandor Fekete, ein Mann, der nach dem Aufstand von 1956 drei Jahre im Gefängnis verbrachte, jetzt aber wieder in führender journalistischer Position tätig ist, warnte jüngst in einem Artikel vor jenen Leuten, welche sich nach den „harten Zeiten“ von einst zurücksehnten. Aufsehen erregte in Budapest auch die Tatsache, daß der ehemalige Staatssicherheitsdienst-Oberst Vladimir Farkas, einer der bekanntesten Geheimpolizisten der Stalin-Rakosi-Ära, der jetzt als Pensionär in der ungarischen Hauptstadt lebt, einen Journalisten vor Gericht bringen will, weil dieser in einem autobiographischen Buch die Rolle des stalinistischen Polizeibeamten bei den Schauprozessen angeblich „verleumderisch“ dargestellt habe. Das sind nicht ganz unbedenkliche „Regungen“.

Im Madach-Theater der ungarischen Hauptstadt läuft seit Monaten vor ständig ausverkauftem Haus das berühmte britisch-amerikanische Musical „The Cats“ – die Katzen – nach T. S. Eliot und Andrew Lloyd Webber. Ganz Budapest spricht mit unverhohlenem Stolz von dieser sprühenden, witzigen und wie ein Brillantfeuerwerk wirkenden Aufführung, in der die darstellerischen Fähigkeiten der Ungarn sich buchstäblich austoben können. „Wir waren die ersten, die ‚Cats‘ auf dem europäischen Kontinent aufgeführt haben – wir waren noch früher dran als Wien!“ heißt es mit Stolz. Budapest, so höre ich, habe damit den dritten Platz – nach New York und London – eingenommen. Auch hier sieht man, mit wem sich die Ungarn am liebsten vergleichen. Sie sind in Lebenshaltung und Mentalität ein mitteleuropäisches Volk. Allerdings, meine Gesprächspartner geben auch zu: noch vor einigen Jahren wäre die Aufführung dieses Stücks in Ungarn undenkbar gewesen.



Auch kulturell den Blick nach Westen: Musical „Cats“ in Budapest. FOTO: DIE WELT

Schon der alte Bulganin drohte mit seinen Raketen

Von AXEL SPRINGER

In der „Friedensbewegung“, deren Spuren die SPD nun folgt, wird immer mehr an die Friedensliebe des Kreml geglaubt und die des Weißen Hauses angezweifelt. Egon Bahr attestierte Breschnew, daß ihm der Frieden „das Wichtigste“ sei, und Willy Brandt sah ihn um den Weltfrieden „zittern“. Die Friedensliebe Ronald Reagans bekam schlechte Noten. Ihm gaben führende Sozialdemokraten die Schuld am Fehlschlag in Genf, weil er „keinen ausreichenden Verständigungswillen“ gezeigt habe.

So wird dem Trugschluß gehuldigt, die Drohung mit einem „führbaren“ Atomkrieg gehe von Amerika aus, während die Sowjets, besorgt um ihre Sicherheit, nur ihre Verteidigung im Sinne hätten.

Daß Moskau seine Atomraketen als Droh- und Erpressungspotential gegen die freie Welt handhabt, ist aber eine schon jahrzehntealte Erfahrung. Sir Anthony Eden schrieb in seinen Memoiren, daß der damalige sowjetische Ministerpräsident Bulganin während der Suez-Krise England mit Raketen bedroht hatte. In einem Brief an den britischen Premier hieß es: „Es gibt heute Länder, die weder eine Flotte noch eine Luftstreitmacht an die Küsten Englands zu schicken brauchten, sondern andere Mittel hätten einsetzen können, zum Beispiel Raketen. Es fehlt uns nicht an Entschlossenheit, Waffengewalt anzuwenden, um die Aggressoren zu zermalmen.“

Die Suez-Intervention Englands und Frankreichs war damals politisch unklug. Aber Moskaus Drohung galt nicht dem Frieden Ägyptens, sondern dem Versuch, eigene Schwäche „zu kompensieren“. Die Sowjets waren zum selben Zeitpunkt damit beschäftigt, den großen Selbstbefreiungsversuch Ungarns in Blut zu ersticken. Nachdem sie ihre Panzer aus Budapest zunächst zurückgezogen hatten, zerschlugen sie den Aufstand brutal mit kriegerischen Mitteln. Dem ungarischen Ministerpräsidenten Imre Nagy versprachen sie freies Geleit, brachen ihr Wort und ermordeten ihn heimtückisch. Die Raketen-Drohung war ihre Begleitmusik zu dieser gewaltsamen Konservierung ihres Imperiums.

Der nicht zu beugende Freiheitswille Polens bringt den Kreml heute in vergleichbare Schwierigkeiten. 27 Jahre nach der Ungarn-Tragödie sind die Probleme des Sowjet-Imperialismus nicht kleiner geworden. Seitdem hat sich eine geistig starke Bürgerrechtsbewegung in Rußland gegen den gewaltsamen Entzug von Freiheit und Recht aufgebäumt, ist die Freiheitssehnsucht der Tschechoslowakei mit sowjetischer Waffengewalt und Invasion beantwortet worden und hat Polen in seinem Freiheitsdrang die Reaktion des Kriegs-„Rechts“ erfahren müssen.

Das Sowjetsystem ist in den Bereichen der Menschenrechte, der Wirtschaft, der Kultur und der politischen Überzeugungskraft der westlichen Welt hoffnungslos unterlegen – so wie damals schon während der Ungarn-Krise. Und so wie seinerzeit greift Moskau auf die Ultima ratio der Drohung mit Waffengewalt zurück.

Es ist die zivilisatorische Schwäche des Sowjet-Imperiums, die diese Supermacht so aggressiv, so bedrohlich und so waffensüchtig macht. Nicht zuletzt die auf Westeuropa gerichteten SS 20 sind Druckmittel, mit denen politische Willfährigkeit der demokratischen Staaten erzwungen werden soll. Die Sowjets wollen, daß man sie fürchtet, wo sie nicht geliebt werden können. Dieses Prinzip der Drohung mit Raketen zur Einschüchterung des Westens zieht sich von Bulganins Drohbrief an Eden bis in unsere Tage.

Angesichts dieser nun schon historischen Tatbestände eine „Sicherheitspartnerschaft“ mit der Sowjetunion zu propagieren, wie es in der SPD geschieht, bedeutet, weder aus der Geschichte noch aus der Gegenwart gelernt zu haben. Wer uns bedroht, kann nicht unser Partner sein, und unsere Sicherheit liegt nicht in seiner, sondern in unserer Hand.

Engpässe in der Medizin – viel Geld, kaum ein Ausweg

Es stimmt etwas nicht im Medizinbetrieb: zu oft wird unnötig gestorben, zu viele Operationen wären vermeidbar gewesen, unzulängliche Ausbildung begünstigt lebensgefährliche diagnostische Irrtümer. Ergebnisse einer Fachtagung in Bonn.

Von ALBERT MÜLLER

Anlaß zur Kritik gibt es im Überfluß. Und das in einem Gesundheitssystem, dessen Kosten längst über die heutigen 200 Milliarden Mark im Jahr hinausgewachsen wären, hätte nicht der wirtschaftliche Rückschlag zu Patientenmangel geführt. Geld ist mehr als nötig da, aber es fließt in falsche Kanäle. Auf dem Jahrestreffen des Kollegiums der Medizin-Journalisten im Redaktionshaus der WELT breiteten zum Thema „Engpässe der Medizin“ namhafte Experten einige Fakten aus.

Engpaß Rheuma: Der Rheumabegriff ist anachronistisch. Er verdeckt mit einer Fülle degenerativer Vorgänge einen harten Kern tödlicher Krankheiten. Arthritis, millionenfach verbreitet, überspült in Bewußtsein, Diagnose und Therapie das wirkliche Rheuma, für dessen konzentrierte Bekämpfung die Mittel fehlen.

Ein Fortbildungsdefizit liegt auf der Hand. Schwerste Fälle verschwinden aus den Kliniken in die Heilbäder – mit verheerenden Folgen. Badekuren banalisieren den eigentlichen ärztlichen Auftrag. Orthopäden, Internisten, Dermatologen sind auf dem Plan, außer Sicht die Rheumatologen.

Die Pharma-Industrie bietet 240 Anti-Rheumatika an, kein einziges schlägt wirklich durch. Die Bundesrepublik hat keine 200 Ärzte, die fachkundig genug sind für die Rheumabehandlung. (Professor Hans Georg Faßbender, Leiter des Zentrums für Rheumatologie GmbH in Mainz)

Engpaß Herzchirurgie: Jährlich warten etwa 6500 Menschen, zumeist wegen einer Erkrankung der Herzkranzgefäße, auf einen Operationstermin. Die inzwischen 22 Herzzentren haben keine Abhilfe geschaffen. In diesen Zentren werden zur Zeit an 45 Operationstischen von 93 selbständig tätigen Herzchirurgen pro Tisch und Jahr 304 Operationen mit der Herz-Lungen-Maschine ausgeführt.

Im vergangenen Jahr wurden auf je eine Million Einwohner in der Bundesrepublik 227 Operationen am offenen Herzen ausgeführt, in den USA 709, in den Niederlanden 467. Der Operationsbedarf wird bei uns auf 500 je Million Einwohner geschätzt; wir schaffen nicht die Hälfte, und der Bedarf steigt unaufhörlich.

Warum dieser Rückstand? Die Kosten der Operation sind enorm, sie steigern den allgemeinen Pflegesatz – so bleibt die Herzchirurgie im Klinikkonzept meist draußen vor. (Professor Peter Satter, Leiter der Universitätsklinik für Thorax-, Herz- und Gefäßchirurgie in Frankfurt)

Engpaß Gefäßchirurgie: Die Zahl der „schwarzen Beine“, deren Amputation hätte vermieden werden können, wird auf zwischen 10 000 und 40 000 geschätzt. So unumgänglich die angiolische Frühdiagnose sein sollte, so segensreich wäre die gefäßchirurgische Vorsorge etwa auch gegen den Schlaganfall (90 Prozent aller Schlaganfälle sind die Folge von Durchblutungsstörungen): Der von Beschwerden Betroffene hat Glück, wenn er überhaupt erfährt, daß es den Gefäßchirurgen gibt.

Tausende von Verstümmelungen folgen offenbar daraus, daß es an guten Diagnostikern bei der Erstbehandlung und an gefäßchirurgischen Abteilungen an den Kliniken fehlt. Manche Patienten wandern zu 20 bis 40 Ärzten, ehe sie auf den Gefäßspezialisten treffen. Ein kleiner Ansatz zur Selbsthilfe hat sich dadurch gebildet, daß unlängst ein „Bund zur Bekämpfung von Durchblutungsstörungen) entstand. (Professor Kurt Egon Loose, Arzt für Gefäßchirurgie, Itzehoe)

Engpaß Augenchirurgie: Die technische Entwicklung der Operation des grauen Stars, der Linsenimplantation, der Mikrochirurgie des Auges überhaupt ist rasant. Doch folgen nicht im gleichen Maße Konsequenzen für die Bewilligung von Betten, Assistentenstellen, Pflegepersonal. Wartezeiten von mehr als einem Jahr bei einer Operation sind inhuman, zumal es sich meist um Menschen in höheren Jahren handelt und der Verlust an Lebensqualität mit dem Alter wächst. Kurzzeitchirurgie, Inanspruchnahme des Krankenhausbetts für nur eine Nacht statt für 15 oder 16 Nächte, stößt aber auf bürokratische Widerstände. „Das ist so, als ob ein Fabrikbesitzer Umsatz und Gewinn daran mißt, daß seine Läger gefüllt sind.“ (Professor Michael Ulrich Dardenne, Leiter der Abteilung für Mikrochirurgie des Auges, Bonn)

Engpaß Transplantation: Bis auf 1000 Nieren-Transplantationen hat es die Bundesrepublik 1982 gebracht, der Bedarf wird mit 17 000 beziffert. Die Wartezeit beträgt zwei Jahre. Auch das Leberversagen nimmt zu. Die Erfolgsrate der (weit schwierigeren und aufwendigeren) Lebertransplantation steigt. Indessen gilt allgemein, daß zwar die Bereitschaft zur Organspende in der Bevölkerung wächst, die Krankenhäuser sich aber nicht ausreichend an der Organentnahme beteiligen. (Professor Rudolf Pichlmayr, Leiter der Abteilung für Transplantationschirurgie an der Medizinischen Hochschule Hannover)

Was ist zu tun? Es gibt noch mehr Engpässe der Medizin, und sie haben viele Ursachen. Sie sind auch, aber nicht nur eine Sache der Gesetzgebung oder des Kompetenzkonflikts zwischen Bund und Ländern. Wohl jedes Fach glaubt sich unterprivilegiert und würde dem einen speziell geholfen, „stünden tags darauf viele andere auf der Matte“. (Professor Manfred Steinbach, Bundesgesundheitsministerium)

Ärztliche Unzulänglichkeit, besonders bei der Diagnostik, kam immer wieder zur Sprache, doch sind beabsichtigte Änderungen im Aus- und Weiterbildungswesen umstritten und seit Jahren bloß Papier. An Geld mangele es keinesfalls, war zu hören, es werde nur falsch verteilt. Albert Holler, langjähriger Abteilungsleiter im Bundesarbeitsministerium, zog sich damit den Vorwurf dirigistischer Neigungen zu, und die Verwirrung war komplett.



Nur noch 34 Milliarden Neuverschuldung

HEINZ HECK, Bonn

Der Ansatz der Neuverschuldung im 1984er Bundeshaushalt ist abermals nach unten korrigiert worden: Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat den zu erwartenden Bundesbankgewinn mit 9,0 (bisheriger Ansatz: 8,5) Milliarden Mark veranschlagt, so daß die Nettokreditaufnahme von 34,5 auf 34,0 Milliarden Mark zurückgenommen werden konnte. Im Regierungsentwurf des Haushalts vom Juni standen noch 37,3 Milliarden.

Verteidigungsminister Wörner muß (WELT vom 30. November) nicht nur auf die Planstelle eines Parlamentarischen Staatssekretärs, sondern auch die eines Ministerialdirigenten (B 6) verzichten, um den ehemaligen GHH-Chef, Manfred Lennings, zum neuen Rüstungs-Staatssekretär ernennen zu können. Das hat der Haushaltsausschuß durchgesetzt und damit die Lösung kostenneutral gehalten.

In der sogenannten „Bereinigungssitzung" des Gremiums hat sich der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (BA), Stingl, heftige Kritik eingehandelt: Auf Veranlassung des Haushaltsausschusses hatte Stingl bei der Firma Horn & Partner ein Organisationsgutachten über die BA in Auftrag gegeben, in der Schlußredaktion aber wesentliche Forderungen der Gutachter zur Effizienzsteigerung gestrichen.

Für 1983 werden jetzt im Jahresschnitt 2,28 (Haushaltsansatz 2,35) Millionen Arbeitslose erwartet. Obwohl 1984 mit einem Rückgang gerechnet wird, ist mit 2,38 Millionen auch für eine ungünstigere Entwicklung Vorsorge getroffen.

Gesamtmetall lädt Mayr ein

AP, Köln

Die Metallarbeitgeber haben die Industriegewerkschaft Metall „eindringlich" zu einem Spitzengespräch über die Arbeitszeitverkürzung eingeladen. In einer in Köln veröffentlichten Erklärung des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall heißt es, Verbandspräsident Thiele habe in einem Fernschreiben an den IG-Metall-Vorsitzenden Mayr um ein solches Gespräch gebeten, um im Streit um die 35-Stunden-Woche „einen konstruktiven Ansatz" zu finden.

CSU-Staatssekretär für Blüm?

Rei. Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern den Wechsel von Heinrich Franke (CDU) vom Posten des Parlamentarischen Staatssekretärs im Arbeitsministerium auf den Stuhl des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg genehmigt. Franke wird Nachfolger von Josef Stingl, der Ende März wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheidet.

Das Amt des Staatssekretärs bei Arbeitsminister Blüm (CDU) wird wahrscheinlich mit einem CSU-Mitglied besetzt werden. Im Gespräch sind der CSU-Abgeordnete Höpfinger aus Augsburg sowie die Sozialpolitiker der CSU, Kurt Faltlhauser, Peter Keller und Horst Seehofer aufrücken.

Plädoyer für eine große Koalition

AP, Nürnberg

Eine Große Koalition zwischen SPD und CDU/CSU hat der SPD-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Industriegewerkschaft Chemie – Papier – Keramik, Hermann Rappe, als „erwägenswerte" und „wirksame Alternative" zur „derzeitigen, von den Wirtschaftsflügeln von FDP und CDU/CSU bestimmten Politik" bezeichnet. Rappe begründete seinen Vorstoß mit der Notwendigkeit, die „Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien sicherzustellen".

„Sowjets wollen Europa aus dem Bündnis mit Amerika brechen"

Professor Voslensky zur globalen Strategie des Kreml

WILM HERLYN, Düsseldorf

Wissenschaftliche Thesen, binnen zwölf Stunden durch die Praxis belegt, sind Sternstunden der Theoretiker. Professor Michael Voslensky, einer der führenden Forscher der sowjetischen Politik, darf für sich in Anspruch nehmen, solche Momente häufiger zu erleben. Als gestern morgen die Erklärung des Weißen Hauses über die Fernschreiber der Agenturen lief, die USA sähen in dem Brief von Kreml-Chef Jurij Andropow an verschiedene europäische Staatsoberhäupter – so auch an den deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl – den Versuch Moskaus, einen Keil in das westliche Bündnis zu treiben, hatte er gerade erst am Abend zuvor die These aufgestellt: Wesentliches Bestreben der Sowjetunion auf dem Weg zur Vormachtstellung ist die Herauslösung Europas aus der Klammer zu den USA.

Vor Mitgliedern des Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Clubs setzte Voslensky hinzu: „Gelingt Moskau dieses Vorhaben, sind die europäischen Staaten ohne starken Verbündeten und geraten unter wachsenden Einfluß und Abhängigkeit der Sowjetunion." Er forderte die Europäer auf, die Politik des Kreml mit „sowjetischen Augen zu sehen, also global". Denn betrachte man so die Weltkarte, erschienen die europäischen Länder wie ein Konglomerat kleiner Staaten – „eine Anomalie".

Besonders betroffen

Voslensky weiß, wovon er spricht. Er war Professor an der Lumumba-Universität in Moskau und Akademischer Sekretär der Abrüstungskommission der Akademie der Wissenschaften bis zu seiner Emigration in den Westen 1972.

Einen Namen machte sich der heute 58jährige als Gastwissenschaftler im Max-Planck-Institut Starnberg und als Leiter des Forschungsinstitutes für sowjetische Gegenwart in München. Er ist als ehemaliger Angehöriger der „Nomenklatura" – der führenden Kaste – ein Insider, und darum auch besonders betroffen über die Diskussionen in Deutschland über das amerikanische Eingreifen in Grenada, die in erschreckender Weise den Informationsstand hinsichtlich der Ziele der sowjetischen globalen Außenpolitik offenbarten.

Eine These gewagt

Voslensky wagte auch die These, daß es nur im Sinne der Strategie Moskaus liegen könne, die in Genf unterbrochenen Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstreckenwaffen in Europa wiederaufzunehmn: „Vielleicht an einem anderen Ort, um das diplomatische Gesicht zu wahren, vielleicht in Lausanne oder irgendwo anders – aber die Russen kehren an den Verhandlungstisch zurück."

Es liege im Interesse Moskaus, durch Gespräche und Vorschläge die Verteidigungsbereitschaft des Westens erlahmen zu lassen und einzulullen." Er habe diese angeblichen Vorschläge des Kreml für Abrüstungsmöglichkeiten gezählt: „Seit 1945 sind es jetzt 130 Vorschläge", alle mit dem Ziel, daß der Westen in der Zeit, in der darüber verhandelt wird, nicht nachrüstet. Moskau hoffe, daß die NATO „langsamer wird bei ihrer Rüstungspolitik". Quantitativ habe die Sowjetunion den Westen schon überholt, nicht aber qualitativ.

In diesem Zusammenhang warnte er vor den „Aufgeregtheiten des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion in Bonn, Hans-Jochen Vogel". Schon jetzt habe sich gezeigt, daß die Russen immer wieder verhandeln, denn „das ist nicht das Problem – das Problem ist für die Russen, das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West zu verschieben". Er verwies dabei auf die fortgesetzten START-Gespräche in Genf über die Interkontinentalraketen.

Auch die Russen hätten „genüßlich ihren Clausewitz gelesen: Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Für sie sei Friede wie Krieg nur Facetten der Politik und untereinander austauschbar. Doch wolle auch Moskau nur lokale, begrenzte Kriege, die kontrollierbar seien. Das Risiko eines Raketeneinsatzes sei noch zu hoch.

Abzulesen sei das an der „Stützpunkt-Strategie des Kreml" gerade in der Phase, in der der Westen die Entspannungspolitik eingeleitet hatte: „Mozambik, Indochina, Nicaragua und nicht zuletzt Grenada". Dabei wurden Guerilla-Bewegungen unterstützt, Revolutionen angezettelt und durch wirtschaftlichen wie politischen Druck – „und wenn nötig auch durch Terrorismus" Einfluß vor allem in Ländern der Dritten Welt vor den Toren des Westens genommen. Zwar setzte sich Moskau „regional mit seinen Ideen und seiner Ideologie langsamer durch als im Kreml geplant, aber um so beharrlicher." Dabei sei den Russen jedes Mittel recht, denn „was nützt ist rechtens".

Kleinbürgerliche Ideologie

Voslensky machte dies insbesondere an den Friedensbewegungen deutlich. In der sowjetischen Terminologie ist der Pazifismus eine kleinbürgerliche Ideologie, die die Tatsache des „gerechten Krieges" verleugne. Nach Lenin führe Pazifismus zur Verdummung der Arbeiterklasse. Folgerichtig würden Pazifisten im eigenen Lager verfolgt, im Westen aber „aufgepäppelt und bestärkt", weil die Friedensbewegungen die demokratischen Länder schwäche.

Auf dem Papier hat Laurien keine Chance

Zehn von zwölf Kreisverbänden für Eberhard Diepgen

hrk., Berlin

Einen Tag vor dem CDU-Landesparteitag am Freitag, auf dem Fraktionschef Eberhard Diepgen mit nur wenigen Gegenstimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt werden wird, hält in der Union die Ausschau nach einem für sämtliche Partei-Schattierungen tragbaren Bewerber für das Amt des Regierenden Bürgermeisters an. In der dritten Januarwoche entscheiden etwa 115 Mitglieder des Landesausschusses zwischen Diepgen und der jetzt auch öffentlich zur Kandidatur bereiten Senatorin Hanna-Renate Laurien. Nach den reinen Mehrheitsverhältnissen in der Berliner CDU besitzt sie auf dem Papier keine Erfolgschance.

Schlüsselt man die knapp 100 Mitglieder des Landesausschusses aus den Kreisen auf – den Rest stellt der Landesvorstand –, kann Frau Laurien allenfalls auf 15 bis 25 Stimmen aus den beiden Hochburgen der liberalen „Reformer" in Wilmersdorf und Charlottenburg sowie Stimmen „versprengter" Anhänger zählen.

Der Ratschlag von Bundeskanzler Helmut Kohl, nach Richard von Weizsäckers Wechsel die lebenserfahrenere Frau Laurien in den bevorstehenden Wahlkampf zu schicken, fiel bei den Kreisvorsitzenden nicht auf fruchtbaren Boden. Auch der Hinweis von Finanzsenator Gerhard Kunz, eines engen Freundes von Eberhard Diepgen, das Amt käme für den Fraktionschef vielleicht „zu früh", fand kein Echo. Wie die WELT berichtete, verständigten sich bereits vor zwei Wochen führende Repräsentanten der rechten CDU-Kreisverbände bei einem geheimen Treff auf Diepgen als Weizsäcker-Nachfolger. Neben Kunz neigen im Senat offenkundig auch seine Kollegen Rupert Scholz (Bundesangelegenheiten) und Wilhelm Kewenig (Wissenschaft) zu einer Laurien-Lösung.

Bereits vor Beginn des CDU-Parteitages ist durch Vorabsprachen gesichert, wie sich die 360 Delegierten verhalten sollen. Neben der Wahl Diepgens zum Vorsitzenden steht der zum „Reformer"-Flügel zählende Kultursenator Volker Hassemer als einer der Stellvertreter fest. Als Beisitzer gelangen die Ausländer-Beauftragte Barbara John und Senator Kewenig in den Vorstand – beide „Reformer". Mit dem Bundestagsabgeordneten Peter Kittelmann sitzt dort auch der eigentliche CDU-Personal-Stratege, der zugleich in Diepgens Heimatkreis Tiergarten den Vorsitz führt und eng mit Diepgen liiert ist.

Aus einem der beiden „Reformer"-Kreise der Berliner Union – ihnen stehen zehn sogenannte „Beton"-Kreise gegenüber –, wurde jetzt ein aufschlußreiches, wenngleich keineswegs repräsentatives Votum bekannt. Bei einer Probeabstimmung unter den anwesenden 29 von 32 Parteitags-Delegierten in Wilmersdorf sprachen sich 28 für Frau Laurien als künftige „Regierende" aus. Lediglich der künftige Stellvertreter Diepgens im Parteivorsitz, Volker Hassemer, votierte für seinen Vorsitzenden in spe. Das Ergebnis besagt jedoch nichts, weil nach der CDU-Satzung nicht der Parteitag, sondern der Landesausschuß über die Position des Regierenden befindet.

Selbst unter Anhängern von Frau Laurien herrscht die Meinung vor, sie habe „zu spät" ihre Anwartschaft bekundet. „Die Macht kommt doch nicht auf dem silbernen Tablett ins Vorzimmer. Da muß man doch Gespräche führen und Vereinbarungen treffen", sagte ein Fraktionsvorstandsmitglied der WELT.

Inzwischen forderte gestern SPD-Spitzenkandidat Harry Ristock den Regierenden Bürgermeister zum „sofortigen Rücktritt" auf. Angesichts der parlamentarischen Etatberatungen in der nächsten Woche wäre es „unerträglich", wenn Weizsäcker die politische Verantwortung für einen Haushalt 1984 übernähme, obwohl feststehe, „daß er die Stadt demnächst verläßt".

Flucht an Todesautomat gescheitert?

BERND HUMMEL, Eschwege

An der innerdeutschen Grenze bei Obersuhl im Kreis Hersfeld/Rotenburg (Hessen) ist gestern morgen der Fluchtversuch eines „DDR"-Einwohners gescheitert. Das Bundesgrenzschutz-Kommando Mitte in Kassel berichtete, der Flüchtling habe beim Versuch, den Metallgitterzaun zu überwinden, eine Selbstschußanlage vom Typ SM 70 ausgelöst.

Gegen 7.00 Uhr hatten zwei Gemeindearbeiter, die etwa 50 Meter vom „DDR"-Grenzverlauf entfernt beschäftigt waren, die Detonation eines Todesautomaten wahrgenommen. In der Dunkelheit konnten sie die Stelle nicht ausmachen, hörten jedoch kurz darauf, wie ein Angehöriger einer „DDR"-Doppelstreife zu seinem Kollegen sagte: „Der atmet ja noch."

Die Postierung von Soldaten der „DDR"-Grenztruppe auf der westlichen Seite des Metallgitterzauns und der Einsatz von insgesamt zwölf Doppelstreifen im Hinterland, die den Bereich um die Detonationsstelle abriegelten, werden beim Grenzschutz als Indizien dafür gewertet, daß am Metallgitterzaun tatsächlich ein Fluchtversuch scheiterte. Im nordhessischen Bereich hatte die „DDR" am 19. September mit dem Abbau der Selbstschußanlagen begonnen. Die Demontage erstreckte sich auf eine Länge von 8,6 Kilometern und wurde am 26. Oktober eingestellt.

Thema in Kreuth: Die Deutschlandpolitik

ms. Bonn

Die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag werden sich auf ihrer traditionellen Klausurtagung in Wildbad Kreuth vom 12. bis 14. Januar vor allem mit der Deutschlandpolitik befassen. Diese Thematik hatte in der CSU zu lebhaften Diskussionen geführt, nachdem die Mitwirkung von Franz Josef Strauß an dem Milliarden-Kredit für die „DDR" bekannt geworden war.

Landesgruppenvorsitzender Theo Waigelt teilte mit, Professor Blumenwitz werde staats- und völkerrechtliche Aspekte des Themas beleuchten, und der aus der „DDR" stammende Schriftsteller Reiner Kunze Deutschland zugeordnete Texte lesen. Vorgesehen sei außerdem eine Diskussion mit dem CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß über Entwicklungen in der Deutschlandpolitik.

Uniformierte waren nicht alle Soldaten

AP, Bonn

Die meisten „Soldaten in Uniformen", die an den Herbst-Demonstrationen teilgenommen haben, gehören nach Erkenntnissen der Bundesregierung gar nicht der Bundeswehr an. Wie der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Kurt Würzbach (CDU), gestern in der Bundestagsfragestunde erklärte, liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß Bundeswehruniformen an Nichtsoldaten mit dem Ziel ausgegeben worden waren, den Eindruck zu erwecken, Wehrpflichtige unterstützten die „Friedensbewegung" und protestierten gegen die Bundesregierung.

Würzbach erklärte, daß andere in Uniform aufgetretene Demonstranten der Bundeswehr nicht mehr angehörten. Es habe sich möglicherweise um Reservisten gehandelt. Würzbach erinnerte daran, daß Bundeswehrangehörige bei privater Teilnahme an politischen Veranstaltungen keine Uniform tragen dürfen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

„Neue Anreize" für Ausreisewillige

Stuttgart zahlt Rentenansprüche von Ausländern sofort aus / Zunächst ein Versuch

XING-HU KUO, Stuttgart

Baden-Württemberg läßt sich die beschleunigte Ausreise von Türken aus der Bundesrepublik etwas kosten. Als erstes Bundesland hat die Landesregierung beschlossen, im Rahmen eines „Pilotprogramms" die Rentenerstattungsansprüche türkischer Arbeitnehmer über die Landeskreditbank vorfinanzieren zu lassen. Voraussetzung für die Gewährung dieser Sofort-Auszahlung ist die nachgewiesene Bereitschaft dieser Ausländer, das Land „auf Dauer zu verlassen", teilte Regierungssprecher Matthias Kleinert mit. Für dieses zunächst auf sechs Monate befristete Projekt sind 15 Millionen DM zur Verfügung gestellt worden.

Die Regierung Lothar Späths (CDU) erhofft sich von diesem „neuen Anreiz" zur freiwilligen Rückkehr eine Steigerung der Bereitschaft, die Bundesrepublik zu verlassen und mit dem schon hier ausgezahlten Geld Maschinen und Geräte in Deutschland zu kaufen, um in der Türkei eine neue Existenz aufbauen zu können.

Keine Wartezeit

Die Initiative der Stuttgarter Regierung ist nach Angaben des Regierungssprechers im Zusammenhang mit dem vom Bundestag am 10. November beschlossenen Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern zu sehen. Diese Regelung, die Anfang Dezember in Kraft tritt, hebt für einen begrenzten Zeitraum die zweijährige Wartefrist auf, die nach geltendem Recht bis zur Erstattung der gesetzlichen Rentenversicherungsansprüche von Türken abgewartet werden muß. Alle Arbeitnehmer aus der Türkei, die zwischen dem 1. Oktober 1983 und dem 30. September 1984 die Bundesrepublik auf Dauer verlassen haben, können nach dem Bonner Gesetz den Anspruch auf Beitragserstattung ohne Wartezeit geltend machen. Allerdings muß ein entsprechender Antrag bis zum 30. Juni 1984 gestellt werden.

Nach Angaben der Stuttgarter Landesregierung müssen die Betroffenen jedoch auch nach dieser neuen Regelung etwa vier Monate warten, ehe das Geld dann tatsächlich, und zwar in der Türkei, ausgezahlt werden könne. Und dies ist nach Auffassung Stuttgarts häufig „ausreisehemmend". Denn dadurch würden die an sich Ausreisewilligen daran gehindert, zollfrei Waren für die Existenzgründung in Deutschland zu erwerben und in die Türkei einzuführen. Diese lange Wartezeit habe außerdem dazu geführt, daß nicht wenige Türken die zu erwartenden Erstattungsbeiträge an private Kreditvermittler und Finanzierungsinstitute abgetreten hätten, um doch noch sofort zu ihrem Geld zu kommen. Dabei wiederum seien hohe Gebühren und Verzinsungen die Regel.

Dagegen bietet die Landeskreditbank jetzt den Betroffenen eine Vorfinanzierung zu „erheblich günstigeren" Konditionen als besagte private Geldinstitute. Bis zu 90 Prozent des zu erwartenden Erstattungsbeitrages könnten nunmehr über die Landeskreditbank vorfinanziert werden. Von dieser Summe sollen 86 Prozent ausgezahlt werden, 14 Prozent würden für Zinsen und Gebühren, „Risikovorsorge" und Geldbeschaffungskosten einbehalten. Jedoch könne etwa die Hälfte dieser einbehaltenen Summe bei zügiger Abwicklung des Kreditgeschäfts wieder erstattet werden, teilte das Staatsministerium weiter mit.

Um einen Mißbrauch dieser neuen Regelung zu verhindern, müssen Türken bei der Ausländerbehörde verbindlich einen Verzicht auf ihre Aufenthaltsberechtigung erklären oder eine Befristung ihrer Aufenthaltserlaubnis beantragen. Die Ausreisefrist darf nach den Vorstellungen der Landesregierung zwei Monate auf keinen Fall übersteigen.

Interesse ist gestiegen

Im Rahmen dieses Pilotprojektes könnten zunächst etwa 1000 Erstattungsanträge vorfinanziert werden. Die Bearbeitung erfolgt über die Zentrale des „Arbeitskreises Integration und Reintegration" in Heidelberg und die Beratungsstelle für ausreisewillige Türken in Ulm, die von jener Heidelberger Organisation betrieben wird.

Nach Angaben von Regierungssprecher Kleinert ist das Interesse türkischer Arbeitnehmer an der Beitragserstattung in jüngster Zeit „erheblich gestiegen". Während im vergangenen Jahr (1982) 13 000 türkische Arbeitnehmer einen entsprechenden Antrag eingereicht hätten, rechnet die baden-württembergische Landesregierung aufgrund der bisher eingegangenen Anträge mit 29 000 oder mehr als doppelt so vielen Wünschen in diesem Bereich bis Ende dieses Jahres.

Weizsäcker definiert Rolle des Präsidenten

Arbeitsschwerpunkt wird die Deutschland- und Ostpolitik

AP, Köln

Keineswegs als einen Nachteil betrachtet Richard von Weizsäcker, Kandidat der Unionsparteien für das Amt des Bundespräsidenten, das Fehlen einer machtpolitischen Zuständigkeit des Staatsoberhauptes. Weizsäcker kündigte in einem Interview der Deutschen Welle an, er werde sich auch in seiner künftigen Stellung mit der Deutschland- und Ostpolitik und mit dem überparteilichen Grundwerteverständnis befassen.

Über die am 23. Mai 1984 anstehende Wahl des Bundespräsidenten selbst sagte er: „Ich will hier keine zu weit gehenden Spekulationen machen, aber wenn wir in der Bundesversammlung zum Ausdruck bringen können, daß das auch mal ein Kandidat sein kann, der die Parteigrenzen ein wenig zu überwinden weiß, dann ist das, glaube ich, ein Ausdruck von der Gesundheit und Verantwortlichkeit der demokratischen Kräfte in unserem Land."

Der bisherige Regierende Bürgermeister von Berlin erklärte, seiner Meinung nach bestehe ein wesentlicher Bestandteil der Aufgabe des Bundespräsidenten darin, „Orientierungshilfe zu geben und an der Meinungsbildung sich führend zu beteiligen – und dieses beides im Sinne eines Ausgleichs zwischen Gruppen, die ... oft mehr auseinanderlaufen als parallel oder gemeinsam zu denken, zu leben und zu handeln".

Der Bundespräsident habe im Sinne der Verfassung keine machtpolitische Zuständigkeit. Dies sei jedoch eher von Vorteil. Die Menschen brauchten nicht eifersüchtig zu sein oder im Konkurrenzdenken immer noch „zweite Gedanken zu haben", wenn sie dem Bundespräsidenten zuhörten, sondern sie könnten ganz unbefangen auf das achten, was von diesem Amt aus gesagt werde.

Von Weizsäcker wies darauf hin, daß seine politische Arbeit bisher schwerpunktmäßig von der Deutschland- und Ostpolitik sowie dem überparteilichen Grundwerteverständnis und der Grundsatzprogrammatik gekennzeichnet gewesen sei. Das werde auch im neuen Amt so bleiben. Er fügte hinzu: „Und was ich jetzt in Berlin erlebt habe, hat ja doch dem, was in Bonn am Rhein vielleicht vorhanden sein mag, aber ein bißchen theoretisch wirkt oder ein bißchen theoretisch das Bewußtsein prägt, noch einmal viel deutlichere und klarere Züge gegeben, nämlich sich bei der Politik, die wir in der Bundesrepublik Deutschland machen, stets dessen bewußt zu sein, daß die Deutschen im anderen deutschen Staat uns genau verfolgen und ständig mit dem Prüfstein an das, was wir tun, herangehen, ob wir uns auch dessen bewußt sein, zugleich an sie zu denken, uns der zentraleuropäischen Verantwortung bewußt zu sein – also etwa auch an diejenigen im Warschauer Pakt zu denken, die nach ihrer Geschichte und Kultur wie wir Europäer sind, auch wenn sie eine weniger ausgeprägte Möglichkeit haben, dies in Freiheit zu zeigen und zu praktizieren."

Das Personalpuzzle in der CSU, falls Strauß nach Bonn geht

Hillermeier gilt als Streibls härtester Rivale / Noch kein Nachfolger für Wiesheu in Sicht

PETER SCHMALZ, München

Mit Sicherheit haben Kohl und Strauß am Dienstagabend beim tête-à-tête in der Bonner Wohnung des CSU-Vorsitzenden darüber gesprochen, ob und womöglich wann und wie Strauß ins Bundeskabinett einziehen könnte. Doch egal, was sich die beiden in „Männerfreundschaft" zugesagt haben, löste die Vermutung, Strauß könnte in absehbarer Zeit sein Münchner Amt zur Verfügung stellen, innerhalb der CSU weitreichende Personalüberlegungen aus. Eine zwar naheliegende, aber dennoch falsche Spekulation lautete, Gerold Tandler, der gegenwärtig nach Strauß politisch gewichtigste CSU-Politiker in München, habe den Wechsel des CSU-Chefs nach Bonn nur deshalb ins Spiel gebracht, weil es selbst Regierungschef in der Staatskanzlei werden möchte.

Diese Vermutung wurde in den vergangenen Tagen oft geäußert, sie beruht aber auf mindestens zwei Fehlschlüssen: Zum einen ist Tandler nicht aus persönlichen, sondern aus politischen Überlegungen der Ansicht, Strauß gehöre an den Bonner Kabinettstisch. Seine Befürchtung: Hält sich die Regierung Kohl nicht enger an die Leitlinien der Union aus der gemeinsamen Oppositionszeit und gelingt es nicht, die Notwendigkeit und die Erfolge der neuen Politik deutlicher ins Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen, dann geht die nächste Bundestagswahl an eine rot-grüne Mehrheit verloren. Und Tandler sieht in seinem Vorsitzenden einen Herkules, der Bonn in Schwung bringen könnte.

Zum anderen würde Tandler bei einem Ministerpräsidentenwechsel in absehbarer Zeit keinen Anspruch auf die Staatskanzlei erheben. Dabei spielen private Motive des 47jährigen Politikers, der in Repräsentation und öffentlicher Bewunderung nicht die höchste Stufe politischer Befriedigung findet, ebenso eine Rolle wie die Meinung, der Fraktionsvorsitz im bayerischen Landtag garantiere ausreichenden Einfluß auf die Landespolitik. Gewiß wird Tandler die Chance nutzen und während seines Intermezzos als CSU-Generalsekretär, das nach seinen eigenen Worten höchstens bis zum 17. Juni, dem Tag der Europawahl, dauern wird, sein politisches Gewicht weiter zu stärken.

Wer also würde Strauß nachfolgen? Finanzminister Max Streibl, der sich jüngst auch in außenpolitischen Äußerungen übt, gilt schon lange als erster Favorit. Fast gefährlich lange. Sein langjähriger Rivale, Wirtschaftsminister Anton Jaumann, scheint aus dem Rennen; gesundheitliche Gründe könnten ihn sogar bewegen, spätestens nach dieser Legislaturperiode – also in drei Jahren – das Ministerium abzugeben.

Streibls stärkster Konkurrent ist Bayerns Innenminister Karl Hillermeier, ein unter Eingeweihten seit



Gerold Tandler konnte seine Position stärken. FOTO: SVEN SIMON

längerer Zeit genannter Geheimfavorit. Farblos zwar, kann er mehrere Vorteile aufbieten: Mit 61 Jahren könnte er ein Übergangskandidat sein, er hat ein evangelisches Gebetsbuch und ist damit geeignet, als Landesvater jenes Drittel bayerischer Bürger zu besänftigen, das sich aus konfessionellen Gründen düpiert fühlen könnte, falls Strauß zwei bayerische Protestanten aus dem Bonner Kabinett drängt (tatsächlich sind zwei der fünf CSU-Minister evangelisch). Hillermeier ist zudem Franke und kommt somit aus dem bayerischen Stamm, der sich traditionell benachteiligt fühlt. Und last not least: Hillermeier würde im Innenministerium einen attraktiven Posten räumen, der möglicherweise einem bisherigen CSU-Bundesminister als Ausgleich angeboten werden kann.

Das CSU-Personalkarussell kommt aber auch dann in Schwung, falls Strauß in München bleibt. Die Aussichten, daß Otto Wiesheu auf seinen Platz zurückkehrt, schwinden. Ein Nachfolger ist noch nicht in Sicht. Der Miesbacher Landrat Wolfgang Gröbl wurde genannt, winkte ab, könnte aber dennoch in die Pflicht genommen werden. Er versteht, politische Langzeitstrategien zu formulieren und hat einen weit höheren Einfluß in der Partei, als sein kommunales Amt vermuten läßt. Aber Strauß ist für Überraschungen gut: Er kennt den fähigen Nachwuchs der Landtagsfraktion, aus dem sich gewöhnlich die CSU-Generalsekretäre rekrutieren, besser, als selbst die Betroffenen vermuten. Mehrere Namen werden genannt, darunter auch Thomas Goppel, jüngster Sohn des langjährigen Ministerpräsidenten Alfons Goppel.

Ersetzt werden muß im kommenden Jahr auch der Sozialminister, wenn Fritz Pirkl nach 17 Jahren seinen Stuhl räumt und auf Platz 1 der CSU-Liste ins Europaparlament zieht. In diesem Ministerium könnte Edmund Stoiber Zwischenstation machen, ehe er in drei Jahren nach der nächsten Landtagswahl den seit langem gewünschten Weg nach Bonn antreten kann: Als Bundesratsminister, wenn Peter Schmidhuber Jaumann-Nachfolger wird, oder als Bundestags-Direktkandidat im Wahlbereich Starnberg-Miesbach für Graf Stauffenberg (WELT vom 30. 11.).

An Pirkls Amt hatte auch die einzige Dame im bayerischen Kabinett Interesse gezeigt, aber Mathilde Berghofer-Weichner scheint neu disponiert zu haben: Als Staatssekretärin im Kultusministerium hegt sie inzwischen die Hoffnung, in diesem Haus bald auf den Ministerstuhl hochzurücken. Denn Hans Maier ließ erkennen, daß er sich nach dieser Legislaturperiode aus der Politik wieder in einer Professur zurückziehen werde.

Das bunte Personen-Puzzle der CSU zählt zu den beliebten Gesellschaftsspielen in Bayern, vielleicht auch deshalb, weil es für ungeahnte Überraschungen immer gut ist. Wie 1962: Damals wurde Alfons Goppel als Kompromiß und als Interims-Ministerpräsident eingesetzt und blieb 16 Jahre in diesem Amt.

Bangladesh: 18 Sowjetdiplomaten ausgewiesen

AFP, Dacca

Offenbar im Zusammenhang mit den blutigen Unruhen in Bangladesh vom Wochenanfang hat die Regierung in Dacca 18 sowjetische Diplomaten ausgewiesen. Sie hatten 48 Stunden Zeit zur Ausreise. Gleichzeitig wurde die Boschaft der UdSSR angewiesen, ihr Kulturzentrum in der Hauptstadt zu schließen. Begründet wurde der Schritt damit, die Sowjets hätten sich in die inneren Angelegenheiten von Bangladesh eingemischt. Nähere Angaben wurden nicht gemacht. Die sowjetische Botschaft in Dacca ist mit 100 Beschäftigten, davon 36 mit Diplomatenstatus, die größte ausländische Mission in Bangladesh.

Bei den Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstranten, die gegen das Kriegsrecht protestierten, waren am Montag mindestens vier Menschen getötet und mehr als 400 verletzt worden. Die daraufhin verhängte Ausgangssperre ist weiterhin in Kraft. Wie die amtliche Nachrichtenagentur BSS meldete, soll die 14. Außenminister-Konferenz der Islamischen Konferenz dennoch, wie geplant, am Freitag nächster Woche in Dacca stattfinden.

Botschafter nach El Salvador

Co., Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland wird nach zweijähriger Pause wieder einen Botschafter nach El Salvador entsenden. Wie das Auswärtige Amt gestern mitteilte, handelt es sich um Henning Dodenberg, bisher Botschaftsrat an der Vertretung in Kinshasa (Zaire), für den die Regierung von Salvador am Dienstag das Agrément erteilt hat.

Seit 1981 war die Bundesrepublik Deutschland in dem vom Bürgerkrieg erschütterten mittelamerikanischen Staat nicht mehr durch einen Botschafter vertreten – „aus Sicherheitsgründen", wie es offiziell hieß. Die Bundesregierung hatte schon vor einiger Zeit grundsätzlich beschlossen, diesen Zustand wieder zu ändern. Das geschah jetzt offensichtlich im Zusammenhang mit den für März 1984 angesetzten Wahlen in El Salvador, die von der Bundesregierung gestern ausdrücklich begrüßt wurden.

„Wir brauchen völlig freie Wahlen in der kommunistischen Partei"

WELT-Interview mit dem Belgrader Soziologen Stojanovic über Jugoslawiens Zukunft

Svetozar Stojanovic, einer der bekanntesten neomarxistischen Belgrader Soziologen, ist in diesen Tagen mit brisanten politischen Thesen zur Krise des jugoslawischen Systems hervorgetreten. Sie werden in Jugoslawien heftig diskutiert. Stojanovic geriet mit der herrschenden KP schon zu Lebzeiten Titos in Konflikt und verlor auf Grund einer Parteidirektive seine Dozentur für Philosophie und Soziologie an der Belgrader Universität. In einem Interview der WELT erläutert er jetzt seine Position. Das Gespräch mit Stojanovic führte Carl Gustaf Ströhm.

WELT: Herr Stojanovic, Sie haben eine radikale Demokratisierung der jugoslawischen Kommunistischen Partei vorgeschlagen. Fürchten Sie nicht, daß eine solche Demokratisierung in Chaos und Desintegration enden könnte?

Stojanovic: Auf Reformen folgten in Jugoslawien immer wieder Antireformen. Natürlich bringt jede Demokratisierung ein gewisses Risiko mit sich – aber ich meine, das Risiko wäre noch viel größer, würde man die Demokratisierung nicht durchführen.

WELT: Welches Risiko liegt in einer unterlassenen Demokratisierung?

Stojanovic: Das Risiko, daß unser politisches System eine Kontrolle des Volkes über die politischen Eliten unmöglich macht. Deshalb ist es zu einer negativen Auslese gekommen – die politische Loyalität wurde zum einzigen Kriterium. Die solchermaßen zusammengesetzte politische Elite war nicht fähig, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen. Ohne Demokratisierung aber können nicht die richtigen Leute an die richtigen Positionen gelangen – auf jene Posten, wo die wichtigen gesellschaftlichen Entscheidungen fallen.

WELT: Sie setzen sich, wie Sie sagen, für einen „begrenzten Pluralismus" ein. Kann es einen begrenzten Pluralismus oder eine begrenzte Freiheit geben?

Stojanovic: Ich schlage nicht die Einführung der Demokratie, sondern der Demokratisierung vor. Das wäre eine allmähliche Entwicklung, in welcher die jugoslawischen Kommunisten ebenso wie die übrigen Staatsbürger in die Lage versetzt würden, die Demokratie überhaupt erst zu lernen. Das ist ein langwieriger, widersprüchlicher, schmerzlicher Prozeß.

Für mich gibt es keinen demokratischen Sozialismus, ohne einen institutionalisierten politischen Pluralismus. Das ist leicht gesagt, aber wie kommt man zu diesem Ziel? In einem national, konfessionell und geostrategisch so komplizierten Land wie Jugoslawien kann man das nur allmählich erreichen, sonst droht die Gefahr einer Katastrophe.

Deshalb schlage ich eine Zwischenlösung vor: Eine radikale Demokratisierung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens – und wenn ich hier „radikal" sage, dann meine ich das wörtlich: mit völlig freien Wahlen in-



Svetozar Stojanovic: „Die politische Elite ist nicht fähig, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen." FOTO: DW.

nerhalb der Partei, auf allen Ebenen. Ich schlage sogar eine gewisse Gewaltenteilung an der Spitze der Partei vor: Also daß nicht die ganze Macht in einem einzigen Exekutivorgan vereinigt ist, sondern daß es mehrere Organe gibt, die parallel zueinander funktionieren und dem Parteitag, nicht aber dem Exekutivorgan verantwortlich sind. Daneben habe ich eine radikale Demokratisierung der Gewerkschaften vorgeschlagen – sowie die Schaffung einer Organisation, die ich als „Bund der Sozialisten" bezeichne. Das wäre eine Massenorganisation, aber nicht von der Art wie die bestehenden Organisationen, wo die Bürger automatisch zu Mitgliedern werden, sondern in die man freiwillig eintritt. In dieser Organisation sollten sowohl die Partei als auch die Gewerkschaften mitarbeiten. Hier müßte die Partei lernen, wie man die Menschen überzeugt, und zwar mit Argumenten, ferner, wie man mit Partnern verhandelt. Und die jugoslawischen Sozialisten würden nicht nur Demokratie, sondern zugleich auch die Bewältigung der Realität lernen.

WELT: Wie stellen Sie sich das praktisch vor?

Stojanovic: Die demokratischen Reformen müssen bei uns allmählich durchgeführt werden – aus zwei Gründen: einmal wegen der sehr komplizierten nationalen und konfessionellen Komponenten unseres Landes und dann wegen unserer geostrategischen Lage.

WELT: Ihre Kritiker haben gesagt, Ihr Vorschlag sei nichts anderes als der Plan für ein getarntes Mehrparteiensystem.

Stojanovic: Natürlich gäbe es dann kein Monopol mehr für die KP Jugoslawiens. Dieser „Bund der Sozialisten" – der wäre ja bereits ein Element des Pluralismus. Aber das wäre keinesfalls eine parlamentarische Demokratie wie im Westen – und zwar nicht etwa deshalb, weil Jugoslawien die parlamentarische Demokratie bereits überwunden hätte, wie unsere Parteiideologen behaupten. Ich nenne das die „Ideologie der Trauben, die uns zu sauer sind". Nein, es geht darum, daß eine parlamentarische Demokratie unter unseren Bedingungen keine realistische Lösung wäre.

WELT: Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie für die in Jugoslawien zutage tretenden nationalen Konflikte zwischen den einzelnen Völkern?

Stojanovic: Für Jugoslawien gibt es keine andere Lösung als eine dezentralisierte Föderation. Aber für Jugoslawien gibt es noch keine Rettung und keine Überlebenschancen, wenn es neben der administrativen und kulturellen Föderalisierung nicht eine wirtschaftliche Integration gibt. Wir können also nur vorwärts schreiten, wenn wir etwas entwickeln, was ich marxistisch und hegelianisch als „sozialistische bürgerliche Gesellschaft" bezeichne. Also einen einheitlichen Markt, Konkurrenz, Kapitalbewegungen. Damit entstehen sofort andere als nur nationale und konfessionelle Interessen. Das wiederum gäbe uns die Möglichkeit zu einer weitergehenden Demokratisierung.

Die Grenada-Aktion erlaubt USA eine neue Politik in der Karibik

Auswirkungen von Jamaika bis Brasilien / Kuba und Nicaragua geraten in die Isolation

GÜNTER FRIEDLÄNDER, Miami

Die meisten amerikanischen Soldaten, die an der Polizeiaktion in Grenada mitwirkten, werden Weihnachten wieder in den USA verbringen. Aber die Auswirkungen der Aktion werden noch lange fühlbar sein. Deutlich sichtbar werden sie schon heute an der Innen- und Außenpolitik dreier Länder.

Jamaika: Premierminister Edward Seaga ließ das Parlament auflösen und zu Neuwahlen am 15. Dezember rufen. Jamaikas politisches System gleicht dem englischen. Seaga hätte mit der bequemen Mehrheit von 51 der 60 Abgeordneten im Parlament noch zwei Jahre regieren können, zog es aber vor, den psychologisch günstigen Augenblick für Neuwahlen auszunutzen.

Die Rechnung scheint aufzugehen. Seagas wirtschaftliche Erfolge sind drei Jahre nach seinem Wahlsieg über Fidel Castros Freund Michael Manley noch nicht groß, aber Manley, der noch vor wenigen Monaten von seiner Rückkehr an die Macht zu sprechen begann, hat es sich nach Grenada anders überlegt und erklärt, seine Nationale Volkspartei werde an den Wahlen nicht teilnehmen. Er gibt als Grund an, daß die Listen der Wähler nicht vollständig seien: Verstorbene Wähler seien nicht gestrichen und Erstwähler, die das Wahlalter erreicht haben, noch nicht eingetragen worden. Ein Sieg von Seagas Labour-Partei werde folglich durch Wahlbetrug erzielt werden. Die Wahrheit ist, daß in diesem Augenblick eine politische Gruppierung, die sich wie Manleys Partei mit Kuba identifiziert, in der Karibik nicht siegen kann.

Surinam: Seit dem Staatsstreich vom 25. Februar 1980 wird das Land von einer militärischen Clique unter der Führung des Oberstleutnant Desi Bouterse (39) regiert. Am 25. Oktober wurden alle Kubaner des Landes verwiesen, nachdem Kuba Surinam praktisch übernommen hatte. Jetzt soll der siebte Putschversuch in drei Jahren gescheitert sein.

Desi Bouterse ist der letzte Mann, den sich eine respektable Regierung als Verbündeten wünschen oder auch nur akzeptieren kann. Es ist schwer zu sagen, ob Surinam als Verbündeter der USA den Amerikanern nicht mehr schaden als nützen würde. Glücklicherweise besteht dieses Problem aber nicht, denn seit einiger Zeit ist die Regierung des großen angrenzenden Brasilien der Meinung, daß es keinen revolutionären Nachbarn braucht.

Brasilien bekämpft den kubanischen Einfluß auch über Surinam hinaus. Surinams plötzliche Vertreibung der Kubaner hat viel damit zu tun, daß Französisch-Guayana, Surinam und Guyana Ministaaten sind, die wichtige Gebiete Brasiliens vom Zugang zum Atlantischen Ozean abschneiden. Brasilien, das in naher Zukunft eine der Großmächte der Erde sein wird, muß sich dauernden Einfluß auf diese drei Länder sichern. Bouterse versuchte, die brasilianische Hilfe anzunehmen, ohne die kubanische Verbindung ganz aufzugeben, aber die Kubaner dachten anders: Statt „vorübergehend" die Verminderung ihres Personals von 100 auf 14 Personen und damit ihres Einflusses hinzunehmen, verließen sie Surinam vollständig und spielten damit nur in Brasiliens Hände.

Brasilien wird nun Bouterses Programme auf den Gebieten der Landwirtschaft, des Verbindungswesens, der Energieversorgung und der Rüstung finanzieren. Es hat damit den Niederlanden und den USA eine undankbare Aufgabe abgenommen. Brasilien hingegen leistet ganze Arbeit: Die Offiziere des surinamischen Heeres erhalten portugiesischen Sprachunterricht, um in wenigen Monaten von Brasilianern ausgebildet zu werden, und ähnliches gilt für die Techniker des Landes. Gleichzeitig hat Brasilien sich verpflichtet, während der kommenden fünf Jahre Reis und Tonerde in Surinam zu kaufen, um der Handelsbilanz des kleinen Landes einen positiven Trend zu geben.

Diese Entwicklung hilft den USA, eine neue Politik in der Karibik zu entwickeln und Kuba in diesem Raum völlig zu isolieren. Sie bedeutet in erster Linie, den karibischen Ländern zu erklären, zu welchen Mißerfolgen Revolutionen im kubanischen Stil führen, und sodann all denjenigen „politische und symbolische" Hilfe anzubieten, die sich gegen den Einfluß der durch Kuba vertretenen Sowjets wehren wollen.

Dieses Programm schließt nicht die Invasion Nicaraguas ein, von der die Sandinistas unaufhörlich reden. Die Mannöver der Nordamerikaner in Honduras, die zu einer ständigen militärischen Anwesenheit der USA in Mittelamerika führen könnten, die es ja am Panamakanal ohnehin gab, sollen die Sandinistas zur Vernunft bringen und sie davon überzeugen, daß es noch Wege gibt, sich wieder in das gesamtamerikanische Staatensystem einzugliedern.

Eine militärische Aktion der USA gegen Nicaragua würde große Probleme mit sich bringen, die in einem Wahljahr mehr als unerwünscht sind. Sie könnte im Gegensatz zum Falkland-Krieg und der Grenada-Aktion ernsten Widerstand in vielen lateinamerikanischen Staaten auslösen und die antisandinistische Front zerstören. (SAD)

In den Vorstädten von Beirut entsteht ein libanesisches „Khomeinistan"

Die Schiiten in Libanon / Haß und Märtyrerglaube schüren das revolutionäre Potential

PETER M. RANKE, Beirut

Tausende von Leitungen überspannen die engen Straßen, jeder scheint hier selbst für Licht und Telefon zu sorgen. Wäsche hängt aus den Fenstern, die Häuserwände sind mit grünen Parolen beschmiert. Überall sieht man Plakate von Ayatollah Khomeini und von Imam Mussa Sadr, dem politischen Heiligen der libanesischen Schiiten, der 1978 in Libyen spurlos verschwand. Hier in den südlichen Vororten Beiruts herrschen nicht Armee oder Polizei, sondern die Milizsoldaten der „Amal" des Rechtsanwalts Nabi Berri (45).

Zu den Milizen in Schia oder Hayes-Sollum oder Burdsch-el-Braschneh am Flugplatz gehören auch Frauen und Mädchen mit langen Kleidern und Kopftüchern, die ganz uncharmant auch eine Kalaschnikow zu handhaben wissen. Mit den jungen Burschen zusammen sorgen sie dafür, daß am Freitag kein Geschäft geöffnet ist, daß kein Alkohol verkauft wird und daß die Gläubigen in die Moscheen kommen. Spruchbänder wünschen „amerikanischen und israelischen Teufeln" den Tod.

Terroranschläge begrüßt

In den südlichen Vororten Beiruts hat sich ein neues „Khomeinistan" gebildet, eine schiitische Hochburg außerhalb Persiens mit rund einer halben Million Einwohner und Flüchtlingen. Diese Flüchtlinge kamen im Sommer 1982 aus dem verarmten Südlibanon und weigern sich jetzt zurückzukehren.

Nabi Berri ist längst nicht mehr der einzige Machthaber in der südlichen Banlieu. Aus der Bekaa-Ebene und aus Baalbek sind persische Revolutionsgardisten eingesickert. Zusammen mit schiitischen Terrorgruppen und radikalen Mullahs werben sie für die Revolution Khomeinis. In Baalbek hetzt Scheich Yasbek die Schiiten auf, in Schia ist es Scheich Fadlallah. Ihre Freitagspredigten sind erfüllt vom Haß gegen Amerika und Israel. Beide begrüßten die Terroranschläge gegen die Marines und französischen Fallschirmjäger in Beirut und schworen: „Wir werden ihnen noch andere Lektionen erteilen."

Es ist der Haß des alten Ayatollah Khomeini, der aus diesen Predigten klingt, die von Gläubigen aufgezeichnet und mit Kassetten verbreitet werden. Der Märtyrer-Glaube der Schiiten, der zweitgrößten moslimischen Gemeinschaft, verbindet die Hochburgen der Schiiten in der Bekaa bei Baalbek mit Beiruts südlichen Vororten und mit Südlibanon zu einer fanatischen Gemeinde einer Million Menschen. Ihr von „Amal" (Hoffnung) und Khomeini gemeinsam gesetztes Ziel ist die Vertreibung der Israelis und aller westlichen Truppen aus Beirut und Libanon. Daher haben sie sich mit den Syrern verbündet.

„Amal" kann allein in Süd-Beirut rund fünftausend Bewaffnete aufbieten. Wenn sich Nabi Berri mit den Palästinensern bei Aley und mit den Drusen-Milizen Dschumblatts im Schuf verbündet, was der „Hohe Rat" der Schiiten unter Scheich Chamseddine bisher allerdings abgelehnt, ist der Weg frei nach Beirut und die Regierung Gemayel nicht mehr zu halten. Berri steht unter dem Druck der Khomeinisten und Terrorgruppen.

Das besorgen andere. Fanatiker der „Hizbollah" (Partei Allahs), der „Hizdawa" (Partei des Rufes) und der „Amal Islam" sowie der „Dschihad Islam" hören auf Khomeini und haben in Süd-Beirut längst ihren Unterschlupf und ihre befestigten Häuser mit Schießscharten gegen die US-Marines am Flugplatz. Unter diesen Terroristen, die in der Banlieu untertauchen wie Fische im Wasser, vermuten westliche Geheimdienste auch künftige Attentäter.

Weisungen aus Teheran

Wie so oft bei den Schiiten ist auch „Amal Islam" eine politisch-religiöse Splittergruppe, die im Gegensatz zu der Kampftruppe Berris ihre Anweisungen aus Teheran empfängt, aber nachschubmäßig von Syrien abhängig ist. Der frühere Lehrer Hussein Massavi hat sich mit den Palästinensern von Abu Mussa verbündet, nicht aber „Amal". Denn diese „Amal" wurde 1976 von Imam Mussa Sadr, der übrigens aus dem persischen Ghom stammt, als Schutztruppe und Partei der Schiiten in Südlibanon gegründet, um Übergriffe der Palästinenser abzuwehren. Damals nannte der verschollene Imam seine Gruppe die „Partei der Entrechteten".

Bewaffnet wurde „Amal" dann allerdings 1979 nach dem Verschwinden Mussa Sadrs durch die Palästinenser in West-Beirut. Die PLO stellte auch Ausbilder und Geldgeber, obwohl sich die Schiiten im Bürgerkrieg 75/76 zurückgehalten hatten. Schwere Waffen wie Granatwerfer und Stalinorgeln bekam „Amal" dann voriges Jahr aus dem Palästinenserlager Sabra und Schatila. Heute sind die unterirdischen Lager dort längst geräumt. Aber nicht von Israelis oder der alliierten Friedenstruppe. Erben der PLO sind die Schiiten-Milizen und Terroristen Khomeinis in Beiruts Slumvierteln der südlichen Banlieu. (SAD)

Moskaus Interesse an Spitzbergen

Das „Land der kalten Küsten" gewinnt strategische und wirtschaftliche Bedeutung

HANS-JOACHIM SCHILDE, Oslo

Die Hubschrauberbesatzung des norwegischen Gouverneurs auf Spitzbergen reagierte trotz aller Überraschung sofort: Bevor die Kollegen eines 30jährigen sowjetischen Archäologen es hatten verhindern können, starteten die Norweger mit dem bis heute jüngsten Überlaufer in die Hauptstadt der fast 80 000 Quadratkilometer großen Inselwelt – Longyearbyen. Wie wichtig die norwegisch konservative Regierung den Flüchtling nahm: Er rief den Norwegern auf englisch zu: „Bitte nehmt mich mit in den Westen. Ich halte es in Rußland nicht mehr aus", zeigt sich daran, daß er mit einer Sondermaschine aus dem Land der kalten Küsten, wie die Wikinger Spitzbergen nannten, direkt nach Oslo gebracht wurde.

Zum zweitenmal innerhalb eines halben Jahres verloren die Russen, die immerhin 2000 Menschen in der vom Permafrost bestimmten Umwelt angesiedelt haben, einen jungen Wissenschaftler. Dies an der einzigen Stelle in Europa, wo es zwischen einem NATO-Partner und der UdSSR keinen Eisernen Vorhang gibt.

1920 sprach der Völkerbund Spitzbergen dem norwegischen Königreich zu. Allerdings mit einer Einschränkung: Alle Mächte, die das Spitzbergenabkommen unterzeichnet haben, dürfen unter norwegischer Aufsicht wissenschaftlich und wirtschaftlich auf der Insel tätig werden. Heute leben 1000 Norweger mit 2000 Russen sowie zwölf polnischen Forschern im ewigen Eis zusammen. Sie fördern Kohle zutage. Doch das friedlich-kalte Verhältnis ist nicht unproblematisch und wird durch die Flucht von Sowjetbürgern verschärft.

Die Norweger fragen sich „Was machen 2000 Russen auf der Insel? Sie fördern nur die Hälfte der Kohle, die wir mit eben halb so viel Beschäftigten zutage bringen." 1000 Norweger fördern eine Million Tonnen jährlich, die 2000 Russen 500 000 Tonnen. Dafür haben die Russen hinter dem Rücken der Norweger eine Hubschrauberbasis mit einer fahrbaren Radaranlage aufgebaut, die sowjetischen Atom-U-Booten, die aus dem Gewässer um Spitzbergen sämtliche Ziele in den USA erreichen können, durchaus wertvolle Hilfe geben kann. Verfügt der norwegische Gouverneur über einen kleinen Vier-Mann-Hubschrauber, so haben die Russen ständig fünf bis zehn Helikopter in Barentsburg stationiert. Helikopter vom Typ, der in Afghanistan als Kampfhubschrauber eingesetzt wird. Ein norwegischer Grubenarbeiter: „Die Hubschrauberflotte der Russen kann innerhalb einer Stunde alle strategischen Punkte der Insel besetzen."

Strategisch und wirtschaftlich ist Spitzbergen für Rußland von großer Wichtigkeit. Die Atlantik-U-Bootflotte muß zwischen Spitzbergen und dem Nordkap in westliche Gewässer. Uran und Erdölfunde haben das russische Engagement verstärkt. Sicherlich war das lange Verhör des russischen Wissenschaftlers ein Zeichen dafür, daß er nicht zuletzt Dinge über die Uranfunde zu berichten wußte, von denen die Norweger in der gewaltigen Eiswüste bisher keine Ahnung hatten.

Verteidigungs-Unlust und Antiamerikanismus sind in der Bundesrepublik Deutschland Merkmale einer Minderheit. Die Stationierung moderner amerikanischer Raketen veranlaßt die sogenannte Friedensbewegung und jene, die einen Austritt aus der NATO fordern, zu neuen Angriffen auf die westliche Schutzmacht – ihre Soldaten aber sollen im Falle eines Angriffs unser Land verteidigen. Die Söhne Amerikas geizen dabei weder mit Einsatz noch mit Opfern. Stimmung und Alltag in einer Einheit der amerikanischen Truppen auf deutschem Boden im Spätherbst 1983 gibt der folgende Bericht wider.



Deutschland kann ruhig schlafen: Die amerikanischen Truppen sind jederzeit kampfbereit

Am Eisernen Vorhang weht das Sternenbanner: Ein Besuch bei der amerikanischen Armee

Von WALTER H. RUEB

Das Grenzcamp liegt versteckt im Oberpfälzer Wald. Bis zur tschechoslowakischen Grenze sind es 16 Kilometer, bis zum kleinen Dorf Rötz mit dem Jeep kaum fünf Minuten, mit dem Panzer ein paar mehr. Hier verbringen Soldaten des 2. US-Panzeraufklärungsregiments als „Augen der NATO" einen Großteil ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik – fern von behaglichen Unterkünften in den Garnisonen des Hinterlandes, fern auch von Angehörigen und Freizeit.

Niedrige Baracken und ein riesiger Parkplatz mit einer Ansammlung stählerner Kolosse aller Art – vom Schützenpanzer über Bergepanzer bis hin zum gewaltigen M 60 – prägen das Bild von Camp Reed. Es ist benannt nach dem 31. Regiments-Kommandeur Colonel Charles Hancock Reed, und damit eine permanente Erinnerung an große Tage. Unter seinem Kommando hatte das Regiment im Weltkrieg nach der Landung in der Normandie am 19. Juli 1944 erstmals Feindberührung und war anschließend bis Kriegsende stets die Vorhut von Pattons legendärer 3. Armee. Das Regiment, wegen seiner Beweglichkeit „Gespenst von Pattons Armee" genannt, stieß von allen US-Einheiten am weitesten nach Osten vor. Erst in der CSSR stoppte die Politik seine Panzer.

Im Camp fehlen pathetische Hinweise auf jene Tage, doch nicht Sport- und Grillplatz, Kino, Clubhaus mit Billard, Fernsehen, Spielautomaten und Bar, Bibliothek, Unterrichtsraum und Sporthalle. Selbst eine Kirche, in der ein deutscher Geistlicher seit 39 Jahren regelmäßig den katholischen Gottesdienst hält, sowie ein Drugstore, vollgestopft mit amerikanischen Magazinen, Zigaretten, Kaugummi und anderen kleinen Dingen des täglichen Bedarfs, gibt es hier. Sanitätsstation, Waffenkammer, Schreibstube und ein geräumiger Lunch-and-Dinner-Room vervollständigen das Angebot des Camps.

Ruhe kehrt im Umkreis des Sternenbanners während 24 Stunden nur für kurze Zeit ein. Wer hierher kommt, darf die täglichen Dienststunden nicht zählen. 18 sind es meistens, oft noch mehr. Die Flagge wird täglich um sechs Uhr morgens gehißt, die Lichter kaum vor Mitternacht gelöscht ...

Das Hissen der Flagge besorgt die motorisierte Patrouille vor täglichem Briefing und Inspektion. Im Unterrichtsraum geht es hernach locker zu, doch militärisch knapp und kurz. Neben dem weißen Vorhang, der Karten und Pläne einzelner Grenzabschnitte verdeckt, werden Aufgabenstellung, Gebietseinteilung und anderes bekanntgegeben. „Heute werden uns Helikopter begleiten, die Patrouille mit Boden-Luft-Raketen ausgerüstet", teilt der Sergeant mit. „Die Geschwindigkeitsbegrenzung der teilnehmenden Fahrzeuge liegt bei 31 Stundenkilometern. Das Abschießen roter Signale bedeutet Gefahr, die persönliche Waffe ist ständig mitzutragen. Beim Grenzübergang Höll findet um 10 Uhr ein Treffen mit dem Bundesgrenzschutz statt ... Noch Fragen?"

Bei Zwischenfällen „fünf S"

Keiner der Soldaten meldet sich. Es sind alles alte Hasen. Zu oft sind sie schon Patrouille gefahren, haben über die Grenze hinüber in die CSSR geblickt, Wahrnehmungen gemacht, Zwischenfälle erlebt. Nur der Ernstfall ist bisher gottlob ausgeblieben.

Doch an das Vorgehen bei Gefangennahme von Verdächtigen wird auch heute wieder erinnert. „Fünf S", sagt der Sergeant. Was diese bedeuten, ist jedem klar: search (durchsuchen), seperate (trennen), safeguard (sichern), silence (zum Schweigen bringen), speed (schnell sein beim Transport nach hinten).

Während des Briefings ist es hell geworden. Mitten im Camp inspiziert der Patrouillenführer nach einer mehrseitigen Checkliste eine Unmenge von Dingen: sind Proviant, Notrationen, Waffen, Munition, Notmunition und Treibstoff an Bord, die Ausrüstung komplett? An den Jeeps werden Öldruck, Reifen und Batterie überprüft, jeder Angehörige der Patrouille muß seine Gasmaske anlegen und testen.

Die Inspektion läuft in zivilem, kameradschaftlichem Ton ab. Der harte Dienst ist nur erträglich in lockerer Atmosphäre. Es wird gelacht, Spaß ist erlaubt. Der Feldwebel kontrolliert einhändig. In der Linken hält er einen dampfenden Kaffee-Pott ...

Oberfeldwebel Gerry Anderson entläßt die Patrouille auf ihre zwölfstündige Tour. Der Texaner hat 18 Jahre US-Army hinter sich, davon vier bei zwei Aufenthalten in Germany. Er ist im Camp unentbehrlich. Ohne ihn wäre der blutjunge Leutnant Tomas Kilgore als Camp-officer glatt aufgeschmissen. Beiden macht ihr Job Spaß. Das hört man aus Worten und sieht man an Elan, Mienen und blankgewichsten Schuhen. Sie machen aus der Schwere des Dienstes kein Aufhebens. Große Worte sind in der Army nicht üblich, Politik kein Thema. „Wir verteidigen hier nicht nur Germany und Europa", sagen beide wie aus einem Munde auf eine entsprechende Frage, „sondern auch die United States."

Die Patrouille schleicht im Schneckentempo auf holprigen Straßen und Wegen die Grenze entlang – stets beobachtet von den tschechoslowakischen Grenzwächtern. Diese



Blick aus der freien in die unfreie Welt FOTOS: RUEB

stehen auf Beobachtungstürmen, sitzen in Fahrzeugen wie die Amerikaner, trampeln auf offenem Terrain durch nasses Gras und ziehen durch Unterholz und unübersichtliches Gelände.

Am alten Grenzübergang Höll, wo nurmehr überdimensionale Fahrzeuge abgefertigt werden, wartet der Bundesgrenzschutz bereits auf die US-Patrouille. Streifenführer Joachim Keil begrüßt die Amerikaner mit Handschlag. Man kennt und schätzt sich. Der Polizeiobermeister spricht hervorragend Englisch, tauscht mit den Amerikanern Eindrücke und Beobachtungen aus, freut sich über deren Interesse an seinem hochmodernen, weitreichenden Funkgerät und überläßt ihnen zur Begutachtung für Augenblicke seine neue Maschinenpistole. „Einweisungs- und Begleitstreifen mit den Amerikanern sind keine Seltenheit", verrät er. „Es gibt dabei keinerlei Probleme, außer schon mal wegen der Sprache ..."

Der Grenzverlauf ist hier kaum wahrnehmbar: lediglich ein Grenzschild, ein paar Grenzsteine, da und dort ein Pflock mit dem weiß-blauen Ring. Jenseits der Grenze aber Zäune, Türme, Hunde, Panzersperren, Bunker und Minenfelder. Im nahen Wald stehen Amerikaner und Deutsche wenige Minuten später einem kleinen Trupp tschechoslowakischer Waldarbeiter gegenüber. Die Arbeiter haben eine Verschnaufpause eingelegt, stehen herum, rauchen, schwatzen. Nur ein Uniformierter ist dabei. Er hat die deutsch-amerikanische Grenzpatrouille sofort ausgemacht, beobachtet sie im Fernglas, treibt schließlich die Waldarbeiter zu neuer Aktivität an. Sie ergreifen Sägen und Äxte, kommen auf wenige Meter heran, rufen ein paar Worte herüber, winken. Zehn Meter und dennoch Welten trennen die Angehörigen von US-Army und Bundesgrenzschutz von den Menschen des kommunistischen Landes ...

Ein Hubschrauber überfliegt den Wald. Die Amerikaner erkennen seine Herkunft am Geräusch des Motors: Es ist einer der Ihren. Amerikas Wachsamkeit beschränkt sich am Eisernen Vorhang zur „DDR" und CSSR nicht auf den Boden. Die Sicherheit von 295 Grenz-Kilometern zur „DDR" sowie der gesamten 365 Kilometer langen deutsch-tschechoslowakischen Grenze erfordert eine starke Präsenz auch in der Luft. Dem 2. US-Panzeraufklärungsregiment gehören deshalb mehrere Hubschrauber-Staffeln an. Sie sind in Feucht bei Nürnberg stationiert und fliegen regelmäßig den gesamten Eisernen Vorhang ab.

Tägliche Luftaufklärung

Die Hubschrauber-Piloten benötigen dafür eine Spezialausbildung: Sie müssen die Strecke in- und auswendig kennen, jeden Winkel, jede Steigung im Kopf haben. Der kleinste Fehler kann den Erfolg der Luftaufklärung beeinträchtigen, Maschine und Besatzung gefährden und Proteste der anderen Seite über Grenzverletzungen und Provokationen im Gefolge haben.

Die im Camp Gebliebenen reparieren Panzer und Fahrzeuge, üben an Waffen und Geräten, verrichten Unterhaltsarbeiten an Einrichtungen des Camps, bereiten sich auf die Nachtpatrouille vor oder donnern mit Panzern durch die Umgebung, die so schön ist, daß sie mehr als nur beiläufige Blicke aus den stählernen Ungeheuern verdient.

Rund um Rötz und Dörfer mit Namen wie Balbini, Hansenried, Meisenberg und Happassenried ist die Luft von Dieselgeruch erfüllt und die ländliche Stille vom Dröhnen der Panzermotoren gestört. In einem Zelt neben einem steinernen Kreuz ist das Feld-Hauptquartier untergebracht. Hier erhalten die Besatzungen von einem halben Dutzend zur „Reaction Force" gehörenden Panzern Übungsaufgaben. Heute gilt es, einen aus dem Tal auf die umliegenden Höhen vorstoßenden und mit Panzern und Helikoptern ausgerüsteten Feind zu stellen und zu vernichten ...

Bauern, Rentner und Schulkinder beobachten die Übungen der Amerikaner aus nächster Nähe. Manche halten sich die Ohren zu, nirgends aber sind Zeichen von Unmut oder gar Feindseligkeit gegen die fremden Soldaten erkennbar. Die Panzerbesatzungen revanchieren sich. Sie fahren so langsam wie möglich, schonen den Straßenbelag, wirbeln kaum Staub auf, fegen hinterher die Straße. Der letzte Amerikaner weiß um die Brisanz der Atmosphäre und von der Existenz der Friedensbewegung, obwohl hier nichts davon zu spüren und zu sehen ist. „Bei der Grenzbevölkerung ist das Bewußtsein für die Notwendigkeit der Verteidigung von Freiheit und Sicherung des Friedens viel stärker ausgeprägt als in den Großstädten fern der Grenze zu DDR und CSSR", stellt Ernst Girmindel, der Landrat des bayerischen Landkreises Cham fest. „Dabei leben unter den 107 000 Einwohnern des Kreises viele, die früher auf der anderen Seite der Grenze daheim waren. Aber gerade die Flüchtlinge, die die Verhältnisse drüben kennen, sind den Amerikanern für alles, was sie hier tun, dankbar ..."

Ähnlich äußert sich Hauptkommissar Eberhard Pilz von der Bayerischen Grenzpolizei in Furth im Wald. „Je näher man der Grenze kommt, um so beliebter sind jene, die diese schützen ... Mir tut es nur leid, wenn die Army Opfer an Menschenleben bringen muß, damit wir in Frieden leben können."

Der Vertreter des Grenzbeauftragten berichtet von guter Zusammenarbeit mit der US-Army sowie von gezieltem Informationsaustausch. „Sogar Flur- und Manöverschäden sind nie Anlaß zu Schwierigkeiten", lobt Pilz. „So wird es auch bleiben. Die Friedensbewegung hat hier keinerlei Resonanz in der Bevölkerung. Diese ist froh, daß die Amerikaner da sind."

In der Army spürt und weiß man dies. Zweifel und Verunsicherung haben deshalb keine Chance gegen Selbstbewußtsein und Festigkeit. Die Überzeugung, daß sie fern der Heimat das Richtige tun, beseelt die Männer in Olivgrün. „In Amerika wird auch demonstriert", sagt der 21jährige farbige Feldwebel und Panzerkommandant Joseph Stewart aus Greensboro/New York. Der Fahrer seines Panzers, der 22 Jahre alte Gefreite Mike Gosnell aus West-Virginia lächelt und meint: „Damit die Deutschen demonstrieren können, sind wir ja hier. Wir beschützen die Freiheit und sichern damit die Ausübung der demokratischen Rechte ..."

Gewacht wird auch nachts. Nach fast 40jährigem Aufenthalt in der Region – nach der Stationierung in Freising und Augsburg wurde 1951 das Hauptquartier des Regiments nach Nürnberg sowie die Schwadronen nach Bayreuth/Bindlach, Bamberg und Amberg verlegt – kennt die US-Army sich hier bestens aus. Dem Ground-Surveillance-Radar-Team kommt es zugute. Ohne Licht wird nachts entlang dem Eisernen Vorhang Patrouille gefahren und die militärischen Bewegungen jenseits von Zäunen und Minenfeldern beobachtet. Und den Grenzübergang Furth im Wald an der Straße Regensburg-Pilsen kann kein Fahrzeug passieren, das nicht schon kilometerweit vor der Grenze ins Visier genommen wurde ... Mit Nachtsicht-Geräten und Radar beziehen die Amerikaner jeden Abend entlang der Grenze Posten. Oberfeldwebel Gerry Anderson: „Deutschland kann ruhig schlafen. Wir sind jederzeit kampfbereit."

Tatsächlich sieht der 61. Regiments-Kommandeur, Colonel David M. Maddox, im Nürnberger Hauptquartier die Mission seines 2. Armored Cavalry Regiment darin, die Grenzüberwachung so zu betreiben, um stets für eine siegreiche bewaffnete Auseinandersetzung gerüstet zu sein. An seiner Philosophie hat sich auch in jüngster Zeit nichts geändert. „Gewisse Erscheinungen von Antiamerikanismus bis hin zu Kritik an der Army, ihrer Führung und Qualität haben auf unsere Einstellung in der Praxis keine Auswirkungen", sagt der hochdekorierte Vietnam-Veteran. „Psychologisch aber haben sie Spuren hinterlassen. Manche Soldaten fragen sich angesichts mangelnder Verteidigungsbereitschaft gewisser Kreise in Deutschland, welchen Sinn ihre Anwesenheit habe."

Devise „Immer bereit"

Das Regiment ist eine der traditionsreichsten Einheiten der amerikanischen Streitkräfte und das älteste Kavallerie-Regiment des Heeres. 53 Gefechtswimpel, unzählige Nennungen im Heeresbericht, 20 Ehrenmedaillen und ein belgisches Kriegsverdienstkreuz legen Zeugnis ab von der glorreichen Vergangenheit. 4000 Mann, 400 Panzer, 800 Fahrzeuge und 40 Hubschrauber in drei Garnisonen, ein Luftstützpunkt und sechs Grenzcamps sind nach Ansicht von Oberst Maddox Garanten dafür, daß Gegenwart und Zukunft des glorreichen Regiments an seine Vergangenheit anknüpfen können.

Es wird jedoch nicht leicht sein, war das Regiment seit 1836 doch überall dabei, wo es Ruhm und Ehre für die USA zu erkämpfen galt – schließlich als einzige US-Kavallerie-Einheit auf französischen Bauernpferden im Ersten Weltkrieg. In Frankreich änderte das Regiment 1918 sogar seinen Wahlspruch. Jeder Angehörige des Regiments trägt ihn bis heute gut sichtbar am Oberarm. In Französisch steht da unter der Bourbonen-Lilie: „Toujours pret" – „Immer bereit".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rosarot wiedervereinigen?

„Als Nachrüstung unumstritten war": WELT vom 19. November

Sehr geehrte Damen und Herren,
der WELT ist es zu danken, daß sie die Äußerungen prominenter SPD-Politiker aus der Bundestagsdebatte vom 25. Mai 1981 noch einmal gebracht hat. Erstaunlich, wie sich die Meinungen seither um 180 Grad gewandelt haben, obwohl sich an den Realitäten inzwischen gar nichts geändert hat.

Und wenn Hans-Jochen Vogel der Regierung vorwirft, eine sozial-liberale Koalition hätte durch Beeinflussung der Genfer Verhandlungspartner mehr erreicht, so hätte diese Koalition für den Beweis dieser Möglichkeit in den Jahren zuvor genügend Zeit gehabt.

Solche Kehrtwendungen und Argumente der SPD sind es, die das Vertrauen zu Deutschland, welches unsere Diplomaten und Abgeordneten aller Parteien in großer Kleinarbeit nach dem Kriege wiederaufgebaut haben, von neuem zerstören. „Ihr Deutsche", so heißt es, wenn man einmal in die Länder unserer westlichen Freunde seine Schritte lenkt, „bleibt eben immer die gleichen. Schon wieder seid ihr – oder doch große Teile eures Volkes – dabei, ein internationales Abkommen – und der NATO-Doppelbeschluß ist ein solches – zu zerreißen. Genau wie ihr das 1914 getan habt, als ihr euch über die Neutralität Belgiens hinweggesetzt habt und wie es später unter Hitler mehrfach geschehen ist. Immer wieder lauft ihr – anscheinend zu keiner rationalen Beurteilung der Lage fähig – Rattenfängern nach – heute wie seinerzeit vor und während des Dritten Reiches". Gewiß täten das nicht alle Deutsche. Aber immerhin fast die gesamte SPD sowie dazu die „Grünen". „Wer wisse zudem, wie viele das morgen tun werden." Worte wie „unzuverlässig" und „wortbrüchig" fallen immer wieder in solchen Unterhaltungen. Die Erwiderung, daß die CDU/CSU-FDP-Koalition die Mehrheit im Bundestag habe und der Nachrüstungsbeschluß nicht gefährdet sei, wirkt nicht immer sehr überzeugend. Die plötzliche politische Blindheit der SPD-Führung gegenüber der Tatsache, so wird meist repliziert, daß der Frieden in den fast 40 Nachkriegsjahren nur durch das atomare Gleichgewicht gewahrt blieb und auch in Zukunft nur durch ein solches erhalten werden kann, sei kaum begreiflich. „Ihr wollt euch eben aus dem westlichen Bündnis allmählich gänzlich lösen und beide Teile Deutschlands mit sowjetischer Zustimmung rosarot wiedervereinigen. Nur müßt ihr euch nicht einbilden, daß dann der Gemeinsame Markt mit allen seinen Möglichkeiten und Freiheiten, Auslandsreisen usw. fortbestehen könne." „Die Friedensbewegung", so wird in der Regel weiter argumentiert, „meine es sicherlich ehrlich, aber die SPD-Führung hätte jetzt gegen die Verführung Sturm laufen müssen, zumal sie seinerzeit selbst den amerikanischen Raketenschutz dringend erbeten habe. Statt dessen scheue sie sich nicht – genau wie es in den dreißiger Jahren geschah – der Bevölkerung Lagebeurteilungen zu geben, die der Wirklichkeit nicht entsprächen. Daß die SPD mit dieser Politik die gesamte freie Welt in höchste Gefahren bringe, schiene sie gegenüber der Chance eines Stimmengewinns gering zu achten. Dabei täte sie so, als entstünde die Gefahr eines Atomkrieges erst durch die Pershing-Raketen. Als ob der Friede nicht schon seit einem Vierteljahrhundert durch die sowjetischen Rüstungen genauso gefährdet gewesen sei und allein durch ein Gleichgewicht gewahrt blieb."

Dr. C. C. von Pfuel, Bonn 1

Bleibt Polen treu

„Unzensierte Klagemauer": WELT vom 1. November

Sehr geehrte Herren,
die WELT hat vor einigen Tagen berichtet, daß ich im Westen zu bleiben beabsichtige und in West-Berlin mein Exil aufgeschlagen haben soll. Das entspricht nicht den Tatsachen. Ich beabsichtige nicht, als polnischer Schriftsteller auf meine polnische Staatsangehörigkeit zu verzichten. Ich habe auch niemandem eine derartige Absicht mitgeteilt.

Hochachtungsvoll
Stanislaw Lem

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Gewaltsames Ende

„Keine Abtreibung wegen einer sozialen Notlage"; WELT vom 23. November

Die neue Stiftung „Mutter und Kind" der Bundesregierung halte ich für eine sehr sinnvolle und hilfreiche Einrichtung. Sicherlich gibt es manche gravierenden Fälle, in denen man es Frauen mit öffentlichen Mitteln erleichtern könnte, ihr Kind zur Welt zu bringen.

Trotzdem bin ich der Meinung, daß diese Entscheidung am Kern des Übels vorbeigeht. Jeder Biologe wird bestätigen und auch ein gesunder Menschenverstand erkennt: Menschliches Leben beginnt mit dem Augenblick der Verschmelzung von Samen und Eizelle. Von diesem Augenblick an steht uns ein neuer Mensch gegenüber, der sich bis zu seinem Tode entwickelt und entfaltet. Dabei durchläuft er keineswegs die verschiedenen Stadien seiner Stammesgeschichte, wie Ernst Haeckel es 1866 formulierte. Sein „biologisches Grundgesetz" ist aufgrund neuerer Forschung längst als fataler Irrtum erkannt worden. Ein Mensch ist von Anfang an ein Mensch und bereits acht Wochen nach der Zeugung soweit ausgebildet, daß sämtliche Organe und Anlagen vorhanden sind. Von jetzt an muß er nur noch wachsen und die Funktionen seines Körpers einüben.

Es ist also eigentlich offensichtlich, was Abtreibung bedeutet, nämlich das Leben eines Menschen gewaltsam beenden. Früher nannte man das „töten" und, wenn es aus niedrigen Motiven geschah „morden". Wo bleibt die Achtung vor der hohen Würde des Menschen, wenn in unserem Land jährlich ungefähr 136 000 Menschen sterben müssen (äußerst vorsichtige Errechnung des stat. Bundesamtes für das Jahr 1979)? Das entspricht einer Stadt der Größe Würzburgs oder Erlangens! Seit der Änderung des Paragraphen 218 sind das allein in Deutschland über eine dreiviertel Million!

Ich selbst bin noch jung, aber ich fürchte mich davor, wenn ich diese Verbrechen einmal meinen Kindern und Enkeln erklären muß. Was sollte ich ihnen dann sagen, wenn ich jetzt schweigen würde?

Hochachtungsvoll
Th. Wollbeck, Erlenbach

Wort des Tages

„Nichts auf der Welt ist schwerer zu verstehen als ein Volk. Wie weit ist schon innerhalb des gleichen Volkes der Weg von einem Individuum zum andern, wie selten die Fähigkeit des einzelnen, den andern verstehen zu wollen, verstehen zu können. Überall stehen Verkapseltsein des Menschen in sich selbst, egoistisches Machtstreben dem geduldigen Begreifen, dem verzeihenden Verstehen des anderen im Wege."

Ludwig Curtius, dt. Archäologe (1874–1954)

Personalien

ERNENNUNG

Dr. **Eric Harder** wird neuer deutscher Botschafter im Königreich Nepal. Der Diplomat, 1922 in Memel geboren, Jurist, war in Göteborg, New York, in Kairo und San Francisco eingesetzt. Von 1965 bis 1981 leitete er das Generalkonsulat in Lyon. Seit 1981 ist er Botschafter in Kigali, im afrikanischen Staat Ruanda.

VERANSTALTUNGEN

Mit einer „Love affair" unter Wissenschaftlern, die auch am Standesamt nicht scheitern wird, verglich Professor **Moshe Many**, Präsident der Universität Tel Aviv das Partnerschaftsabkommen zwischen seiner Hochschule und der Münchener Ludwig-Maximilian-Universität, das in Israel unterzeichnet und nun bei einem Empfang auch in der bayerischen Landeshauptstadt festlich besiegelt wurde. Für die Hochschule in Israel, mit 20 000 Studierenden die größte des Landes, ist es das erste Abkommen dieser Art mit einer deutschen Universität. Für ihren Münchner Partner, der mit 50 000 Studenten ebenfalls die größte Uni des Landes ist, wurde es das 20. Abkommen mit einer ausländischen Hochschule. Münchens Präsident Professor **Wulf Steinmann** will auf sofortige Zusammenarbeit dringen. Schon im kommenden Januar werden die Münchener Professoren **Christin Meier**, Alte Geschichte, **Ernst Vogt**, Altphilologie und **Paul Zanker**, Archäologie, zum ersten „München–Tel-Aviv-Colloquium" nach Israel reisen. Das Thema lautet „Augustus". Im kommenden Sommer ist ein Colloquium über Tumorimmunologie geplant.



Handschlag zwischen Freunden. Jugoslawiens Botschafter Dragutin Rozmann, rechts, begrüßt US-Botschafter Arthur F. Burns.

Die Jugoslawen feierten auch in der Bundeshauptstadt ihren 40. Jahrestag der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Jugoslawiens Botschafter **Dragutin Rozman** bat in der Kanzlei in Bad Godesberg zum Empfang. Für das Bonner Auswärtige Amt sprach Staatsminister Dr. **Alois Mertes** seine Glückwünsche aus.



Der Dialog geht weiter: Frankreichs Gesandter Jacques Bernière, links, und der sowjetische Gesandte Wladislaw P. Terechow steuerten sich zielstrebig beim Jugoslawien-Empfang an. Frankreichs Präsident François Mitterrand hat nach gesicherten Informationen die Absicht, zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR zu vermitteln, damit die abgebrochenen Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in einiger Zeit fortgesetzt werden können. FOTOS: KEIL

Der mit 10 000 Mark dotierte Publizistik-Preis „Medizin im Wort" wurde jetzt im Rahmen einer Feierstunde im Verlagshaus der WELT in Bonn an die Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, die Medizin-Journalistin Dr. med. **Hedda Heuser-Schreiber** verliehen. Sie erhielt den von dem Pharmaunternehmen Squibb von Heyden gestifteten Preis durch ein Votum von Mitgliedern des Kollegiums der Medizinjournalisten, des Arbeitskreises Medizin-Publizistik sowie der medizinischen Fach- und Standespresse für hervorragende Arbeiten auf dem Gebiet der Medizinpublizistik. Die Preisverleihung fand statt im Anschluß an ein wissenschaftliches Seminar.



In Medizin und Politik erfolgreich: Dr. Hedda Heuser-Schreiber (links), die frühere FDP-Bundestagsabgeordnete. Weitere WELT-Gäste Dr. Hans Mohl vom ZDF-Gesundheitsmagazin Praxis und Ausländerbeauftragte Liselotte Funcke. FOTO: HÖFT

„Ich bin sicher, Moskau bleibt auch weiterhin gesprächsbereit"

Biedenkopf berichtet über Meinungsaustausch mit Kreml-Funktionären

BERNT CONRAD, **Bonn**

Deutliche Anzeichen weiterer Dialog- und Verhandlungsbereitschaft der Sowjetunion hat der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf bei Gesprächen in Moskau registriert. Allerdings zielten die Sowjets darauf hin, die Beziehungen zu den Westeuropäern vom sowjetisch-amerikanischen Verhältnis zu trennen, sagte Biedenkopf gestern vor Journalisten in Bonn.

„Anderswo weitermachen"

Der frühere CDU-Generalsekretär war als Vorsitzender des Bonner Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gemeinsam mit dem Institutsleiter Meinhard Miegel von der sowjetischen Akademie der Wissenschaften nach Moskau und Leningrad eingeladen worden. Bei zahlreichen Begegnungen ist nach seinen Angaben immer wieder der sowjetische Wunsch zum Ausdruck gekommen, den Wirtschaftsaustausch möglichst von den politischen Bedingungen unabhängig zu gestalten.

Gleich am ersten Tag in Moskau, so berichtete Biedenkopf, sei aus Bonn die Nachricht von der Bundestagsentscheidung für die Nachrüstung eingetroffen. Dies habe zu keiner Verschärfung oder Abkühlung der Gespräche geführt. Die Sowjets hätten zwar ihre auch von Staats- und Parteichef Andropow vorgebrachten Sorgen erläutert, gleichzeitig aber die sachliche Atmosphäre gewahrt.

Das ZK-Mitglied Georgij Arbatow und der frühere sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, haben nach Darstellung Biedenkopfs bei der Erläuterung der Andropow-Stellungnahme das Interesse an einer Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Ziel der Abrüstung erkennen lassen. Der Abbruch der Mittelstreckenverhandlungen in Genf sei von ihnen mit dem Argument begründet worden, Ziel dieser Verhandlungen sei es gewesen, den Vollzug des Nachrüstungsbeschlusses vermeidbar zu machen. Da dieses Mandat jetzt erloschen sei, könnten die Verhandlungen nicht fortgesetzt werden.

Dazu Biedenkopf: „Ich habe die Gewißheit mitgenommen, daß die Sowjets von einem Erlöschen des Mandats sprechen, um sich den Zugang zu anderen Verhandlungen nicht zu versperren. So kann man anderswo nach einer gewissen Pause weitermachen. Die Einschätzung der Bundesregierung deckt sich mit dem, was uns vorgetragen wurde." Dabei seien die von Andropow angekündigten Gegenmaßnahmen als eine „zwangsläufige Antwort" beschrieben worden.

Für breitgefächerte Kontakte

Die sowjetischen Gesprächspartner hätten betont, so fuhr der CDU-Politiker fort, daß man daran arbeiten müsse, die gegenseitigen Probleme besser zu verstehen. Er halte dies für wichtig, nicht nur auf Regierungsebene, sondern auch auf der akademischen Ebene. Biedenkopf trat dafür ein, gerade in der angespannten politischen Lage die Gefahr der Eindimensionalität zu vermeiden und die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nur sicherheitspolitisch und außenpolitisch zu sehen. Er stimme voll mit der Ansicht des Bundeswirtschaftsministers Graf Lambsdorff überein, daß gerade heute „das Feld der Kontakte breit bestellt" werden müsse.

US-Truppen auf Grenada, bis die Lage stabil ist

AP, **Washington**

Die Vereinigten Staaten werden nach den Worten des Sprechers des US-Verteidigungsministeriums, Michael Burch, ihre Truppen erst dann von Grenada abziehen, wenn die neue Regierung der Insel stabil genug und in der Lage ist, ihre Sicherheit selbst zu garantieren. Weihnachten spiele dabei keine Rolle als „magische Grenze", sagte Burch. Präsident Ronald Reagan hatte am 22. November den Abzug der US-Kampftruppen von Grenada noch vor dem Weihnachtsfest angekündigt. Er hatte jedoch die Möglichkeit offengelassen, daß Sanitäter und Techniker der US-Truppen weiter auf der Insel Dienst tun könnten, um die neue Regierung zu unterstützen. Burch machte jetzt keine Unterscheidung zwischen kämpfenden und unterstützenden Truppen.

Gegenwärtig sind nach Burchs Angaben noch 2723 amerikanische Soldaten auf Grenada stationiert, von denen 1039 zur kämpfenden Truppe zählen. Es seien jedoch Gespräche zur Entsendung einer Truppe der Commonwealth-Staaten im Gange.

Biedenkopf: Für Konsens, aber nicht für Plebiszite

Staatssekretär Würzbach widerspricht Thesen des westfälischen CDU-Vorsitzenden

BERNT CONRAD, **Bonn**

Der westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf hat sich dafür ausgesprochen, in der Verteidigungspolitik ähnliche Anstrengungen wie in der Sozialpolitik zu unternehmen, um einen allgemeinen Konsens innerhalb der Bevölkerung der Bundesrepublik sicherzustellen. Nur darum und keineswegs um die Einführung plebiszitärer Entscheidungsformen sei es ihm in seinem in den vergangenen Tagen heftig diskutierten Aufsatz in dem Sammelband „Die Atomschwelle heben" gegangen, versicherte Biedenkopf gestern vor Journalisten in Bonn.

„Parlament allein zuständig"

Noch wenige Stunden vorher hatte der Herausgeber des Buches, der Parlamentarische Staatssekretär Peter Kurt Würzbach (CDU) vom Bundesverteidigungsministerium, im WDR die These Biedenkopfs kritisiert, man müsse die Bevölkerung bei Fragen von entscheidender Bedeutung, wie beispielsweise der strategischen Konzeption, stärker beteiligen. Würzbach: „Diesen Denkansatz halte ich nicht für akzeptabel, nicht für konsensfähig unter Demokraten. Denn es ist nicht die Frage, ob eine Strategie akzeptiert wird oder nicht, sondern es muß die Frage sein, ob die Strategie richtig ist, ob sie sich bewährt hat." Darauf müsse im Augenblick mangels Alternativen mit Ja geantwortet werden.

Biedenkopf hatte in seinem Buchbeitrag auch erklärt, für die Abweichung parlamentarischer Mehrheiten von der Ansicht der Mehrheit der Wähler gebe es Grenzen, „wenn es sich um Gegenstände handelt, die nicht nur die Gefühle, sondern die Existenz aller Menschen betreffen". Dazu meinte Würzbach, als Politiker dürfe Biedenkopf, „um berechenbar zu bleiben, doch nicht die repräsentative Demokratie, das heißt die Alleinzuständigkeit für das Zustandekommen von Gesetzesvorhaben, von Verhaltensweisen, von politischen Verträgen und Abmachungen nach außen aus dem Parlament heraus verlagern".

Biedenkopf dagegen bezeichnete in einer Pressekonferenz die Interpretation, er wolle die Zuständigkeit des Parlaments in existentiellen Fragen durch plebiszitäre Elemente einschränken, als „schlichten Unfug". Er betonte: „Ich will keine Beeinträchtigung der Alleinzuständigkeit des Parlaments." Anzustreben seien weder Volksbefragungen noch Volksentscheide, von denen er gar nichts halte.

Für ethische Mitbestimmung

Die Diskussion, so meinte der CDU-Politiker, werde gegenwärtig mit einer gewissen Nervosität geführt, weil es in jüngster Zeit „wenig Rückkoppelung zwischen der Verteidigungspolitik und der Meinung der Bevölkerung" gegeben habe. Eine Verteidigungspolitik ohne Konsens mit der Bevölkerung aufzubauen, sei aber nicht möglich. Einen solchen Konsens herbeizuführen und zu sichern, sei gerade in den „Grenzsituationen" wie der nuklearen Abschreckung notwendig. Dabei gehe es um Formen der Mitbestimmung nicht im politischen, sondern im moralischen und ethischen Sinne. Biedenkopf bezog sich dabei ausdrücklich auf Äußerungen des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken.

Der CDU-Landesvorsitzende und frühere Generalsekretär charakterisierte die derzeitige Debatte als ein Indiz dafür, wie schwierig es sei, politische Willens- und Konsensbildung in der Verteidigungspolitik in den Rahmen der parlamentarischen Demokratie einzufügen. Dies sei ein Stück Auseinandersetzung zwischen Experten und öffentlicher Meinung.

Union hat noch Fragen an Blüm

Wie soll die Freiwilligkeit beim Vorruhestand geregelt werden?

GISELA REINERS, **Bonn**

Die CDU/CSU-Fraktion hat zum Thema Vorruhestandsregelung noch einen längeren Fragenkatalog an Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU) gerichtet. Ein Referentenentwurf zu dem geplanten Gesetz soll heute noch den Verbänden zugehen, damit die Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen, wenn morgen in Hamburg die fünf Gewerkschaftsvorsitzenden zusammentreffen, die eine Lebensarbeitszeitverkürzung der 35-Stunden-Woche vorziehen.

Die Vorruhestandsregelung soll Arbeitnehmern die Möglichkeit geben, freiwillig mit 59 Jahren auszuscheiden. Wird der Arbeitsplatz wieder besetzt, beteiligt sich der Staat über die Bundesanstalt für Arbeit mit 40 Prozent an der Frührente in Höhe von 65 Prozent des letzten Bruttogehalts. Der Rest ist Gegenstand von Tarifvereinbarungen.

Wie die Freiwilligkeit geregelt werden kann, will die Fraktion jetzt wissen, denn das Ausscheiden kann strittig sein, wenn der Arbeitnehmer ausscheiden möchte, der Arbeitgeber es aber nicht will und umgekehrt. Ungeklärt ist auch die Wiederbesetzung. Was passiert, wenn ein Neueingestellter nach der Probezeit kündigt oder ihm gekündigt wird? Muß die Erstattung zurückgezahlt werden? Kann der nächste Arbeitgeber für die Einstellung nochmals Erstattung fordern?

Weiter wird gefragt: Wie ist eine Überversorgung durch ein „Draufsatteln" des Arbeitgebers auf die Tarifrente auszuschließen? Kann durch eine Allgemeinverbindlichkeits-Erklärung sichergestellt werden, daß nicht Arbeitgeber aus ihren Tarifverbänden aussteigen, um sich der Regelung zu entziehen? Können sich Klein- und Mittelbetriebe ebenso wie geringer Verdienende die Tarifrente überhaupt leisten?

Eine Frage, die die Abgeordneten auch beschäftigte, war die Sorge um die Gleichbehandlung. Es ist offenbar unklar, ob nicht Arbeitnehmer aus Tarifbereichen, für die die Vorruhestandsregelung nicht vereinbart wird, auf Gleichbehandlung klagen können.

Lambsdorff spricht von „Irreführung"

■ Fortsetzung von Seite 1

Der CSU-Vorsitzende Strauß erklärte, er habe Lambsdorff wegen der Spendenaffäre „nie verurteilt" und habe sich nicht an der Kampagne gegen ihn beteiligt. Vielmehr habe er die Indiskretionen in der Presse als „Justizskandal" bezeichnet. „Mehr an Loyalität kann man wirklich nicht verlangen", fügte Strauß hinzu.

Im Kabinett bedauerte es Bundeskanzler Kohl „außerordentlich", daß die Hauptbeteiligten immer noch nicht die Anklageschrift erhalten hätten. Regierungssprecher Boenisch sagte gestern nachmittag, dies sei nicht einmal nach der „spektakulären Pressekonferenz" der Staatsanwaltschaft geschehen.

Lambsdorffs Sprecher Dieter Vogel berichtete, der Verteidiger des Ministers habe die Presseerklärung der Anklagebehörde erst zehn Minuten vor der Pressekonferenz erhalten. Zuvor habe der Anwalt mehrfach vergeblich nach einem Gesprächstermin nachgesucht.

Heftige Angriffe gegen die Staatsanwaltschaft richtete gestern der Kölner Strafrechtslehrer Professor Kohlmann. Kohlmann schloß im Deutschlandfunk in seinen Vorwurf der „provozierten Vorverurteilung" durch Teile der Medien ausdrücklich die Anklagebehörde ein. Kohlmann: „Die Staatsanwaltschaft hat – wenn man das so sagen darf – in Andeutungen geschwiegen. Ich meine, das ist die eigentliche Quelle für die wilden Spekulationen, die nunmehr seit Monaten durch die Bundesrepublik geistern. Ermittlungsverfahren sind nicht öffentlich, aus gutem Grund. Und die Staatsanwaltschaft wäre gut beraten gewesen, generell auf Anfragen nach Ermittlungsverfahren darauf hinzuweisen und zu sagen, da laufen Ermittlungen. Nichtsdestotrotz ist die Staatsanwaltschaft hingegangen und hat immer ein klein wenig den Mantel der Verschwiegenheit gelüftet, und dann knüpfen sich daran die Spekulationen."

„Wirtschaft braucht Japan-Konzept"

Seminar in Stuttgart / Leistungsschau in Tokio wird Prüfstein deutscher Marktchancen

HEINER KLINGE, **Stuttgart**

Den Vorwurf, die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland besitze kein Konzept der langfristigen Zusammenarbeit mit der wirtschaftlichen Supermacht Japan, hat Bernd Grossmann, Geschäftsführer der Deutschen Industrie- und Handelskammer in Japan, erhoben. Während eines Japan-Seminars des Instituts für Auslandsbeziehungen in Stuttgart richtete Grossmann zugleich den eindringlichen Appell an deutsche Industriefirmen- und Verbände, die vom 23. April bis 6. Mai 1984 in Tokio stattfindende Leistungsschau der Bundesrepublik durch rechtzeitige Information der japanischen Partner zum vollen Erfolg werden zu lassen.

Diese Schau, für die Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone die Schirmherrschaft übernehmen, wertete Grossmann als ein „Jahrhundertereignis", das von entscheidender Bedeutung für die deutschen Marktchancen in der Zeit bis zur Jahrtausendwende sein dürfte. Unter dem Motto „Die Bundesrepublik Deutschland – ein verläßlicher, leistungsfähiger Partner Japans auf dem Weg in eine Welt von morgen" werden von 280 Firmen auf rund 25 000 Quadratmetern Ausstellungsfläche im Gelände der Internationalen Handelsmesse an der Bucht in Tokio Spitzenerzeugnisse aus dem Investitions- und Konsumgüterbereich gezeigt. Außerdem finden Technologieseminare und Wirtschaftsgespräche statt und werden Kulturprogramme dargeboten.

Auf das Mißverhältnis zwischen der Bedeutung Japans und der Zahl der nach Japan reisenden Ausländer machte der Geschäftsführer des Deutsch-Japanischen Wirtschaftsförderungsbüros in Düsseldorf, Andreas Mekkel, aufmerksam. Nach Japan seien 1982 nur eine Million Ausländer gereist. Hingegen unternahmen vier Millionen Japaner Auslandsreisen. Noch unausgeglichener stelle sich die Relation zur Bundesrepublik Deutschland dar: 318 000 Japaner besuchten 1982 unser Land, aber es fanden nur 38 000 Deutsche den Weg nach Japan.

USA und Israel rücken enger zusammen

● Fortsetzung von Seite 1

Export bestimmten israelischen Kampfflugzeugs „Lavie" abgezweigt werden. Auf wirtschaftlichem Gebiet vereinbarten beide Seiten ein noch auszuarbeitendes Freihandelsabkommen.

Beide Seiten konnten sich jedoch nicht über den Nahost-Friedensplan einigen, wie ihn Präsident Reagan am 1. 9. 1982 vorgestellt hatte. Jerusalem lehnt diesen Plan weiterhin entschieden ab.

Dabei widersetzt es sich vor allem jenem Passus, der von einer Assoziierung des Westjordan-Ufers und Gaza-Streifens mit Jordanien spricht. Die Amerikaner ihrerseits betonten gegenüber der israelischen Seite, wie wichtig gute Beziehungen zu moderaten arabischen Staaten für die USA seien. Man denke auch weiterhin daran, diese Beziehungen durch die Vergabe von Militärhilfe zu pflegen.

Heikel war zum Teil auch die Libanon-Thematik. Obwohl Premierminister Shamir bei seinem Abschied feststellte, daß das Abkommen mit Libanon vom 17. Mai „in all seinen Teilen" verwirklicht werden müsse, ließen die Amerikaner erkennen, daß sie sich größere israelische Flexibilität in der Frage des Truppenrückzugs wünschen.

Washington besteht darüber hinaus auf lückenloser Konsultation in allen Fragen israelischer Truppenbewegungen. Man will nicht mehr, wie in der Vergangenheit, durch israelische einseitige Schritte überrascht werden, wie Ende September bei dem plötzlichen Abzug der Israelis aus den südwestlich von Beirut gelegenen Schuf-Bergen. Die Folge waren der Ausbruch heftiger Kämpfe, unter Gefährdung der US-Marines.

Schließlich versprachen die israelischen Besucher, in Libanon alles zu unterlassen, was als Hilfe für die Drusen und schiitische Splittergruppen interpretiert werden könnte. Entscheidend für die Libanon-Politik beider Seiten ist die Sicherung der Autorität der Zentralregierung unter Präsident Amin Gemayel. Gemayel wird heute in Washington zu einem Gipfelgespräch erwartet.

Arbeitsmarkt: Esser ist optimistisch

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

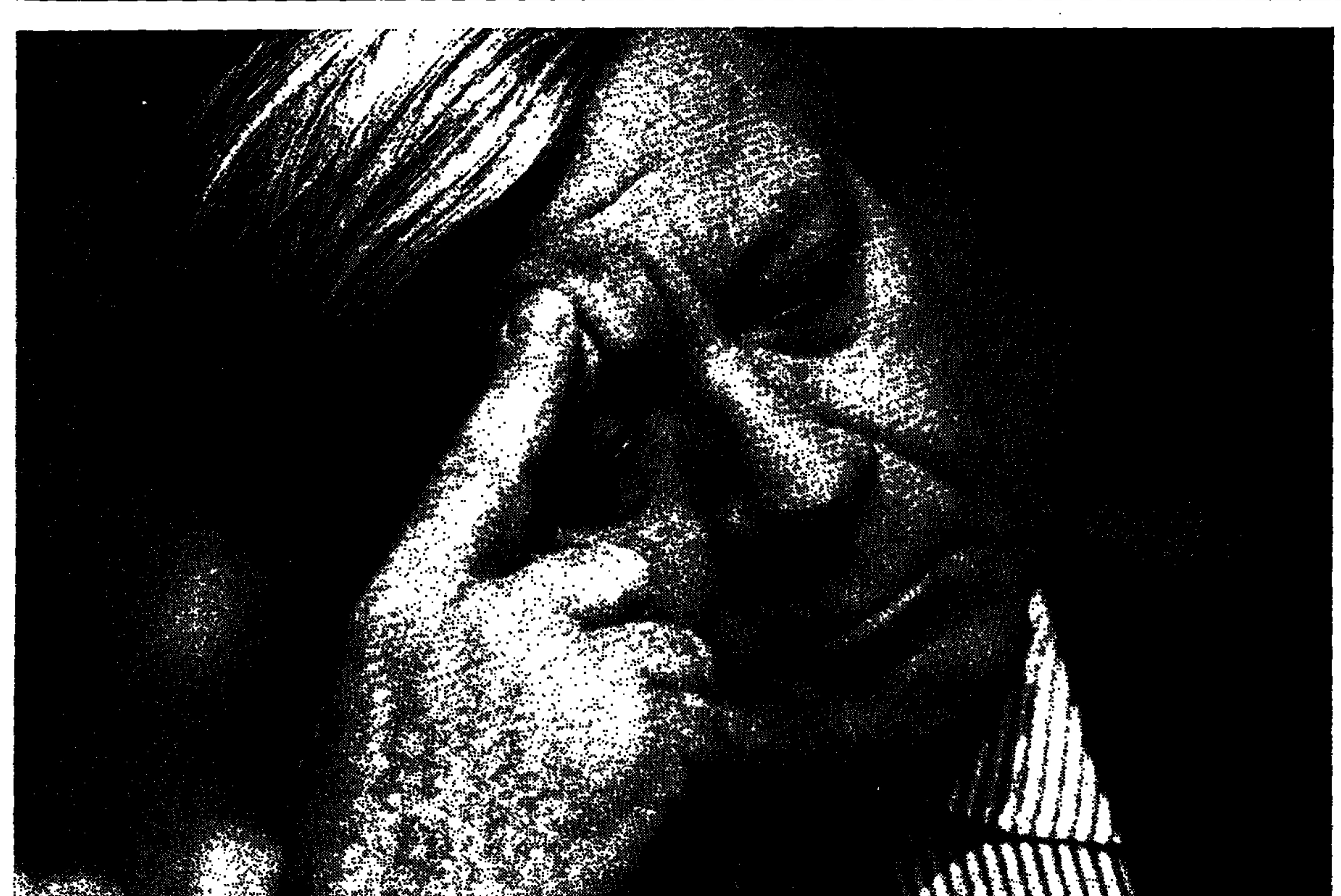
Der konjunkturelle Aufwärtstrend habe trotz großer Branchenunterschiede und erheblicher Strukturkrisen in einigen Regionen unverkennbar an Breite gewonnen. Dies stellte der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, gestern vor dem Wirtschaftsbeirat der Union in Nürnberg heraus. Die konjunkturelle Belebung schlage überdies allmählich auch auf den Arbeitsmarkt durch.

Durch die Eindämmung des Preisanstiegs beim privaten Verbrauch auf unter drei Prozent sei es sogar möglich geworden, eine Stabilisierung der Realeinkommen zu erreichen. Für Esser beweist diese Entwicklung, daß eine sich an Stabilisierungszielen orientierende Lohnpolitik aussichtsreicher sei als jene Politik, die hohe und angeblich unvermeidbare Preisraten unterstelle.

Esser hält es für erreichbar, die Zahl der Beschäftigten innerhalb der nächsten fünf Jahre um rund eine Million zu erhöhen. Voraussetzung wäre ein Wirtschaftswachstum von drei Prozent und ein Produktivitätsfortschritt von zwei bis 2,5 Prozent. Esser begrüßt es, daß auch der Sachverständigenrat von einer solchen Annahme ausgehe und damit gleichfalls der völlig überzogenen These entgegengetreten sei, daß erst Wachstumsraten von sechs Prozent an aufwärts spürbare Beschäftigungsgewinne brächten.

Zu einer offensiven Wachstumspolitik zählte Esser die weitere Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen, die Förderung des technischen Fortschritts und eine Stabilisierung der Personalkosten. Die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich würde die Beschäftigungsprobleme zwangsläufig verschärfen.

Demgegenüber könnten weitere Beschäftigungserfolge durch eine flexiblere Gestaltung der betrieblichen Arbeitszeit erreicht werden. In diesem Zusammenhang nannte Esser die Eckdaten der Bundesregierung für eine Vorruhestandsregelung einen positiven Akt des Generationenvertrages.



Helmut Schmidt, Exkanzler und Mitherausgeber der ZEIT: Was Sowjets und Amerikaner lernen müssen.

Die Zeit nach Genf

Von Helmut Schmidt

Die Entscheidung der Parlamente zur westlichen Nachrüstung waren fällig, sind gefallen. Zugleich aber haben der einstweilige Fehlschlag in Genf und seine Ursachen eine Reihe von Besorgnissen hervortreten lassen.

Was muß Moskau lernen? Die Defizite sowjetischer Kenntnisse hinsichtlich des Westens sind groß. Die Russen glaubten, sie könnten vier Dinge zugleich haben: vertragliche nuklear-strategische Parität mit den USA; militärische Aufrüstung außerhalb der vertraglich geregelten Waffen-Bereiche; Entspannung und Kooperation in Europa; Expansion außerhalb Europas.

Die sowjetische Unkenntnis des freien Westens und der USA insbesondere wäre behebbar; die Sowjets müssen geradezu eingeladen werden, den Westen kennen zu lernen.

Was müssen die USA lernen? Auch hier sind in den letzten Jahren Reden gehalten worden, die besser unterblieben wären. Es ist viel zu viel über Hardware nachgedacht und öffentlich debattiert worden.

Washington darf nicht in europäischen Fragen über den Kopf der Europäer hinweg mit der Sowjet-Union verhandeln, die Europäer verstehen infolge von fast eintausend Jahren gemeinsamer Geschichte Rußland besser als die Amerikaner, diese Kenntnisse sollten genutzt werden; die Europäer wollen nicht bloß militärische Sicherheit, sondern ebenso Entspannung und Kooperation mit der Sowjet-Union.

Nahkampf an der Preisfront

J. SCH. (Paris) – Frankreichs Verbrauchermärkte sind zum Nahkampf übergegangen: Nachdem sie zunächst ihre Tankstellen mit Preisunterbietungen für den Kundenfang eingesetzt hatten, veröffentlichen sie jetzt in riesigen Zeitungsanzeigen für ausgewählte Artikel (vor allem Lebensmittel) die Preise ihrer Konkurrenten und stellen sie den eigenen gegenüber, die natürlich niedriger sind.

Opfer des Benzinpreiskriegs, den die Regierung inzwischen mit der Erweiterung der höchstzulässigen Rabatte auf die amtlichen Höchstpreise entschärft hat, waren die kleinen Tankstellenbesitzer. Denn sie haben ja nicht die Möglichkeit, eventuelle Verluste anderweitig zu kompensieren. Dagegen profitierten praktisch alle Verbrauchermärkte von der kostenlosen „Kriegsberichterstattung" von Presse, Rundfunk und Fernsehen.

Bei der vergleichenden Werbung ist das anders: Da soll dem Kunden klargemacht werden, um wieviel teurer er bei der Konkurrenz einkauft. Aber die bleibt nicht untätig. So schickte letztes Wochenende in Chartres der Direktor von „Intermarché" sein Personal zu „Carrefour" und ließ dort für 100 000 Franc Waren einkaufen, die er dann zum Einkaufspreis mit dem Slogan weiterverkaufte: Carrefour ist trotz gegenteiliger Behauptungen nicht billiger als wir.

Inzwischen sind auch in Rennes und Belfort solche und andere Aktionen gestartet worden. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis auch die Pariser Region zum Schlachtfeld erklärt wird. Dem Verbraucher – und der Presse – könnte das nur recht sein. Ebenso Wirtschaftsminister Delors, dem für seinen notleidend gewordenen Stabilisierungsplan der Preiskampf der Großen gerade recht kommt, auch wenn derartig vergleichende Werbung nicht ganz legal ist.

Falsche Preise

Mk. – Das Thermometer zu beschimpfen, wenn es kalt ist, lohnt sich nicht. Dies hat sich herumgesprochen. Allerdings versuchen die EG-Agrarminister dieses Spielchen immer wieder. So dürften jetzt die Staats- und Regierungschefs in Athen ein Mandat für die EG-Kommission für Verhandlungen mit anderen Staaten zur Eindämmung der Einfuhren von Getreidesubstituten beschließen. Der Grund ist für die Minister ganz simpel, diese Ersatzstoffe haben, weil sie so billig sind, zur Milchflut beigetragen. Wenn mehr teures Getreide eingesetzt würde, dann könnten hier nicht nur die Halden abgetragen, sondern auch die Rentabilität der Milchproduktion gedrückt werden. Dies mag richtig sein. Nur: Es müßten ihnen doch Bedenken kommen, wenn sie feststellen, daß allein die EG ein nennenswerter Markt für diese Produkte ist. Dies zeigt ja wohl in erster Linie, daß der Getreidepreis zu hoch ist. Wie beim Thermometer – wenn die Preise falsch sind, kann das Ergebnis nicht besser sein. Dann wird es teuer, denn die EG muß den betroffenen Ländern Kompensationen anbieten.

FORSCHUNGSPOLITIK / Antwort auf Große Anfrage der Koalitionsfraktionen

Bundesregierung will Bürokratisierung abbauen und Eigeninitiativen stärken

HEINZ HECK, Bonn

„Die Bundesregierung unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin darin, daß sie das Prinzip der nur subsidiären Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation gegenüber der Eigenverantwortung der Wirtschaft wesentlich stärker betont, die Wege und Instrumente dieser Förderung den Förderungszielen beweglicher anpaßt und dabei die direkte Förderung auf das Notwendige beschränkt." So das Fazit der Antwort auf eine Große Anfrage der Bonner Koalitionsfraktionen, die das Kabinett gestern verabschiedet hat.

Die politische Zielrichtung der von CDU/CSU- und FDP-Fraktionen im August eingebrachten Großen Anfrage zur „Neuausrichtung der Forschungs- und Technologiepolitik" war es, Minister Heinz Riesenhuber (CDU) in dem von beiden Koalitionspartnern geforderten Kurswechsel zu bestärken. Die forschungspolitischen Sprecher, Karl-Hans Laermann (FDP) und Christian Lenzer (CDU) dringen darauf, die indirekte Forschungsförderung stärker zu betonen und die „Tausende von Projekten abzuschaffen, die nur lüstern machen". Im Grundsatz sieht die Bundesregierung dies auch so, nicht zuletzt deshalb, weil sich damit „eine klarere Aufgabenteilung zwischen Unternehmen und Staat" erreichen lasse.

Ungeachtet der mit Blick auf den Bonner Konsolidierungskurs vorgesehenen bescheidenen Zuwachsraten im Bundeshaushalt sieht Riesenhuber „noch immer ausreichenden Handlungsspielraum des Bundes für notwendige Maßnahmen und Instrumente". Hierfür macht er neben den absehbaren Zuwachsraten des Forschungshaushalts vor allem den rückläufigen Finanzbedarf bei mehreren Großprojekten und Programmen verantwortlich. So hatten in der Vergangenheit beispielsweise die Demonstrationskraftwerke Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor einen erheblichen Teil der Bonner Forschungsmittel aufgezehrt.

Die im Hinblick auf vorrangige Forschungsgebiete nötige Fortentwicklung der Bonner Fördermaßnahmen soll „im ständigen Gespräch mit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik" stattfinden. Die Bonner Ausgaben für die Grundlagenforschung erreichten in den beiden vergangenen Jahren jeweils rund 2,8 Milliarden Mark. Auch weiterhin soll dieser Teil der Forschungspolitik „angemessen und stetig" gefördert werden. Auch die Länder unternähmen hier „außerordentliche Anstrengungen" trotz großer Haushaltsengpässe. Im internationalen Vergleich liege die Bundesrepublik mit dem Anteil der Grundlagenforschung am nationalen Forschungs- und Entwicklungsbudget (FuE) an der Spitze.

Die Bundesregierung bekennt sich über die im Grundgesetz verankerte Freiheit der Forschung und eine kontinuierliche finanzielle Förderung hinaus zu höchstmöglicher administrativer Zurückhaltung („Entbürokratisierung"), zu den Grundsätzen der wissenschaftlichen Selbstverwaltung und – bei Großforschungseinrichtungen – zum Grundsatz der „Globalsteuerung". Sie verbindet damit allerdings den Appell an die Forschungsträger, sich „stärker zur Wirtschaft und den öffentlichen Aufgaben hin (zu) öffnen".

Für den Wirtschaftsgipfel in Williamsburg im Mai 1983 hatte eine internationale Arbeitsgruppe einen Bericht zum Thema „Technologie, Wirtschaftswachstum, Beschäftigung" vorgelegt. Einige der Fragen knüpfen an die Aussagen dieses Berichts an. Riesenhuber präzisiert an einigen Stellen die Aussagen des Berichts, etwa mit dem Hinweis: „In einer marktwirtschaftlichen Ordnung ist industrielle Forschung, Entwicklung und Innovation originäre Aufgabe der Unternehmen ... Es geht vor allem darum, die Eigeninitiative der Unternehmen und die Antriebsfunktion des Marktes zu stärken."

Im letzten Jahr seien zahlreiche Maßnahmen in diesem Sinne eingeleitet worden. So wird die direkte Förderung schrittweise auf aufwendige, langfristige und risikoreiche Projekte sowie staatliche Daseins- und Zukunftsvorsorge (etwa Sicherheits-, Umwelt-, Klima- und Gesundheitsforschung) ausgerichtet.

VEREINIGTE STAATEN

Neues Rekorddefizit in der Handelsbilanz

H.-A. SIEBERT, Washington

So etwas hat es in der Geschichte der USA noch nicht gegeben: Ihr Handelsbilanzdefizit wird in diesem Jahr die einsame Höhe von rund 70 Milliarden Dollar (etwa 189 Milliarden Mark) erreichen, verglichen mit einem noch „bescheidenen" Fehlbetrag von 42,7 Milliarden Dollar 1982. Falls die durch eine Politik des Deficit-spending angekurbelte amerikanische Konjunktur weiterhin der Erholung in anderen Industriestaaten vorauseilt, droht für 1984, so US-Handelsminister Baldrige, sogar ein Passivsaldo, der 100 Milliarden Dollar ausmacht.

Die Weichen für den neuen Rekord in diesem Jahr sind gestellt, nachdem das Handelsdefizit im Oktober mit 8,96 (September 5,81) Milliarden Dollar einen ebenfalls bisher nicht gekannten Stand erreichte. In den ersten zehn Monaten schnellten die roten Zahlen nach der europäischen Cif-Rechnung damit auf 55,56 Milliarden Dollar, gegenüber 35,02 Milliarden Dollar in der gleichen Zeitspanne 1982. Wegen des Weihnachtsgeschäftes ist im November und Dezember kaum noch mit größeren Korrekturen im amerikanischen Warenverkehr zu rechnen.

Es war das sechste Mal, daß das US-Defizit seit Januar über fünf Milliarden Dollar lag. Die Importe schnellten im Oktober um 11,7 Prozent auf 25,92 Milliarden Dollar, während sich Amerikas Ausfuhren wertmäßig um 2,5 Prozent auf 16,95 Milliarden Dollar verringerten. Nach Angaben des Handelsministeriums in Washington hat sich der durch das überaus kräftige Wirtschaftswachstum ausgelöste Einfuhrsog deutlich verstärkt. Das läßt sich am Güteraustausch in den ersten zehn Monaten ablesen, in denen die Auslandsbezüge insgesamt nur um 3,3 Prozent auf 222,28 Milliarden Dollar stiegen und die Ausfuhren um 7,4 Prozent auf 166,72 Milliarden Dollar sanken. Wegen der relativ niedrigen Preiselastizität der US-Waren wirkte hier weniger der Dollar als vielmehr die schwächere Konjunktur im Ausland und die Schuldenkrise vor allem in Lateinamerika als Bremse.

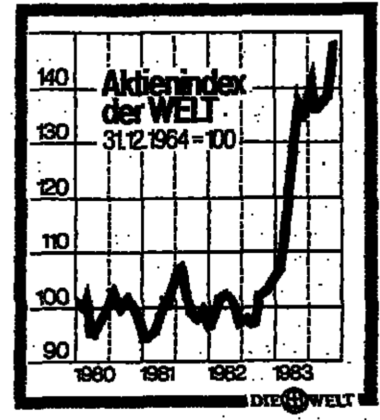
Andererseits verbilligten sich durch die überbewertete US-Währung ausländische Erzeugnisse, was die amerikanischen Importeure weidlich ausnutzten. So erhöhten sich die Einfuhren ohne Öl im Oktober von 17,4 auf 19,5 Milliarden Dollar, wobei das Schwergewicht auf Verbrauchsgütern lag (nur Gold und Silber zeigten nach unten). Beschleunigt, und zwar von 3,7 auf 4,8 Milliarden Dollar, haben sich jedoch auch die ausländischen Kapitalgüter-Lieferungen, was die schon bisher erkennbare Zunahme der betrieblichen Investitionen bestätigt.

Vorbei ist die Zeit abnehmender amerikanischer Ölimporte. Sie wuchsen im Oktober wertmäßig um 5,3 Prozent, gegenüber dem Vorjahrsmonat stiegen sie von 789 000 auf 857 000 Tonnen täglich. Verglichen mit September zog der Rohöl-Barrelpreis von 29,27 auf 29,36 Dollar an.

Aktien im Aufwind

Von CLAUS DERTINGER

Das Jahr 1983 wird als eines der besten Aktienjahre in die Nachkriegsgeschichte der deutschen Börse eingehen. Das steht schon einen Monat vor Jahresende fest. Die Chancen sind nicht schlecht, daß im Dezember noch eine kleine „Nachernte" in die Scheuer gefahren werden kann, und zwar aus ganz simplen technischen Gründen. Weihnachtsgelder und Tantiemezahlungen klingeln in den Kassen privater Anleger oder werden erwartet. Das bedeutet zusätzliche Dispositionsmasse für Kapitalanlagen. Eine noch erheblich größere Rolle dürften vom Volumen her die Prämieneinnahmen spielen, welche die Lebensversicherer zum Jahresbeginn erwarten. Es gibt einige Anzeichen dafür, daß diesmal ein größerer Teil dieser Mittel in Aktien investiert wird, nachdem die Versicherungsaufsichtsbehörde schon vor einiger Zeit den relativ geringen auf Aktien entfallenden Teil der Neuanlagen moniert haben soll. Es würde



nicht überraschen, wenn die Vermögensverwalter der Assekuranz schon in diesem Monat mit verstärkten Aktienkäufen begännen, um nicht später möglicherweise steigenden Kursen nachlaufen zu müssen.

Die Erwartung der Börsenexperten, daß private und institutionelle Investoren auch in der nächsten Zeit noch für die Aktienanlage aufgeschlossen sein werden, gründet sich vor allem auf die günstige konjunkturelle Entwicklung im nächsten Jahr, wie sie vor einer Woche vom Sachverständigenrat mit auffallendem Optimismus prognostiziert worden ist. Die Zweifel an der Nachhaltigkeit und Intensität des Wirtschaftsaufschwungs, die auch an der Börse häufiger zu hören waren und manche Anlagedispositionen beeinflußt hatten, lassen immer mehr nach. Aktuelle Wirtschaftsdaten verstärken die Zuversicht.

Es erscheint nicht unrealistisch, auf eine weitere Verbesserung der Unternehmensgewinne zu setzen, die sich in den von der Konjunkturbelebung erfaßten Branchen schon jetzt eindrucksvoll zeigt. Mit wachsender Produktion steigt die Kapazitätsauslastung, die weitere Produktivitätsfortschritte ermöglichen müßte; zugleich wird auf der Kostenseite mit nur mäßigen zusätzlichen Belastungen gerechnet.

Die zu erwartenden weiteren Gewinnsteigerungen, die sich natürlich auch in höheren Dividenden niederschlagen werden, lassen Aktien ertragsstarker Unternehmen auch auf dem inzwischen schon kräftig gelifteten Kursniveau unter analytischen Aspekten keineswegs als sehr teuer erscheinen. Gerade einige Spitzenwerte wie zum Beispiel die der Großchemie, Siemens und Daimler gelten bei solcher Betrachtung sogar eher noch als preiswert.

Nicht wenige Anleger, vor allem institutionelle, sind jetzt eher als früher für Aktien ansprechbar, weil die Zinsperspektiven am Rentenmarkt einigermaßen verwirrend erscheinen. Ein weiterer, von den USA ausgehender Zinsanstieg wird nicht ausgeschlossen. Das ist ein Grund für mehr Kaufzurückhaltung. Der Rentenmarkt leidet aber auch unter den Nachwehen der SMH-Bank-Fastpleite. Zudem darf nicht unterschätzt werden, daß politische Implikationen der Flick-Spendenaffäre aus ausländischer Sicht Schatten auf den Finanzmarkt Bundesrepublik und ihre Währung werfen. Dies spürt man am Rentenmarkt ebenso wie am Devisenmarkt.

Die Aktienbörse hat sich von diesen atmosphärischen Störungen weitgehend isoliert. Wenn sie manches Unbehagliche offensichtlich nicht registriert, so zum Teil sicher deswegen, weil sie nicht des Volkes Stimme ist, sondern eine Veranstaltung, die sich in einem relativ kleinen Kreis abspielt.

AUF EIN WORT



„Die Kammern haben seit Gründung der Bundesrepublik mit vielen fundierten Stellungnahmen Regierung und Parlament mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Das war nicht immer ein bequemer Rat, aber jeder weiß aus seiner Lebenserfahrung, daß die bequemen Ratgeber nicht immer die besten Ratgeber sind."

Helmut Kohl, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
FOTO: PETER MITCHELL

Neue Höchstkurse in London und New York

AP, New York/London

Die Londoner Börse und die Wall Street haben am Dienstag ein neues Kurshoch erzielt. Der Dow-Jones-Index verbesserte sich um 17,38 Punkte auf 1287,20 – einen neuen absoluten Höchststand. Damit wurde der bisherige Höchststand von 1284,65 am 10. Oktober dieses Jahres überboten. Der Aufschwung wird auf die Zuversicht der Anleger zurückgeführt, daß das Wirtschaftswachstum anhält, verbunden mit der Hoffnung auf Zinssenkungen und der Erwartung günstiger Ertragsergebnisse großer Unternehmen. An der Londoner Effektenbörse haben die Kurse am Dienstag sogar den zweiten aufeinanderfolgenden Tag jeweils einen neuen absoluten Höchststand erreicht. Der Index der „Financial Times" für 30 Industriewerte verbesserte sich um 2,8 Punkte auf die neue Rekordmarke von 746,7. Standardwerte notierten bis zu vier Pence befestigt.

DIW-STUDIE

Nebenkosten wuchsen rascher als Löhne und Gehälter

PETER WEERTZ, Berlin

Seit 1972 haben sich die Personalkosten im produzierenden Gewerbe der Bundesrepublik mehr als verdoppelt. Sie wuchsen nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) je Arbeitnehmer in Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten durchschnittlich je Jahr von 22 900 auf 46 700 Mark bis 1982. Schneller jedoch als die Löhne und Gehälter sind die Lohnnebenkosten gestiegen. Während die Entgelte für die geleistete Arbeit je Arbeitnehmer seit 1972 um 81 Prozent zunahmen, erhöhten sich die Personalnebenkosten um 145 Prozent.

Unterschiedlich hat sich der Anteil der Nebenkosten an den Personalkosten insgesamt entwickelt. Im Durchschnitt betrugen sie, so das Berliner Institut, 1981 rund 43 Prozent. In einigen Wirtschaftszweigen – Steinkohlebergbau und öffentliche Versorgungsbetriebe – übersteigen jedoch die Nebenkosten schon das Entgelt für geleistete Arbeit. Am höchsten liegen die Arbeitskosten und Nebenkosten in der Mineralölverarbeitung, der Erzeugung von Elektrizität, Gas, Dampf und Warmwasser sowie im Steinkohlebergbau; am niedrigsten im Schuhgewerbe, der Bekleidungsindustrie und im Ledergewerbe. Mit etwa 72 Prozent sind Aufwendungen für Vorsorgeeinrichtungen (Sozialversicherung und betriebliche Altersversorgung) und die Vergütung für arbeitsfreie Tage an den Personalnebenkosten beteiligt.

Im internationalen Vergleich variiert der Anteil der Personalnebenkosten an den gesamten Personalkosten stark. Hier liegt die Bundesrepublik im Mittelfeld der westlichen Länder. Höher sind die Personalnebenkosten in den Niederlanden und in Italien, niedriger in den USA und Dänemark.

DAIMLER-BENZ-AUFSICHTSRAT

Nur der Name Breitschwerdt auf der Tagesordnung

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Während hinter den Kulissen das Tauziehen um die Frage andauert, wer die Nachfolge im Vorstandsvorsitz der Daimler-Benz AG für den verstorbenen Gerhard Prinz antreten solle, steht die Entscheidung praktisch fest: Auf der Tagesordnung für die heute nachmittag stattfindende außerordentliche Aufsichtsratssitzung steht hinter dem entsprechenden Tagesordnungspunkt allein der Name des Daimler-Benz-Entwicklungschefs Werner Breitschwerdt.

Schon am letzten Wochenende war aufgrund von Indiskretionen durchgesickert, daß der Daimler-Benz-Aufsichtsratsvorsitzende und Vorstandssprecher der Deutschen Bank Wilfried Guth die Wahl Breitschwerdts vorschlagen werde. Von der Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat war bekannt geworden, daß sie gegen diese Empfehlung stimmen werden.

Unklar scheint freilich das Stimmverhalten der Vertreterin der leitenden Angestellten im Aufsichtsrat, Maria-Christine Fürstin von Urach, zu sein, die einigen Berichten zufolge für Breitschwerdt votieren wolle, was inzwischen aber nicht mehr bestätigt wird. Die „Stuttgarter Zeitung" berichtet unterdessen über Äußerungen von Repräsentanten eines Teils der leitenden Angestellten, wonach diese sich gegen die Nominierung Breitschwerdts zum Prinz-Nachfolger stemmten. Ihr Argument: Die Lösung der Zukunftsprobleme liege nicht auf technischem, sondern auf kaufmännischem Gebiet.

Unabhängig davon kann man freilich davon ausgehen, daß selbst bei denkbarer Patt-Stellung im paritätisch besetzten Daimler-Benz-Aufsichtsrat, die Zweitstimme des Aufsichtsratsvorsitzenden den Ausschlag für Breitschwerdt geben wird.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

FDP fordert: Termin der Steuersenkung festsetzen

Bonn (AP) – Die Lohn- und Einkommensteuer soll zum 1. Januar 1986 um 20 Milliarden Mark gesenkt werden. Dies hat der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Helmut Haussmann, gestern im Westdeutschen Rundfunk gefordert. Der Schwerpunkt der Tarifänderung müsse bei mittleren und gehobenen Einkommen liegen, um „mehr Leistungsanreize" zu schaffen. Die dabei entstehenden Steuerausfälle sollten durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Erhaltungssubventionen für die Großindustrie ausgeglichen werden. Nach Meinung der FDP ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, um den Termin der Steuersenkung bekanntzugeben, damit Investoren und Verbraucher Klarheit hätten.

Degussa-Metallgeschäft

Frankfurt (DW.) – Höhere Preise und lebhafter Handel brachten der Degussa im Ende September abgelaufenen Geschäftsjahr im Metallbereich einen 37,2prozentigen Umsatzanstieg auf 7,76 Milliarden und nicht auf 5,56 Milliarden Mark, wie es irrtümlich in der gestrigen Agenturmeldung hieß.

Verbrauch nimmt wieder zu

Berlin (Wz.) – Seit Jahresbeginn nimmt der private Verbrauch zu Lasten der Sparquote wieder zu. Im Vergleich zum Herbst 1980 war er 1981 und 1982 um rund fünf Prozent gesunken, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) errechnet. Günstig sind nach Ansicht des Instituts die Aussichten für 1984: Bei erstmals wieder zunehmenden Realeinkommen wird das Verbrauchsvolumen zwar langsamer als das gesamtwirtschaftliche Wachstum, aber um rund ein Prozent zunehmen. Der längere Zeit aufgestaute Bedarf sei noch nicht erschöpft. Kraftfahrzeuge, Möbel, Unterhaltungselektronik sowie Nahrungs- und Genußmittel sind voraussichtlich überdurchschnittlich gefragt.

Handwerk gewinnt Fahrt

Düsseldorf (Py.) – Es gibt im Handwerk zwar bereits deutliche Anzeichen für eine Konjunkturerholung, so richtig in Fahrt ist sie jedoch noch nicht gekommen. Handwerks-Präsident Paul Schnitker bezeichnete aufgrund einer Umfrage das Bau- und Kraftfahrzeug-Handwerk als die bislang wesentlichsten Stützen der Belebung. Nach der weitaus stärkeren Talfahrt gegenüber der Gesamtwirtschaft sei im nächsten Jahr preisbereinigt mit einem Umsatzanstieg von 2 Prozent zu rechnen. Dies sei eine Wachstumsrate, die über dem erwarteten Zuwachs der Gesamtwirtschaft (1 Prozent) liegen werde. Nach einer Umfrage haben sich nur 0,7 Prozent der Handwerksbetriebe bereit erklärt, mit Einführung der 35-Stunden-Woche zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen.

Mehr Beteiligungskapital

Bonn (HH) – Die Arbeitslosigkeit kann nur wirksam bekämpft werden, wenn die unternehmerische Aktivität belebt wird. An diese These knüpft der Kronberger Kreis, ein Zusammenschluß liberaler Wirtschaftswissenschaftler, die Forderung, „das Eigenkapitalrisiko durch eine berechenbare Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik herabzusetzen". Unter anderem fordern die Professoren in einem Sechs-Punkte-Katalog die Wiederbelebung der Aktie wie der Aktienbörse für Neuemissionen, Beseitigung von Sonderbelastungen unternehmerischer Tätigkeit und freies Wahlrecht der Kapital- und Personalgesellschaften für die Art der Besteuerung.

Arbeitnehmer vor Gericht

Völklingen/Saar (dpa/VWD) – Die Arbeitnehmer des saarländischen Stahlunternehmens Arbed Saarstahl werden gegen einen Teil der ihnen zur Sanierung des Unternehmens von Bundes- und Landesregierung auferlegten finanziellen Opfer vor Gericht gehen. Der Gesamtbetriebsrat der Arbed Saarstahl GmbH hat gestern in Völklingen beschlossen, noch in dieser Woche ein Beschlußverfahren vor dem Arbeitsgericht in Saarbrücken einzuleiten, in dem festgestellt werden soll, ob die im Sanierungskonzept vorgesehene Kürzung der bestehenden Sozialpläne Rechtens ist und eine entsprechende Betriebsvereinbarung einseitig von der Arbed Saarstahl-Geschäftsleitung gekündigt werden konnte.

OECD / Entwicklungshilfe wächst langsamer

USA kürzen am stärksten

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der OECD-Entwicklungshilfeausschuß (DAC) hat auf seiner Jahrestagung in Paris die weiteren quantitativen Aussichten für die öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) der im DAC vertretenen westlichen Industriestaaten sehr zurückhaltend eingeschätzt. Nachdem sich diese Hilfe zwischen 1977 und 1982 um jahresdurchschnittlich real 5,3 Prozent erhöht hatte, würde sie bis 1985 nur noch eine Wachstumsrate von zwei Prozent aufweisen, meinte DAC-Präsident Rutherford Poats.

Zum ersten Mal nach längerer Zeit könnte damit der Anstieg der Entwicklungshilfe hinter dem durchschnittlichen Wirtschaftswachstum der DAC-Staaten zurückbleiben. Demzufolge müßte sich der von 0,33 Prozent 1977 auf 0,37 Prozent 1982 gestiegene Anteil der ODA-Hilfe am Bruttosozialprodukt der Geberländer bis 1985 auf 0,36 Prozent vermindern: Die DAC-Zone würde sich so von ihrem 0,7-Prozent-Ziel weiter entfernen, beanstandete Poats.

Allerdings sehen die Prognosen für die einzelnen DAC-Staaten sehr unterschiedlich aus. Am stärksten wollen weiterhin die Vereinigten Staaten ihre ODA-Hilfe reduzieren und zwar von 0,23 Prozent ihres Sozialprodukts 1982 auf 0,20 Prozent 1985. Auch Großbritannien, Holland und Schweden planen Abstriche, während die Bundesrepublik bei konstant 0,47 Prozent bleiben will. Die übrigen DAC-Länder wollen ihre Hilfe mehr oder weniger steigern.

Unter diesen Umständen sprachen sich die Regierungsvertreter aller DAC-Staaten dafür aus, die Entwicklungshilfe wirksamer zu gestalten. Darüber hinaus soll der Liberalisierungskoeffizient der ODA-Hilfe (Schenkungen, keine Lieferbindungen usw.) verbessert werden. Bei den Exportkrediten will man sich keinen illoyalen Wettbewerb machen. Der Hilfe an die ärmsten Entwicklungsländer soll noch größere Priorität als bisher eingeräumt werden.

„DDR" / Im Vordergrund steht die Steigerung der Arbeitsproduktivität

Ausrichtung aller Kräfte auf Export

CLAUS HÖCKER, Berlin

Die „DDR", die vor zwei Jahren in eine Phase niedrigen und langsamen Wachstums eingetreten ist, hat diesen Konsolidierungskurs auch in den ersten zehn Monaten halten können. Hohe Zuwachsraten gibt es nur noch in den bevorzugt geförderten Industriesektoren. Eine Lockerung des „Austerity"-Kurses im Inneren ist nicht in Sicht. Der Abbau der internationalen Verschuldung erfordert auf absehbare Zeit die Ausrichtung aller Kräfte auf den Export.

Diese Einschätzung läßt sich aus den Äußerungen von Staats- und Parteichef Erich Honecker auf der jüngsten, siebten Tagung des SED-Zentralkomitees in Ost-Berlin entnehmen. Er skizzierte eine politische Linie, die der von Kreml-Chef Jurij Andropow erwarteten intensiven Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) entgegenkommt. Das Politbüromitglied Werner Felfe akzentuierte sie noch mit dem Hinweis, der bevorstehende RGW-Wirtschaftsgipfel werde eine Kooperation beschließen, die „gegenüber jedweden imperialistischen Erpressungsversuchen unangreifbar macht".

Die Beschränkung auf die eigenen Kräfte ist aber auch eine Folgerung daraus, daß die Ausweitung der Westeinfuhren in den siebziger Jahren den gewünschten Modernisierungseffekt nur in begrenztem Umfang gebracht hat. So wurden, beschreibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) die Situation, Kredite nicht für Investitionen verwendet, sondern häufig auch zur Finanzierung von Rohstoff- und Halbwareneinfuhren. Zudem wurden die durch Rohstoffe und Ersatzteile entstehenden Folgekosten bei importierten Anlagen nicht ausreichend kalkuliert.

Mit dem „nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet", heißt es im Bericht des Politbüros knapp, wurde „ein Exportüberschuß erreicht". Für den Vorjahreszeitraum war dieser noch beziffert worden, nämlich auf 3,8 Milliarden Valutamark.

Die ökonomischen Grunddaten bleiben unverändert. Betriebe müssen mit weniger Rohstoff- und Technologieimporten auskommen, den Materialverbrauch bis an die unterste Grenze drosseln und die zur Rationalisierung erforderlichen modernen Geräte auch noch weitgehend selbst herstellen. Dieser betriebliche Eigenbau, dessen Effizienz umstritten ist, hat an den Ausrüstungsinvestitionen schon einen Anteil von 23 Prozent erreicht. Die Auslastung der Anlagen liegt heute kalendertäglich bei 15,5 Stunden.

Das Kernkraftwerksprogramm wird zur Absicherung der überwiegend auf Braunkohle ruhenden Energiebasis zügig fortgesetzt. Mit der Anmerkung, dies erfolge „selbstverständlich bei voller Gewährleistung der Sicherheit", wollte Staats- und Parteichef Erich Honecker wohl innerparteiliche Skeptiker, die an Verläßlichkeit und Umweltverträglichkeit von Reaktoren zweifeln, beschwichtigen.

Im Vordergrund aller Anstrengungen steht die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Sie stieg langfristig langsamer als die technische Ausrüstung und stellt, wie das Politbüro meint, noch immer nicht zufrieden. Den Schlüssel zum Durchbruch sieht es in der Mikroelektronik. Sie hat Priorität. Nach Honecker geht es um die Schaffung „modernster Basistechnologien". (dpa/VWD)

EG / Aussprache über Stahlmarkt

Mindestpreise ab Januar

WILHELM HADLER, Brüssel

Noch kein grünes Licht gegeben haben die Wirtschaftsminister der EG für das geplante Mindestpreissystem auf dem europäischen Stahlmarkt. Bei einer Aussprache zeigte sich, daß noch eine Reihe von Detailfragen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Kautionen und Warenbegleitscheinen zu klären ist. Statt am 1. Dezember sollen die Mindestpreise jetzt am 1. Januar in Kraft treten. Die Kommission war ursprünglich davon ausgegangen, daß sich die Verstärkung des Krisenmechanismus voll auf Artikel 61 des Montanvertrages stützen lasse, was sie lediglich zu vorherigen Konsultationen der Regierungen verpflichtet hätte. Die Einführung eines Kautionssystems erfordert jedoch nach Meinung der Juristen einen einstimmigen Beschluß des Rates. Ihn erwartet die Kommission für den 14. Dezember.

In der Aussprache wurde deutlich, daß die Kommissionsvorschläge im großen und ganzen akzeptiert, von der Bundesregierung jedoch als unzureichend betrachtet werden. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hält daneben eine Begrenzung des innergemeinschaftlichen Warenverkehrs auf die traditionellen Handelsströme, strengere Maßstäbe für die Genehmigung von Subventionen sowie eine Verlängerung der Produktionsquoten bis Ende 1985 für notwendig.

Erwartungsgemäß erteilte der Rat der Kommission ein Mandat für die Erneuerung der bilateralen Einfuhr-Arrangements mit 15 Stahllieferländern. Die EG-Importe sollen auf dem Stand von 1983 bleiben, künftig jedoch gleichmäßiger auf die Mitgliedsländer aufgeteilt werden. Für die Gatt-Verhandlungen über Kompensationsleistungen für amerikanische Einfuhrabgaben auf Edelstahl stellen die Minister eine Frist bis zum 15. Januar. Falls die USA bis dahin kein ausreichendes Angebot unterbreiten, will die EG einseitige Retorsionen verhängen.

INSTANDHALTUNG / Bauminister sperren sich

Kostenpauschale nicht erhöht

GISELA REINERS, Bonn

Über die Erhöhung der Instandhaltungskostenpauschale für öffentlich geförderten Wohnraum wird nicht vor Frühjahr 1984 entschieden. Das geht zurück auf einen Beschluß der Konferenz der Länderbauminister auf einer Tagung in Aachen. Sie will im Februar erneut beraten. Damit wurden die Pläne von Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU), der in Aachen anwesend war, die Erhöhung zusammen mit einem Verordnungspaket noch in diesem Jahr durch den Bundesrat zu bringen, hinfällig.

Neben einer Erhöhung der Instandhaltungskostenpauschale um einheitlich 34 Pfennig pro Quadratmeter für nach 1969 gebaute Wohnungen ist damit auch die Entscheidung verschoben worden, ob die dem Vermieter entstehenden Betriebskosten für Breitbandkabelanlagen für mehr und besseren Empfang von TV-Programmen auf die Mieter umzulegen sind. Im Februar wollen die Länderminister eine einheitliche Haltung zu folgenden Punkten anstreben: Sie möchten die Kompetenz erhalten, für die Länder die Instandhaltungskostenpauschale selbst zu verändern; diese Pauschale soll in der dritten Stufe differenziert werden können; weiter soll die Problematik der Umlagepflicht von Betriebskosten allgemein und besonders die des Anschlusses an das Kabelnetz und die der Umlage der Kosten beraten werden.

Die II. Berechnungsverordnung, in der die Umlage von Betriebskosten der Kabelanlage geregelt werden soll, findet auch Anwendung bei der Berechnung derartiger Umlagen im frei finanzierten Wohnungsbau. Nicht nur die SPD-Minister fürchten, daß durch Regelungen für den Sozialwohnungsbau alle Mieter, ob sie wollen oder nicht, den Kabelanschluß und seinen Betrieb bezahlen müssen.

NAMEN

Helmut Pancke, Ehrenvorsitzender des Groß- und Außenhandelsbundes Niedersachsen und lange Jahre Vorsitzender des Verbandes Deutscher Rundfunk- und Fernseh-Fachgroßhändler, feiert am 1. Dezember seinen 80. Geburtstag.

Dr. jur. Ulrich Heidel, bisher bei der Gothaer Versicherungsbank VVaG, Köln, wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Europa-Versicherungsgesellschaften, Köln, bestellt.

Assessor Ruprecht Polenz, Dezernent für Öffentlichkeitsarbeit der Industrie- und Handelskammer zu Münster (IHK), wurde zum Geschäftsführer ernannt.

Dipl.-Kfm. Rainer Tietze wurde am 15. November zum Vorstandsmitglied der Gervais Danone AG, München, bestellt. Tietze ist verantwortlich für das Ressort Vertrieb.

Thomas Wegscheider, bisher Sprecher des Vorstandes der Bank für Gemeinwirtschaft, ist zum Vorsitzenden des Vorstandes ernannt worden. Gleichzeitig wurde Vorstandsmitglied **Hans-Joachim Knieps** zum stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden bestellt. **Dipl.-Ing. Curt Müller**, von 1922 bis 1960 Direktor der Lurgi Gesellschaft für Wärmetechnik, Frankfurt, ist am 19. November im Alter von 94 Jahren verstorben.

Dr. Hugo Buschmann, Vorsitzender des Vorstandes der Eternit AG, Berlin, bis 1962, ist im Alter von 84 Jahren gestorben.

Hans W. Erner, Ehrenvorsitzender des Verbandes der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels Baden-Württemberg e. V. und Geschäftsführer der Kaufhof AG, Freiburg, wird am 1. Dezember 65 Jahre alt.

Fusion der Bremer Werften gescheitert

Mk. Bonn

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat gestern den Vorwurf des Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick zurückgewiesen, die geplante Fusion der Großwerften in der Hansestadt sei am Widerstand und der mangelnden Zahlungsbereitschaft der Bundesregierung gescheitert. Richtig sei vielmehr, daß die Mehrheit der Bundesländer ihre Zustimmung für die Finanzierung eines Sonderprogramms in Bremen nur unter der Voraussetzung erteilt hat, daß der Bund keine Fusionshilfe für das Bremer Werftenkonzept geben werde.

Die norddeutschen Küstenländer seien nur zu einer Beteiligung an dem Sonderprogramm bereit gewesen, wenn die dafür bereitgestellten Haushaltsmittel zur Verbesserung der Infrastruktur Bremens ausgegeben würden. Ohne das Zugeständnis der Bundesregierung, sich nicht an dem Bremer Werftenprojekt zu beteiligen, wären zusätzliche Haushaltsmittel für das Sonderprogramm Bremen nicht möglich gewesen. Diese Tatsache, erklärte Lambsdorff, sei Bürgermeister Koschnick selbstverständlich bekannt. „Er hat die Verantwortung dafür wider besseres Wissen der Bundesregierung zugeschoben." Die SPD hatte gestern im Wirtschaftsausschuß den Antrag gestellt, die Entscheidung rückgängig zu machen, da ohne die geplante Fusion auch der verbleibende Teil der Bremer Werftarbeitsplätze gefährdet sei.

Protest gegen Zoll auf CD-Platten

AP, Tokio/Brüssel

Die japanische Regierung will sich wegen der Erhöhung des EG-Einfuhrzolls auf japanische Kompaktschallplatten beim Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) beschweren und die Europäer bitten, ihre Entscheidung zurückzunehmen. Mit Bedauern kommentierte das Handels- und Industrieministerium in Tokio den Schritt des EG-Ministerrats vom Vortag, den Zoll auf CD-Platten für die kommenden drei Jahre auf 19 Prozent zu verdoppeln. Es hieß, die europäische Maßnahme stehe nicht im Einklang mit dem Geiste des Gatt. Da die japanischen Kompaktschallplatten in Europa noch gar keinen Schaden angerichtet hätten, könne es sich nur um einen vorbeugenden Schritt handeln.

ENTWICKLUNGSHILFE / Senior-Experten Service

Ehrenämter kommen teuer

HEINZ HECK, Bonn

Während Finanzminister Gerhard Stoltenberg seine Experten darauf ansetzt, Subventionskanäle zu stopfen, wird allerorten an neuen Kanälen gegraben. So hat der frühere Kurator der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Gerhard Fritz, zur Zeit mit dem Aufbau eines Senior-Experten Service (SES) befaßt, in einem Gutachten jetzt Forderungen von jährlich rund einer Million Mark an die Staatskasse angemeldet. Diese Forderung überrascht weniger wegen ihrer absoluten Höhe als vielmehr wegen des Umstands, daß dieser ehrenamtliche Beratungsdienst der Wirtschaft praktisch aus Spenden eben der Wirtschaft finanziert werden sollte. Fritz ist daher mit seinem 156-Seiten-Gutachten im zuständigen Entwicklungsministerium (BMZ) gegen die Wand gelaufen.

Dabei fand Entwicklungsminister Jürgen Warnke die noch von seinem Vorgänger Rainer Offergeld übernommene Idee im Ansatz sehr gut, da sie ihm, der durch finanzielle Verpflichtungen aus der Vergangenheit politisch fast bewegungsunfähig ist, so etwas wie die Chance eines Signals in Richtung einer stärker marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik zu bieten schien. Doch wer ihn darum gleich auf eine neue Dauersubvention festlegen wollte, hatte ihn gründlich mißverstanden.

Hinzu kommt, daß Fritz nur mit offenbar unrealistisch positiven Annahmen den staatlichen Zuschuß in seinem Kalkül knapp unter der Millionengrenze zu halten vermag. So erwartet er vom Gründungsträger, dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), oder einem möglichen Nachfolger (der erst noch gefunden oder gegründet werden muß) jährlich etwa 400 000, aus Spenden der Wirtschaft weitere 300 000 Mark.

Wenn man dazu noch den mehr perspektivischen und zum Teil sibyllinischen Ausführungen des Gutachters Fritz folgt, beschleicht den Leser der Eindruck, daß der SES-Betreuer Fritz auch zweistellige Millionenbeträge nicht rundheraus ausschlagen würde. Dazu macht er ein paar einfache Rechnungen auf. So veranschlagt er den Honorarverzicht seiner Experten im Rentenalter auf zwei Millionen Mark und gibt zu bedenken, ob man bei längeren Einsätzen (über zwei Monate) nicht doch die Mitreise der Ehefrauen ganz oder teilfinanzieren sollte.

Der Wink mit dem Zaunpfahl kommt mit dem Blick nach Übersee: Washington zahle seinem SES einen öffentlichen Zuschuß von 14 Millionen Mark (1983), und Kanada finanziere ihn gar zu 80 Prozent. Das wäre doch ein schöner Einstieg: Die Kosten gehen dann schon von alleine hoch.

ARBEITSMARKT / Stingl: Probleme mit Lehrstellen

Investitionsklima verbessern

D. SCHMIDT, Braunschweig

Die Wiederbelebung der Wirtschaft hat nach Ansicht des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stingl, absoluten Vorrang gegenüber allen anderen Strategien zur Überwindung der Arbeitslosigkeit. Voraussetzung dafür, so Stingl auf einer Veranstaltung des Arbeitgeberverbandes Braunschweig, sei ein „neues und dynamisches Investitionsverhalten der Unternehmen". Dies wiederum werde erst dann zu erreichen sein, wenn die „Steuerpolitik für einige Zeit ruhig bleibt" und weitere Anreize über einen längeren, überschaubaren Zeitraum geboten werden.

Wirtschaftswachstum allein werde zur Verminderung der Arbeitslosigkeit aber nicht ausreichen, weil Wachstumsgrößen früherer Jahre vorerst nicht zu realisieren seien. Um die vorhandene Arbeit gerechter zu verteilen, müsse auch über die Verkürzung der Arbeitszeit nachgedacht werden, wobei Stingl die reduzierte Lebensarbeitszeit favorisiert. Allerdings müsse das Prinzip der Freiwilligkeit erhalten und gesetzliche Regelungen vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung reversibel bleiben. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Vorruhestandsregelung bezeichnete Stingl als einen begrüßenswerten Vorstoß. Auf der Basis dieses Gesetzes, das 1984 in Kraft treten soll, könnten die Tarifpartner ihre Verhandlungen führen und an der weiteren Ausgestaltung der Tarifverträge arbeiten.

Eine Verschärfung der Probleme bei der Beschaffung von Ausbildungsplätzen erwartet Stingl im kommenden Jahr, nachdem 1983 noch relativ glimpflich verlaufen sei. Die Zahl der Schulabgänger dürfte sich erneut deutlich erhöhen. Es werde großer Anstrengungen bedürfen, um durch Sonderprogramme zusätzliche Stellen zu schaffen.

UDSSR / Im Januar Modellversuch zur Verbesserung der Planung

In Zukunft Qualität vor Quantität

AFP, Moskau

Die Sowjetunion wird am 1. Januar einen auf zwei Jahre angesetzten Versuch starten, mit dem Ziel, eine Formel zu finden, die es ermöglicht, zumindest einige Sektoren der Wirtschaft zu sanieren. Wie aus den in den letzten Tagen in der sowjetischen Presse veröffentlichten Erklärungen hervorgeht, setzen die Führungskreise in diese im Juli beschlossene begrenzte Operation große Hoffnungen.

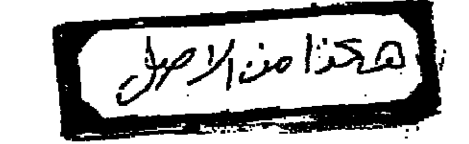
Fünf Ministerien wurden mit der Durchführung des Modellversuchs, der die Kriterien der Rentabilität und nicht mehr der Quantität in den Vordergrund stellt, beauftragt. Es handelt sich um die Ministerien für Schwermaschinenbau und die elektrotechnische Industrie der UdSSR, das ukrainische Ministerium für die Lebensmittelindustrie, das weißrussische Ministerium für die Leichtindustrie und das litauische Industrieministerium.

Wie eine führende Persönlichkeit der staatlichen Planungsbehörde „Gosplan" dem Parteiorgan „Prawda" erklärte, geht es darum, die Produktivität der Betriebe mit einem Minimum materieller und menschlicher Ressourcen zu steigern. Dies soll durch eine größere Selbständigkeit der Unternehmen in der Planung und bei der Festlegung der Löhne nach dem erzielten Ergebnis, das heißt der Qualität ebenso wie der Quantität, erfolgen. Bisher wurde die Hauptbetonung noch immer – wie seit Jahrzehnten – darauf gelegt, daß die Betriebe den von den Regierungsämtern festgelegten Plan quantitativ erfüllen, wobei die Qualität nur eine Nebenrolle spielte.

In Zukunft soll dies, zumindest in den für den Modellversuch ausgewählten Betrieben, anders werden. Nach den Angaben sowjetischer Wirtschaftsexperten und der Presse werden nun der reale Beitrag zum Bruttosozialprodukt und die wirtschaftliche Verwendung der Ressourcen berücksichtigt. Bei der Berechnung der Betriebsergebnisse der Unternehmen soll nicht mehr der Umsatz, sondern der erzielte Mehrwert entscheidend sein. Um die Produktion zu steigern, müssen die Betriebe in Zukunft auf ihre eigenen Ressourcen zurückgreifen. Sie sind damit gezwungen darüber zu wachen, daß ihre Entwicklungsfonds regelmäßig erhöht werden.

Praktisch werden damit die Leiter der staatlichen Unternehmen stärker in die Verantwortung genommen. Der Minister für die Lebensmittelindustrie der Ukraine, Nikolai Kulinitch, hatte erst kürzlich geklagt, daß sie wenig Verantwortungsbewußtsein an den Tag legen. Wenn es bisher zu Schwierigkeiten bei der Planerfüllung kam, so forderten sie die zuständigen Instanzen auf, ihre Pläne zu revidieren. Eine Forderung, die nach den Angaben des Ministers selten abgelehnt wurde. Der litauische Industrieminister Grigori Simenenko seinerseits erklärte, in Zukunft müßten die Betriebsleiter ihre Entwicklungspläne selbst ausarbeiten und Systeme eines materiellen Anreizes für die Arbeitskräfte entwickeln. Er als Minister habe kein Recht mehr, irgendwelche Pläne zu ändern, setzte er hinzu. Mehrere von der Presse zitierte führende sowjetische Persönlichkeiten hoben die Notwendigkeit der „Lieferdisziplin" hervor.

Eine weitere Neuerung gestattet den Betrieben, die Preise für ihre Erzeugnisse ohne vorherige Genehmigung des Preiskomitees festzulegen. Dies soll ihnen ermöglichen, sich besser der Marktlage anzupassen. Es sei an der Zeit, daß für den Verbraucher und nicht mehr für die Lager produziert wird und Anstrengungen unternommen werden, um die Bedürfnisse sowohl hinsichtlich der Qualität als auch der Preise zu decken, erklärte der Leiter eines Staatsunternehmens in der „Prawda".



RÜTGERSWERKE / Innerer Ausgleich funktioniert

Deutlicher Aufwärtstrend

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Daß die Rütgerswerke AG, Frankfurt, bis Ende Oktober 1983 das Ertragsniveau des Vorjahres noch nicht ganz wieder erreicht haben, läßt den Vorstandsvorsitzenden Heinz-Gerhard Franck recht kühl: „Die Ergebnisse der letzten Monate lagen jeweils über den Vorjahresergebnissen, und das wird auch für den Rest des Jahres so weitergehen." Im Klartext dürfte das heißen, daß der Vorjahresgewinn mindestens wieder erreicht wird.

Eine Ertragsexplosion wie in der Großchemie hatte Franck ohnehin nicht erwartet. Zum einen hatte das Unternehmen 1982 keinen vergleichbaren Einbruch zu verkraften gehabt. Zum anderen sorgt die breite Angebotspalette vom Straßenbau bis zum Spezialkunststoff dafür, daß „scharfe Ertragsausschläge bei Rütgers generell seltener" sind. So dürfen sich denn wohl auch die Aktionäre – noch ohne Bestätigung der Unternehmensspitze – auf eine unveränderte Dividende von 7 DM einstellen.

Auf jeden Fall zeigt auch die Rütgers-Entwicklung eine deutliche Besserung nach dem schwachen Frühjahr. Nachdem der Konzernumsatz bis Ende April noch um 3 Prozent unter dem Vorjahreswert gelegen hatte, war nach zehn Monaten mit 2,12 Mrd. DM bereits wieder ein Zuwachs von 4 Prozent erreicht. Bei einem Preisrückgang um 3 Prozent, den der scharfe Wettbewerb sowohl im Straßenbau als auch bei Kunststoffen erzwungen hat, ergibt sich sogar ein reales Plus von 7 Prozent.

So kommen die beiden größten Bereiche Grundstoffchemie (46 nach 48 Prozent vom Konzernumsatz) und Kunststoffe (38 nach 37 Prozent) nun auf eine Durchschmitts-Auslastung von 80 Prozent – 1982 waren es nur 75 Prozent gewesen. Für die kommenden Monate erwartet Franck eine Fortsetzung der Belebung in diesen beiden Bereichen. „Keine Anregungen" dagegen seien im Straßenbau zu erwarten.

Daß die Rütgers-Spitze optimistischer ist, als es der „verhaltene" Ausblick zunächst andeutet, signalisiert sie sowohl mit der Personalpolitik als auch mit ihren Investitionsplänen. Obwohl die Belegschaft sowohl in der Grundstoffchemie als auch im Baubereich reduziert wurde, sorgten Einstellungen vor allem in der Kunststoffverarbeitung schon im bisherigen Jahresverlauf für einen Zuwachs um 1 Prozent auf 11 300 Mitarbeiter im Inlandskonzern. Und bei den Investitionen, die sich in diesem Jahr mit mehr als 110 (114) Mill. DM auf Vorjahreshöhe halten werden, ist für 1984 ein Volumen von 122 Mill. DM geplant.

AMERICAN EXPRESS / Weiter vorangekommen

Mehr Kreditkarten im Markt

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Bedeutung der Innovation in den Vordergrund rücken und gleichzeitig auf die Leistungen und die Flexiblität des Mittelstandes aufmerksam machen will die American Express Inc. mit dem von ihr gestifteten Preis für den „Innovativen Exportmanager". Der jährlich mit 25 000 DM dotierte Preis wurde jetzt erstmals vergeben, an den geschäftsführenden Gesellschafter der Autefa Maschinenfabrik GmbH, Friedberg bei Augsburg, Hans-Joachim Hunaeus.

Zusätzlich sponsort das Unternehmen einen Studienplatz für Exportmarketing. Denn, so American-Express-Geschäftsführer Jürgen Aumüller, unser Unternehmen ist „in allen Regionen seiner Tätigkeit an der Förderung des volkswirtschaftlichen Fortschritts stark interessiert", er wird als Grundlage des eigenen Erfolgs gesehen.

In diesem Zusammenhang wertete Aumüller 1983 als erfolgreiches Jahr für die American Express Banking Corporation, die der Zusammenschluß mit der Trade Development Bank Anfang des Jahres zu einer der größten Privatbanken der Welt machte.

Weiter vorangekommen ist American Express auch in der Bundesrepublik, wo Ende des Jahres rund 300 000 seiner Kreditkarten in Umlauf sein werden, 25 Prozent mehr als im Vorjahr. (Insgesamt sind in Deutschland von vier Anbietern rund 800 000 Kreditkarten in Umlauf.) Ähnlich stark sei auch der Umsatz der deutschen American Express gewachsen; 1982 waren 1,4 Mrd. DM erreicht worden. Weltweit setzte die Gruppe im vergangenen Jahr rund 8 Mrd. Dollar um und erzielte 581 Mill. Dollar Nettogewinn.

Porsche: Gerüchte erhärten sich

nl. Stuttgart

Die vor etwa einem Monat aus Schweizer Börsenkreisen aufgekommenen Gerüchte, daß sich einer der elf Aktionäre des Sportwagenherstellers Dr. Ing. h. c. F. Porsche AG, Stuttgart, von seinem Aktienpaket trennen wolle, erhärten sich nunmehr. In gutunterrichteten Kreisen wird der Kern des Berichts einer Automobil-Zeitschrift bestätigt, nach dem Ernst Piech, Neffe des Aufsichtsratsvorsitzenden Ferry Porsche, seinen Kapitalanteil von 9,5 Prozent am Grundkapital von 50 Mill. DM verkaufen wolle.

In der Zeitschrift werden Preisvorstellungen von 100 Mill. DM genannt, für die es freilich keine Bestätigung gibt. Im übrigen heißt es weiter, daß daran gedacht sei, das Aktienpaket von einer Gesellschaft auf Curaçao übernehmen zu lassen. Hierzu verlautet freilich, daß die übrigen Familienaktionäre, denen ein Vorkaufsrecht zusteht, „das Paket kaufen wollen und werden".

Renault drosselt die Produktion

J. Sch. Paris

Angesichts des sinkenden Inlandsabsatzes reduziert der staatliche französische Automobilkonzern Renault seine Produktion. Ab 1. Dezember produziert das Werk Douai in Nordfrankreich nur noch 1040 Pkw täglich gegenüber bisher 1225. Von den 8282 Arbeitnehmern werden 500 durch Nichtverlängerung von Arbeitsverträgen freigesetzt. Auf kostspielige Feierschichten wird zunächst verzichtet. Den Export schätzt Renault-Präsident Bernard Hanon weiterhin günstig ein. Wie er in Paris erklärte, sollen vor allem mit dem neuen R 25 Marktanteile hinzugewonnen werden.

Hanon bestätigte den Abschluß eines Vertrages über die Modernisierung und Vergrößerung der sowjetischen „Moskwitsch"-Autowerke. Dies sei ein Rahmenvertrag im Werte von 1,2 bis 1,3 Mrd. Franc, auf den Renault bereits konkrete Aufträge von 300 Mill. Franc erhalten hat.

HAPAG-LLOYD / Linienfahrt besser als erwartet – Ende der Krise nicht in Sicht

Nochmals hohe Sanierungsaufwendung

J. BRECH, Hamburg

Die Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen, hat in diesem Jahr weitere Fortschritte bei der Umstrukturierung des schwer angeschlagenen Konzerns erreicht, wird aber nochmals mit erheblichem Verlust abschließen. Zum Ausgleich stehen die Mittel aus der Kapitalherabsetzung und anschließenden Wiederaufstokkung vom Mai dieses Jahres zur Verfügung. Der Hapag-Lloyd sind dadurch weitere 120 Mill. DM zugeflossen. Zudem verfügt das Unternehmen noch über 70 Mill. DM offene Rücklagen.

Das Ziel, das Unternehmen bis Ende 1984 auf die drei wettbewerbsfähigen Beine Container-Linienschiffahrt, Hafen- und Küstendienste sowie Touristik zu stellen und das Verlustpotential im Beteiligungskreis auf ein vertretbares Maß zu reduzieren, wird vom Vorstand für realistisch gehalten. Die Umstrukturierung, so heißt es, befinde sich im letzten Drittel. Allerdings gebe es nach wie vor Bereiche, die der endgültigen Klärung bedürften.

Im Mittelpunkt steht dabei inzwischen die Speditionsgruppe Pracht, deren Sanierung Hapag-Lloyd offensichtlich nicht in den Griff bekommt und die weit mehr als erwartet kostet. Außerordentliche Aufwendungen und Betriebsverluste allein dieses Unternehmens dürften das Hapag-Ergebnis 1983 mit fast 35 Mill. DM belasten. Für Pracht ist ein neues Konzept erstellt worden, das eine wesentliche Reduzierung der Inlandsaktivitäten und eine Neuordnung für das Übersee- und Luftfrachtgeschäft vorsieht.

Erhebliche Belastungen bringt in diesem Jahr auch die Werft in Bremerhaven. Für die Kosten, die sich nach heutigem Stand aus der Einbringung des Schiffbaubetriebs in einen großen bremischen Verbund ergeben, hat Hapag gut 25 Mill. DM zurückgestellt. Schwierigkeiten bereitet ferner die 60-Prozent-Beteiligung an der Container-Leasing-Gesellschaft Contrans, für die Hapag-Lloyd keinen Käufer gefunden hat. Die Contrans ist wegen Überkapazitäten und schlechter Preise in die roten Zahlen gerutscht.

Der Problem-Bereich Trampschifffahrt ist dagegen bis auf den Großtanker „Bonn" entschärft. Die „Bonn" liegt in Brunei auf und wartet auf einen Käufer. Lichtblicke gibt es schließlich bei der Hapag-Lloyd Flug GmbH, die 1983 ein positives Ergebnis erzielen wird und einschließlich der außerordentlichen Erträge aus Verkauf von Fluggerät mit einem Plus von vermutlich 15 Mill. DM schließt.

Nimmt man alles zusammen, dürfte Hapag-Lloyd für Risikovor- und -nachsorge 1983 aber nochmals rund 100 Mill. DM aufgewendet haben. Einschließlich der außerordentlichen Einmalaufwendungen im Jahr 1982 hat die Umstrukturierung Hapag-Lloyd bislang gut 300 Mill. DM gekostet. Darüber hinaus mußten mehr als 100 Mill. DM Betriebsverluste abgedeckt werden. Für das kommende Jahr soll die betriebliche Rechnung nun weitgehend „sauber" sein, der Beteiligungsbereich im Saldo keine Verluste mehr bringen.

Ein Ende der Krise ist damit freilich nicht in Sicht. Denn zusätzlich zur Sanierung des Beteiligungsbereichs muß Hapag-Lloyd Einbrüche im traditionellen Geschäft verkraften. Die Reederei wird 1983 in der Schiffahrt wieder Verluste einfahren, die auf Vollkostenbasis vermutlich 40 Mill. DM erreichen. Dieses Ergebnis ist aber immerhin erheblich besser als im Vorjahr. Vor allem haben sich die schlimmsten Erwartungen bei den USA-Verkehren über den Nordatlantik und zur Westküste nicht erfüllt.

Neu ist bei Hapag-Lloyd die Entwicklung eines Modells für den Transpazifik-Dienst, der bislang mit fünf eigenen und einem gecharterten Schiff betrieben wird. Wie inzwischen von Hapag bestätigt, sollen vier der eigenen Containerschiffe verkauft (Gesamt-Buchwert rund 3 Mill. DM) und der Dienst in Teilcharter ohne eigenes Gerät weitergeführt werden. Das Modell dieses Fremdschiffdienstes" ist allerdings in einigen rechtlichen Punkten noch nicht abgesichert. Es werde weiter verhandelt, heißt es bei Hapag-Lloyd.

Bei Süßwaren jetzt lebhaftes Geschäft

HENNER LAVALL, Köln

Zu den zahlreichen Branchen, die zum Jahresende dem Höhepunkt ihres Geschäfts entgegensehen, zählt auch die deutsche Süßwarenindustrie. Läßt sich im Jahresdurchschnitt mit Schokolade, Dauerbackwaren und Knabberartikeln auf Grund des harten Wettbewerbs „kaum etwas verdienen", entscheidet oft gerade das Saisongeschäft zu Weihnachten über das Jahresergebnis der 246 Betriebe mit ihren rund 55 000 Beschäftigten.

Immerhin entfallen nach Angaben von Bernd Monheim, stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes der Deutschen Süßwarenindustrie, mit 190 000 Tonnen gut 12 Prozent der gesamten Erzeugung auf Saisonartikel wie Weihnachtsmänner, Baumbehang oder Lebkuchen. Wertmäßig liegt ihr Anteil mit knapp 15 Prozent (gleich 1,7 Mrd. DM) an der Gesamtproduktion noch darüber. Wichtiger für die Branche ist allerdings, daß mit den rund 5000 verschiedenen Artikeln für alle an Produktion und Handel beteiligten Unternehmen etwas zu verdienen gibt, liegt doch ihr Ladenverkaufspreis bei etwas über 2,2 Mrd. DM.

Willi Rothammer, Vorsitzender des Bundesverbandes des Süßwaren-Groß- und Außenhandels, konnte denn auch vor der Presse aus Anlaß der bevorstehenden Internationalen Süßwaren-Messe Köln 1984 (ISM) befriedigt feststellen, daß „diese süße Welt inmitten eines von Überkapazitäten und Verdrängungsstrategien geprägten Marktes noch erfreulich in Ordnung ist". Eine Vermassung wie bei Tafelschokolade, die nur über Kampfpreise zu verkaufen sei, gebe es hier noch nicht. Die 14. ISM wird vom 30. Januar bis 3. Februar 1984 stattfinden. Auf 42 000 qm werden 776 Unternehmen aus 31 Ländern ihr Angebot für das kommende Jahr präsentieren.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Alsfeld: Ernst Hartmann, Karosserie- u. Fahrzeugbau GmbH; **Braunschweig:** Wilhelm Hartmann Verwaltungs- u. Beteiligungsges. mbH; **Essen:** Gesellschaft f. Werbung mbH, Essen-Kray; **Fürth (Bay.):** City-Foto u. Verlag GmbH, Erlangen; **Hamburg:** Engelhardt Franchise GmbH; **Hamm:** Hans Döhrer, Kaufmann, Inh. d. Fa. Hans Döhrer, Werkzeugbau u. Metallverarbeitung, Unna; **Koblenz:** „Stadt Verwaltungsges. mbH", Koblenz-Metternich; **Köln:** Georg Krüger, Inh. e. Einzelhandels in Rundfunk-, Fernseh- u. Elektrogeräten; **Lüdenscheid:** Gustav Mesenhöller & Co. KG, Schalksmühle; **Menden:** Fa. Johannes Rennebaum GmbH (Bauunternehmen); **München:** b + m Bau GmbH, Biemerling; EBA-Werk Hanns Echinger GmbH & Co. KG; Nachl. d. Konrad Josef Zimmermann, Fuhrunternehmer, Heimstetten; **Nordhorn:** Johann Jansen und Janna Jansen geb. Schütte, Itterbeck; **St. Wendel:** Helmut Graf, Nonnweiler.

Anschlußkonkurs eröffnet: Freiburg i. Breisgau: Katrin (gen. Käthe) Peplinski, Inh. d. Fa. „Die Geschenkstube". **Vergleich beantragt: Duisburg:** Hermann E. Witzer Handels-Ges. mbH; Hermann E. Witzer, Produktionsges. mbH.

ADS ANKER / Marktführung in Europa angestrebt

Neuer britischer Besitzer

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Für die in Bielefeld ansässige Unternehmensgruppe ADS / Anker, Spezialist für Abrechnungssysteme im Handel, hat sich ein neues Besitzverhältnis ergeben. Der britische Mischkonzern Thomas Tilling Ltd, der die deutsche Gruppe Anfang 1982 aus Schweizer Besitz erwarb, wurde inzwischen von der British Rubber & Tire (BRT), London, übernommen, die damit einen Jahresumsatz von nahezu 3 Mrd. Pfund aufweist und jetzt Platz sieben in der Rangliste britischer Unternehmen einnimmt.

Nach Meinung der nach wie vor weitgehend unabhängig agierenden Geschäftsleitung von ADS / Anker bedeutet dies eine wesentliche Verstärkung ihrer Position auf dem internationalen Markt. So war es der deutschen Gruppe bereits in jüngster Vergangenheit möglich, neben den unterstellten neun regionalen deutschen Vertriebsgesellschaften die ebenfalls neun europäischen Tochtergesellschaften wieder vollständig in die eigene Organisation einzugliedern.

ADS / Anker sieht sich stückzahlmäßig als Marktführer bei Abrechnungssystemen in der Bundesrepublik, eine Aussage, die durch die rund 14 000 in diesem Jahr ausgelieferten Kassen unterstrichen wird. Die gleiche Position wird auch in den benachbarten europäischen Ländern angestrebt. „Wir sind am Markt einer der Spezialisten, der das ganze Feld abdeckt", sagt Geschäftsführer Fritz Pott.

ADS / Anker beschäftigt derzeit 1559 Mitarbeiter, davon 942 im Inland, die 300 Mitarbeiter der Bielefelder Fertigung eingeschlossen. Der nach der Konsolidierung für 1984 vorgegebene Gesamtumsatz soll deutlich über 200 Mill. DM liegen, nachdem es bereits 1983 ein zweistelliges Umsatzplus gab. Der gegenwärtige Auftragsbestand liegt um 12 Prozent über der Vergleichszahl des Vorjahres, ausreichend für sechs Produktionsmonate.

MESSE FRANKFURT / Besuchermagnet IAA

Weitere Fach-Ausstellungen

INGE ADHAM, Frankfurt

Besser vorangekommen als erwartet ist die Messe Frankfurt GmbH, die derzeit im Rahmen eines 1980 beschlossenen Strukturprogramms ihr Gesicht ändert. Mit ihren 15 Veranstaltungen erzielte die Messe in diesem Jahr rund 125 Mill. DM Umsatz (davon 14 Mill. DM mit Gastveranstaltern), das sind gut 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Insgesamt brachten die Veranstaltungen (darunter der „Magnet" IAA) gut 2,5 Millionen Besucher und 22 800 (i. V. 22 200) Aussteller auf das Messegelände; im nächsten Jahr – ohne Automobil-Ausstellung – werden bei 16 Veranstaltungen rund 1,2 Millionen Besucher und eine unveränderte Ausstellerzahl erwartet. Dabei ist eine Reihe neuer Fachmessen (u. a. Agritechnica und Do-it-yourself) geplant.

Die planmäßigen Investitionen dieses Jahres von 120 (i. V. 108) Mill. DM mußte die Messe aus eigenen Mitteln und mit Zwischenkrediten finanzieren; der hessische Landeshaushalt, in dem Gesellschaftermittel bereitgestellt worden sind, ist noch nicht verabschiedet. Um so erfreuter zeigte sich die dreiköpfige Messegeschäftsführung (Horstmar Stauber, Edgar Gido und Alfred K. Schnorr, der im März 1984 aus Gesundheitsgründen vorzeitig in den Ruhestand tritt), daß das Jahr 1983 entgegen den Erwartungen mit einem „kleinen Gewinn" enden wird.

Im nächsten Jahr, das (auch ohne IAA) wieder 120 Mill. DM Umsatz bringen soll, sei aber im Gefolge hoher Zinsen und Abschreibungen für die Neubaumaßnahmen mit roten Zahlen zu rechnen. Die planmäßigen Aufwendungen für Frankfurts „neue" Messe werden bei rund 150 Mill. DM liegen. Mit intensiver internationaler Besucherwerbung und der Erschließung neuer Branchenfelder will die Messe die Nase vorn behalten.

INDUSTRIE / Siemens-Chef Karlheinz Kaske vor dem Export-Club Bayern

Neue Wachstumspotentiale erschließen

DANKWARD SEITZ, München

Nur wenn es der deutschen Industrie gelingt, neue Wachstumspotentiale zu finden und zu erschließen, kann die Bundesrepublik Deutschland mit ihren gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten fertig werden und sich den künftigen Herausforderungen stellen. Diese Ansicht vertrat Karlheinz Kaske, Vorstandsvorsitzender der Siemens AG, Berlin/München, vor dem Export-Club Bayern in einer Rede über „Aufgaben der Unternehmensführung in einer veränderten Weltwirtschaft". Ohne in einen Wachstums-Fetischismus zu verfallen, müßten die Unternehmensleitungen dieser Frage in Zukunft größte Bedeutung beimessen.

Wachstum sei kein Selbstzweck, aber wenn Unternehmen nicht mehr wachsen, dann gingen durch den zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit notwendigen Produktivitätsfortschritt von jährlich vier bis fünf Prozent automatisch Jahr für Jahr Arbeitsplätze verloren. Die Folge wäre, über kurz oder lang, so Kaske, eine „überalterte und demotivierte Mannschaft, mit der wir uns kaum den technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen im Wettbewerb stellen könnten".

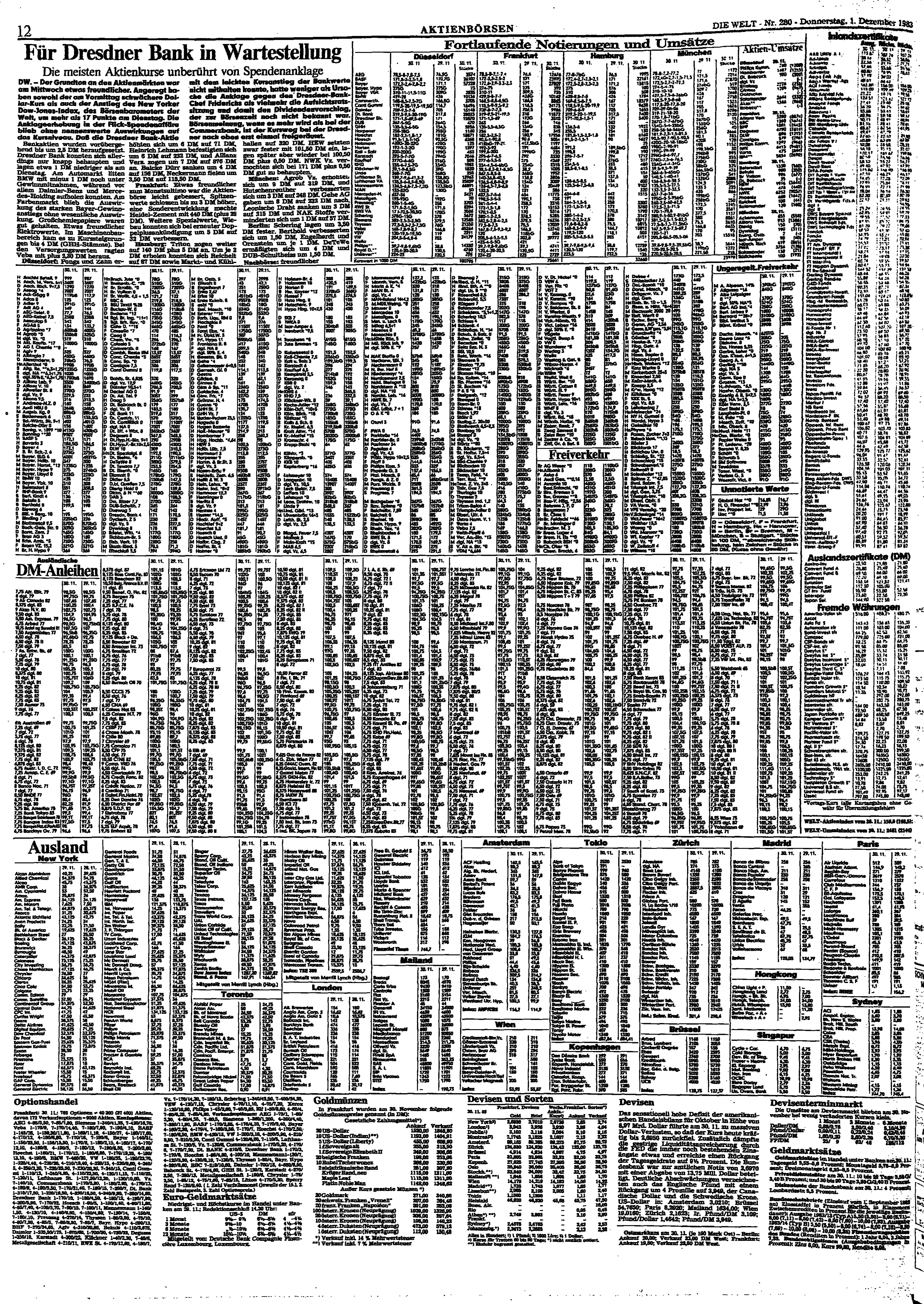
Die Erschließung neuer Wachstumspotentiale sei um so dringender, weil vorerst nicht mit einer kräftigen und nachhaltigen Wiederbelebung der Weltwirtschaft und des Welthandels zu rechnen und damit auch keine baldige Lösung der weltweiten Beschäftigungsprobleme zu erwarten sei. Zwar hätten sich die Inflationstendenzen abgeschwächt und auch die Ertragserwartungen seien wieder besser geworden, doch lasse sich dies noch nicht von den Absatzerwartungen sagen. Denn nach wie vor stehe die Privatwirtschaft unter scharfem Rationalisierungsdruck und habe kaum Anlaß zur Vornahme von Erweiterungsinvestitionen. Für konjunkturbelebende investive Ausgaben fehlten dem Staat die Mittel, und die sinkenden Exporterlöse der Entwicklungsländer reduzierten deren Einfuhrmöglichkeiten. So werde aber bei anhaltend schwachem Wirtschaftswachstum der internationale Wettbewerb immer härter, zumal mit einer Reihe junger Industrieländer neue Anbieter auf den Weltmarkt kämen.

Kaske zeigte sich überzeugt, daß die Bundesrepublik nach wie vor zu den wichtigsten Industrienationen und zu den potentesten Wettbewerbern auf dem Weltmarkt zählt. Doch „sollten wir nicht vergessen, wie schnell angesichts der raschen und sich weiter beschleunigenden technologischen Entwicklung Wettbewerbsstärke verspielt sein kann". Sie zu sichern und zu verbessern müsse daher auch in Zukunft unter den unternehmerischen Aufgaben höchste Priorität eingeräumt werden. Unabdingbar sei dabei, daß

- die Kosten in Ordnung gehalten werden, denn nur dann könne man wettbewerbsfähige Preise bieten, und nur dann könnten die Erträge stimmen;
- man an vorderster Front der technologischen Entwicklung bleibt, auch wenn dies wegen der hohen Dynamik keine leichte Aufgabe ist und
- alle Schlüsseltechnologien beherrscht werden, denn der weltweite Innovationswettbewerb sei im wesentlichen zu einem Wettlauf um die Beherrschung der jeweiligen Schlüsseltechnologien geworden.

Neue Wachstumspotentiale liegen nach Ansicht von Kaske selbst in einer insgesamt stagnierenden oder nur langsam expandierenden Weltwirtschaft in erster Linie in neuen Techniken, d. h. neuen Produkten und Systemen und in neuen Dienstleistungen. Die hier zunehmende Intensität des Innovationswettbewerbs zwinge die Unternehmen aber zu vermehrten Anstrengungen in Forschung und Entwicklung. In diesem Zusammenhang forderte Kaske die Bundesregierung auf, ihre Förderungspolitik zu verstärken. Gegenüber amerikanischen Wettbewerbern beispielsweise, die „weit mehr als die Hälfte ihres Budgets" aus Regierungsaufträgen finanzierten, müsse Siemens rund 95 Prozent der Aufwendungen selbst erwirtschaften.

Gleichzeitig forderte Kaske dazu auf, wieder den Mut zur Selbständigkeit zu stärken. Dazu gehöre auch die Förderung von Risikokapital und eine Verringerung der Flut der Gesetze und Verordnungen.



Für Dresdner Bank in Wartestellung

Die meisten Aktienkurse unberührt von Spendenanklage

DW. – Der Grundton an den Aktienmärkten war am Mittwoch etwas freundlicher. Angeregt haben sowohl der am Vormittag schwächere Dollar-Kurs als auch der Anstieg des New Yorker Dow-Jones-Index, des Börsenbarometers der Welt, um mehr als 17 Punkte am Dienstag. Die Anklageerhebung in der Flick-Spendenaffäre blieb ohne nennenswerte Auswirkungen auf das Kursniveau. Daß die Dresdner Bank-Aktie mit dem leichten Kursanstieg der Bankwerte nicht mithalten konnte, hatte weniger als Ursache die Anklage gegen den Dresdner-Bank-Chef Friderichs als vielmehr die Aufsichtsratssitzung und damit den Dividendenvorschlag, der zur Börsenzeit noch nicht bekannt war. Börsenmeinung, wenn es mehr wird als bei der Commerzbank, ist der Kursweg bei der Dresdner nach oben erst einmal freigeräumt.

Bankaktien wurden vorübergehend bis um 2,5 DM heraufgesetzt. Dresdner Bank konnten sich allerdings nur knapp behaupten und lagen etwa 1 DM niedriger als am Dienstag. Am Automarkt litten BMW mit minus 1 DM noch unter Gewinnmitnahmen, während vor allem Daimler-Benz und Mercedes-Holding aufholen konnten. Am Farbenmarkt blieb die Auswirkung des starken Bayer-Gewinnanstiegs ohne wesentliche Auswirkung. Großchemiepapiere waren gut gehalten. Etwas freundlicher Elektrowerte. Im Maschinenbaubereich kam es zu Kurssteigerungen bis 4 DM (GHH-Stämme). Bei den Versorgungswerten ragten Veba mit plus 2,30 DM heraus.

Düsseldorf: Pongs und Zahn erhöhten sich um 6 DM auf 71 DM, Heinrich Lehmann befestigten sich um 6 DM auf 232 DM, und Allianz Vers. zogen um 7 DM auf 876 DM an. Balcke Dürr sanken um 4 DM auf 156 DM, Neckermann fielen um 3,50 DM auf 115,50 DM.

Frankfurt: Etwas freundlicher zum Monatsultimo war die Aktienbörse leicht gebessert, Spitzenwerte schlossen bis zu 3 DM höher, eine Sonderentwicklung machte Heidel-Zement mit 440 DM (plus 25 DM). Weitere Spezialwerte, Wiebau konnten sich bei erneuter Doppelplusankündigung um 5 DM auf 32 DM verbessern.

Hamburg: Triton zogen weiter auf 140 DM plus 5 DM an. Um je 2 DM erholen konnten sich Reichelt auf 87 DM sowie Markt- und Kühlhallen auf 320 DM. HEW setzten zwar fester mit 101,50 DM ein, lagen später aber wieder bei 100,50 DM plus 0,50 DM. NWK Vz. vermochten sich bei 171 DM plus 0,50 DM gut zu behaupten.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 9 DM auf 319 DM, und Hutschenreuther verbesserten sich um 3 DM auf 248 DM. Gehe AG gaben um 8 DM auf 232 DM nach, Leonische Draht sanken um 3 DM auf 315 DM und NAK Stoffe verminderten sich um 1 DM auf 57 DM.

Berlin: Schering lagen um 3,50 DM fester. Berthold verbesserten sich um 1,50 DM, Engelhardt und Orenstein um je 1 DM. DeTeWe ermäßigten sich um 4 DM und DUB-Schultheiss um 1,50 DM.

Nachbörse: freundlicher

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf – Frankfurt – Hamburg – München

Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam

Tokio

Zürich

Madrid

Paris

Mailand

Toronto

London

Wien

Kopenhagen

Hongkong

Brüssel

Singapur

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 30. November folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1520,00	1846,90
10 US-Dollar (Indian)**)	1193,00	1404,91
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	255,00	313,50
1 £ Sovereign Elizabeth II	249,00	306,66
20 belgische Franken	198,00	253,08
10 Rubel Tscherwonez	266,00	330,60
2 südafrikanische Rand	251,00	307,80
Krüger Rand, neu	1115,00	1311,00
Maple Leaf	1115,00	1311,00
Platin Noble Man	1148,00	1348,62
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	271,00	340,86
20 schweiz. Franken „Vreneli"	207,00	264,48
20 franz. Franken „Napoléon"	201,00	253,08
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1039,00	1326,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	206,00	257,64
10 österr. Kronen (Neuprägung)	106,00	140,22
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	473,00	579,12
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	112,00	150,48

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Devisen und Sorten

Devisen

Das sensationell hohe Defizit der amerikanischen Handelsbilanz für Oktober in Höhe von 8,97 Mrd. Dollar führte am 30. 11. zu massiven Dollar-Verlusten, so daß der Kurs heute kräftig bis 2,6950 zurückfiel. Zusätzlich dämpfte die gestrige Liquiditätsanreicherung durch die FED die immer noch bestehenden Zinsängste etwas und erreichte einen Rückgang der Tagesgeldrate auf 9¼ Prozent. Die Bundesbank war zur amtlichen Notiz von 2,6970 mit einer Abgabe von 13,75 Mill. Dollar beteiligt. Deutliche Abschwächungen verzeichneten auch das Englische Pfund mit einem Rückgang um 4 Promille auf 3,949, der Canadische Dollar und die Schwedische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 3,0210; Brüssel 54,7650; Paris 8,2920; Mailand 1634,00; Wien 19,0160; Zürich 2,1623; Ir. Pfund/DM 3,109; Pfund/Dollar 1,4642; Pfund/DM 3,949.

Ostmarkkurs am 30. 11. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Umsätze am Devisenmarkt blieben am 30. November bei wenig veränderten Kursen klein.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,88/0,78	2,50/2,40	5,10/4,90
Pfund/Dollar	0,09/0,11	0,22/0,24	0,42/0,45
Pfund/DM	1,60/0,20	3,80/2,38	6,70/5,30
FF/DM	25/ 9	62/ 46	128/112

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 30. 11.: Tagesgeld 5,55–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,9 Prozent; Dreimonatsgeld 6,25–6,5 Prozent.

Privatdiskontsätze am 30. 11.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 30. 11.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,71) – 8,00 (7,11) – 8,50 (7,43) – 8,50 (7,60) – 10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50) – 8,00 (6,74) – 8,00 (7,16) – 8,50 (7,69) – 10,00 (8,06) – 10,00 (8,36) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 7,33. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,80, Rendite 8,05.

Rentenpapiere uneinheitlich

Die Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung beeinflußte die Tendenz an den Märkten für öffentliche Anleihen, an denen die Notierungen überwiegend bis um 0,25 Prozentpunkte nachgaben. Auch der feste Goldpreis dürfte hier mitgespielt haben. Dagegen wurden DM-Auslandsanleihen meist etwas freundlicher gehandelt. Auch die Pfandbriefkurse lagen in der Regel bei kleinem Geschäft gut behauptet.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

	30. 11.	29. 11.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	99G	99G
F 7½ Bahnbk Pf 104	99,7G	99,7G
9 dgl. Pf 106	102,6G	102,6G
10 dgl. Pf 108	107,4G	107,4G
7 dgl. KS 132	94,5G	94,5G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
9 dgl. KS 169	102,05G	102,05G

Bundesbahn

		30. 11.	29. 11.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,4G	100,4G
7½ Bdbahn 72	2/84	100,1	100,1G
8 dgl. 72	9/84	101	101G
8¼ dgl. 76	9/84	101,2	101,2
6 dgl. 78 III	11/84	99,5	99,5

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Industrieanleihen

	30. 11.	29. 11.
5¾ HEW 82	96G	96G
7½ dgl. 71	99,25G	99,25G
4½ Harpen 59	181G	181G
6 Hoechst 64	99,5T	99,5T
6 Hoesch 64	98,8bG	98,8bG
7½ dgl. 71	98,5	98,75T
7½ Karstadt 71	99G	99G
7½ Kaufhof 71	99	99
7¾ dgl. 71	99,25G	99,25G
7½ dgl. 75	98,8bG	98,8G
7½ Klöckner W. 71	98,5G	98,5
8 dgl. 72	98,85T	98,9

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

Ausländische Aktien

	30. 11.	29. 11.
M Vaal Reefs Expl.	292,8	279
D Voest-Stork	71,5bG	71,5G
D Volvo A	142T	142T
D dgl. Nam B	142G	142G
F Warner Commun.	61,4	61,1
F Warner Lambert	79T	78G
F Wells Fargo	102,5	102
M Western Deep L	138,3	128
M Western Mining	10,05	10
M Westinghouse El	147,6	141,5G
F Westl.-Utrecht H.	91,5	90,1
D Xerox Corp.	130bG	129

Warenpreise – Termine

Erneut fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Höher wurden auch Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	29. 11.	28. 11.
Dez.	338,50	338,25
März	353,50	353,00
Mai	354,50	353,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	29. 11.	28. 11.
St. Lawrence 1 CW	234,10	128,60
Amber Durum	225,80	107,14

Roggen Winnipeg (can. $/t)	29. 11.	28. 11.
Dez.	148,30	149,00
März	155,00	155,00
Mai	158,30	158,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)	29. 11.	28. 11.
Dez.	123,50	123,70
März	125,00	125,40
Mai	124,40	124,70

Hafer Chicago (c/bush)	29. 11.	28. 11.
Dez.	172,75	176,50
März	180,50	184,50
Mai	185,00	189,00

Mais Chicago (c/bush)	29. 11.	28. 11.
Dez.	341,25	343,25
März	343,50	344,50
Mai	344,50	346,00

Gerste Winnipeg (can. $/t)	29. 11.	28. 11.
Dez.	129,70	130,00
März	134,50	134,80
Mai	134,90	135,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Dez.	150,50	150,00
März	144,20	143,30
Mai	139,40	138,70

Kakao New York ($/t)	29. 11.	28. 11.
Dez.	2247	2214
März	2255	2215
Terminkontr. Mai	2267	2230
Umsatz	3319	3410

Zucker New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Kontrakt Nr. 11 Jan.	9,10	9,00
März	9,64	9,52
Mai	9,90	9,81
Juli	10,22	10,14
Sept.	10,44	10,34
Umsatz	9 285	9 945

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	29. 11.	28. 11.
	8,61	unerhältl.

Kaffee London (£/t) Robusta-	29. 11.	28. 11.
Kontrakt Nov.	1906–1912	1904–1910
Jan.	1912–1914	1913–1914
März	1882–1883	1882–1885
Umsatz	1831	2762

Kakao London (£/t)	29. 11.	28. 11.
Terminkontrakt Dez.	1632–1634	1624–1625
März	1635–1637	1639–1640
Mai	1635–1636	1639–1640
Umsatz	4219	5623

Zucker London (£/t)	29. 11.	28. 11.
Rohzucker Dez.	148,00–150,00	151,50–154,00
März	163,20	–
Mai	167,85–168,00	173,50–173,75
Umsatz	2579	3487

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	29. 11.	28. 11.
schw. Sarawak spez.	425,00	425,00
weißer Sarawak	647,50	637,50
weißer Muntok	665,00	645,00

Orangensaft New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Jan.	124,50	124,00
März	123,00	122,05
Mai	122,20	121,80
Juli	122,00	121,50
Sept.	122,00	121,30
Umsatz	225	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Südstaaten fob Werk	46,00	geschl.

Maisöl New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,25	geschl.

Sojaöl	29. 11.	28. 11.
Chicago (c/lb) Dez.	27,10	26,80
Jan.	27,35	27,15
März	27,85	27,55
Mai	27,65	28,00
Juli	27,75	28,10
Aug.	27,60	27,70
Sept.	26,20	26,30

Baumwollsaatöl New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Mississippi-Tal	28,50	geschl.

Schmalz Chicago (c/lb)	29. 11.	28. 11.
loco lose	17,25	geschl.
Choise white hog 4% fr. F.	16,75	geschl.

Talg New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
top white	17,25	geschl.
fancy	16,75	geschl.
bleichfähig	16,50	geschl.
yellow max. 10% fr. F.	15,00	geschl.

Schweine Chicago (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Dez.	42,05	42,05
Febr.	47,65	47,45
April	47,98	47,55

Schweinebäuche Chicago (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Febr.	61,35	60,30
März	61,65	60,75
Mai	63,50	62,45

Häute Chicago (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Ochsen einh. schwere River Northern	54,50	geschl.
Kühe einh. schwere River Northern	52,50	geschl.

Sojabohnen Chicago (c/bush)	29. 11.	28. 11.
Jan.	805,00	793,00
März	824,00	812,50
Mai	832,00	825,00
Juli	833,50	823,00
Aug.	812,00	802,00
Sept.	752,00	745,50
Nov.	697,50	690,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)	29. 11.	28. 11.
Dez.	222,30	121,80
Jan.	225,00	224,00
März	228,70	227,50
Mai	229,00	227,50
Juli	228,50	227,50
Aug.	223,00	222,00
Sept.	214,00	211,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	29. 11.	28. 11.
Dez.	371,20	373,70
März	383,50	386,00
Mai	391,00	393,00

Kokosöl New York (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Westküste fob Werk	40,75	geschl.

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	30. 11.	29. 11.
jegl. Herk. cif	900,00	900,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	542,50	555,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	695,00	695,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	196,00	195,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	935,00	917,50

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	308,00	308,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	29. 11.	28. 11.
Dez.	77,13	76,67
März	80,10	79,64
Mai	81,25	80,75
Juli	81,95	81,52
Okt.	76,55	76,38
Dez.	75,05	74,90

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis	29. 11.	28. 11.
loco RSS-1	59,75	geschl.

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	29. 11.	28. 11.
Dez.	405–407	405–407
Jan.	403–405	402–405
März	411–413	410–412
Umsatz	97	84

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	29. 11.	28. 11.
Dez.	46,50	46,50
März	46,70	46,70
Mai	47,70	47,50
Juli	–	47,70
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	29. 11.	28. 11.
Dez.	533,20–534,00	533,00–540,00
März	557,00–558,00	557,00–558,00
Mai	573,00–574,00	573,00–574,00
Umsatz	57	31

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	29. 11.	28. 11.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	29. 11.	28. 11.
Nov.	13 900	13 887
Dez.	13 900	889

Kautschuk London (p/kg)	29. 11.	28. 11.
Nr. 1 RSS loco	83,00–85,00	83,00–85,00
Jan.	84,20–85,00	84,00–85,00
Febr.	83,90–84,50	84,00–84,70
Jan./März	83,90–84,10	84,00–84,50
Tendenz: sehr ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	29. 11.	28. 11.
Nr. 1 RSS loco:	261,50–262,50	263,00–264,00
Dez.	264,25–265,25	266,00–267,00
Jan.	268,00–268,25	269,50–270,50
Nr. 2 RSS Dez.	259,00–260,00	260,50–261,50
Nr. 3 RSS Dez.	255,50–256,50	257,00–258,00
Nr. 4 RSS Dez.	249,00–250,00	250,50–251,50
Tendenz: etwas leichter		

Jute London (£/lgt)	29. 11.	28. 11.
BWC	400,00	400,00
BWD	390,00	390,00
BTC	400,00	400,00
BTD	390,00	390,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	30. 11.	29. 11.
Blei: Basis London laufend. Monat	112,35–112,55	111,41–111,61
drittfolg. Monat	116,11–116,31	114,99–115,19
Zink: Basis London laufend. Monat	232,81–233,01	231,37–231,57
drittfolg. Monat	238,84–238,94	237,33–237,53
Produz.-Preis	256,60	258,83
Reinzinn 99,9%	3831–3869	3807–3844

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	30. 11.	29. 11.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	407,47–409,84	398,00–400,38
Blei in Kabeln	120,00–121,00	119,25–120,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	430,50–433,50	430,50–433,50
Vorziehdraht	439,50	439,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	30. 11.	29. 11.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	372–383	367–377
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	418–420	412–414
MS 63	415–420	408–412

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	29. 11.	28. 11.
(Ring./kg)	30,12	30,19

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	30. 11.	29. 11.
Leg. 225	415–418	413–415
Leg. 226	417–420	415–417
Leg. 231	447–450	445–447
Leg. 233	457–460	455–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	30. 11.	29. 11.
Platin (DM je g)	38,40	37,60
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkpr.	35 650	34 700
Rücknahmepr.	34 900	33 950
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	35 650	34 620
Rücknahmepr.	34 580	33 580
verarbeitet	37 420	36 330
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 325	34 215
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkpr.	864,70	802,00
Rücknahmepr.	834,40	773,90
verarbeitet	903,00	837,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	30. 11.	29. 11.
10.30	405,75	391,25
15.00	405,00	391,50
Zürich mittags	406,00–406,75	391,00–391,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	106 000	103 600
Silber (p/Feinunze) London Kasse	669,85	619,30
3 Monate	684,75	633,10
6 Monate	699,85	647,05
12 Monate	738,80	679,85

Platin (£-Feinunze) London	29. 11.	28. 11.
fr. Markt	270,10	273,50
Palladium (£-Feinunze) London	–	99,85
f. Händlerpr.	102,65	102,65

New Yorker Preise	29. 11.	28. 11
Gold H & H Ankauf	391,50	394,25
Silber H & H Ankauf	909,00	902,00
Platin fr. Händlerpr.	392,00–395,00	392,00–395,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	149,00–151,00	148,00–150,00
Produz.-Preis	130,00	130,00

Silber (c/Feinunze)	29. 11.	28. 11.
Dez.	941,00	907,00
Jan.	951,00	917,30
März	964,00	930,00
Mai	980,00	947,20
Juli	996,00	962,50
Sept.	1016,80	977,80
Dez.	1042,30	1001,50
Umsatz	55 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	29. 11.	28. 11.
Dez.	66,40	65,05
Jan.	67,20	65,85
März	68,45	67,10
Mai	69,80	68,50
Juli	71,30	69,90
Sept.	72,65	71,50
Dez.	74,70	73,50
Umsatz	15 000	–

Londoner Metallbörse

	30. 11.	29. 11.
Aluminium (£/t) Kasse	1079,0–1080,0	1081,5–1082,5
3 Monate	1108,0–1109,0	1109,0–1109,5
Blei (£/t) Kasse	284,00–284,50	280,00–281,00
3 Monate	293,50–294,00	289,50–290,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1017,5–1018,0	989,50–990,00
3 Monate	1041,5–1042,0	1012,5–1013,0
abends Kasse	–	993,00–994,00
3 Monate	–	1016,0–1016,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1001,5–1002,0	977,00–979,00
3 Monate	1024,0–1025,0	1000,0–1002,0
Zink (£/t) Kasse	588,50–589,00	581,50–582,50
3 Monate	603,75–604,00	596,50–597,00
Zinn (£/t) Kasse	8715–8720	8720–8725
3 Monate	8845–8846	8845–8847
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–315
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	70–73

Am 23. 11. 1983 verstarb unser früherer Mitarbeiter Herr

Carl Friedrichsen

geboren am 19. 12. 1903

Herr Friedrichsen war 40 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1969 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier hat bereits stattgefunden.

Nach einem erfüllten Leben hat uns der Mittelpunkt unserer Familie für immer verlassen.

Marianne Hanssen

geb. Karres

* 31. 7. 1905 †28. 11. 1983

Wir werden sie sehr vermisssen.

In Liebe
Bernhard Hanssen
Jörg Johannes und Marc Matthias
Dagmar Hanssen geb. Römer
Jens-Jürgen Hanssen und
Frau Yvonne geb. Smith
und Christian

Hamburg 52, Parkstr. 42
Antwerpen
Neumünster

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 2. 12. 1983, um 11.30 Uhr von der Auferstehungskapelle in Neumünster aus statt.

Am 24. November 1983 verstarb Herr

Dr. Adolf Jann

Er gehörte von 1963 bis 1978 dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft an.

Der Verstorbene war uns immer ein guter Freund und Berater, der mit großem Sachverstand und persönlichem Engagement an der Entwicklung unseres Unternehmens mitgewirkt hat.

Wir werden sein Andenken allzeit in Ehren halten.

KARSTADT Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat – Vorstand

Schweden-Kontakte
Junges, dynamisches Unternehmen in Schweden bietet im Bereich Food- u. Geschenkartikel beste Betreuung für Import + Export an.
Zuschriften erbeten unter S 2514 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Baubiologie
Telefon 0 40 / 7 91 71 21

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.

WIR ARBEITEN FÜR IHN.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postscheckkonto
Hannover 1033 60 - 301

Unternehmer-Persönlichkeit als Generalvertrieb
für Rheinland-Pfalz und Saarland gesucht.

Wir bieten: Zukunftssichere Existenz m. außergewöhnl. Verdienstmöglichkeiten durch Produkte mit hoher Wirtschaftlichkeit f. Energieeinsparung u. Umweltschutz. Natürlich haben Sie Gebietsschutz, werden von uns geschult und werblich unterstützt.

Sie sind: Verhandlungssicher mit Entscheidungsträgern auf höchster Ebene. Gewohnt hart zu arbeiten und Ihre AD-Mitarbeiter zu motivieren und von Erfolg zu Erfolg zu führen.

Voraussetzungen: Arbeitsbeginn Januar 1984. Eigenkapital DM 100 000,–, sowie Unternehmungsgeist und die Fähigkeit, sich mit hohen Unternehmenszielen zu identifizieren und solange zu arbeiten, bis diese erreicht sind.

Wenn Sie sicher sind, unsere Anforderungen voll zu erfüllen, erbitten wir Ihren Anruf.

G. R. Rotter GmbH, Energiesparprodukte, Germanenstr. 4, 7410 Reutlingen (Rommelsbach), Tel. 0 71 21 / 6 31 41-3

Leistungsfähige
Diamantfirma in Antwerpen
sucht Verbindung mit Grossisten und Händlern, welche auf eigene Rechnung mit Brillanten arbeiten. Auch kann Schmuck zu sehr günstigen Preisen geliefert werden. Strengste Diskretion wird zugesichert.
Alpilex Diamonds PVBA, De Keyserlei 58–60, B. 35, 2018 Antwerpen, Belgien, Tel. 0 03 23 / 2 33 91 60, Tlx. 72 941

Junger Jurist
m. Span.-Kenntn. f. Tätigkeit auf Provisionsbasis gesucht.
Zuschr. erb. u. PH 47314 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Integrierte Finanz- und Unternehmensberatung. Firmengründungen und Domizilbetreuung.
EUCOM AG, Dreikönigstr. 35
8002 Zürich, Tel. 0041 12 02 48 24/25
Telex 0045 58 624

Aktive Beteiligung, auch Sanierung od. Übernahme
von Dipl.-Ing. (Wirtschafts-Ing.) gesucht, Raum Norddeutschland.
Zuschr. erb. u. PO 47319 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

Gesellschaft einer bedeutenden Textilgruppe
fabriziert und verkauft
Qualitätsdecken
in Minimalposten von 1000 Stück.
MULTIFINIMPEX S. A.
Postf. 522, CH-1211 Genf 3, Schweiz
Telex: 421 483 mfx ch

Der Markt der Zukunft
Der Videomarkt mit stetig und sicher wachsenden Umsätzen ist unser Geschäft. Wir haben hart und erfolgreich den Markt und unser Produkt getestet. Als Schutzrechtinhaber eines ges. gesch. GeschmM. betreiben wir die Akquisition und den Vertrieb von Werbeflächen auf Schutzhüllen für Videofilme. Über nebenberufl. Mitarbeiter hinaus bauen wir jetzt unser Vertriebssystem bundesweit aus. Zur Besetzung der Führungsposition in den einzelnen Bundesländern suchen wir die hauptberufl. Landesdirektoren. Wenn Ihre Einkommenserwartung bei monatl. DM 10 000,- oder mehr liegen sollte, nehmen Sie mit uns Kontakt auf. Für die Verwertung unserer Schutzrechte erheben wir eine einmalige Schutzgebühr von DM 100 000,- bei voller Kunden- und Lizenzgebühr. Kurzbewerbung erbeten an: Master Werbe- u. Vertriebs AG, Pf. 12 28, 6053 Obertshausen 1.

Ausstattung und Zubehör für Hausbars zum Vertrieb gesucht:
Automaten Hoffmann GmbH, Im Teelbruch 88–90, 4300 Essen-Kettwig

Größere Partie
Damen- und Herren-Pelzhüte und -mützen
zu interessanten Preisen en bloc oder in gr. Stückzahlen abzugeben. Verschied. Fellarten, div. Modellvariationen. Sehr gute Verarbeitung.
Angeb. u. M 2598 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

In den PLZ-Gebieten 1, 4, 5, 6, 7 und 8 bieten wir einkommensstarke
Gebietsvertretungen
für interessantes technisches Produkt.
Gesucht werden leistungsfähige dynamische Techniker oder Ingenieure, die in der Wohnungswirtschaft und in der Heizungstechnik eingeführt sind. (Kapitaleinsatz von DM 20 000,– für Kommissionslager wünschenswert, aber keine Bedingung.)
Angeb. erb. u. C 2590 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

NEU ! ! !
LEASEN SIE IHRE EXISTENZ
Außergewöhnlich lukrative Repräsentanz für aktive Kaufleute, auch weiblich, von Spezialvermarkter eines neuen Spitzenproduktes im Dienstleistungsbereich zu vergeben. Erforderlich: Büro, Telefon, Kfz, Leasing DM 500,- monatlich.
Weitere Angebote, auch Nebeneinkommen, auf Anfrage. Schreiben Sie kurz an: Wolf Beratungsges. mbH, Beethovenstr. 35, 6348 Herborn, Tel. 0 27 72 / 4 16 10.

Unternehmensberater sucht freien Mitarbeiter
mit Organisationserfahrung. Thema innerbetriebliche Leistungsverrechnung.
Zuschr. erb. u. PJ 47315 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Für Auslandsauftrag
suchen wir Kontakte mit Firmen, die Flughafen-Equipment herstellen oder vertreiben.
Zuschr. u. D 2591 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

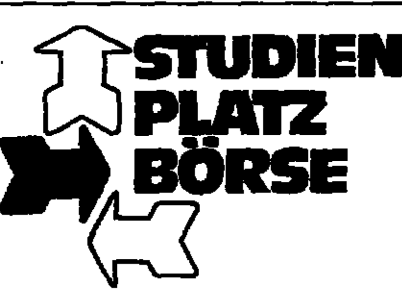
Mexiko - Inkasso
Bearbeitung ausstehender Forderungen, Devisen-Ausgleich.
Telex 9 230 373.
Zuschr. erb. u. B2589 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

NIGERIA
Probleme beim Transfer? Wir bieten unsere Hilfe an bei der Beschleunigung von Foreign-Exchange.
Zuschr. u. A 2610 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Zum Aufbau einer Heimarbeitsorganisation sprechen wir Firmen an, die
Heimarbeiten vergeben.
Angeb. an Firma C.T.P.
Zum Kuhfeld 8
6680 Neunkirchen

Wir sind ein Schweizer Dienstleistungsunternehmen und suchen für verschiedene Versandhäuser in der BRD zuverlässige Verpackungs- und Versandgesellschaften, die eventuell auch Fullfillmentarbeiten übernehmen können.
Zuschriften an Chiffre 44-62'368, Publicitas, Postf., CH-8021 Zürich.

50% (!) mehr UMSATZ
erziele der weltbeste Verkäufer mit seiner Methode, Kunden zu betreuen. Jeder Betrieb könnte das auch erzielen! Wie? Fragen Sie an bei CADICS, 4300 Essen 15, Niederweniger Str. 49, Tel. 02 01 / 48 00 24



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	TU München
3 Aachen	Uni München
4 Bonn	Hamburg
5 FU Berlin	Bonn
6 FU Berlin	Düsseldorf
7 FU Berlin	Gießen
8 FU Berlin	Göttingen
9 FU Berlin	Hannover
10 FU Berlin	Hamburg
11 FU Berlin	Lübeck
12 FU Berlin	Uni Kiel
13 FU Berlin	Münster
14 FU Berlin	Uni München
15 FU Berlin	Tübingen
16 Düsseldorf	Bonn
17 Düsseldorf	Münster
18 Essen	Aachen
19 Essen	Tübingen
20 Erlangen	Göttingen
21 Erlangen	TU München
22 Erlangen	Uni München
23 Frankfurt	Erlangen
24 Frankfurt	Uni München
25 Frankfurt	Tübingen
26 Frankfurt	Würzburg
27 Gießen	Erlangen
28 Gießen	Frankfurt
29 Gießen	Hamburg
30 Göttingen	Freiburg
31 Göttingen	Marburg
32 Göttingen	Tübingen
33 Marburg	Münster
34 Tübingen	Uni München
35 Würzburg	Erlangen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	TU München
2 Aachen	Uni München
3 Aachen	Regensburg
4 Bonn	Ulm
5 Bochum	Frankfurt
6 Bochum	Freiburg
7 Bochum	Göttingen
8 Bochum	Hannover
9 Bochum	Heidelberg
10 Bochum	Hamburg
11 Bochum	Lübeck
12 Bochum	Uni Kiel
13 Bochum	Uni München
14 Bochum	Tübingen
15 Bochum	Ulm
16 Bochum	Würzburg
17 FU Berlin	Düsseldorf
18 FU Berlin	Essen
19 FU Berlin	Erlangen
20 FU Berlin	Freiburg
21 FU Berlin	Gießen
22 FU Berlin	Göttingen
23 FU Berlin	Heidelberg
24 FU Berlin	Marburg
25 FU Berlin	TU München
26 FU Berlin	Uni München
27 FU Berlin	Mainz
28 FU Berlin	Regensburg
29 FU Berlin	Tübingen
30 FU Berlin	Ulm
31 FU Berlin	Würzburg
32 Düsseldorf	Bonn
33 Düsseldorf	Freiburg
34 Düsseldorf	Hamburg
35 Düsseldorf	Uni Kiel
36 Düsseldorf	Münster
37 Düsseldorf	Uni München
38 Düsseldorf	Tübingen
39 Essen	Bonn
40 Essen	Düsseldorf
41 Essen	Freiburg
42 Essen	Marburg
43 Essen	TU München
44 Essen	Uni München
45 Essen	Mainz
46 Essen	Regensburg
47 Essen	Ulm
48 Frankfurt	Gießen
49 Frankfurt	Heidelberg
50 Frankfurt	Marburg
51 Frankfurt	Mainz
52 Frankfurt	Tübingen
53 Frankfurt	Ulm
54 Freiburg	Frankfurt
55 Gießen	Bonn
56 Gießen	Düsseldorf
57 Gießen	Freiburg
58 Gießen	Köln
59 Gießen	Münster
60 Gießen	Tübingen
61 Gießen	Ulm
62 Göttingen	Heidelberg
63 Göttingen	Hamburg
64 Göttingen	Münster
65 Hannover	Göttingen
66 Hannover	Mainz
67 Heidelberg	Hamburg
68 Heidelberg	TU München
69 Heidelberg	Uni München
70 Heidelberg	Tübingen
71 Uni Kiel	Erlangen
72 Uni Kiel	Freiburg
73 Uni Kiel	Hamburg
74 Uni Kiel	Uni München
75 Uni Kiel	Würzburg
76 Marburg	Freiburg
77 Marburg	Heidelberg
78 Marburg	Würzburg
79 Münster	TU München
80 Münster	Uni München
81 Münster	Regensburg
82 Mainz	Erlangen
83 Mainz	Uni München
84 Regensburg	Uni München
85 Saarbr.	Uni München
86 Saarbrücken	Tübingen
87 Saarbrücken	Ulm
88 Ulm	Freiburg
89 Ulm	Hannover
90 Ulm	Heidelberg
91 Ulm	Uni München
92 Ulm	Tübingen
93 Ulm	Würzburg
94 Würzburg	Erlangen

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

Bildwoche - Ihre neue Zeitschrift für Freizeit und Fernsehen

Jetzt wieder NEU!

Bild woche – Nur 80 Pf – Aktuelles Fernseh-Programm 3.-9. Dezember – Viele Rätsel! Wieder 10 000 Mark zu gewinnen

Bildwoche Titelgeschichte:

„Traumschiff-Star" Heide Keller:
"Mehr Geld, mehr Ruhm – doch meine Ehe ist in Gefahr!"



überall nur 80 Pf

Bildwoche exklusiv:
Bildwoche sprach mit Denver-Star Joan Collins über ihre neue Liebe zu dem Schweden Peter Holm



Bildwoche Serie:
Der „Totenarzt von Hollywood" Dr. Noguchi verrät:
Die letzten Worte der Sharon Tate



Bildwoche Frisuren-Tip:
1 Schnitt = 3 Frisuren



Jumbo-Katastrophe Königin Sophia von Spanien tröstet Verletzte

Bildwoche Medizin:
Allergien - Krankheit unserer Zeit
Bildwoche gibt Tips, wie man Allergien in den Griff bekommen kann

Bilder und Geschichten der Woche. Reportagen und Notizen. Tips und viele Neuigkeiten.

Für jeden Tag drei Seiten Fernsehprogramm

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

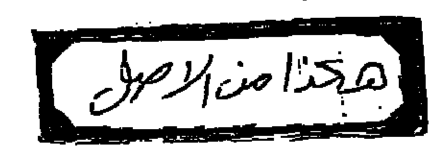
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

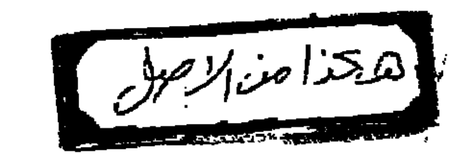
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander





NACHRICHTEN

Bedenkzeit für Pele

Rio de Janeiro (sid) – Der amerikanische Fußball-Profiklub Cosmos New York hat dem früheren brasilianischen Weltstar Pele eine Bedenkzeit von sechs Monaten für sein Comeback eingeräumt. Cosmos unterbreitete Pele für die Saison 1984 ein Traumangebot von umgerechnet rund 13 Millionen Mark.

TV: Nur Aufzeichnung

Düsseldorf (sid) – Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) zeigt am Mittwoch (7. Dezember) in der Zeit von 22.05 bis 23 Uhr eine 55minütige Aufzeichung vom UEFA-Pokal-Rückspiel zwischen Tottenham Hotspur und dem FC Bayern München. Eine geplante Direktübertragung scheiterte, weil der Hamburger SV am gleichen Mittwoch in einem vorgezogenen Bundesligaspiel den VfB Stuttgart empfängt.

Dortmund holt neuen Torwart

Dortmund (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund hat als neuen Ersatztorwart den zuletzt arbeitslosen Rolf Meyer bis Juni 1984 verpflichtet. Meyer zählte von 1978 bis 1983 als Torwart des VfL Osnabrück zu den Besten der zweiten Liga.

Spieler angeklagt

Kamen (sid) – Der Kontroll-Ausschuß des Fußball- und Leichtathletik-Verbandes Westfalen hat die beiden Spieler des Amateuroberligaklubs FC Gütersloh, Volker Graul und Roland Peitsch, angeklagt. Den Spielern wird ein Verstoß gegen das Amateur-Statut vorgeworfen, da sie von einem Mäzen des Klubs hohe Nettobeträge ausschließlich für ihre Arbeit als Fußballspieler erhalten hatten. Erlaubt sind nur Aufwandsentschädigungen bis zu 700 Mark.

Dopingverdacht bei Serginho

Sao Paulo (dpa) – Der brasilianische Fußball-Nationalspieler Serginho ist unter Dopingverdacht geraten. Bei einem Routinetest vor dem Punktspiel seines Klubs FC Santos gegen Corinthiars (0:0) hatte der Stürmer von sich aus zugegeben, er habe eine Erkältung mit Nasenspray bekämpft. Dieses Spray enthält „Navasolina", dem anregende Wirkung nachgesagt wird und auf der Dopingliste steht.

SKI ALPIN / Heute startet der Weltcup in die 18. Saison – ein Manko blieb: Immer noch stehen zu viele Rennen auf dem Programm

Selbst der Erfinder kritisiert schon sein Produkt

DANIEL HAUSER, **Bonn**

„Wer den Anfang verschläft, kann höchstens durch weitere Mißerfolge und Enttäuschungen aufgeweckt, aber nicht mehr wachgerüttelt werden." Das sagt der österreichische Abfahrts-Weltcupsieger Franz Klammer, der am Samstag 30 Jahre alt wird – einen Tag vor dem Weltcup-Auftakt der Abfahrer in Schladming in der Steiermark.

Weltcup-Saison 1983/84, was ist das in diesem Winter? Der Aufgalopp für die Olympischen Winterspiele vom 7.–19. Februar in Sarajewo oder auch ein Wettbewerb, der seine Bedeutung noch nicht verloren hat? Für viele Fahrerinnen und Fahrer steht diesmal Sarajewo im Mittelpunkt. Als Beleg dafür auch die Aussage des österreichischen Cheftrainers Karl Kahr („Downhill-Charly"): „Der Weltcup ist in diesem Winter sekundär, Vorrang hat Olympia. Es wird ein Winter der Spezialisten, die sich zuerst im Weltcup und anschließend in Sarajewo bewähren müssen." Es gibt aber auch die andere Seite: Die Italiener zum Beispiel scheren sich überhaupt nicht um Olympia, sondern bauen ausgerechnet in diesem Winter zum ersten Mal nach 17 Jahren wieder konsequent ein Damen-Abfahrtsteam auf. Vor 17 Jahren gab es den letzten großen italienischen Abfahrtssieg durch Giustina Demetz in Sestriere (zeitgleich mit der Französin Marielle Goitschel). An diese Erfolge soll in den nächsten vier, fünf Jahren wieder angeknüpft werden, nicht schon in Sarajewo.

Weltcup 1983/84: Der Auftakt in der 18jährigen Geschichte dieses Ski-Wettbewerbes erfolgt diesmal nicht im französischen Val d'Isere, sondern bereits heute mit dem Spezialslalom der Damen in Kranskaja Gora (Jugoslawien, wo es zwar immer noch nicht schneit, wo aber die Pisten gut präpariert sind. Der Slalom von Kranskaja Gora ist der erste von 73 Wettbewerben mit 62 Rennen an 75 Tagen. Im Februar kommen dann noch die sechs Olympia-Rennen hinzu. Aber auch ohne Sarajewo – diese Weltcup-Saison bringt einen neuen Rekord an Rennen. Und das wiederum birgt freilich Gefahren in sich. Zum einen wirtschaftliche, weil die Fernseh-Anstalten nicht bereit sind, jedes Rennen in epischer Breite zu übertragen und weil somit die Werbewirksamkeit des Markenartikels „Ski-Weltcup" leidet. Sportliche Gefahren, weil sich die Veranstaltungen gegenseitige Konkurrenz machen und somit die Läuferinnen und Läufer vor die Notwendigkeit stellen, sich auf ein oder allenfalls zwei alpine Disziplinen zu spezialisieren. Der eigentliche Grundgedanke des Ski-Weltcups, den sogenannten komplettesten Skifahrer – der möglichst alles beherrscht – zum Gesamtsieger zu krönen, wird dabei ad absurdum geführt. Der Elsässer Serge Lang, der Erfinder des Weltcups, stellt denn auch kritisch fest: „Die Spezialisierung ruiniert auf lange Sicht den Skisport, das immer geringer werdende Interesse kommt von nichts anderem." Aber die extreme Auslastung des Terminkalenders zwingt dazu, und deshalb klagt Lang: „Ich suche bisher vergeblich nach einer neuen Weltcup-Formel, mit deren Hilfe wir die Anzahl der Rennen drastisch verringern können."

Weltcup 1983/84: Ein Land wie Österreich, dessen alpine Rennläufer mit Siegen den Export von Ski-Artikeln ankurbeln sollen, pumpt deshalb eine Menge Geld in die sommerliche Vorbereitung. So waren die Österreicher im Hochsommer fünf Wochen lang in Neuseeland, um zu jener Jahreszeit bereits auf Schnee zu üben. Für den Kostenaufwand von rund zwei Millionen Mark standen sie 72 Stunden auf Ski, glitten dabei durch 5252 Riesenslalom- sowie 1120 Spezialslalomtore und legten 70 Kilometer Abfahrtsstrecke zurück. Beträchtliches fand also statt, um vor allem gegen die Schweizer, die im letzten Winter die Nationenwertung gewannen, bestehen zu können. Doch den Gesamtweltcup glaubt man in Österreich dennoch nicht gewinnen zu können. Kahr sagt: „Gegen den Amerikaner Phil Mahre werden wir wohl auch diesmal keine Chance haben." Der Schweizer Cheftrainer Rolf Hefti will indes sogar die jungen Läufer, Pirmin Zurbriggen und Max Julen, davon abhalten, nach dem Gesamtsieg zu trachten. Es gäbe Wichtigeres, so Hefti, also die Spezialisierung, und deshalb sollten sie sich nicht verzetteln. – Am 25. März findet in Oslo das Finale der Weltcup-Saison 1983/84 statt.



Die Zeit des Ausruhens ist vorbei, ab heute wird es für die Ski-Asse ernst: Auch für Michaela Gerg. FOTO: SVEN SIMON

Die Chancen der Deutschen

DW. **Bonn**

Der Weltcup-Auftakt heute in Kranskaja Gora findet ohne die beiden deutschen Spitzenläuferinnen Maria und Irene Epple (Seeg) statt. Während Maria Epple nach einer auskurierten Nierenbeckenentzündung einen zu großen Trainingsrückstand aufweist, verzichtet ihre Schwester auf den Spezialslalom, um sich in diesem Winter ganz und gar auf den Riesentor- und den Abfahrtslauf zu konzentrieren.

Neben den Epples baut man im deutschen Damenteam in der Olympia-Saison 1983/84 hauptsächlich auf auf die beiden 18jährigen Michaela Gerg und Marina Kiehl.

Bei den Herren gab es im Weltcup-Winter 81/82 nur drei Punkte, im letzten Winter waren es dann 54. Es geht also voran, aber in Sarajewo wäre der Deutsche Ski-Verband (DSV) schon mit nur einer Medaille hochzufrieden.

Klammer vor 100. Rennen

DW. **Bonn**

„Man wird halt gebrechlicher, wenn man älter wird", hat Österreichs großer Abfahrtsläufer Franz Klammer (29) gesagt. Doch bei den medizinischen Tests wurden stets Spitzenwerte für den Abfahrts-Olympiasieger von 1976 und Abfahrts-Weltcupsieger des letzten Winters gemessen. Vor genau zehn Jahren hat der Kärntner in Schladming sein erstes Weltcup-Rennen gewonnen.

Inzwischen hat er bereits 95 (!) Weltcup-Abfahrten hinter sich, und wenn er nicht wegen einer Verletzung in diesem Winter ausfällt, dann feiert er am 14. Januar 1984 in Wengen (Schweiz) mit seinem 100. Weltcup-Abfahrtsrennen ein ganz besonderes Jubiläum.

Trotz des Schweden Ingmar Stenmark, des Amerikaners Phil Mahre – Klammer bleibt der populärste Rennläufer im alpinen Skizirkus. Warum? „Fragen's die Leut'", sagt Klammer.

So wird gewertet

DW. **Bonn**

Für den ersten Platz in einem Weltcup-Rennen gibt es 25 Punkte, für den 15. Rang immer noch einen Punkt. Für die Gesamtwertung zählen je drei Kombinationen (bestehend aus Abfahrt und einer technischen Disziplin) sowie die fünf (Männer) bzw. vier besten (Frauen) Resultate aus Abfahrt, Slalom, Riesentorlauf und Super-Giant.

Für die Disziplinenwertung zählen die fünf besten Resultate in Abfahrt, Slalom, Riesentorlauf, Super-Giant sowie sämtliche Kombinationenwertungen.

Drei Veranstaltungen innerhalb des Weltcups finden in Deutschland statt. Die Männer machen am 28. und 29. Januar 1984 in Garmisch-Partenkirchen Station, die Frauen am 7./8. Januar in Pfronten und am 20./21. März in Zwiesel. Die Hahnenkamm-Abfahrt der Männer in Kitzbühel ist am 21. Januar 1984.

VOLLEYBALL

Klage gegen SV Lohhof?

dpa, **Vechta**

Die Volleyball-Spielerinnen des Bundesligaklubs VfL Oythe wollen in die Offensive gehen: Der Vize-Meister aus Vechta will die Mannschaft des Deutschen Meisters SV Lohhof und Trainer Andrzej Niemczik beim Deutschen Volleyball-Verband (DVV) wegen verbandsschädigenden Verhaltens verklagen. „Die Lohhofer haben mit ihrem Verhalten dem Volleyball in Deutschland einen Bärendienst erwiesen", begründet Heinz Höne, Manager des Klubs, den Vorstoß.

Die Spielerinnen des SV Lohhof hatten im Bundesliga-Spitzenspiel am vergangenen Samstag in Vechta beim Stand von 2:2 auf Anweisung ihres Trainers einen Spielabbruch herbeigeführt. Nach Ansicht von Niemczik, der auch Bundestrainer ist, war der Hallenboden so glatt geworden, daß mehrere Spielerinnen gestürzt und einige sogar auf den Kopf gefallen seien. Der polnische Trainer zog dabei sogar einen Vergleich zum schwer verunglückten Handball-Nationalspieler Joachim Deckarm.

Der Manager von Oythe wies diese Ansicht zurück: „Der Vergleich mit Deckarm ist zu weit hergeholt. Der Hallenboden entsprach internationalen Bedingungen. Unsere Spielerinnen hatten im Gegensatz zu den Lohhoferinnen Sportschuhe mit Profil. Der Bundestrainer hat auch schon in der Vergangenheit bewiesen, daß er ein schlechter Verlierer ist."

NATIONALELF

Eine Woche nach Spanien

dpa, **Düsseldorf**

Vier Monate vor der Fußball-Europameisterschaft in Frankreich (12. bis 27. Juni 1984) bezieht die Nationalmannschaft vom 12. bis 19. Februar ein Trainingslager. Bestätigt wurde dieser Termin auf einer Sitzung des Spielausschusses des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), an der auch Bundestrainer Jupp Derwall teilnahm.

Der 22. Bundesliga-Spieltag wird wahrscheinlich auf den Termin 13./14. März verschoben, der im Rahmenkalender für Wiederholungsspiele im DFB-Pokal freigehalten ist.

Geplant ist, das Trainingslager im „Atalaya Park" von Estepona aufzuschlagen, der deutschen Fußball-Mannschaften und Leichtathleten vorwiegend im Winter seit Jahren schon dienlich war. Derwall: „Die klimatischen Voraussetzungen sind in Spanien weit besser als bei uns, außerdem gibt es dort hervorragende Trainingsmöglichkeiten."

Während des einwöchigen Aufenthalts in Andalusien sollen zwei Testspiele gegen Real Madrid und den FC Barcelona stattfinden, die Arbeitgeber der deutschen Nationalspieler Uli Stielike und Bernd Schuster. Da der DFB sich mit den beiden Vereinen und dem spanischen Verband bisher noch nicht konkret über die Termine einigen konnte, ist ein Ausweichen auf andere Gegner oder auch auf einen anderen Zielort noch möglich.

ZAHLEN

FUSSBALL

Freundschaftsspiel: Luftwaffenklub FAR Rabat (Marokko) – Hamburger SV 2:1 (1:1).

FUSSBALL

Englischer Ligapokal, vierte Runde: Arsenal London – FC Walsall (dritte Division) 1:2. Dritte Runde, Wiederholungsspiel: FC Fulham (Zweite Division) – FC Liverpool 0:1 nach Verlängerung.

EISHOCKEY

Bundesliga, vorgezogenes Spiel, Schwenninger ERC – EV Landshut 5:3 (3:0, 2:0, 0:3).

1. Landshut	30	18	3	9	135:93	39:21
2. Mannheim	27	18	2	7	137:81	38:16
3. Rosenheim	27	15	8	4	113:82	38:16
4. Köln	27	15	3	9	112:90	33:21
5. Schwenning.	28	12	4	12	99:96	28:28
6. Freiburg	28	11	5	12	87:110	27:29
7. Kaufbeuren	26	9	4	13	102:126	22:30
8. Iserlohn	27	9	3	15	92:102	21:33
9. Düsseldorf	27	7	3	17	75:122	17:37
10. Rießersee	27	5	1	21	80:140	11:43

STAND PUNKT / *Gräfin*

Im vorigen Jahr schockte die Dame die Konkurrenz, weil sie 5000-m-Europameister Thomas Wessinghage für den amerikanischen Konzern Nike abwarb. Nun folgte der nächste Coup: Willi Wülbeck, der Weltmeister über 800 Meter, wird künftig nicht mehr in adidas- sondern in Puma-Schuhen laufen.

Wer beim ertragreichen Schuh-Wechsel der Leichtathleten – alljährlich im November – hinter die Kulissen blickt, wird dabei stets auf eine überaus agile Dame treffen, auf Margitta Gräfin Moltke. Ehedem für adidas, dann für Nike und nun für Puma tätig, erklärte sie nach dem Wülbeck-Wechsel: „Wir hatten in diesem Jahr eine sehr positive geschäftliche Entwicklung und sind deshalb etwas aggressiver gewesen."

Aggressive Geschäftsmethoden in der Sportartikel-Branche, das gehört seit geraumer Zeit zur üblichen Gangart der Gräfin Moltke. Im vorigen Jahr agierte sie für Nike bei den Europameisterschaften in Athen überaus zupackend – die Konkurrenz hatte das Nachsehen.

Diesmal trat sie bei den ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Helsinki für Puma mit Vehemenz auf den Plan. Da guckten die japanischen Manager ganz erstaunt, als auf einmal ein großer Vertrag mit Rumänien doch nicht – wie erhofft – zustande kam. Die Gräfin war eben etwas schneller gewesen ...

Es ist ein hartes Geschäft, dieser Kampf um die Galionsfiguren. Das gräfliche Rezept: Mit Geld allein ist es nicht zu gewinnen. K. Bl.

BOXEN / Start der Bundesliga in diesem Jahr einmal ohne Ärger

Geheimtip Frankfurt: Dank der Gertel-Brüder

dpa, **Hannover**

Ohne das fast schon traditionelle Ballyhoo im Vorfeld startet die Box-Bundesliga mit den Begegnungen BC Eichstätt – Bayer Leverkusen (Sonnabend, 20.15 Uhr) und CSC Frankfurt – Ringfrei Mülheim (Sonntag, 10.30 Uhr) in ihre 14. Saison. „Der Ärger kommt diesmal während der Saison", traute Sportwart Heinz Birkle, Sportwart des Deutschen Amateur-Box-Verbandes (DABV), dem Frieden nicht, der nur einmal in ernsthafte Gefahr geriet. Doch das Entgegenkommen von Titelverteidiger Bayer Leverkusen, der das Heimrecht mit BC Eichstätt tauschte, hielt die Bayern im Ring.

Obwohl die DABV-Kämpfer international höchstens zweitklassig sind, was nach der EM-Pleite von Varna und dem mäßigen Niveau bei der Meisterschaft in Köln zuletzt das 0:20 von Vizemeister Ringfrei Mülheim gegen den „DDR"-Dritten Wismut Gera dokumentierte, regiert in der Bundesliga das große Geld. Über einen Saisonetat von rund 100 000 Mark verfügt CSC Frankfurt, gesponsort von einer Restaurationsfirma. Der Aufsteiger gilt nach der Verpflichtung der Wormser Brüder Stefan und Helmut Gertel als Geheimtip. „Wir wollen um den Titel kämpfen und nehmen in Kauf, daß einheimische Boxer zunächst ins zweite Glied rücken", sagte Manager Horst Gauss.

Die Werksboxer aus Leverkusen, wegen ihrer Einkaufspolitik in der Vergangenheit von der Konkurrenz als Verderber der guten Sitten gescholten, hielten sich diesmal zurück. Mit Dietmar Schwing (Hockenheim), Roland Holzmann (Karlsruhe) und Mario Niessen (Düren) wurden zwar drei neue Kämpfer verpflichtet, doch schwerer wiegt der Ausfall des Weltcup-Dritten Alexander Künzler, der nach einem Kapselriß im Daumen für mehrere Wochen nicht zur Verfügung steht.

Vor einer schweren Saison stehen die Mülheimer. „Wir machen das Spiel mit den Ablösesummen nicht mit", sagte Ringfrei-Chef Kurt Grotloh und verzichtete auf den ehemaligen Intercup-Sieger Dietmar Stadtmüller, für den sein alter Klub 5000 Mark verlangt haben soll.

Schweiz: Erste Erfahrungen mit lokalen Radios

Hörfunk in Kinderschuhen

Am 1. November 1983 begann in der Schweiz ein neues medienpolitisches Zeitalter. Die Regierung in Bern hatte im Sommer zwar 36 Lokalradios konzessioniert, am Starttag aber meldeten sich lediglich ihrer acht im Äther. Den übrigen war zwischenzeitlich nicht etwa die Luft ausgegangen, sie waren aus den unterschiedlichsten Gründen einfach nicht in der Lage zu senden: In mehreren Fällen waren Geldgeber abgesprungen, hier gab es technische, dort personelle Schwierigkeiten. Dennoch feierte man in Bern den „umfassendsten Versuch, lokalen Rundfunk zu machen".

Die noch vor Monaten spürbare Euphorie über die helvetische Pionierleistung ist jedoch schon nach vier Wochen deutlicher Ernüchterung gewichen. Wer in den Großräumen Basel, Zürich und Bern lokale Radiosender einschaltet oder Berichte darüber in den örtlichen Zeitungen liest, weiß warum: Die Sendungen sind vielfach unprofessionell gemacht, langweilig und allenthalben dröhnt einem das gleiche unerträgliche Rock- und Disco-Einerlei entgegen. Hinzu kommen Selbstbeweihräucherung, provinzielle Nabelschau und ermüdende Aktivierungen der Hörer über Telefon – alles unter dem Stichwort „Bürgernähe und Programm-Mitwirkung".

Darüber hinaus gibt es zwischen einzelnen Lokalsendern heftigen Streit, weil einige sich nicht an die festgelegten Bestimmungen halten und in der Gier nach fetten Werbeeinnahmen durch Aufschaltung der lokalen Sender auf Kabelnetze Überreichweiten und damit werbeträchtige Vorteile erzielen. Dem hat die Regierung jetzt einen Riegel vorgeschoben: Lokalradio-Programme dürfen ab 1. Januar 1984 nicht mehr in Kabelnetze eingespeist werden, deren Antennenstandort weiter als 20 Kilometer von der Lokalstation entfernt ist.

Die Streitigkeiten in der Lokalradio-Szene drängten sogar den Start eines neunten privaten Senders in den Hintergrund, der im Normalfall sicher Aufmerksamkeit erregt hätte: das alternative Lokalradio Zürich, von seinen Hörern flugs in „LoRa Züri" umgetauft, sendet als einziges keine Werbung. Es wendet sich nach eigenen Angaben an Leute mit höherer Bildung, will keine „Plätscherwelle" sondern ein „Radio zum Hinhören" sein. Daß seine Hörer tatsächlich hinhören, erwies sich schon am ersten Tag: Nachdem die Moderatorin über den Äther um Stühle, Kaffeemaschine und Staubsauger für das Studio gebeten hatte, wurde das Telefon von anrufenden Spendern blokkiert.

Angeblich wird „LoRa Züri" von über 100 Parteien und Gruppierungen der Linken, von Umweltschützern, kirchlichen Gruppen und Friedensfreunden getragen – ein Grund für die Behörden, seine Sendungen (laut Lokalrundfunk-Verordnung) streng zu überwachen.

Zunächst wird Bern jedoch dafür sorgen müssen, daß die Innerschweiz nicht länger ein Stiefkind der neuen Rundfunk-Herrlichkeit bleibt: beim staatlichen Monopol-Rundfunk ging man zwar zum Zeitpunkt des Lokalradio-Starts mit einem 3. Radioprogramm in deutscher und rätoromanischer Sprache auf Sendung, um den Privatsendern den Medienkuchen nicht allein zu überlassen. Doch aus technischen Gründen konnten die Eidgenossen am Vierwaldstättersee, im Berner Oberland und im Oberwallis das neue 3. Programm nicht empfangen und sind deshalb gezwungen, wie bisher SWF 3 und Bayern 3 einzuschalten, wenn sie Popmusik, lockere Moderation und News in knappster Form hören wollen ... Angesichts der Verärgerung der eidgenössischen Rundfunk-Gewaltigen darüber, daß deutsche Sender weiterhin den Löwenanteil der eidgenössischen Werbe-Millionen einstreichen, dürfte man sich in der Zentralschweiz verstärkt anstrengen, die Funkstille im 3. staatlichen Hörfunk-Programm zu beenden.

Wann die Funkstille bei den 27 Lokalradio-Konzessionären endet, die bislang noch nicht senden, ist ungewiß. In Basel, wo es zwischen eidgenössischen Lokalsendern und illegalen französischen Rundfunkstationen Wellensalat und Ärger gibt, sagte ein Schweizer Medienexperte: „Die Zahl der Totgeburten unter den Schweizer Lokalsendern wird sämtliche Probleme mit Kinderkrankheiten beim privaten Rundfunk in Vergessenheit geraten lassen ..."

WALTER H. RUEB

KRITIK

Psychische Aufrüstung?

Die „Jugend ohne Hoffnung", vergangene Woche schon Thema eines ZDF-Abends, nun variiert mit dem US-Film **„Moonchild – Chris Carlsons Weg aus der Sekte"** und etwas später am Abend einer Diskussion, deren fragender Titel „Die große Sehnsucht – Warum Jugendsekten Zulauf haben" Patentantworten laut Bischof Krusche aus Hamburg auch nicht liefern konnte.

Carlson, ein junger Amerikaner, hat als 1977 deprogrammiertes Mitglied der Moon-Sekte den Drehbuchautoren James Biermann und Anne Makepeace den Stoff für ihren Dreiviertelstünder geliefert – die erlebte Geschichte zweier Brüder, die nach dem Abitur in San Francisco ein bißchen was erleben wollen und flugs auf einer von glückstrahlenden Altersgenossen gemanagten Farm landen, einer Moon-Basis des koreanischen Heilsverkünders Mun, einem Do-it-yourself-Messias, deren es heute viele gibt. Der Koreaner, der seine Schäflein den Heiligen Krieg der Schmarotzer in hierarchischer Perfektion als absolute Lehre verkünden läßt, ist bekanntlich ein Großunternehmer, der dem von Poona nach den USA emigrierten Bhagwan alle Ehre macht. Er ködert Neulinge mit psychischer Aufrüstung, suggeriert ihnen positive Kräfte, konditioniert sie mit Bezugsfeldkontrolle, mystischer Manipulation, Beichtkult und Polarisationsgeschwätz: „Satan wirkt durch die, die wir lieben."

Mun, der seine jungen Schnorrer in Kneipen und Discos schickt, ist nur ein Beispiel von insgesamt fünf, die in der Bundesrepublik an die 150 000 Jugendliche mit zum Teil kriminellen Methoden in ihre Häuser ziehen und somit Anlaß für die Diskussion zwischen jungen Leuten, Theologen, einem Publizisten und Senatorin Laurien aus Berlin waren.

Doch was half's: Weder Bischof Lehmann, die Therapeutin Krukenberg, die Theologen Hummel und Huebinger noch der Ex-Katholik und Ex-Sanyassin Christoph Schubert oder die junge Erzieherin Anne Itzel – keiner dieser neun in der Sendung von Michael Albus und Peter Frey kam sehr viel weiter als zu der Erkenntnis, daß die Kirche heute zu groß sei, um den Menschen nicht doch zu vergessen. Oder daß in hinduistischen oder buddhistischen Pseudokulturen das Material gesucht würde, aus dem der Weg zurück zu aufgeklärtem Christsein sei.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Als Fortsetzung der erfolgreichen Serie „Warum Christen glauben" strahlen die Dritten Fernsehprogramme vom Januar 1984 an eine neue sechsteilige Reihe mit dem Titel **„Christsein im Alltag"** aus. Die neuen Folgen wurden von der Südwestfunk-Hauptabteilung Ausbildungs- und Familienprogramm und der evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz zusammen mit katholischen Experten erarbeitet.

Wie der Sender in Mainz mitteilte, versucht „Christsein im Alltag" in kleinen, voneinander unabhängigen Fernsehspielen Alltagssituationen darzustellen, die eine Herausforderung an eine christliche Ethik sein könnten. In der Folge „Der Schubkauf" beispielsweise weigert sich eine Verkäuferin, ein billiges, aber schlecht verarbeitetes Sonderangebot zu verkaufen.

Die sechs halbstündigen Folgen werden zuerst in Südwest 3 (Saarländischer Rundfunk, Süddeutscher Rundfunk, Südwestfunk) vom 13. Januar an in zweiwöchigem Abstand freitags 21.15 Uhr ausgestrahlt und am darauffolgenden Samstag wiederholt. Während der Sendezeit ist ein Telefondienst eingerichtet, der Fragen der Zuschauer beantwortet. Auch schriftliches Begleitmaterial und die Bildung von Begleitzirkeln in den Gemeinden sind wieder vorgesehen. Das Dritte Fernsehprogramm des Hessischen Rundfunks übernimmt „Christsein im Alltag" am 19. Januar, in WDR 3 beginnt die Serie am 26. Februar, im bayerischen Fernsehen im Herbst 1984. Die Sendetermine der anderen ARD-Anstalten stehen noch nicht fest. (dpa)



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Blüten im Staub
12.00 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.25 Tagesschau
15.30 Ungewöhnlich leben (8)
16.15 Unternehmen „Spacelab"
Gespräche zwischen Erde und Weltraum
Übertragung einer Pressekonferenz mit der Spacelab-Besatzung
16.45 Lemmis Reste
(Kinderprogramm)
17.20 Ski-Weltcup
Slalom der Damn in Kranjska Gra
Sprecher: Fritz von Thurn und Taxis
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Im Brennpunkt
Thema: Haushalt 84
Moderation: Wolf Feller

WELT ● Videotext
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

21.15 Wissen Sie es besser?
Ein Spiel für Besserwisser:
Die Erbschaft
Buch: Hans Georg Thiemt und Hans Dieter Schreeb
Regie: Oskar Krüger
22.30 Tagesthemen
23.00 Fern der Weichsel im Exil
Film von Wolf Littmann
Vor Ausrufung des Kriegsrechts in Polen (Dezember 1981) flüchteten über 30 000 polnische Bürger nach Österreich. In Lagern und Notunterkünften untergebracht, warteten die meisten Asylanten auf Reisebewilligungen in die USA, nach Australien, Neuseeland und Südafrika. Der Film schildert den Flüchtlingsalltag in der Alpenrepublik und zeigt, welche Anstrengungen der österreichische Staat unternommen hat, um der Asylanten-Lawine Herr zu werden.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.30 Videotext für alle
15.47 ZDF – Ihr Programm
15.50 heute
15.54 Vorurteile
anschl. heute-Schlagzeilen
16.25 Raumfahrt international
Spacelab aktuell
Internationale Pressekonferenz
Direktübertragung aus Porz-Wahn
16.40 Mandara
17.05 heute
anschließend
Aus den Ländern
17.20 Tele-Illustrierte
17.50 Flohmarkt
18.20 Mann, halt die Luft an!
Mit einem Bein im Mittelmeer
19.00 heute
19.30 Peter Alexander
21.00 heute-journal
21.20 Die Bonner Runde
Vor einem heißen Frühjahr: Der Sozialstaat in der Bewährung
Teilnehmer: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, DGB-Vorsitzender Ernst Breit und die Journalisten Fides Krause-Brewer (ZDF), Rolf Dietrich Schwartz (Frankfurter Rundschau)
Gesprächsleitung: Johannes Gross
22.20 Das kleine Fernsehspiel Hero
Mit Paul Rockwell, Kim Flowers u. a.
(Originalfassung mit Untertiteln)
„Hero" ist die Geschichte eines behinderten amerikanischen Jungen, der von zwei Arbeiterinnen adoptiert wurde. Die eine ist mexikanischer, die andere japanischer Herkunft. Beide kämpfen für ihren amerikanischen Traum von einer legitimen „Familie". Die Aussichtslosigkeit dieser Hoffnung geht in die Träume des Kindes über. Die Hoffnung auf ein normales Leben und der Wunsch Pauls, als Held Kräfte zu entwickeln, mischen sich auf wunderbare Weise mit einer Reise durch Amerika.
23.55 heute

Etwas unbequem sitzen Susie (J. Clarke) und Peter (D. Jason, l.) während ihrer Reise ans Mittelmeer – „Mann, halt die Luft an", ZDF, 18.20 Uhr
FOTO: KINDERMANN

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Physik, Licht und Atom (37)
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Geheimnis des steinernen Monsters
Amerik. Spielfilm, 1957
Regie: John Sherwood
21.30 Jack Arnold erzählt (7)
21.45 Verweigern der Verbraucher den Gehorsam?
Film von Heinz D. Wilden
22.15 Augenzeugen berichten (1)
Heinrich VIII.
23.00 Edith Piaf
Die Geschichte eines Idols
23.45 Letzte Nachrichten

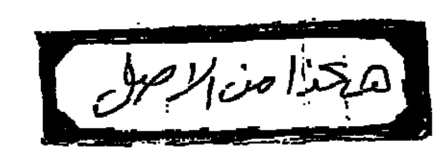
NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Aerobic – Fitness mit Vergnügen
18.45 Follow me
19.00 Norwich now
19.15 Was tun?!
Alphabetisierung in Hamburg
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Oklahoma Kid
US-Spielfilm, 1939
Mit Humphrey Bogart u. a.
21.30 Bücherjournal
22.15 Lieder & Leute extra
Georgie Fame and the Blue Flames
23.00 Georges Méliès:
Der Zauberer
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Die Opodeldoks (3)
19.00 Vier fröhliche Frechdachse
19.10 Wie der erste Brief geschrieben wurde
19.15 Von Menschen und Maschinen (2)
20.00 Tagesschau
20.15 Mein Asyl
Ital. Spielfilm, 1980
Regie: Marco Ferreri
22.05 Drei aktuell
22.20 Kulturkalender
22.50 Per Anschrift:
Lotte-Haus, Wetzlar
23.25 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
19.25 Nachrichten
22.10 Auf Alemannisch
22.25 Auf der Suche nach Erika Freudenthal
22.10 Zeichen an der Quelle
Nur für das Saarland
22.10 Drehort: Mein Ort

BAYERN
18.15 Avanti! Avanti! (11)
18.45 Rundschau
19.00 Z. E. N.
19.05 Fernsehtheater
Graf Öderland
Schauspiel von Max Frisch
20.40 Das historische Stichwort
20.45 Rundschau
21.00 Rudis Tagesshow (2)
21.45 Zeitgeschichte im Fernsehen
23.15 Rundschau





Kunst an der Nudel

M. v. Z. – Es war ein Ereignis für Mailand. In der Hochburg des Design, dem „Centro Domus“, versammelten sich Honoratioren und Künstler, um einer ungewöhnlichen Premiere beizuwohnen: der Vorstellung eines von Künsterhand entworfenen Makkaroni.

„Marille“ heißt das neue Produkt, das aussieht wie ein elegantes Pincenez. Ihr Schöpfer ist ein Star am italienischen Design-Himmel: Giorgetto Giugiaro, dem wir unter anderem den neuesten VW Golf oder den Fiat Panda verdanken. „Wir müssen Techniker und Helfer der Technik werden“, hatte er vor wenigen Tagen erst bei dem großen Design-Kongreß in Mailand verkündet. Und nun ließ er seine Premierengäste wissen, er habe „mehr intellektuelle Befriedigung bei der Zusammenarbeit mit den Teigwarenherstellern gefunden als beim Entwurf eines Autos“.

Sein Auftraggeber, eine bekannte Spaghettifirma, versicherte, es ginge ihr nicht etwa um die Eroberung des amerikanischen Marktes, auf dem der „Italian style“ zur Zeit Trumpf ist. Ein Gesetz verlangt dort nämlich, Nudeln mit Vitaminen zu bombardieren, die sie nach italienischem Geschmack verderben. Es gälte vielmehr, eine uralte, seit 50 Jahren eingeschlafene Tradition Neapels wiederaufzunehmen. Dort war es Brauch, jedes Jahr für jede der vielen Spielarten von Teigwaren eine neue Form zu erfinden, damit der Gaumenlust auch ein Augenschmaus entspräche. Da nur ein großer Designer im Stande wäre, den mehr als hundert alten Formen eine neue, noch originellere hinzuzufügen, habe man sich an Giugiaro gewandt.

Ob die Doppelschleife, die er aus 35 Entwürfen auswählte, die vielen anderen Kunstwerke auf italienischen Tellern schlagen wird, muß sich noch erweisen. Gewiß wird sie der im Museum schnell und unrühmlich am Schimmel gestorbenen „eat art“ neuen Aufschwung geben.

Schwierigkeiten mit der Sprache: Zur Jahrestagung des Goethe-Instituts

Geistige Bandbreite gefragt

Die turnusmäßige Jahresversammlung des Goethe-Instituts in München hat einige bedenkliche Schlaglichter auf die Arbeit dieser wichtigen kulturellen Mittlerinstitution geworfen. Hauptaufgabe des Instituts, dessen Etat vom Auswärtigen Amt der Bonner Bundesregierung getragen wird, ist der deutsche Sprachunterricht. Gerade auf dem Gebiet des Sprachunterrichts aber haben die Münchner in jüngster Vergangenheit dramatische Rückschläge hinnehmen müssen, besonders im Inland, wo sogar mehrere Häuser geschlossen wurden.

Die vom Goethe-Institut angebotenen Deutschkurse waren so teuer geworden, daß sich die Bundesanstalt für Arbeit nicht mehr in der Lage sah, die Masse der Spätaussiedler und Asylanten an das Institut zu verweisen. Private Sprachschulen mit wesentlich billigeren Angeboten machen heute das Rennen, während die Deutschlehrer des Goethe-Instituts oft zum Däumchendrehen verurteilt sind.

Nicht viel rosiger sieht die Sache im Ausland aus. Das Interesse am Deutschunterricht ist zwar durchaus noch vorhanden, doch viele Interessenten bringen einfach nicht mehr die Kosten für die Goethe-Kurse auf. Auch ist man enttäuscht darüber, daß das Institut sich bei der Erteilung von Sichtvermerken für die Kursteilnehmer ausgesprochen knausrig verhält und zu wenig Spezialkurse beispielsweise für industrielle Fachsprache anbietet.

Angesichts der Kalamität, die das Institut schon mehr als ein Drittel seiner Sprachschüler gekostet hat, wäre eine entschlossene Umverteilung der Etatmittel zugunsten der Verbilligung und Umorganisation des Sprachunterrichts dringend geboten gewesen. Davon ist jedoch in dem neuen Etatentwurf nichts zu spüren, obwohl Bonn den Gesamtetat trotz der Sparwelle noch einmal um fast sechs Millionen Mark (etwa drei Prozent) erhöht hat.

Verwunderung mußten auch Äußerungen des Instituts-Präsidenten Klaus v. Bismarck in München hervorrufen, denen zufolge das Goethe-Institut durch den Bonner Regierungswechsel von einer Einschränkung seiner politischen Bandbreite bedroht sei, obwohl man sich „nicht einschüchtern“ lassen werde. Kritiker hatten die Münchner, im Gegensatz zu dieser Darstellung, in der letzten Zeit gerade zu einer Erweiterung der geistigen Bandbreite aufgefordert. Der Kreis der vom Institut zu Auslandsauftritten eingeladenen Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler müsse deutlich ausgedehnt werden, um eine zur Zeit der sozialliberalen Koalition eingerissene Einseitigkeit zu korrigieren und – den Prinzipien des Instituts gemäß – einen wirklich umfassenden und objektiven Eindruck von der deutschen Kultur zu vermitteln.

Um die Einseitigkeit zu rechtfertigen, wies Bismarck auf „die Wünsche und Bedürfnisse unserer ausländischen Partner“ hin, nach denen man sich richten müsse. Aber Bedürfnisse können geweckt und gesteuert werden, und genau da muß das Goethe-Institut einen scharfen und politisch seriösen Blick entwickeln. Ein Paradefall dafür, wie man es *nicht* machen darf, war die berüchtigte, vom Institut finanzierte Südamerika-Tournee des „grünen“ Politikers Josef Leinen.

Am Anfang standen Video-Kassetten über die Auseinandersetzungen um die Startbahn West und andere „grüne“ Aktionen, die von interessierter Seite in diversen Goethe-Häusern des Subkontinents ausgelegt wurden. Alsbald meldeten einige Besucher der Häuser ein „dringendes Bedürfnis“ an, mit Herrn Leinen oder anderen Politikern seiner Couleur einmal direkt zu sprechen. Das Goethe-Institut organisierte daraufhin für Leinen eine ausgedehnte, sündhaft teure Tournee, und dieser ließ sich nicht lumpen: Er brachte neue, knallige Filme vom „Bürgerkrieg“ in Deutschland mit, bezeichnete die Deutschen als ein Volk, „in dem niemand mehr weiß, was ein Baum ist“, das „vergiftete Lebensmittel essen“ und „Wasser aus Kloaken trinken“ müsse und das von Politikern vertreten werde, die „kein Recht“ hätten, „im Bundestag zu sitzen“. Der Eklat war da.

Und der Leinen-Eklat war durchaus kein Einzelfall. Es gab Dichterauftritte in ausländischen Goethehäusern, die bewußt in zänkische Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß umfunktioniert wurden, es gab Goethehaus-Funktionäre, die sich ungeniert in die inneren politischen Angelegenheiten ihrer Gastländer einmischten, und es gab und gibt Goethehäuser, die – statt solide und einfallsreich für deutsche Sprache und Kultur zu werben – modischen Gags und Tagesströmungen hinterherliefen und ihr Forum in ein unfreiwilliges, traurig anzusehendes Kasperletheater verwandelten.

Das Goethe-Institut, betonte Klaus v. Bismarck jetzt in München, habe satzungsgemäß die Kontinuität deutscher Auswärtiger Kulturpolitik über die wechselnden innen- und parteipolitischen Diskussionen hinweg aufzuzeigen. Dazu gehört natürlich auch und vor allem, das die Veranstaltungen des Instituts und die dort auftretenden Persönlichkeiten deutliche Zurückhaltung in aktuell politischen Fragen üben. Partei- und Berufspolitiker sollten grundsätzlich auf eigene Kosten, nicht jedoch auf Kosten des Goethe-Instituts im Ausland auftreten.

Fast noch wichtiger und in der Priorität gleich nach der Verbesserung des Sprachunterrichts kommend ist freilich das Postulat, daß sich die Verantwortlichen in den Goethehäusern in ihrer Einladungs- und Subventionierungspolitik endlich zur Beachtung der vollen kulturellen Bandbreite durchringen. Nicht nur Peter O. Chotjewitz repräsentiert deutsche Kultur der Gegenwart, sondern beispielsweise auch Hermann Lenz, nicht nur Iring Fetcher, sondern auch Karl Steinbuch, nicht nur Dieter Lattmann, sondern auch Gerd-Klaus Kaltenbrunner. Die Reihe könnte beliebig verlängert werden. An ihr kommt auch ein Klaus v. Bismarck nicht vorbei.

GÜNTER ZEHM

Ordinäre Action-Weiber mit Null-Bock-Jargon: Ulrike Willenbacher, Daphne Wagner und Sunnyi Melles in der Münchner Aufführung von Strauß' „Kalldewey, Farce“ FOTO: RABANUS

Münchner Kammerspiele: „Kalldewey, Farce“

Liebe, das Ungeheuer

Lieber etwas dümmer als ewig diskutieren“, nach diesem kessen Motto von Botho Strauß verfuhr wildentschlossen Intendant Dieter Dorn von den Müchner Kammerspielen. Kurz vor der angesetzten Premiere von Strauß' „Kalldewey, Farce“ nahm er der Regisseuse Inge Flimm das Heft aus der Hand. Begründung: Die Vorstellung entspreche nicht seinen ästhetischen Vorstellungen. Nun, wir werden es nie erfahren, was Frau Flimm im Sinn hatte.

Dorn hängt sich jetzt mit seiner Inszenierung an den Erfolgsreigen dieses Theaterrenners an, der von Hamburg, Köln, Berlin bis Basel nun auch das Münchner Publikum entzückt. Die flott gewürzte Inszenierung rast mit ihren punkigen Future-Sprüchen wie eine funkelnde Revue vorüber. Das Leben scheint eine einzige Therapie und die Liebe ein Ungeheuer, so die Leitmotive dieser „Farce“. Es ist ein aus vielen bunten, glitzernden Teilchen bepflastertes Mosaik einer versnobten, verspießerten und vorprogrammierten Welt, das aufgezeigt wird, mal grell, mal ironisch, mal todernst.

„Probenleiter“ Dorn packt in einem schwarz ausgeschlagenen Bühnenkasten, absichtsvoll artifiziell, diese monströsen Fragmente des Alltags in einen einzigen witzigen Comicstrip zusammen. Die Figuren agieren zickig und heftig nach Sprechblasen-Manier. Das Spiel wird flott abgespult. Ein ganzer Boulevard von Plappereinheiten und modernem Psychogestammel wird aufgezeigt. Doch mit dieser nur vordergründig-witzigen Inszenierung wird der Regisseur dem Autor nicht gerecht. Die wahren Gefühle, die Liebe, z. B. die Liebe der Ehepartner zueinander, für die sich der Autor ja stark macht, diese Dimension ging in München verloren. Die tiefen Gefühle bleiben auf der Strecke. So locker dargestellt bleiben sie nur „Beziehungskiste“ zwischen den Ehepartnern.

Dennoch spielen die Darsteller ihr ganzes Können heraus, allen voran Ulrike Willenbacher als Ehefrau. Bei ihr spürte man am stärksten die Angst vor der Leere, vor der Verlassenheit. Mit winzigen linkischen Gesten offenbart sie am meisten den Verlust der Gefühle. Edgar Selge als ihr Ehemann ist mal aufgedrehtes HB-Männchen, mal ein auf enervierende Weise biederer Hausmann. Die ordinären Action-Weiber mit dem Null-Bock-Jargon der reifen 68er Jugend spielten Daphne Wagner und Sunnyi Melles. Erstere eine Halbintellektuelle, ein Beckmesser im Staccatostil, während ihr nuttiges Liebchen mit dem betriebssicheren Charme der weißblonden Naiven mit Kulleraugen und Schmollmund hübsch vulgär alles nachplappert. Der Schluß: eine Backorgie mit klebrigem Teig, den man spielend am Boden auswalzt, um dann unvermutet wieder an den Anfang überzuspringen. Wieder stehen sich Mann und Frau gegenüber, und wieder reden sie die gleichen Worte.

Es wurde bei der Münchner Aufführung häufig und ausgiebig gelacht – und sei es nur aus Abwehr.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

JOURNAL

„Buchheim-Museum“ bis 1986 fertig

dpa, Duisburg

Mit dem Erweiterungsbau des Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museums soll im Oktober des kommenden Jahres begonnen werden. Nach den Plänen, die noch vom Rat abgesegnet werden müssen, wird der Komplex Ende März 1986 fertiggestellt sein und dann den Namen „Lothar-Günther-Buchheim-Museum“ erhalten. Der Erweiterungsbau soll nach einem bereits zwischen der Stadt und dem Schriftsteller, Maler und Kunstmäzen Lothar Günther Buchheim geschlossenen Vertrag die vielgerühmte Buchheim-Sammlung deutscher Expressionisten aufnehmen. Außerdem ist die Einrichtung eines „Studienzentrums Expressionismus“ beabsichtig. Der Entwurf zu dem Neubau stammt von dem Architekten Prof. Manfred Lehmbruck, einem Sohn des Duisburger Bildhauers Wilhelm Lehmbruck.

Das neue Handbuch des BDA für 1983

DW. Bonn

Das „BDA-Handbuch 1983“ ist jetzt in neuer Fassung erschienen. Es verzeichnet alle dem Bund Deutscher Architekten angehörenden Architekten, einige Grundsatzdokumente des Bundes, eine Übersicht über die verschiedenen Architektur-Preise, Erläuterungen zum Haftungsrecht, zur Verordnung über den Bau und Betrieb von Krankenhäusern sowie über Wärme- und Schallschutz. Der Band mit 420 S. erschien im Christians & Reim Verlag (Hamburg, Dammtorstr. 30) und kostet 50 Mark.

Erdbeben vernichtete wertvolle Gläser

J. B. Brüssel

Auf 20 Millionen Franken Schaden belaufen sich die Verluste, die das Erdbeben bei Lüttich dem dortigen „Museum des Glases“ zugefügt hat. Während die Exponate anderer Lütticher Museen und Sammlungen mehr oder weniger unbeschädigt blieben, gingen etwa 50 wertvolle alte Gläser in Scherben, darunter eine islamische Obstschale aus dem 8. Jahrhundert in feinster Glas-Emaille-Arbeit.

Luggi Waldleitner 70

Luggi Waldleitner, einer der wichtigen deutschen Filmproduzenten, wird heute 70 Jahre alt. Der Gastwirtssohn aus Kirchseeon bei München hatte 1936 ersten Kontakt mit dem Film in Leni Riefenstahls Produktionsfirma Olympia-Film. 1941 holte ihn Ilse Kubaschewski nach Berlin, wo er bis 1945 an zahlreichen Produktionen mitarbeitete. Nach Kriegsende baute er den Gloria-Filmverleih auf, bevor er Anfang der fünfziger Jahre in München seine eigene Produktionsfirma, die Roxy-Film, gründete. Er produzierte Filme wie „Die Barrings“, „El Hakim“ und „Das Mädchen Rosemarie“. Auch den Regisseuren des sog. „jungen deutschen Films“ gab er Regie-Chancen, so Hans W. Geissendörfer („Die gläserne Zelle“) und Fassbinder, den er für „Lili Marlen“ engagiert hatte. Maßgeblich beteiligt war Waldleitner am Zustandekommen der Bayerischen Filmförderung. Zu seinem Jubelfest erscheint nun – als Hommage für den Produzenten – im Münchner Verlag Monika Nüchtern ein dicker, teurer Luxusband: „Luggi Waldleitner – Fast ein Leben für den Film“ (320 S. bis 31. Dez. 100 Mark, danach 120 Mark). blu

THEATER-KALENDER

1. **Zürich**, Schauspielhaus; Hasenclever: Ein besserer Herr (R: Klingenberg)
2. **Berlin**, Schiller-Theater; Müller: Leben Gundlings Friedrich von Preußen Lessings Schlaf Traum Schrei (R: Emmerich)
4. **Hamburg**, Thalia Theater; Shakespeare: Romeo und Julia (R: Tamchina)
   Münster, Städt. Bühnen; Nazim Hikmet: Unterwegs (DE) (R: Wächter)
7. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Allen: Vorsicht, Trinkwasser (R: Regnier)
   Düsseldorf, Schauspielhaus; Brecht: Der gute Mensch von Sezuan (R: Chundela)
   Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Brecht: Herr Puntila und sein Knecht Matti (R: Stekkel)
9. **Osnabrück**, Städt. Bühnen; Heidenreich: Der Wetterpilot (U) (R: Moniac)
14. **Frankfurt**, Schauspiel; Ibsen: Eyolf (R: Jendreyko)
16. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Johnson: Bedeutende Leute (DE) (R: Zinger)
   Nürnberg, Schauspielhaus; Schiller: Die Räuber (R: Utzerath)
17. **Frankfurt**, Schauspiel; Brecht: Im Dickicht der Städte (R: Dresen)
   Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Brasch: Mercedes (DE) (R: Troller)
22. **Hamburg**, Thalia Theater; Dorst: Die Villa (R: Schnitzler)
23. **Wien**, Burgtheater; Camus: Die Besessenen (R: Hurwicz)
29. **München**, Kammerspiele; Beckett: Warten auf Godot (R: Tabori)
30. **Göttingen**, Deutsches Theater; Feydeau: Das Rennen (DE) (R: Roth)
31. **Zürich**, Schauspielhaus; Herzmanovsky-Orlando: Baby Wallenstein (U) (R: Hollmann)

Film mit M. Douglas

Ehrenwerte Richter sehen rot

Nein, um einen Rachefeldzug, wie es der Filmtitel in Anlehnung an „Ein Mann sieht rot“ suggeriert, geht es hier nicht. Wer Action und Verfolgungsjagden erwartet, kommt erst gegen Ende, wenn der Film ins Reißerische abgleitet, auf seine Kosten. „Ein Richter sieht rot“ von Regisseur Peter Hyams, der auch am Drehbuch mitarbeitete, heißt im amerikanischen Original schlicht „The Star Chamber“ und handelt von einem moralischen Zwiespalt.

Im Mittelpunkt steht der junge Richter Steven Hardin (Michael Douglas), der in Los Angeles gesetzestreu Recht spricht und dennoch zunehmend in Konflikt mit seinem Berufsethos gerät. Denn die Paragraphen, an die er sich halten muß, zwingen ihn, Verfahren einzustellen und sogar geständige Mörder wieder auf freien Fuß zu setzen, wenn bei der Ermittlung und Beweissicherung durch die Polizei auch nur der geringste Gesetzesverstoß begangen wurde – etwa die Durchsuchung eines verdächtigen Autos ohne Durchsuchungsbefehl.

Besonders eklatant wird die Absurdität dieser Gesetzgebung im Falle grausamer Morde an Kindern. Hardin sieht sich gezwungen, die mutmaßlichen Täter freizulassen, obwohl er keinen Zweifel an ihrer Schuld hat. Der Vater eines ermordeten Jungen nimmt sich das Leben, und ein weiterer Kindermord belastet zusätzlich das Gewissen des Richters. Jetzt ist er „reif“, von seinem älteren Freund und Mentor in das geheime Gremium anderer gleichgesinnter Richter eingeführt zu werden, das in strenger Klausur Freisprüche revidiert, neue Urteile fällt und diese auch vollstrekken läßt.

Femejustiz also, ausgeübt von höchst ehrenwerten Männern! Und was diesen spannenden, schlüssig konstruierten und, vor allem in der Darstellung der Polizeiarbeit, realistischen Film gefährlich macht, ist die Tatsache, daß sich der Zuschauer angesichts der Bestialität der Verbrecher und der formaljuristischen Spitzfindigkeiten ihrer Verteidiger vorbehaltlos mit dem geheimen Gremium identifiziert. Der moralische Zweifel des Richters an der Rechtspraxis erscheint plausibel und überzeugend.

Am Schluß siegen zwar Gesetz und Moral über die „Schwarze Justiz“, doch das wirkt eher wie angehängt. Der Zuschauer wird diese Kehrtwendung kaum mitvollziehen. Sicher wollte Peter Hyams nicht nur effektvoll unterhalten, sondern auch auf Lücken in der amerikanischen Gesetzgebung aufmerksam machen und – nach eigener Aussage – „Problembewußtsein“ wecken. Doch die Wirkung seines Films auf das „gesunde Volksempfinden“ könnte fatal sein.

BELINDE BÜTOW

„Kunst-Künstler-Geschichtsbewußtsein“: Eine Tagung der Seidel-Stiftung

Kunstschamane und Drachentöter

Die Münchner Hanns-Seidel-Stiftung ist eine „Akademie für Politik und Zeitgeschehen“, und wenn sie sich mit „Kunst – Künstler – Geschichtsbewußtsein“ beschäftigt, geschieht auch dies im historischen Zusammenhang. Um den vielseitigen Aspekten gerecht zu werden, hatte man sich für eine bunte Reihe einschlägiger Theoretiker und Praktiker entschieden, in der auch ein für den Denkmalschutz verantwortlicher Politiker nicht fehlte.

Die Veranstaltung begann schlicht und volkstümlich, verstieg sich aber rasch in jene luftleeren Höhen eisgrauer Theorie, um dann beinahe in der trivialen Tatsache zu verläppern, daß die Kunst nach Brot geht, welches der Staat ihr schuldet, ohne Ansehen ihrer Werke. Am Ende wurde dann eine ziemlich totale Konfusion festgestellt; aber es handelte sich nicht so sehr, wie Wolfgang Braunfels meinte, um lauter Mißverständnisse, als vielmehr um den am Referententisch spürbaren Mangel an Verständnisbereitschaft. Auch das ist nichts Neues, sondern die Normalität solcher Veranstaltungen.

Statt sich über eine Eingrenzung der Grundbegriffe zu verständigen, hantierte man hier mit einem bis ins Uferlose erweiterten Kunstbegriff. Darunter ließe sich schlechtweg alles unterbringen, vom Marterl bis zum Heldendenkmal, vom Flugplatz bis zur Materialsammlung, vom Votivbild bis zur Autobahnkirche und bis zu jenem „Olympia-Schacht“, mit dem Walter de Maria Geschichte und Erdgeschichte miteinander verbinden wollte. Womit wir auch schon bei dem hier zugrunde gelegten erweiterten Geschichtsbegriff sind. Geschichte nämlich wurde von den Referenten genauso großzügig und unterschiedlich wie Kunst verstanden, als Zeit- und Kunstgeschichte, Sozialgeschichte und Soziologie, als Mythos und selbstgebastelte, privateste Mythologie, als Spurensicherung und Rückgriff auf die Vergangenheit ebenso wie als recht oder schlecht praktizierte Kulturpolitik unserer Kommunen und Parlamente.

Selbstverständlich hat die Kunst mit Geschichte zu tun und umgekehrt. Von Schlegel stammt das Wort, daß die beste Theorie der Kunststile die Geschichte sei. Auf ihn hätte z. B. Claus Grimm sich berufen können, der einschlägige Geschichtskenntnisse für den wissenschaftlichen und kritischen Umgang mit der Kunst forderte. Ohne diese aber sind nicht einmal die Bonapartistischen Bilderbogen von Epinal zu verstehen und auch nicht, wenngleich unter anderem Aspekt, die auffallende Massenproduktion von Historienbildern in der „DDR“.

Schwieriger zu verstehen ist schon die von Uwe Schneede kühn konstruierte ikonographische Parallele zwischen der Kojoten-Nummer des Kunstschamanen Beuys und dem Drachentöter St. Georg. Auch erscheinen uns die sogenannten individuellen Mythologien eines Nikolaus Lang z.B. eher als eine Flucht aus der Geschichte ins Mauseloch des Privaten und deshalb eigentlich wenig tauglich als Beweis für die „extreme Geschichtsträchtigkeit der modernen Kunst“, in der allerdings – darin waren sich alle einig – eine neue Historienmalerei nicht mehr möglich sei.

EO PLUNIEN

Köln: Benefizkonzert mit M. Rostropowitsch

Flüsterndes Feuerwerk

Ernst ist das Leben: Vor der Tür des Kölner Gürzenich informierte das Hilfskomitee „Solidarnosc“ über die jüngsten Menschenrechtsverletzungen der polnischen Militärregierung. Auf dem Treppenabsatz erinnerte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte an die fortdauernde Bedrohung Andrej Sacharows, warb Wladimir Bukowski für seine im letzten Frühjahr gegründete „Internationale des Widerstands“.

Heiter sei die Kunst: Im großen Saal des Gürzenich musizierten der Cellist Mstislaw Rostropowitsch und seine Frau, die Sängerin Galina Wischnewskaja, assistiert vom „Pro Arte Ensemble“ unter Jens Langeheine. Aber auch das zum guten, bitter nötigen Zweck: Ein Benefizkonzert zugunsten der Gesellschaft Kontinent und des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschlands. Beide Organisationen widmen sich in großem Umfang der Betreuung von Aussiedlern und Asylanten aus den Staaten Osteuropas.

Wo gute Musik und Hilfsbereitschaft in solchem Maße zusammen kommen, fehlt es nicht an Unterstützung. Bundespräsident Carstens fand sich ebenso ein wie der Verleger Axel Springer; „Kontinent“-Gründer Wladimir Maximow reiste mit den Rostropowitschs aus Paris an; Bonns Diplomatie war vertreten; zur letzten Zugabe erschien auch noch Außenminister Genscher. Die Regierung hatte eben an diesem Dienstagabend Dringlicheres zu tun.

Für die Musikfreunde bestand der Reiz dieses Konzerts nicht zuletzt darin, daß Rostropowitsch gerade in Paris angekündigt hat, er wolle im kommenden Jahr keine Konzerte geben, sondern sich eine schöpferische Pause gönnen. Galina Wischnewskaja allerdings sieht das noch skeptisch-humorvoll: „Die ganze Familie denkt mit Schrecken daran, was er wohl tun wird, um sich etwas auszuruhen. Slawa liebt doch die Hektik.“

Was auch immer: Nötig hat Rostropowitsch als Musiker diese freiwillige Pause gewiß nicht. Joseph Haydns C-Dur-Konzert spielte er mit einer so leichthändigen Präzision, wie sie auf dem Cello gar nicht vorstellbar ist. Der geschmeidigen Virtuosität des Kopfsatzes und dem herrlich aussingenden Adagio ließ er im wahnwitzig schnell genommenen Finale gleichsam ein Feuerwerk im Flüsterton folgen. Das ist unnachahmlich.

Zuvor hatte Rostropowitsch seine Frau bei sechs Liedern, drei von Mussorgskij, drei von Tschaikowskij, am Flügel begleitet. Und das war die zweite musikalische Wonne des Abends. Für die Wischnewskaja war ja die Ausbürgerung aus der Sowjetunion zu spät gekommen, als daß sie im Westen noch einmal ihre ganz große Primadonnenkarriere der sechziger Jahre hätte wiederholen können. Vor einigen Monaten hat sie in Paris ihren Bühnenabschied genommen.

Gottlob nicht den vom Podium. Denn die Stimme hat von ihrem üppigen und ausdrucksstarken Klang ja noch nichts verloren. Sie strömt in



Spielte zugunsten der Gesellschaft „Kontinent“ und des Christlichen Jugenddorfwerks Deutschlands: der Cellist Mstislaw Rostropowitsch FOTO: ZIMMER/DPA

fester Ruhe. Sie hält Nuancen und Farben in Fülle bereit. Die Wischnewskaja ist eine der großen Lied-Interpretinnen ganz ohne Frage. Und daß ihr Herz doch auch noch ein bißchen an der Oper hängt, das zeigte sie mit ihrer Zugabe, einer Arie aus Rimskij-Korssakoffs „Zarenbraut“. Aus ihrem Gesang sprechen auch Liebe und Leiderfahrung. Die Rostropowitschs haben diesen Schmerz am eigenen Leibe erlebt. Ihn bei anderen zu lindern, das war die große gute Idee dieses Abends.

REINHARD BEUTH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Geschichte“

Diktaturen vor Davos

Der Rezensent beobachtet die Zweimonatsschrift „Geschichte/Historisches Magazin“ (Historiographisches Institut Essen 1, Dinnendahlstr. 14), nun bei Nr. 55 angelangt, seit längerer Zeit. Er hat dabei eine Erfahrung gemacht, die ihn überraschte: er stößt immer wieder auf Leser, welche diese Zeitschrift von der ersten bis zur letzten Seite lesen – und die das auch betonen. Das sticht ab vom üblichen Verhalten der Leserschaft bei Zeitschriften, die mehr als bloße Unterhaltung sein wollen, doch auch keine wissenschaftliche Berichterstattung im Sinne haben. Man bekommt sonst meist zu hören: „Ich suche mir raus, was mich interessiert“, und dann werden die jeweiligen Liebhabereien aufgezählt.

Das sture Lesen vom ersten bis zum letzten Satz interessiert den Rezensenten, weil es sich beim Magazin „Geschichte“ (nur im Abonnement erhältlich zu 39 Mark im Jahr) um eine Zeitschrift handelt, die jeweils auf reich illustrierten 66 DIN-A4-Seiten geschichtlichen Stoff erzählt, ohne dabei je in erzieherische oder geschichtsphilosophische Betrachtungen sich zu verlieren (das „narrative“ Behandeln von Geschichte, das den Geschichtspädagogen ein solcher Dorn im Auge ist ...). Man muß daraus schließen, daß beim Normalverbraucher, trotz allen Geredes über „Geschichtsverdrossenheit“, ein sehr starkes Bedürfnis nach geschichtlichem Stoff vorhanden ist – und daß das Publikum es zu schätzen weiß, wenn es dieses Bedürfnis stillen kann, ohne allzusehr ideologisch gegängelt zu werden.

Dabei sucht sich die Zeitschrift ihr Publikum nicht mit Hilfe von kesser Aufbereitung der Geschichte. Sie wird nach wie vor von einer schweizerischen Redaktionsequipe gemacht – und eine typisch eidgenössische Mischung von Gründlichkeit, Anschaulichkeit und einer gewissen trockenen Nüchternheit ist deutlich zu spüren. Und das ist gar nicht ungeschickt bei einem Magazin, das Geschichte vulgarisieren will.

„Geschichte/Historisches Magazin“ hat neben der Zentrale in der Schweiz Niederlassungen in der Bundesrepublik und in Österreich. Und die Auswahl der Stoffe läßt erkennen, daß die Redaktion die Märkte in den drei Staaten gleichmäßig zu berücksichtigen sucht. Daß die November/Dezember-Nummer mit einem ausführlichen Bericht über den Aufstieg des Dörfchens Davos zu einem Zentrum der Heil- und Freizeitindustrie beginnt, ist gar nicht so sehr schweizerische Inzucht, wie man zunächst annehmen könnte. Die Entwicklung des helvetischen Tourismus ist eine sehr internationale Sache – im Falle von Davos waren die „Promotoren“ ein zum Tode verurteilter 1848er Flüchtling aus Baden und ein holländischer Schiffskapitän (mit tuberkulöser Frau).

An dem Artikel über die Diktatur in Haiti – „Papa Doc“ und „Bébé Doc“ – fällt auf, daß zwar alle Verstiegenheiten von Duvalier Vater und Sohn geschildert werden, aber nicht einfach mit mitteleuropäischen Maßstäben gemessen wird (bei exotischen Diktaturen ist die „Akzeptanz“ oft ein Thema mit Überraschungen). Zum Bericht des Augenzeugen Wilhelm v. Schramm über Kapitulationsverhandlungen nach der Frankreichschlacht von 1940: es wird im Detail vorgeführt, wie die Deutschen damals nicht bloß Porzellan zerschlagen, sondern teilweise auch beträchtlichen psychologischen Erfolg hatten. Das darf man ruhig auch einmal sagen.

ANTON MADLER





Unter primitivsten Verhältnissen wurden Heineken und sein Fahrer in diesem Verschlag (Foto links) in einer Lagerhalle (Foto rechts) drei Wochen lang gefangengehalten. FOTOS: DPA/AP

Nach der Befreiung zeigte Heineken Flagge

Von ELFRUN JACOB

Bierkönig Alfred Henry Heineken (60) und sein Chauffeur Ad Doderer (57) sind frei – nach einer Entführung von knapp drei Wochen. Um fünf Uhr früh stürmte die Polizei in einer Großaktion das Versteck der beiden Opfer: zwei Isolierzellen in einem verlassenen Schuppen im Industriehafen Amsterdam-Sloterdijk. 24 Personen wurden bei einer landesweiten Razzia nahezu gleichzeitig verhaftet. Aber: Drei Haupttäter und der Großteil des Lösegelds, nach inoffiziellen Quellen 25 Millionen Mark, sind verschwunden.

Von den 750 Tips, die bei der Polizei eingingen, erwies sich Tip 547 als der goldene: ein anonymer Brief. Er führte die Kripo zu dem leeren, ungeheizten, verfallenen Schuppen. Doch zunächst fand die Polizei nichts, bis sie auf eine blinde Mauer mit einer getarnten Tür stieß. „Dahinter entdeckten wir", so Chefinspektor Kees Sietsma, „zwei dick isolierte Zellen. Links saß Heineken, rechts Doderer, beide im Pyjama, klappernd vor Kälte, an die Rückwand ihres Lagers gefesselt. Die sanitären Verhältnisse waren primitiv wie im Mittelalter; für jeden gab es eine viereckige Plastikschüssel, die einmal pro Woche geleert wurde. Bei dieser Schilderung zeigte sich selbst Sietsma, dieser „eiskalte Spürhund der Amsterdamer Kripo", wie er genannt wird, erschüttert.

Heinekens erstes Wort: „Gott sei Dank." Die beiden Geretteten, die ohne Bewacher waren, konnten an Ort und Stelle die Kleider wechseln. Die Kripo hatte Anzüge mitgebracht. Dann wurden die beiden Männer, die zwar völlig erschöpft, ansonsten aber unverletzt und gesund waren, ins Präsidium gefahren.

In einer Dankadresse spricht die Familie Alfred Heinekens von einer „phantastischen Aktion" der Polizei und der Justiz. Um halb elf Uhr ging gestern vormittag auf der Heineken-Villa „De Ark" (Die Arche) in Noordwijk die holländische Flagge hoch. Heineken und Doderer fielen ihren überglücklichen Ehefrauen in die Arme. Auch Heinekens erwachsene Tochter Charlene, ihr Mann – ein Londoner Bankier – und der Doderer-Sohn Albert waren bei der Begrüßung dabei. Vor dem elektronisch gesicherten Zaun sammelten sich Hunderte von Neugierigen.

Chefinspektor Sietsma zu den Einzelheiten: „Am Montag wurde bereits das Lösegeld überreicht. Auf Wunsch der Entführer durch Polizeibeamte, die einen weißen Lieferwagen fahren mußten, dem auf beiden Seiten ein rotes Kreuz aufgepinselt wurde. Sietsma: „Wir hatten die Millionen des Heineken Konzerns in verschiedener Valuta in Postsäcke verpackt. Auf Anordnung der Entführer mußte der Bus auf einem Viadukt am Verteilerkreis bei Utrecht stoppen. Von dort wurde das Geld in die Tiefe geworfen – direkt auf einen Lieferwagen der Entführer. Das meiste ist verschwunden, auch wenn einige Millionen bei der Razzia sichergestellt werden konnten. Verschwunden sind auch die drei Hauptverdächtigen.

Von den 24 Verhafteten sind die meisten untereinander verwandt und verschwägert, und mehr oder weniger gehören alle der Amsterdamer Unterwelt an. Die erste Verhaftung lief unmittelbar nach der Befreiung der Opfer an. Die Polizei hatte ursprünglich auf die Freilassung Heinekens und Doderers nach der Lösegeldzahlung gehofft, wurde aber skeptisch, als sie Wind davon bekam, daß die Entführer Spuren verwischten und sich absetzen wollten.

Daß die Nissenhütte auf dem Industriegelände der verlassenen Möbelschreinerei Jadu am Nordseeweg in Amsterdam-Sloterdijk das Versteck war, wußte man durch den Tip 547 und – die Radiomusik, die Tag und Nacht nach draußen drang. Später beklagten sich Heineken und Doderer über den Schlafmangel.

Die Kontakte zwischen dem Konzern Heineken und den Entführern wurden durch mehrfach wiederholte Anzeigen in dem Massenblatt „De Telegraaf" unterhalten, dessen Text die Entführer vorgeschrieben haben.

In den Frauenhäusern geht das Geld aus

Selbstverwaltete Zentren verlangen mehr Unterstützung

GISELA REINERS, Bonn

„Droht das Aus fürs Frauenhaus?" Diese Frage stellen sich immer mehr autonome Frauenhäuser in der Bundesrepublik Deutschland. In der Selbstverwaltung von Frauen gibt es etwa 80 Häuser. Sie leiden besonders unter der Finanzknappheit der öffentlichen Hand.

Die autonomen Frauenhäuser bieten in Wohnungen oder Häusern, die sie gemietet oder gekauft haben, Frauen Zuflucht, die von ihren Männern mißhandelt werden. Oft bringen die Frauen, die nicht mehr weiter wissen, die häufig nicht das Notwendigste zum Leben haben, auch ihre Kinder mit.

In autonomen Häusern bekommen sie vor allem Rat, müssen sich aber vorwiegend selbst helfen. Sie sind auch für das Haus verantwortlich. Sie bestimmen die Regeln ihres Zusammenlebens, müssen sich selbst um ihren Lebensunterhalt kümmern. Im Gegensatz zu den autonomen Frauenhäusern, wo das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe" regiert, steht bei den Frauenhäusern in der Trägerschaft freier Wohlfahrtsverbände der Betreuungscharakter im Vordergrund.

Die Finanzierung der autonomen Frauenhäuser war ein Schwachpunkt von Anfang an. Es gibt kaum regelmäßige Zahlungen, mit denen sie kalkulieren können; die Personallage ist häufig desolat, weil von Ländern oder Kommunen keine oder nur Teilkosten übernommen werden. So baut man auf viel ehrenamtliche Arbeit – von engagierten Frauen, die die Häuser mit einrichten und von ehemaligen Bewohnerinnen. Aber auch damit lassen sich keine Telefonrechnungen oder Heizkosten bezahlen.

Die Frauen, die sich in ein solches Haus flüchten und, weil sie kein eigenes Einkommen haben, Sozialhilfe beantragen, Mietbeihilfen und Heizkostenzuschüsse, zahlen davon für ihre Unterkunft. Doch diese Beiträge fließen unregelmäßig und sind von jedem Einzelfall abhängig, der vom Sozialamt genehmigt werden muß. In Hannover wurden Fahrscheine für Kinder zum Schwimmbad erst nach einzelner Namensnennung genehmigt; in Lühneburg kürzte man die bei der Kommune beantragten 21 000 Mark auf 16 000 Mark, indem die Ausgaben für Rechtsberatung, Telefon und Heizung zusammengestrichen wurden. In Norderstedt wurde ein Haus zur Aufgabe gezwungen, nachdem die kommunalen Zuschüsse um 40 Prozent gesenkt worden waren. In einem anderen Fall sollten 15 000 Mark nur gezahlt werden, wenn man sich an einen Wohlfahrtsverband anschließen würde und Hausinspektionen durch kommunale Angestellte zuließe.

Sprecherinnen der autonomen Frauenhäuser forderten deshalb gestern in Bonn eine Finanzierungsregelung über ein Bundesgesetz. Die Notwendigkeit der Frauenhäuser, so argumentierten sie, sei nicht umstritten. Das Problem der Gewalt gegen Frauen dürfe nicht weiter individualisiert werden; sie aus der Welt zu schaffen sei eine gesellschaftliche Aufgabe. Acht bis zehn Millionen Mark sollten dafür jährlich bereitgestellt werden. Das zuständige Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zu dieser Forderung: „Die Kassen sind leer."

New York: Optische Tricks zur Stadtbild-Pflege

rtr, New York

Mit einem Trick will die Stadt New York die traurige Wirklichkeit der größten Slums des Landes übertünchen und mögliche Investoren anlocken. Viele der Stadt gehörende Wohnhäuser in der südlichen Bronx stehen leer und verfallen zusehends. Durch die zerstörten Fensterhöhlen fegen Regen und Wind. Deshalb hat die Stadt beschlossen, viele dieser Fenster zu verschönern – nicht mit Glas, sondern lediglich optisch. Mehr als 70 000 von insgesamt 300 000 Dollar an Bundesmitteln sollen nach Angaben der städtischen Behörde für Bau und Erhaltung von Wohnraum dafür verwendet werden, wo einstmals Fenster waren, „dekorativ aussehende Blenden" anzubringen, auf die verschieden bemalte Plastik-Bahnen gespannt werden. Zur Auswahl für die Bemalung stehen mehrere dekorative Motive: Rollos, halboffene Gardinen und Fensterläden, sogar Topfpflanzen auf einer Fensterbank gibt es.

Schneestürme: 80 Tote

AP, Washington

Mindestens 80 Menschen sind bisher bei den seit einer Woche wütenden Schneestürmen im Zentrum der Vereinigten Staaten ums Leben gekommen. Die Wetterdienste befürchten eine weitere Verschlechterung der Wetterlage. Die meisten Opfer starben bei Auto- und Sportflugzeugunfällen.

Pilot gerettet

dpa, Saarbrücken

Ein NATO-Starfighter ist gestern im nördlichen Saarland im Kreis Merzig-Wadern auf offenem Feld abgestürzt. Der türkische Pilot, der mit der Maschine auf dem Weg von Frankreich nach Holland war, rettete sich mit dem Schleudersitz.

Deutsche in Seenot

SAD, Toulon

In einer dramatischen Rettungsaktion bei starkem Wind und hohem Seegang rettete ein Hubschrauber der französischen Marine sechs Deutsche aus Heilbronn von dem deutschen Segelboot „Urania", das mit Ruderschaden hilflos im Mittelmeer trieb.

Entführung vorgetäuscht

dpa, Offenburg

Die Entführung eines Immobilienmaklers aus der Nähe von Offenburg (Baden) am Montag war von dem 52jährigen „Opfer" nur vorgetäuscht. Laut Polizei legte der Mann nach seiner Befreiung aus dem Kofferraum seines Wagens in Heidelberg ein Geständnis ab.

Chaos im Norden

dpa, Hamburg

Glatteis und Schneefall haben gestern morgen in Norddeutschland den Berufsverkehr zeitweise zusammenbrechen lassen. In Schleswig-Holstein und Niedersachsen kam es zu zahlreichen Unfällen. Auf einigen Straßen war es so glatt, daß selbst Fahrzeuge der Streudienste liegenblieben. Autofahrer mußten teilweise mehrere Stunden warten, bis die Sonne das Glatteis wegschmolz.

Strahlenalarm

AFP, London

Die britische Regierung hat die Bevölkerung gestern aufgerufen, den Stränden nahe der Wiederaufbereitungsanlage von Windscale im Nordwesten Englands fernzubleiben, da radioaktiv verseuchte Meerespflanzen am Ufer gefunden worden seien. Die Pflanzen wiesen einen Verseuchungsgrad auf, der eintausendmal höher als „normal" liege.

Dealer aufgeflogen

dpa, Wiesbaden

Ein Ring von Rauschgifthändlern ist gestern im Rhein-Main-Gebiet und in Nordhessen aufgeflogen. Mehr als 30 Wohnungen wurden nach Angaben der Staatsanwaltschaft in Wiesbaden durchsucht. Etwa 50 Verdächtige wurden festgenommen, fast alle seien Asylbewerber aus dem afrikanischen Gambia.

Koch im Kittchen

AFP, Tours

Einer der zehn besten Köche Frankreichs, Charles Barrier (43), muß wegen Steuerhinterziehung für sechs Monate ins Gefängnis. Ein Gericht in Tours verurteilte den Chef des Restaurants „Le Negre" in Tours außerdem zu 10 000 Mark Geldstrafe.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielscheinkombination Zahlenlotto 6 aus 49/Mittwochslotto 7 aus 38 der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

ZU GUTER LETZT

„wir wünschen Ihnen einen klaren empfang und ':-ue?.?...'/" Aus einem Fernschreiben der Grünen im Bundestag

Im Spielbankskandal rollen weiter Köpfe

Polizei verhaftete die Spitze der Verwaltung von San Remo wegen „fortgesetzter Korruption"

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der italienische Spielbankenskandal zieht immer weitere Kreise. Nach der nächtlichen Großrazzia Mitte November in den Casinos von Campione, San Remo, St. Vicent und Venedig, bei der die Polizei rund zwei Dutzend Spielbankangestellte und Spieler als mutmaßliche Helfer der Mafia festnahm und aus Erpressungen stammende Geldscheine beschlagnahmte, hat die Justiz jetzt die Gemeindeverwaltung von San Remo aufs Korn genommen. Wegen „fortgesetzter schwerer Korruption" wurden der christdemokratische Bürgermeister Osvaldo Vento, der sozialdemokratische Kämmerer Enzo Ligato, der christdemokratische Fraktionschef im Gemeinderat, Giovanni Parodi, und der christdemokratische Polizeipräsident der Stadt, Mario Tommasini, festgenommen. Tommasini steht außerdem in Verdacht, mit der Mafia zusammengearbeitet zu haben. Zwei weitere prominente Christdemokraten der Stadt waren vorher schon in Mailand verhaftet worden.

Es gibt zahlreiche belastende Dokumente

Die Aktion gegen die politische Führung des Rivieraortes stützt sich offensichtlich auf zahlreiche belastende Dokumente, die der Polizei bei der Großrazzia in die Hände fielen. Wie es heißt, sollen sie die undurchsichtigen Machenschaften erhellen, die bei der Vergabe der Lizenz für das Casino eine entscheidende Rolle spielten. Die Konzession erhielt eine Gesellschaft, deren Geschäftsführer der wegen enger Kontakte zur Mafia verhaftete sizilianische Geschäftsmann Michele Merlo ist.

Nachdem die Gemeinde San Remo die Neuvergabe der Lizenz ausgeschrieben hatte, bewarben sich Merlo und Graf Borletti. Borletti machte das Rennen – nicht zuletzt deshalb, weil er darauf hinwies, daß es Merlos Gesellschaft an der in der Ausschreibung geforderten Transparenz fehle. Die Gemeindeverwaltung annullierte daraufhin unter einem wenig überzeugenden Vorwand die Ausschreibung. Graf Borletti wehrte sich dagegen nicht, weil ihm Merlo eine Entschädigung in Höhe von fast 100 Millionen Mark anbot. Ohne neue Ausschreibung erhielt Merlo dann die Konzession für eine jährliche Pachtsumme in Höhe von 35 Millionen Mark und eine einmalige Zahlung von 100 000 Mark.

Der Sizilianer wird verdächtigt, darüber hinaus Schmiergelder in Höhe von mehreren Millionen Mark gezahlt zu haben. Tatsache ist, daß der jetzt verhaftete Bürgermeister alles tat, um die „Operation Merlo" erfolgreich unter Dach und Fach zu bringen. Das Gemeindeoberhaupt antichambrierte sogar vier Tage lang im Innenministerium in Rom, um Innenminister Scalfaro, einen Parteifreund, zu bewegen, die erforderliche Genehmigung für die Verpachtung des Casinos an Merlo zu erteilen. Scalfaro ließ sich aber nicht sprechen, und so steht das römische Plazet noch heute aus.

Hat die Mafia wieder ihre Hand im Spiel?

Hinter Merlo und seinem Kompagnon, Marco Tillio Brighia, steht angeblich ein aus Sizilien stammender Spielbankbesitzer von den Niederländischen Antillen. Es ist derselbe Mann, der den ebenfalls verhafteten sizilianischen Pächter des inzwischen geschlossenen Casinos von Campione, Lucio Traversa, stützte. Aus all diesen Querverbindungen schließt die Polizei, daß die Mafia versucht, Italiens Spielcasinos unter Kontrolle zu bekommen, um sie dann als „Banken" des organisierten Verbrechertums mißbrauchen zu können. Die Großrazzia hat bestätigt, daß die Mafia und andere Mitglieder der Unterwelt ihr aus Entführungen, Drogenhandel und anderen Straftaten gewonnenes „schmutziges" Geld in Chips umtauschen, um es zu „waschen".

Ließ Hitler sich einen Fluchtweg bauen?

Tunnelsystem in Berlin weist auf Verbindung zwischen Führerbunker und Flughafen hin

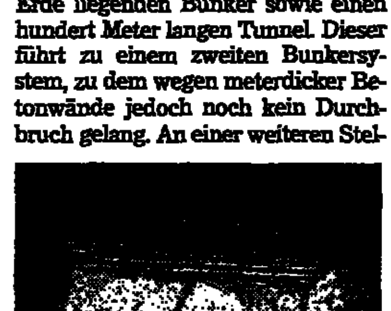
F. DIEDERICHS, Berlin

Leben die Bewohner des Berliner Bezirks Kreuzberg auf einem Pulverfaß? Diese Frage stellen sich an der Spree derzeit Sprengstoffexperten, die mit Baggern und Baumaschinen der einzigen Erhebung des südöstlichen Bezirks zu Leibe gerückt sind, dem 66 Meter hohen Kreuzberg. Denn unter dem als Freizeitpark gestalteten Hügel, der mit Festwiese, künstlichem Wasserfall und Kinderhort zum beliebten Erholungsort in dem dichtbesiedelten Stadtbezirk wurde, orteten Bauarbeiter ein weitläufiges Tunnel- und Bunkersystem aus dem Zweiten Weltkrieg.

Anwohner wollen sich jetzt erinnern, daß das kilometerlange unterirdische Labyrinth von Bergleuten aus dem Ruhrgebiet nach Plänen von Hitlers Hauptarchitekt Albert Speer angelegt wurde. Es soll auch eine Verbindung von der damaligen Reichskanzlei bis zum rund zwei Kilometer entfernten Zentralflughafen Berlin-Tempelhof geben.

Was die Berliner bei der Buddelei beunruhigt, sind die Erinnerungen von älteren Bewohnern, die erzählen, daß kurz vor Kriegsende riesige Mengen an Munition in die Stollen transportiert worden seien. Wie gefährlich unterirdische Munitionsdepots auch heute noch sein können, zeigte sich im August dieses Jahres im Bezirk Tempelhof: Dort detonierte ein Blindgänger unter einer Wohnstraße, riß einen riesigen Krater und beschädigte mehrere Gebäude.

Bei den spektakulären Untersuchungen entdeckten die Experten bisher einen sieben Meter unter der Erde liegenden Bunker sowie einen hundert Meter langen Tunnel. Dieser führt zu einem zweiten Bunkersystem, zu dem wegen meterdicker Betonwände jedoch noch kein Durchbruch gelang. An einer weiteren Stelle, nur wenige Meter von der mittlerweile gesperrten Kindertagesstätte entfernt, entdeckten die Tunnelsucher zwei tadellos erhaltene Gänge, deren Enden allerdings verschüttet sind.







Ein Stück des Kreuzberger Tunnelsystems: Wurde auch Munition in die unterirdischen Bunker geschafft? FOTO: STARK-OTTO

Neben den Verbindungsgängen zum alten Zentralflughafen Tempelhof sind offensichtlich von den Architekten auch alte Weinkeller unter dem Kreuzberg, auf dem bis ins 18. Jahrhundert Wein angebaut wurde, sowie die Bierkeller einer großen Berliner Brauerei in das Bunkersystem einbezogen worden.

Besondere Bedeutung messen die Forscher den Hinweisen aus der Bevölkerung zu, wonach das Tunnelsystem vom Führerbunker im heutigen Ostteil Berlins bis zum Flughafen Tempelhof als regelrechte unterirdische Straße ausgebaut worden sein soll – groß genug für kleinere Autos.

Tatsächlich spricht einiges von dem bisher freigelegten System unter Tage für diese Vermutung. Damit scheint sich ein altes Gerücht zu bestätigen, in dem immer davon die Rede war, daß die „Organisation Todt" für Hitler einen allerletzten Fluchtweg aus Berlin in petto gehabt habe.

Ob den Berlinern heute noch durch das Labyrinth Gefahren drohen, wollen jetzt Wissenschaftler der Technischen Universität Berlin mit modernsten seismischen und magnetischen Untersuchungsmethoden feststellen.

WETTER: Trocken und kalt

Wetterlage: Ein umfangreiches Hochdruckgebiet mit Kern über Südskandinavien führt trocken-kalte Festlandsluft nach Deutschland.



Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Heiter bis wolkig und trocken, nur am Alpenrand stark bewölkt und noch einzelne Schneeschauer. Nachmittagstemperaturen minus 3 bis plus 2 Grad. Nachts klar und Abkühlung auf minus 4 bis minus 8 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Nord bis Nordwest.

Weitere Aussichten:

Weiterhin trocken und kalt, nachts Frostverschärfung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	2°	Kairo	25°
Bonn	5°	Kopenh.	−2°
Dresden	0°	Las Palmas	21°
Essen	4°	London	7°
Frankfurt	5°	Madrid	–°
Hamburg	1°	Mailand	8°
List/Sylt	0°	Mallorca	18°
München	2°	Moskau	−6°
Stuttgart	3°	Nizza	14°
Algier	17°	Oslo	−2°
Amsterdam	5°	Paris	7°
Athen	11°	Prag	0°
Barcelona	15°	Rom	11°
Brüssel	6°	Stockholm	−5°
Budapest	4°	Tel Aviv	24°
Bukarest	6°	Tunis	17°
Helsinki	−10°	Wien	3°
Istanbul	12°	Zürich	7°

* Sonnenaufgang am Freitag: 8.05 Uhr, Untergang: 16.17 Uhr; Mondaufgang: 5.20 Uhr, Untergang: 15.22 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Kabelpiraten nehmen ihr Programm aus der Luft

RALF PETER LAUCK, Austin

Eine neue Art von Ätherpiraten hat das Satelliten-Zeitalter in Mittelamerika und der Karibik hervorgebracht. Sie „reiten" nicht mehr auf Wellen, die ihnen nicht gehören, sondern sie stehlen sie schlicht. Vor allem betroffen sind die großen Kabelfernsehgesellschaften in den Vereinigten Staaten, die ihre Programme über die künstlichen Monde am Himmel übers ganze Land verbreiten. Die Unternehmen verlieren durch diese ungeliebte Konkurrenz inzwischen Millionen Dollar. Es wird allerdings nicht viel darüber gesprochen. Man will keine schlafenden Hunde wekken.

Die neue Generation von Wellenfreibeutern hat nur wenig zu tun mit den Piratensendern in ihren meist selbstgebastelten Studios. „Cable Color Television" in Costa Rica und „Rexsa" in Panama etwa sind ausgewachsene Unternehmen mit Tausenden von Kunden. Sie alle profitieren von den Signalen, die Satcom III-R sendet. Der Kommunikationssatellit des Medien-Riesen RCA dient vielen großen Kabelgesellschaften in den USA. Dabei ist es möglich, ihn mit relativ einfachen Mitteln, vor allem ohne allzu großen finanziellen Aufwand, anzuzapfen: eine Parabolantenne reicht zum Empfang; Umsetzung und Weitergabe über Transmitter sind für interessierte Hobbyelektroniker kein Problem. Die Kabelpiraten bei den südlichen Nachbarn der USA nützen dies mit wachsendem Erfolg.

Geschädigt werden zunächst die US-Fernsehgesellschaften. Ihnen entgehen vor allem die Gebühren für das Programm. So zahlen etwa 5000 Kunden von „Rexsa" in Panama 50 Dollar „Aufnahmegebühr" und noch einmal monatlich 30 Dollar. Bei „Cable Color Television" in Costa Rica sind die Kunden mit monatlich 33 Dollar dabei. Das sind weit mehr als 300 000 Dollar monatlich, die die Piratenunternehmen allein hier abkassieren. In Mexiko zahlen rund 60 000 Kunden monatlich 16 Dollar an „Cablevision". Ähnliche Zapfstellen machte jüngst das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" in Honduras, Haiti, Jamaica, der Dominikanischen Republik, auf den Cayman-Inseln und selbst in dem winzigen Belize aus.

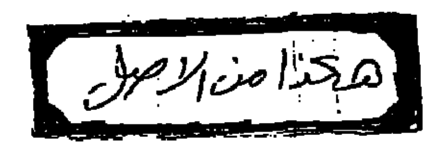
Mit Verlusten rechnen aber auch die Filmverleihfirmen. In den USA gehen viele Kassenhits über die Mattscheiben, bevor sie in den mittelamerikanischen Kinos angelaufen sind. Werden die Renner hier schon vor dem Kinostart im Fernsehen angeboten, bleiben die Filmtheater leer.

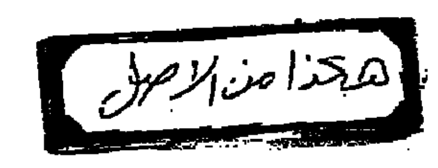
Bislang noch recht undurchsichtig ist die Taktik der US-Gesellschaften in der Auseinandersetzung mit den Piraten. Offiziell heißt es noch, es lohne den Aufwand nicht, mit technischen Mitteln das Anzapfen der Kabel-Programme zu unterbinden. Wohl um das Gesicht zu wahren, vermuten Beobachter, wurde sogar einigen der Piratenunternehmen, die sich zu Verträgen bereit erklärt haben, bedeutet, man nehme sie nicht weiter ernst.

Glaubt man den Berichten westlicher Diplomaten, muß die Lobby der mächtigen Medienindustrie hinter den Kulissen sogar ungemein aktiv sein. So soll das Thema etwa bei den Verhandlungen auf dem Programm stehen, die die Reagan-Administration zur Zeit im Rahmen ihrer diplomatischen Initiativen in diesem Raum führt. Als erster Erfolg dieses Vorstoßes wird die Bereitschaft der Regierung von Honduras gewertet, die Piratenbetriebe zu legalisieren und – zu reglementieren. Die Unternehmen ihrerseits versprachen, Gebühren an die amerikanischen Betreiber zu zahlen. Außerdem sicherten sie zu, keine neuen Filme mehr vor dem Kinostart zu zeigen.

Die Rechner in vielen der US-amerikanischen Gesellschaften halten immer noch nicht viel von solchen Abkommen. Für sie ist der Markt im Süden zu klein für große Anstrengungen. „Da wird eine Menge Lärm um nichts gemacht", winkt der Sprecher einer Kabelgesellschaft in Los Angeles ab, „wir müssen uns nur klar machen, daß der Markt bald saturiert ist. Denn so viele Zuschauer, die englisch sprechen und verstehen, gibt es in der Gegend sowieso nicht."

Ganz anderer Meinung ist da allerdings Patty Jernberg, Programmdirektorin einer CBS-Tochter in San Antonio (US-Bundesstaat Texas). Sie glaubt, daß die Probleme eher zunehmen, die Piraten immer frecher werden: „Wir haben da einen, der schon seit Jahren im Geschäft ist und inzwischen sieben verschiedene Stationen in Texas und Kalifornien anzapft ..."





DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

KARRIERE '84

EINE DOKUMENTATION

Pfiffig!

Aus den Hochschulen frohe Kunde: Die Studenten packen an, Seminare sind keine Wärmehallen mehr, in denen man mit Kind und Kegel palaverte, während vorn ein frustrierter Professor ungehört seinen „Stoff" absolvierte und grußlos ging. Die Gymnasien hat der frische Wind noch nicht erreicht.

An den Hochschulen hat die Wende längst stattgefunden. Übungen – auch in den Semesterferien – sind gefragt. Die Studenten widmen zu Hause ihre Augen den Büchern, statt sie sich in Discos von Lichtpfeilen wirr machen zu lassen. Sie schreiben Klausuren, die für sie eigentlich erst im nächsten Semester auf dem Programm stehen – zur Übung, um den Grad des Wissensstandes zu testen. Sie arbeiten an sich.

Die Wirtschaft darf hoffen. Da kommen nicht mehr die jungen alten Männer auf sie zu, die nach Gehalt, Freizeit und Hauspension fragen, da kommt Jugend, die sich stellt, die Spaß an bestimmten Tätigkeiten hat, die arbeiten will, nicht allein der Arbeit wegen, auch nicht partout nach Stundenplan.

Manager gibt es auf allen Ebenen. Und auf allen Ebenen haben viele ausgedient. Sie sind zu Routiniers verwelkt, seit sie der Boom nicht mehr trägt. Sie verwalten recht und schlecht, statt zu innovieren, zu motivieren, Dampf zu machen – freudigen Dampf.

Sie werden gehen müssen – je eher, je besser. Die „Neuen" sind unterwegs mit ebensolchen Ideen. Eine frische Generation wächst heran, Süchtige nach interessanter Arbeit, nicht nach Hasch. Sie werden die zurücklassen, denen ewige Zweifel die Beine lähmt. Aber sie werden sie mitreißen, wenn sie erst im Geschirr stecken.

HANS BAUMANN

Inhalt

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
KARRIERE '84
Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Hans Baumann
Redaktion und Produktion: Barbara Schröter-Grunow, Essen
Herstellung: Werner Koziak, Peter Staubach
Titel und übrige Illustrationen: Tomi Ungerer. Aus einem Kalender der Nixdorf Computer AG.
Anzeigen: Dietrich Windberg, Hamburg
DIE WELT, Axel Springer Verlag AG Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (0 22 21) 30 41, Telex 0 885 714
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion. Tel. (0 20 54) 1 01–1
6000 Frankfurt (Main), Westendstr. 8, Redaktion. (06 11) 71 73 11
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01

In den sozialistischen Ländern bleiben die freien Ideen an Dogmen hängen

Nur Kreativität kann unseren sozialen „Kuchen" größer machen

Von KARL STEINBUCH

Andere Länder mögen von Bodenschätzen, von den Reizen ihrer Landschaft oder von der Schwerarbeit ihrer Bevölkerung leben – der Wohlstand unseres dichtbesiedelten und ressourcenarmen Landes beruht auf hochwertiger Technik.

Der Weg zur hochwertigen, konkurrenzfähigen Technik führt über die Kreativität unserer Mitbürger – über ihre Fähigkeit, neue Techniken, Organisationsformen und Dienstleistungen zu erfinden und zu verwirklichen.

Hiermit waren wir ja in den letzten Jahrhunderten recht erfolgreich – was zum Beispiel die Erinnerung an W. v. Siemens, G. Daimler, C. Benz, R. Bosch, H. Hertz und andere zeigt. Der Wohlstand unseres Landes beruht nicht auf der angeblichen „Ausbeutung" anderer Länder, sondern auf erbrachten Leistungen – in Jahrhunderten erbrachten Leistungen.

Unser künftiger Wohlstand hängt davon ab, ob wir auch in Zukunft kreativ sind. Unsere politische Organisation ermöglicht dies: Bei uns sind die Informationskanäle nicht durch politische Instanzen blockiert, und Vorschläge aller Art werden meist unvoreingenommen diskutiert – viele haben die Chance, auch verwirklicht zu werden. Daß dies nicht selbstverständlich ist, zeigt der Blick auf die „sozialistischen" Länder – in denen vielfach der freie Fluß von Ideen durch dogmatische Voreingenommenheit behindert ist. Hierüber hat A. D. Sacharow vielfach geklagt.

Der entscheidende Vorzug freier Staaten gegenüber „sozialistischen" ist, daß hier Problemlösungen aus einem viel größeren Fundus ausgewählt und realisiert werden.

„Sozialistische" Systeme mögen erfolgreicher sein bei der Mobilisierung großer Mengen von Menschen oder Material – aber bei der Lösung komplizierter neuer Probleme sind sie weit unterlegen.

Man könnte diesen Sachverhalt auf die kurze Formel bringen: Die freiheitliche Organisation der liberalen Gesellschaft produziert mehr Kreativität als die „sozialistische" Organisation.

Ich meine, man sollte diesen grundsätzlichen Vorzug unseres freiheitlichen politischen Systems auch bei der Lösung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nutzen: Nicht unsere ganze Kraft auf die Frage konzentrieren, wem wieviel weggenommen werden kann, sondern auf die ganz andere Frage, wie der Kuchen wieder größer gemacht werden kann, wie die wirtschaftliche Situation verbessert und die Arbeitslosigkeit vermindert werden kann.

Doch: Was ist denn überhaupt „Kreativität"?

Der Begriff „Kreativität" ist ziemlich neu: Noch vor dreißig Jahren fand man ihn nicht in der Umgangssprache und kaum in Nachschlagewerken. Gegenwärtig findet er sich häufig, er wurde im psychologischen, soziologischen und pädagogischen Zusammenhang geradezu ein Modewort.

Aber das, was wir heute als Kreativität bezeichnen, gab es auch früher schon, es gab nur keine einheitlich akzeptierte Bezeichnung, man sprach vage von „Originalität", „Erfindungstalent", „Schöpferkraft", „Genialität" usw. Kants Aufforderung, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen, können wir als Aufforderung zur Kreativität deuten. Vor allem seit den Publikationen von J. P. Guilford im Jahre 1950 verfügen wir über einen prägnanten Begriff, mit dem die Interessierten ähnliche Vorstellungen verbinden.

Arthur Köstler beschrieb in seinem 1966 erschienenen Buche „Der göttliche Funke" interessante Beispiele kreativen Verhaltens – beispielsweise, wie Archimedes das Gesetz fand, daß der Auftrieb eines Körpers bei Eintauchen in eine Flüssigkeit gleich dem Gewicht der verdrängten Flüssigkeit ist: HEUREKA!

Das Zusammenbringen von Sachverhalten, die man bisher als zusammenhanglos verstand, ist eine wesentliche Voraussetzung der Kreativität. Sie wird erschwert und behindert, wenn das Wissen in angeblich zusammenhanglose Bereiche parzelliert wird, in Fakultätskompetenzen oder in Schichten (N. Hartmann).

PROF. DR. KARL STEINBUCH
Geboren 1917. Studium an der TH Stuttgart. 1948 bis 1958 Labor- und Entwicklungsleiter bei Standard Elektrik Lorenz AG, Stuttgart. 1957 verantwortlich für den Aufbau des Informatik-Systems „Quelle". Über 50 Patente. Seit 1958 ordentlicher Professor und Institutsdirektor an der Universität Karlsruhe (TH). 1979 mit der Fugger-Medaille ausgezeichnet.

Manche – scheinbar kreative – Ansätze sind tatsächlich steril, weil sie ihren Sinn in zu kleinen Systemen suchen, ihren Unsinn im größeren Zusammenhang jedoch nicht erkennen. Ich denke hier vor allem an die Umwelt-Ideologie, die vielfach Vorschläge macht, welche die Existenz der sechzig Millionen Menschen unseres ressourcenarmen Landes ignorieren. Hierauf wird später nochmals zurückgekommen.

Eine interessante Darstellung des kreativen Prozesses gab Jonathan Swift in „Gullivers Reisen". Zwar ist sie ironisch gemeint, aber sie verweist doch deutlich auf die beiden wesentlichen Komponenten der kreativen Produktion: den (möglicherweise) zufälligen Entwurf und die wertende Auswahl.

„Dann gingen wir quer über die Straße zum anderen Teil der Akademie, wo, wie ich schon berichtete, die Projektemacher der spekulativen Wissenschaft hausten. Der erste Lehrer, den ich erblickte, befand sich in einem großen Saal und war von fast 40 Schülern umgeben. Nach vielen Komplimenten wurde er gewahr, daß ich meine Augen auf eine mächtige Maschine richtete, die fast den ganzen Raum einnahm. Er bedeutete mir, daß es mich vielleicht befremde, weil ich ihn beschäftigt sehe, die spekulativen Wissenschaften durch mechanische Operationen zu erweitern. Die Welt werde aber bald genug vom Vorteil dieser Methode überzeugt sein, und er schmeichle sich, daß nie ein erhabenerer Gedanke ein Menschengehirn befruchtet habe. Jedermann wisse doch, wie mühselig der alte Weg zur Kunst und zu den Wissenschaften sei. Mit Hilfe seiner Erfindung aber könnte der dümmste Mensch ohne Genie und Studien bei ganz geringen Unkosten und mäßiger Leibesbewegung beliebig viele philosophische, politische, juristische, mathematische und theologische Bücher schreiben. Nach diesen Erläuterungen führt er mich zur Maschine, die seine Schüler umstanden … Sichtbar waren nur zahlreiche kleine Holzwürfel, die mit Fäden lokker verbunden und auf allen Seiten mit aufgeleimtem Papier überzogen waren. Auf ihm standen alle Wörter ihrer Sprache in verschiedenen Modis, Temporibus und Deklinationisbus in scheinbar völliger Willkür aufgeschrieben. Der gelehrte Mann bat mich achtzugeben, da er jetzt die Maschine laufen lasse. Um ihren Rand waren 40 Hebel angebracht, wovon jeder Schüler auf sein Geheiß einen ergriff. Dann machten sie nach dem Kommando ihres Lehrers plötzlich eine Drehung, so daß die Wörter eine andere Stellung zueinander einnahmen. Nun befahl der Meister einer Schar von 36 Schülern, langsam die verschiedenen Wörterreihen, wie sie auf der Maschine sichtbar geworden waren, abzulesen. Wo drei oder vier Wörter, die einen Satz bilden konnten, zusammenkamen, diktierten sie diese den vier übrigen Schülern, die als Schreiber zu fungieren hatten, in die Feder … Der Professor zeigte mir viele dickleibige Folianten, die bereits mit solchen Fragmentsentenzen angefüllt waren; in Kürze gedachte er sie in Ordnung zu bringen und aus diesem unerschöpflichen Vorrat der Welt ein vollkommenes System aller Künste und Wissenschaften zu liefern …"

Machen wir die (beinahe selbstverständliche) Voraussetzung, daß jedes Ergebnis der Kreativität durch eine Anordnung von Buchstaben, Lauten, Tonsymbolen, Strichen, Farbpunkten, Formelzeichen und so weiter beschrieben werden kann, dann erweist sich die Kreativität als ein Vorgang im Bereich der Information.

Unter dieser Voraussetzung läßt sich Kreativität so erklären:

Kreativität ist die Erzeugung und Auswahl neuer, wertvoller Information.

Der so erklärte Begriff der Kreativität ist sehr weit: Er umfaßt Erfindungen und Entdeckungen aller Art, ästhetische Schöpfungen der bildenden Kunst, der Musik und der Architektur und so weiter, eine Organisationsanweisung ebenso wie einen sozialen oder politischen Entwurf, eine heuristische Vermutung ebenso wie einen strengen Beweis, eine Fragestellung ebenso wie eine Antwort.

Das Egebnis kreativen Verhaltens ist die kreative Produktion. Gelegentlich wird hierbei unterschieden zwischen „Invention" (als einer kreativen Produktion, die sich nicht – oder noch nicht – durchgesetzt hat) und einer „Innovation" (die sich schon durchgesetzt hat).

Die abstrakte Zusammenfassung aller Formen kreativer Produktion, sei es nun zum Beispiel wissenschaftliche und ästhetische Produktion, wird auch gedeckt durch die Erfahrungstatsache, daß eine grundsätzliche Trennung wissenschaftlicher und ästhetischer Kreativität bisher nicht gelang.

Die kreative Produktion muß wertvoll sein: Stellen wir uns eine Menge Bögen vor, auf denen denkbare Kombinationen von Buchstaben aufgeschrieben sind, und versuchen wir, diese zu sortieren in solche, die „wertvoll" sind, und solche, die „nicht wertvoll" sind. Rasch werden wir feststellen, daß unterschiedliche Menschen unterschiedlich entscheiden: Der eine sortiert beispielsweise alles das als wertlos aus, was nicht den Regeln seines eigenen Sprachverständnisses entspricht, der andere interessiert sich gerade für sprachliche Absonderlichkeiten. Ein anderer wird jedoch eine sprachlich sinnlose Buchstabenkombination als ein grafisch interessantes Gebilde erkennen usw. Kurzum: Aufgrund unterschiedlicher subjektiver Interessen werden verschiedene Produkte als „wertvoll" bezeichnet.

Man kann mit gegenwärtigen technischen Hilfsmitteln Bögen der eben vorgestellten Art mit unvorstellbarer Geschwindigkeit produzieren. Solange aber nicht Spreu vom Weizen geschieden ist, sind diese Bögen nutzlos:

Die entscheidende Leistung ist nicht die Erzeugung von Information, sondern deren Auswahl.

Wo von Kreativität gesprochen wird, muß es sich um „neue" Information handeln. Die Kennzeichnung einer Information als „neu" erscheint zunächst einfach, aber die Praxis zeigt, daß die Originalität recht problematisch ist: so zum Beispiel im technischen Bereich, wo erst eine genaue Recherche zeigt, ob ein Patent durch ältere vorweggenommen ist, oder im künstlerischen Bereich, wo von den zahlreichen Plagiaten nur die extremen bekanntwerden. Hierbei ist der „Diebstahl geistigen Eigentums" dem angeblichen „Dieb" vielfach gar nicht bewußt, häufig wirken Wahrnehmungen so lange unbewußt nach, daß die Initialzündung vergessen und nach geraumer Zeit guten Glaubens als eigene Produktion ausgegeben wird. Im Mittelalter wurde es durchaus akzeptiert, fremde Meister zu kopieren oder zur Basis eigenen Schaffens zu machen. Die Unterscheidung zwischen Plagiat und Zitat ist erst neueren Datums.

Die produzierte Information muß nicht nur wertvoll sein, sondern auch in einem bestimmten Zusammenhang bewußt gemacht und identifiziert werden: Namengebung als kreative Leistung: Ars Nova, Jugendstil, New Look, Popb-Musik und so weiter.

Von Kreativität wurde bisher vorwiegend im Zusammenhang mit Menschen gesprochen: Die Kreativität untersuchen vor allem Psychologen, Soziologen und Pädagogen. Betrachtet man aber die Kreativität aus einer gewissen Distanz, so verschwindet die scheinbare Einzigartigkeit der menschlichen Kreativität, und man erkennt die gleichartigen äußeren Funktionen von Automat und Mensch bei der kreativen Produktion und vermutet schließlich, daß auch die inneren Vorgänge, welche die kreative Produktion begründen, nicht grundsätzlich verschieden sind, auch wenn im Detail Unterschiede bestehen.

Bei der Suche nach solchen Unterschieden fällt auf: Automaten der gegenwärtigen Entwicklungsstufe sind außerordentlich leistungsfähig für die Erzeugung von Informationen (ein Computer mit Schnelldrucker könnte täglich mehrere dicke Bücher schreiben), aber diese Automaten sind sehr unzulänglich für die Auswahl wertvoller Informationen: Wir können beim heutigen Stand keinen Computer dazu bringen, aus den vielen täglich produzierbaren Büchern die beachtenswerten herauszusuchen.

Gerade umgekehrt ist es beim Menschen: Seine Fähigkeit, ungewöhnliche Information zu erzeugen, ist erstaunlich gering, er verfällt immer wieder in die gewohnten Formen, seien es nun sprachliche, bildliche, musikalische, wissenschaftliche, soziale oder politische Formen. Dagegen ist der Mensch sehr geschickt, aus der Menge der produzierten Informationen solche herauszufinden, die er für wertvoll hält. Daß hierüber zwischen verschiedenen Menschen nicht immer Übereinstimmung besteht, sei nochmals vermerkt. Diese Überlegenheit des Menschen bei der Auswahl ist verständlich: Schließlich ist die Unterscheidung zwischen wertvollen und nicht wertvollen Informationen direkt oder indirekt durch die Bedingungen der menschlichen Existenz bestimmt. Es gibt ja keine Naturkonstante „wertvoll", es gibt nur Bedingungen, die mit der menschlichen Existenz zusammenhängen.

Automaten wurden schon dazu entwickelt, irgendwelche ästhetischen Produkte zu liefern, beispielsweise sprachliche, grafische oder musikalische.

Hierzu wird eine zufällige Folge von Signalen, zum Beispiel Notenzeichen, durch ein „Sieb" geschickt, das alle diejenigen Töne unterdrückt, die nicht den Gesetzen der Harmonielehre, des Kontrapunkts und so weiter entsprechen. Was hinter diesem „Sieb" erscheint, kann durchaus ästhetisch wirken, wenn es der informationellen Aufnahmefähigkeit des Menschen entspricht und die „richtige" Mischung zwischen Zufall und Ordnung aufweist.

Es wäre eine rechte Simplifikation zu sagen: Tiere sind durch ihre Instinkte endgültig determiniert, der Mensch ist aber kreativ. So einfach ist es nicht: Tiere waren tatsächlich schon im hier gemeinten Sinn kreativ. Erinnert sei an die Schimpansen, die (ohne Vorbild) Bambusrohre ineinandersteckten, um durch Gitter hindurch an Bananen zu kommen; an Darwins Finken, die mit spitzen Hölzchen Maden und Würmer aus Löchern herausstocherten; an die Affen, die plötzlich begannen, Wurzeln vor dem Essen zu waschen: Zweifellos alles Verhaltensweisen, die irgendwann einmal ohne Vorbild begannen, also kreative Produktionen.

Trotzdem bleibt als Merkmal des Menschen eine ungeheure kreative Überlegenheit über das Tier. Was den Menschen vom Tier besonders deutliche unterscheidet, der vorbedachte Gebrauch differenzierter Werkzeuge, des Feuers, der Bekleidung, der Sprache, die Entwicklung von Kulturen in vielen Varianten, das alles ist dem haushoch überlegen, was Tiere jemals geleistet haben. Mit dem Auf-

● Fortsetzung Seite 3

Was Luther meint

Über Arbeiten

Es liegt aber daran, daß keine Ordnung ist. Niemand will arbeiten. Darum müssen die Handwerker mit ihren Knechten schöntun, denn diese sind frei, und niemand kann sie zähmen. Wenn es aber eine Ordnung gäbe, daß sie gehorsam sein müßten und sie niemand an anderen Orten aufnähme, hätte man bei diesem Übel ein großes Loch gestopft: Helfe Gott!

Luther über die Arbeit in „Von den guten Werken"

Die Herrschsucht

So wird die Ehrsucht nicht durch Erlangen der Ehre, die Herrschsucht nicht durch Macht und Herrschaft, die Ruhmsucht nicht durch erlangten Ruhm gestillt usw. Es bleibt also nur ein Heilmittel: heil werden nicht durch Stillen der Begierde, sondern durch Auslöschen. Das heißt, wenn jemand weise werden will, so soll er nicht im Vorgriff, sondern im Rückgriff nach Weisheit trachten und im Verlangen nach „Torheit" einfältig werden.

Aus der Heidelberger Disputation 1518

Über Freizeit

Wollte Gott, daß in der Christenheit keine Feiertage außer dem Sonntag wären, daß man die Feste unserer Frau und der Heiligen alle auf die Sonntage legte. So blieben, da dann an allen Werktagen gearbeitet würde, viele bösen Untugenden ungetan, und auch das Land wäre nicht so arm und ausgezehrt.

Luther zum Dritten Gebot



Martin Luther (1483–1546)

Über Lernen

Weil nun die menschliche Natur keinen Augenblick sein kann, ohne etwas zu tun oder zu lassen, wohlan, so beginne, wer fromm und voller guter Werke werden will, und übe sich selber alle Zeit, in jeder Lebenslage und bei allem Wirken in diesem Glauben und lerne beständig, alles in diesem Vertrauen zu tun und zu lassen.

Über das Führen

Der einen Haufen von Leuten zu führen, und darum muß er seinen Weg wählen und handeln, wie es der Haufe kann, und nicht, wie er es will, darum muß er darauf achten, was dem Haufen notwendig und gut ist, als darauf, was er will und gerne tut. Denn wenn ein Herrscher nach seinem tollen Kopf regiert und seinem Gutdünken folgt, so gleicht er einem toll gewordenen Fuhrmann, der mit Pferd und Wagen blindlings durch Büsche, Hekken, Gräben und Wasser, über Berg und Tal jagt, ohne auf Wege und Brücken zu achten. Er wird nicht lange fahren, und sein Gefährt wird in Trümmer gehen.

Luther über Führen in „Von den guten Werken"



● Fortsetzung von Seite 2

kommen des Menschen ereignete sich auf der Erde eine kreative Explosion.

Die Ursachen dieser kreativen Explosion sind als Faktum offensichtlich: Aufbrechen der Instinktgebundenheit, ein komplexes Nervensystem, Reflexion, Abstraktion, Weltoffenheit und so weiter. Was aber diese informationelle Umstrukturierung verursachte, ist im einzelnen unbekannt. Man kann natürlich vermuten, daß irgendeine zufällige Mutation diese Veränderung im Nervensystem von Primaten verursachte und diese Mutation sich bei entsprechenden Umweltbedingungen reproduzieren konnte. Seit Darwin steht ja diese Universalerklärung der rückblickenden Analyse wohlfeil zur Verfügung.

Die psychologische Forschung hat die Voraussetzung kreativer Produktion untersucht. Deren wichtigste sind: eine unvoreingenommene Haltung gegenüber der Umwelt, scharfe Wahrnehmung, aber zugleich kritische Bereitschaft, von vorgegebenen Normen abzuweichen, neue Normen zu formulieren und diese gegen Widerstände durchzusetzen – notfalls auch unter persönlichen Opfern.

Vor allem O. W. Haseloff verdanken wir eine Analyse des kreativen Prozesses: Problematisierung, Exploration, Latenz, heuristische Regression, Elaboration, Kanonisierung. Er betont: „Der Überzeugungsprozeß stellt eine durchaus bedeutsame eigenwertige Leistung dar, deren Nichterfüllung die gesellschaftliche Existenz der Innovation verhindert."

Über die subjektiven Vorgänge beim Erfinden und Entdecken gibt es eine Reihe aphoristischer Darstellungen, so beispielsweise, wie Kekulé angeblich im Traum die Ringstruktur des Benzols entdeckte (hier wird teilweise berichtet von karussellfahrenden Kohlenstoff-Atomen, teilweise von Affen, die sich aneinanderklammern) oder wie Mendelejew das Periodische System der Elemente angeblich dadurch erfand, daß er mit ihren Symbolen Patience spielte. Die subjektiven Vorgänge beim Erfinden sind weniger abstrakt, hier geht es vielmehr darum, die technischen Mittel immer wieder anders zu kombinieren, es ist eine Art Puzzlespiel auf höchster Abstraktionsebene.

Dieser Aspekt der Kreativität – nicht aufzugeben, auch wenn die Umstände katastrophal erscheinen – ist für unsere Zeit vorherrschender Weltuntergangshysterie besonders wichtig.

Das Bildungssystem muß Kreativität erzeugen, Kapital und Arbeit sind unzureichend. Die Psychologen sollen die Blockierungen entdecken und aufheben, die uns hindern, in Zukunft kreativer zu denken und zu handeln. Mit „Brainstorming" und „Synectic" kann gemeinsam erzeugt werden, was wir einzeln nicht erzeugen können.

Verschiedene Individuen nehmen an der kreativen Produktion verschieden stark teil. Beispielsweise hat D. J. de Solla Price ermittelt, daß 25 Prozent aller Veröffentlichungen von nur 2 Prozent der Wissenschaftler, 50 Prozent der Veröffentlichungen von nur 10 Prozent stammen.

Wenn gesagt wird, Kreativität könne – mit gewissen Einschränkungen – geplant und erzeugt werden, so heißt dies nicht, das kreative Produkt könne im voraus beschrieben werden. Es bedeutet vielmehr, daß – im Sinne der Statistik – die kreative Produktion einer Anzahl von Menschen größer oder kleiner sein kann, je nach den Voraussetzungen ihrer Arbeit.

Hier spielen eine große Rolle: Freiheit von Angst, Ungestörtheit, Ehrgeiz, stimulierende Umgebung und so weiter.

Kreativität ist – wie gesagt – die Erzeugung und Auswahl neuer, wertvoller Informationen. Die Beurteilung eines kreativen Produkts als wertvoll hängt von subjektiven Voraussetzungen ab, ein objektives Kriterium für den Wert gibt es nicht. Es gibt aber einige objektive Ausscheidungskriterien, mit deren Hilfe man kreative Produkte als praktisch unbrauchbar erkennen kann. Hier sind besonders zwei zu nennen: einerseits Unverträglichkeit mit Strukturmerkmalen des menschlichen Subjekts und andererseits Unverträglichkeit mit unveränderbaren Strukturmerkmalen der objektiven Außenwelt.

Der Mensch ist – bei aller Lernfähigkeit – fixiert durch einige unveränderbare Strukturmerkmale. G. Steiner spricht vom „Unbelehrbaren im Menschen":

„Während das Großhirn beziehungsweise dessen assoziativ wirksame Teile lernfähig und ‚bildsam' sind, hat man ... gefunden, daß im Zwischenhirn Mechanismen vorhanden sein müssen, die ihrerseits Voraussetzungen für das Funktionieren des Großhirns sind, da sie dessen Programmierung mitsteuern und dafür sorgen, daß bestimmte Teile seiner Programme durchgeführt werden. Diese Zwischenhirnmechanismen scheinen aber so gut wie völlig unbelehrbar zu sein."

Deshalb müssen wir die neuen Probleme mit dem alten Menschen lösen. Alle Entwürfe sind praktisch wertlos, welche mit konstanten Gesetzen der objektiven Wirklichkeit unvereinbar sind. Hier ist vor allem an naturwissenschaftliche Gesetze zu denken. Auch wenn diese durch die zukünftige wissenschaftliche Forschung noch weiter verfeinert werden, sind wir doch im Besitz eines riesigen Erfahrungsschatzes, der auch in Zukunft bestehenbleiben wird. Es ist töricht, die „Transzendenz" derartiger Gesetze zu erwarten, man kann Naturgesetze so wenig überschreiten, wie man das Einmaleins überschreiten kann. Der endlose Streit allmächtiger Apparatschicks mit dem Sachverstand illustriert die Umöglichkeit, ideologische Absichten gegen Sachgesetze durchzusetzen.

Es gibt eine Reihe von Innovationen, die man einst für unmöglich hielt, die neuerdings aber verwirklicht wurden:

- Die angeblich unteilbaren Atome wurden geteilt.
- Organische Stoffe wurden – ohne Zufügung einer Lebenskraft – aus anorganischen Stoffen zusammengefügt.
- Pferdelose Wagen – die man einst für unmöglich hielt – wurden konstruiert und verdrängten die Pferdewagen.
- Das Fahren mit der Eisenbahn – von dem man einst Hirnkrankheiten erwartete – wurde zur ungefährlichen Gewohnheit.
- Fliegen mit Maschinen schwerer als Luft – was man einst als unmöglich erklärte – gelang.
- Fliegen über den Atlantik – was man einst als ganz unmöglich ansah – wurde zur täglichen Praxis.
- Interkontinentale Raketen – die man für unrealisierbar hielt – sind leider in großer Zahl verwirklicht.
- Die Erdanziehung – deren Überwindung man einst als unmöglich erklärte – wurde vielfach überwunden und so weiter.

Mit Computern wurden Leistungen erbracht, die man einst als „geistige" Leistungen für ein Monopol des Menschen hielt. Aus derartigen Siegen über einstige „Unmöglichkeiten" glaubt man oft den eigenartigen Schluß ziehen zu können: „Neuerdings wurde das verwirklicht, was man einst als unmöglich ansah. Was wir heute als unmöglich ansehen, wird in Zukunft verwirklicht."

Dieser Schluß ist falsch: Die Kenntnis der Naturgesetze erlaubt Voraussagen über das, was auch in Zukunft nicht realisierbar werden kann. Beispielsweise wird nichts realisiert werden, was den Erhaltungssätzen widerspricht, auch nichts, bei dem die Wirkung vor der Ursache kommt, auch keine Maschine, mit der man Reisen durch die Zeit machen, zum Beispiel in vergangene Epochen zurückkehren kann und so weiter. Die Kenntnis der Naturgesetze erlaubt eine Menge derartiger Prognosen. Leider sind andere Disziplinen, beispielsweise Soziologie und Politologie, noch weit von der Sicherheit entfernt, vergleichbare Aussagen machen zu können, und so werden wir in den Gesellschaftswissenschaften von angeblichen Fachleuten fortwährend mit den unglaublichsten Zukunftsperspektiven konfrontiert.

Nicht alle Innovationen verändern die Welt, viele ersticken in hemmenden Strukturen. Diese sind beispielsweise die Trägheit des Denkens, die organisatorische Immobilität wirtschaftlicher und sozialer Strukturen und vor allem der Egoismus, mit dem alte Privilegien krampfhaft festgehalten werden. Hier ist das Feld der „Killerphrasen":

So haben wir das früher doch nie gemacht ...
Geht nicht ...
Keine Zeit ...
Dazu fehlen uns die Arbeitskräfte ...
Die Finanzlage erlaubt uns nicht ...
Haben wir alles schon versucht ...
Dazu sind wir jetzt noch nicht in der Lage ...
Alles graue Theorie ...

Da wäre doch schon früher jemand drauf gekommen, wenn sich damit etwas anfangen ließe ... und so weiter.

Die Kreativität der Menschen ist nicht nur eine Kreativität der Individuen, sondern auch eine Kreativität der Gesellschaft. Der Dialog spielt hier eine wichtige Rolle: Wo Menschen unterschiedlicher Erfahrung über Probleme diskutieren, entstehen oft kreative Produkte, die ohne Dialog nicht entstanden wären.

Beim Brainstorming wird eine Gruppe gemeinsam vor ein Problem gestellt. Erfahrungsgemäß stimulieren die Lösungsentwürfe sich gegenseitig sehr stark, die Gruppe produziert mehr, als ihre Mitglieder allein produzieren würden. Schließlich stimuliert die gesellschaftliche Kommunikation – sei es in Schulen, Universitäten, Betrieben, verschiedenen Gruppen, bei der Massenkommunikation – den kreativen Prozeß, das Individuum sammelt Eindrücke, erkennt Aufgaben als solche und bemerkt die Honorierung kreativen Verhaltens.

Aber nur ein winziger Teil der von Individuen gemachten Vorschläge kann sich schließlich durchsetzen, nur wenige Erfindungen, Entdeckungen, Kunstwerke, soziale, wirtschaftliche und politische Vorschläge werden beachtet und verwirklicht, die Gesellschaft wirkt hier wie ein recht undurchdringliches, vielschichtiges Sieb zwischen den Vorschlägen und ihrer Verwirklichung: ein Sieb, das nicht passiv ist, sondern durch Modeströmungen, Machtstrukturen und „sich selbst bestätigende Prophezeiungen" aktiv und veränderbar ist. Auf manche Vorschläge wird geradezu gewartet, andere modern lange Zeit unbeachtet.

Ein vielfach verkanntes Stimulans der Kreativität ist Science-fiction, von der H. W. Franke schreibt:

„Science-fiction-Literatur kann – richtig ausgewertet – Anregung zu neuen technischen Ideen geben. Sie fördert das Denken in Modellen, das Begreifen der Zukunft nicht als unabänderliches Schicksal, sondern als gestaltbares Medium."

Ein eindrucksvolles Beispiel für diese Befruchtung ist der Einfluß, den die Schriften von Jules Verne („Reise um den Mond" und so weiter) direkt auf Hermann Oberth („Die Rakete zu den Planetenräumen") und indirekt auf Wernher von Braun hatten.

Ich halte die gegenwärtige Entwicklung der Umweltbewegung für eine ideologische Fehlentwicklung. (Dabei vermute ich, daß ich für Umweltschutz schon öffentlich geworben habe, als Gruhl und Eppler noch nicht entdeckt hatten, wie billig dieser sich politisch ausbeuten läßt).

Ich halte die in unserem Lande dominierende Umweltideologie für eine Fehlentwicklung, weil sie die Erhaltung der Existenz von sechzig Millionen Menschen in unserem ressourcenarmen Lande nicht beachtet und deshalb Zukunftsentwürfe produziert, deren Verwirklichung für unser Land selbstmörderisch wäre.

Ein rationaler – mit den Bedingungen unserer Existenz verträglicher – Umweltschutz muß von einigen erfahrungsgemäßen Tatsachen ausgehen:

1. Der Umweltschutz kostet viel Geld – nur eine erfolgreiche Wirtschaft kann dieses aufbringen.
2. Der Umweltschutz setzt die Erhaltung unserer Rechtsstaatlichkeit voraus. Ohne Rechtsstaatlichkeit wird weder dem Bürger noch der Umwelt Gerechtigkeit widerfahren.
3. Die liberale Wirtschaft braucht für dieselbe Produktionsmenge weniger Rohstoffe, Energie und menschliche Anstrengung als eine staatlich gelenkte Wirtschaft und erzeugt auch weniger Umweltschäden.

Der „Ökosozialismus" – der uns mit Argumenten der Ökologie die Unvermeidbarkeit des „Sozialismus" einreden will – zielt exakt in die falsche Richtung.

Besonders die Informationstechnik (Telekommunikation und Informatik) und die Organisation der Informationsgesellschaft sind Bereiche, in denen dringend Kreativität gebraucht wird.

Hochentwickelte Gesellschaften werden ja in der Zukunft viel mehr als in der Vergangenheit durch die Informationstechnik bestimmt sein. Immer mehr Telekommunikation besorgt den Transport von immer mehr Informationen, die teils von Menschen, teils von immer intelligenteren Computern verarbeitet wird. Typische Anwendungen der zukünftigen Informationstechnik sind:

- der immaterielle Markt (bei dem Waren auf dem Bildschirm angeboten und durch Knopfdruck bestellt und bezahlt werden können),
- das zukünftige Bankwesen (bei dem Kontenstände usw. über Bildschirmtext auf dem Bildschirm erscheinen),
- die Geldausgabeautomaten (welche auch nachts und am Sonntag Geld ausbezahlen können),
- die telekommunikative Heimarbeit (bei der Mitarbeiter in der häuslichen Wohnung am Bildschirm ihre Arbeit erledigen, z. B. Textniederschrift, Computerprogrammieren usw.).

Andere wichtige Beispiele der zukünftigen Informationstechnik sind:

- CAD – computerunterstützte Konstruktion (welche es erlaubt, komplizierte Konstruktionen in kürzerer Zeit und höherer Qualität zu schaffen),
- CAM – computerunterstützte Fertigung und
- CAC – computerunterstützte Qualitätskontrolle.

Alle – Staat, Wirtschaft und Wissenschaft, Produktion und Verwaltung – werden diese neuesten Mittel nutzen müssen, um die zukünftigen Anforderungen – von der hocheffizienten Produktion über die großräumige Arbeitsteilung bis hin zur unvermeidbaren bürokratischen Steuerung – befriedigen zu können.

Vorläufig besteht aber weltweit große Ratlosigkeit, wie diese bestehenden oder aufkommenden technischen Möglichkeiten vernünftig in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen eingebaut werden können. Um diese Probleme anzugehen, braucht es nicht nur Experten der Telekommunikation und der Informatik, sondern auch Systemplaner der Telematik, welche die zukünftigen Möglichkeiten der Informationstechnik virtuos nutzen können – und kreative Entwürfe.

Der Technologietransfer – von den Forschungsinstitutionen zu den Unternehmungen – muß erleichtert und beschleunigt werden. Dieser Transfer ist ein Kommunikations- und Austauschprozeß, der vielerlei Mittel benutzt – von der unmittelbaren Kooperation über Transferberater (beispielsweise bei den IHK's) bis hin zur Veranstaltung von Seminaren usw.

Sicher ist dies: Der Wohlstand unseres dichtbesiedelten und ressourcenarmen Landes hängt von der Kreativität seiner Bürger ab. ■

Es ist sein Fraß: Der Nullbock beißt ins Gras

Von WOLFRAM HATESAUL

Karriere kann man nicht machen lassen, man muß sie selbst in die Hand nehmen. Nachwuchskräfte, die blindlings einem „Automatismus des Aufstiegs" vertrauen, werden es beruflich nicht weit bringen. Auch in Unternehmen, die sich der bei ihr praktizierten Förderung junger Führungskräfte rühmen, bleibt die eigene Initiative erstes Gebot.

„Selbst ist der Mann" ist als Leitmotiv nicht nur für handwerklich geschickte Heimwerker und Bastler geeignet. Wer sich beruflich etwas aufbauen und am Ende auf ein Lebenswerk zurückblicken will, muß an erster Stelle auf sich selbst setzen und Selbstvertrauen beweisen. Betriebliche Förderungsprogramme, Seminare und in den Personalakten niedergelegte Karriere-Potentiale schaffen zusätzliche Möglichkeiten, sind aber keine Garantien.

Freiräume und von Unternehmen gesetzte Ziele, deren Beachtung und Nutzung allenthalben Hilfestellungen für die Karriere sind, dürfen die Selbstmotivation nicht ersetzen. Wer meint, ein Unternehmen oder ein Vorgesetzter werde ihn schon nach oben führen, wenn er sich nur willig und anstellig zeige, kalkuliert falsch. Wichtiger als das betriebliche Umfeld bleibt die Entwicklung und Befolgung einer eigenen Karrieretechnik mit individuellem, auf die persönliche Mentalität abgestelltem Charakter.

Sich selbst Ziele setzen, heißt die erfolgreiche Devise. Ziele, die nur die Nachwuchskraft selber kennt und über deren Erreichung der junge Aufsteiger nur sich selbst Rechenschaft abgeben kann. Diese „Selbstbestimmung ganz privater Natur" führt immer dann zu außergewöhnlicher Eigenmotivation, wenn die Ziele nicht zu groß gesetzt und die Zeiträume für die Zielrichtung nicht zu weit gefaßt werden. Wer seine Karriere systematisch angeht, setzt sich für jeden Tag ein solches kleines Ziel, für jede Woche und jeden Monat größere.

Eine derartige Technik macht übergeordnete Zielsetzungen, beispielsweise den Aufstieg in eine leitende Funktion, erst praktikabel. Die Nachwuchskraft erkennt, unter welchen vielfältigen und atomistisch gestalteten Voraussetzungen die Verfolgung und Erreichung eines großen Zieles möglich wird. Kleine Ziele sind also alleine deshalb besser für die eigene Motivation, weil ihre Erreichung wirklich machbar wird. So wie ein potentieller „Häuslebauer", der in fünf Jahren ein Eigenheim errichten will, sich zunächst als Jahresziel das Ansparen einer bestimmten Geldsumme setzt, so wird auch beim beruflichen Aufstieg nicht der unvermittelte große Sprung, sondern das tägliche zähe Ringen um den Erfolg die wirksame Regel sein.



WOLFRAM HATESAUL

Geboren 1942. Wirtschaftsingenieur. Zwölf Jahre Praxis im Bereich der Aus- und Fortbildung. Verkaufstrainer der Citroën Automobil AG, Referatsleiter im Vorstandsstab der Holding der Felten & Guilleaume. Hauptabteilungsleiter für den Bereich Personalbeschaffung und Entwicklung der Otto Wolff Gruppe (Personalplanung bis hin zum Managementtraining für Führungskräfte). Unternehmensberater im Bereich Personal-Management der Kienbaum Beratungsgruppe, zuletzt Leiter des Kienbaum-Management-Center. Inhaber und Geschäftsführer der Personal- & Management-Beratung Wolfram Hatesaul GmbH, Bonn.

Eigene Ziele müssen dabei die vom Unternehmen angebotenen Zielsetzungen keinesfalls konterkarieren. Wer auf lange und erfolgreiche Betriebszugehörigkeit Wert legt und die „Ochsentour" nicht scheut, wird seine Ziele zur Selbstmotivation auf die im Unternehmen gegebenen Möglichkeiten abstimmen und seine individuellen Chancen auf den erhofften Aufstieg damit optimieren.

Wer aber das, was das Unternehmen aus ihm machen will, nur zu einem Teil oder gar nicht zu akzeptieren vermag, ist um so mehr auf die Formulierung eigener Groß- und Teilziele angewiesen. Dabei setzen diese Ziele keine Zwänge, weil sie aus eigener Überlegung stammen. Sie führen vielmehr zu neuer Freiheit in der beruflichen Entwicklung und damit zu mehr Freude am Beruf. Wenn die Stimmung stimmt, sagen die Psychologen, tritt der Erfolg fast schon von selber ein.

Auch die Unternehmen wissen, wie sehr sie von aus sich selbst heraus motivierten Mitarbeitern profitieren. Dabei ist es aus der Sicht des Firmeninhabers, Personalchefs oder Vorgesetzten nahezu unwesentlich, ob die übergeordneten Zielsetzungen des motivierten Mitarbeiters mit den langfristigen personalbezogenen Zielen des Unternehmens harmonieren. Denn die Motivation, von der die junge Führungskraft getragen wird, wird auch dem Unternehmen förderlich sein – zumindest so lange, bis es zum Zielkonflikt kommt, dem dann entweder eine Trennung folgt oder eine offene Diskussion darüber, wie unternehmerische und persönliche Ziele besser harmonisiert werden können.

Leider haben die Kritiker recht, die auch unter den Nachwuchskräften im Management eine zunehmende Anzahl von Mitarbeitern ausmachen, die den „Nullbock" haben. Abgesehen davon, daß sie neben dem arbeitgebenden Betrieb auch die Volkswirtschaft schädigen, werden sie über kurz oder lang so ins Gras beißen, wie es sich für Böcke gehört: Angesichts der knapper werdenden Karrierepositonen in den Betrieben werden nur die Engagierten ans Ziel kommen.

Wer sich im Einklang mit seiner Umwelt für sich selbst engagiert und damit auch dem Partner nutzt, wird es dabei am weitesten bringen. ■

Die Hochschulen haben ihre exklusive und privilegierte Stellung im Bildungswesen eingebüßt

Umsteigen oder Jobben mit Kalkül

Seit Jahren finden Tausende von Hochschulabgängern verschiedenster Fachrichtungen keine Beschäftigung mehr in jenen Berufen, auf die ihr Studium – mehr oder weniger – zugeschnitten ist. Dennoch warten viele zu lange darauf, doch noch das große Los zu ziehen und eine Stelle im Wunschberuf zu bekommen. Das Umsteigerbuch plädiert dafür, von unrealistischen Berufserwartungen Abschied zu nehmen und sich neu zu orientieren.

Der Druck der Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt treibt die Betroffenen häufig in tiefgreifende individuelle Schwierigkeiten. Bei Lehrerstudenten und Referendaren z. B. ist die zunächst vorhandene Erleichterung über das endlich abgeschlossene 1. bzw. 2. Staatsexamen in vielen Fällen begleitet von der zumeist trügerischen Hoffnung, selbst „irgendwie" doch noch eine freie Lehrerstelle zu erhalten.

Mit zunehmender Wartezeit treten dann Selbstzweifel und Versagensängste, kurz: Identitätsprobleme auf, die nicht selten zur Resignation und zum Rückzug in die Isolation führen. Ganz allmählich wächst schließlich die Einsicht, daß einem gar nichts anderes übrig bleibt, als sich beruflich neu zu orientieren. Erst jetzt, nach lang anhaltender Arbeitslosigkeit, begreifen sich viele Betroffene als Umsteiger, und erst dieses veränderte Selbstverständnis eröffnet ihnen die Chance, tatsächlich zu beruflich neuen Ufern aufzubrechen.

Wie ist es auf dem akademischen Arbeitsmarkt zu diesen bedrohlichen Engpässen gekommen, die vor 10 bis 20 Jahren noch weitgehend unbekannt waren? Warum fällt vielen Studenten die berufliche Neuorientierung so schwer? Wir wollten zumindest an zwei Ursachen erinnern.

1. Seit den 70er Jahren driften in der Bundesrepublik das Bildungs- und das Beschäftigungssystem auseinander. Weder die Hochschulen noch die Studenten sind auf dieses historisch neue Phänomen eingestellt.

Die Bildungsreformen seit Mitte der 60er Jahre führten zusammen mit dem „Schülerboom" zu einem rapiden Anstieg der Studentenzahlen, der in der deutschen Geschichte ohne Beispiel ist. Lag die Zahl der Immatrikulierten an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen 1955 bei 144 900, so kletterte sie bis 1980 auf 821 500 (einschließlich Gesamthochschulen), stieg also um mehr als das Fünffache.

Mit dieser lawinenartigen Entwicklung hielt die Nachfrage nach Arbeitskräften, die über Hochschulqualifikationen verfügen, nicht Schritt. Verschärfend kam hinzu, daß die weltweite Wirtschaftskrise auch hierzulande von einer strukturellen Arbeitslosigkeit begleitet war (und ist), welche die Aufnahmefähigkeit und -bereitschaft auch für die traditionellen akademischen Berufe spürbar dämpfte.

Die Hochschulen haben inzwischen ihre exklusive und privilegierte Stellung im deutschen Bildungswesen weitgehend eingebüßt. Anders als in früheren Zeiten garantiert ein Hochschulabschluß heute nicht mehr gleichsam automatisch eine ausbildungsadäquate berufliche Zukunft. Wer heute studiert, nimmt – jedenfalls in vielen Fächern – ein erhebliches Beschäftigungsrisiko in Kauf. Weder die Hochschulen als Institution noch die betroffenen Studentinnen und Studenten sind auf diese drastisch veränderte Situation angemessen eingestellt.

2. Aufgewachsen in den Wirtschaftswunderjahren, fällt es erheblichen Teilen der heutigen Studentengeneration schwer, die eigenen Erwartungen mit den harten Anforderungen des Arbeitsmarktes auf einen Nenner zu bringen.

Anders als die Hochschüler der Kriegs- und Nachkriegsgeneration hat die Mehrheit der Studenten in der Kindheit und früheren Jugend kaum materielle Not kennengelernt. Viele sind offenbar mit einer unterentwikkelten Frustrationstoleranz ausgestattet. Dies kann sowohl zu unrealistischem Optimismus als auch zu übersteigertem Pessimismus führen. Hinzu kommt vielfach eine hochgradige Verunsicherung durch die drohenden Schatten der Umwelt- und der Atomkriegskatastrophe. Solche Zukunftsängste bremsen verständlicherweise den Elan, den ein zielbewußtes Studium erfordert.

Im übrigen weiß ein Teil der heute Immatrikulierten von vornherein, daß die gewählten Studienfächer (z. B. die Geisteswissenschaften oder Soziologie) kaum Aussicht auf eine ausbildungsnahe berufliche Zukunft bieten. Diese Studenten verbinden mit der Fächerwahl zumeist den Wunsch, eigene ästhetische, historische oder soziale Interessen vertiefen zu können. Sie nutzen die Hochschule weniger als Ausbildungs- denn als Bildungsstätte, die zudem eine Schonfrist gegenüber den harten Anforderungen der heutigen Arbeitswelt gewährt. Der Gedanke an die Zeit danach, an die eigene berufliche Zukunft wird dabei häufig erst einmal verdrängt.

Das Umsteigerbuch wendet sich an potentielle Umsteiger der Lehramtsstudiengänge, der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, darüber hinaus an Absolventen anderer Fachrichtungen. Ein erheblicher Teil des Buches enthält Informationen, die fachübergreifend interessant sein dürften – z. B. die Abschnitte über *Umsteigen als Lernprozeß*, die *Bewerbung*, *Chancen im Ausland* und *Jobben mit Kalkül*. Das gilt ebenfalls für die Mehrzahl jener Beiträge, die *Berufsfelder für Umsteiger* vorstellen.

In besonderer Weise berücksichtigt der Band die Perspektiven von Lehrerstudenten, denen ein umfangreicheres Kapitel gewidmet ist, sowie von Studenten der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Auf Anknüpfungspunkte zu den genannten Studiengängen wird vor allem in den Berufsfeld-Überblicken hingewiesen. Angesichts der Situation auf dem Arbeitsmarkt dürften diese Gruppen am stärksten mit den Problem des Umstiegs konfrontiert sein.

Die Herausgeber sind sich klar darüber, daß vieles von dem, worüber hier berichtet wird, längst in mündlicher Form zirkuliert – z. B. durch persönliche Kontakte der Betroffenen, durch die Fachberater und -vermittler beim Arbeitsamt sowie in Selbsthilfegruppen von Arbeitslosen. Dennoch muß dieses Erfahrungswissen von jedem, der unmittelbar mit der Arbeitslosigkeit konfrontiert ist, erst wieder mühsam zusammengepuzzelt werden. Das Umsteigerbuch soll dazu beitragen, diese individuelle Detektivarbeit zu systematisieren und abzukürzen.

Selbstverständlich können wir Umsteigern keine Garantie für eine Einstellung geben. Unsere Absicht war vielmehr, die individuelle Orientierung zu erleichtern und Hilfe zur unumgänglichen Eigeninitiative zu leisten.

Das Buch

- gibt einen Überblick über mögliche Berufsalternativen,
- zeigt, welche Verhaltensweisen am ehesten zur Überwindung der Arbeitslosigkeit führen und den beruflichen Start erleichtern können,
- erläutert wissenswerte Einzelheiten über *Chancen im Ausland*, *jobben mit Kalkül* und *Hilfen der Arbeitsverwaltung für arbeitslose Hochschulabgänger*.

Das Umsteigerbuch soll berufliche Orientierungshilfe leisten. Deshalb wurde z. B. mehr Wert gelegt auf *praktische Tips* und *Kontaktadressen* als auf ausführliche Literaturverzeichnisse.

Manche Empfehlungen und Warnungen tauchen in mehreren Beiträgen auf und scheinen verallgemeinerbar. Einige Anregungen sind so plausibel, daß wir sie ebenfalls für generalisierbar halten. Der folgende Katalog faßt diese Ratschläge zusammen:

1. Wer die Hochschule noch besucht und ein beruflich heikles Fach studiert, sollte sich – individuell oder zusammen mit anderen – bereits vor der Prüfungsphase ernsthaft um seine Zukunft kümmern.
2. Wer im Studium oder danach jobben muß, sollte versuchen, diese Phasen für die berufliche Orientierung und für die Ausweitung persönlicher Kontakte zu nutzen.
3. Wer arbeitslos ist, sollte durch psychisch und beruflich sinnvolle Aktivitäten versuchen, der Persönlichkeitsschrumpfung entgegenzuwirken, die längerfristig jeden Arbeitslosen bedroht.
4. Stellen Sie sich darauf ein, daß Sie Ihren Arbeitsplatz erarbeiten müssen.
5. Prüfen Sie vor einer Bewerbung selbst, ob Sie zum Umstieg innerlich wirklich bereit sind und ob Sie diese Bereitschaft auch glaubwürdig darstellen können.

Das Umsteigerbuch unterläuft die Ebene struktureller Lösungsversuche. Es hätte seinen Zweck erfüllt, wenn es sich für die Betroffenen auf dem unsicheren Gelände der beruflichen Neuorientierung ein Stück weit als Leitfaden erwiesen.

Aus: Das Umsteigerbuch. Für arbeitslose Hochschulabgänger. Herausgegeben von Wolfgang Henniger und Horst Linder. Athenäum Verlag, Königstein/Taunus. (S. 7–14).



Paradox ist . . .

Wenn Stahlbosse Blech reden

Wenn dem Bergbau die Kohlen fehlen

Wenn Butterwirtschaft zur Abfallwirtschaft zählt

Wenn die Wende 360 Grad beträgt

Wenn die Grünen nicht als die staatszerstörenden Roten von gestern enttarnt werden

Wenn die Made im Speck nach Speck schreit

Wenn Arbeitslosengeld plus Schwarzarbeitslohn lukrativer ist als reguläre Arbeit

Wenn der Lehrling voll ist

Wenn alle zurück zur Natur wollen, aber keiner zu Fuß

Wenn Schulden machen vom Finanzamt belohnt wird.

In aller Welt sind Einkommen Pyramiden

Der internationale Dienst kann vom Salär gut leben

Jede Besoldungsgruppe im Dienst der Vereinten Nationen (New York) ist in verschiedene Gehaltsstufen (Steps) unterteilt. Die nächsthöhere Gehaltsstufe wird in der Regel nach jeweils einjähriger Dienstzeit erreicht.

Für jede Besoldungsgruppe sind drei Zahlenreihen angegeben, von denen die obere dem Bruttogehalt (Gross salary) und die mittlere dem Nettogehalt (Net D) eines Bediensteten mit unterhaltsberechtigter Ehefrau oder unterhaltsberechtigtem Kind entspricht. Die untere Reihe enthält die Nettogehälter (Net S) von Bediensteten, die nicht zum Unterhalt einer Ehefrau oder eines Kindes beitragen.

Zu den Grundgehältern treten im Bereich der Vereinten Nationen Zulagen auf Grund besonderer Bedingungen. Die wichtigsten davon sind:

1. Kaufkraftausgleich (Post adjustment), unterschiedlich nach Dienstort.

2. Familienzulage (pro Jahr), je nach unterhaltsberechtigtem Kind 450 Dollar. Hat der Bedienstete keine unterhaltsberechtigte Ehefrau, so entfällt für das erste unterhaltsberechtigte Kind die Zulage von 450 Dollar. Statt dessen steht dem Bediensteten das Nettogehalt „eines Bediensteten mit unterhaltsberechtigter Ehefrau oder Kind" (Net D) zu.

3. Erziehungsbeihilfe pro Schuljahr (education grant) bis zu einem Höchstbetrag von 2250 Dollar. 75 Prozent der Schulkosten bis höchstens 2000 Dollar; 50 Prozent der Schulkosten von 2001 bis 3000 Dollar; 25 Prozent von 3001 Dollar bis 4000 Dollar.

4. Andere unterschiedliche Zulagen (etwa Stellenzulagen und Einrichtungsbeihilfen).

Von den Bezügen werden in der Regel rund 7 Prozent, bezogen auf die sogenannte „ruhehaltsfähigen Dienstbezüge", als Beitrag zum Pensionsfonds der Vereinten Nationen abgezogen. Ferner gelangen eventuelle Beiträge zu Gruppenversicherungen zum Abzug. DW.



Das Hochhaus der Vereinten Nationen in New York FOTO: WEREK

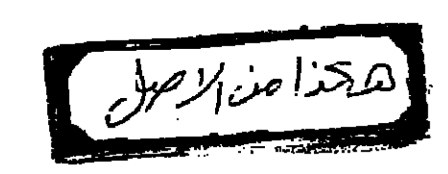
Gehälter bei den Vereinten Nationen

Die nachstehende Tabelle gibt die Grundgehälter für Bedienstete im vergleichbaren höheren Dienst im VN-Bereich wieder. Jede Besoldungsgruppe (Level) ist in verschiedene Gehaltsstufen (Steps) eingeteilt. Die nächsthörere Gehaltsstufe wird im Regelfall nach jeweils einjähriger Dienstzeit erreicht.

Für jede Besoldungsgruppe sind drei Zahlenreihen angegeben, von denen die obere dem Bruttogehalt (Gross salary) und die mittlere dem Nettogehalt (Net D) eines Bediensteten mit unterhaltsberechtigter Ehefrau oder unterhaltsberechtigtem Kind entspricht. Die untere Reihe enthält die Nettogehälter (Net S) von Bediensteten, die nicht zum Unterhalt einer Ehefrau oder eines Kindes beitragen.

Jahresgehälter in US-$ (Stand 1. Januar 1981)

Level		STEPS I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI	XII	XIII
D–2	Gross	67 009	68 931	70 908	72 927									
	Net D	42 172	43 051	43 941	44 850									
	Net S	38 626	39 407	40 200	41 009									
D–1	Gross	55 919	57 732	59 531	61 432	63 193	64 998	66 755						
	Net D	36 939	37 809	38 672	39 537	40 397	41 237	42 054						
	Net S	33 997	34 768	35 532	36 297	37 058	37 800	38 522						
P–5	Gross	48 661	50 086	51 495	52 856	54 218	55 605	57 005	58 405	59 810	61 231			
	Net D	33 318	34 041	34 745	35 426	36 107	36 788	37 460	38 132	38 810	39 485			
	Net S	30 776	31 420	32 047	32 652	33 259	33 864	34 459	35 054	35 654	36 251			
P–4	Gross	38 167	39 398	40 630	41 862	43 101	44 367	45 627	46 887	48 211	49 547	50 884	52 173	
	Net D	27 611	28 300	28 990	29 680	30 371	31 042	31 710	32 378	33 079	33 771	34 440	35 084	
	Net S	25 671	26 288	26 905	27 522	28 140	28 740	29 338	29 935	30 563	31 180	31 775	32 348	
P–3	Gross	30 518	31 589	32 648	33 713	34 814	35 939	37 055	38 157	39 202	40 237	41 282	42 315	43 375
	Net D	23 103	23 757	24 403	25 031	25 670	26 322	26 969	27 605	28 191	28 770	29 355	29 934	30 516
	Net S	21 600	22 192	22 778	23 345	23 921	24 510	25 093	25 666	26 190	26 708	27 232	27 749	28 270
P–2	Gross	24 233	25 097	25 967	26 832	27 706	28 589	29 492	30 387	31 285	32 184	33 078		
	Net D	19 194	19 739	20 287	20 832	21 382	21 927	22 478	23 024	23 571	24 120	24 663		
	Net S	18 026	18 527	19 030	19 531	20 037	20 533	21 033	21 528	22 024	22 521	23 013		
P–1	Gross	18 200	18 964	19 740	20 516	21 318	22 120	22 935	23 724	24 513	25 285			
	Net D	15 166	15 693	16 228	16 748	17 277	17 807	18 345	18 865	19 371	19 857			
	Net S	14 304	14 792	15 289	15 770	16 258	16 747	17 243	17 723	18 189	18 636			





Leasing ist Soll plus Haben, aber ohne zu besitzen.

Bist du gegen den technisch-industriellen Fortschritt? Dann subventioniere den Schrott von gestern.

Wirf deine Flinte weg, und winke dem Rudel Wölfe mit dem weißen Taschentuch zu.

Stahl: die Bummelbombe der Nation.

Der Diskussionsstoff mit den „Gegen-alles-Protestlern“ hat sich auf Stacheldraht reduziert.

Magst du deinen politischen Gegner nicht? Bespritz ihn mit Blut!

Die 35-Stunden-Woche ist das Arsenal des Polit-Mobs.

Die Nachrichten im Fernsehen sind immer vom Freitag, den 13.

Eigenkapital wird zum Erinnerungsposten deutscher Bilanzen.

Hinweis vom Finanzamt: Die Steuern vom Vorjahr lassen sich nicht als Fehlinvestition absetzen.

Die Väter nagten in sibirischen Gefangenenlagern Baumrinde. Die Söhne fluchen über steigende Preise beim Kaviar.

Schild an der Rückscheibe einer „Ente“: „Wir sind die Leute, vor denen uns unsere Eltern warnten!“

Das Pfund der Versicherungen ist die Umsicht der Versicherten.

Der Automarkt wird immer mehr zur Wechselstube.

Das beste Computersystem ist immer so schlecht, wie seine Softworker.

Wer es mit der Wende ernst meint, muß unverzüglich aus dem Schimpf „Azubi“ wieder einen stolzen Lehrling machen.

Jeder Stadt ihre Universität – dann können die Studiosi sozial zu Hause wohnen! Jetzt haben sie ihre teure „Bude“ zwei Straßen weiter.

Fernsehen verbiegt die Moral.

Allein 1983 wird der Stifterverband 53 Millionen Mark in Förderaufgaben stecken

Der Staat muß Stifter „schaffen“

Von KLAUS LIESEN

Ein Land, das – wie die Bundesrepublik Deutschland – über keine nennenswerten Rohstoffvorkommen verfügt, ist auf seine wissenschaftliche und technische Intelligenz angewiesen. Sein Leistungsstand ist abhängig von der Qualität der Ausbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses. Wird diese vernachlässigt, werden die Fundamente untergraben, welche die wirtschaftliche und soziale Zukunft sichern.

Ein Land, das – wie die Bundesrepublik Deutschland – zu den führenden Industrie- und Wissenschaftsnationen zählt, ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch wissenschaftlich angewiesen auf eine intensive internationale Zusammenarbeit, das heißt, auf ein Geben und Nehmen. Es kann sich auch nicht der Mitverantwortung für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses von Ländern entziehen, die noch nicht über die erforderlichen Ausbildungskapazitäten verfügen.

Die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses im nationalen und internationalen Rahmen ist ein zentrales Anliegen des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft.

In der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Notsituation nach dem ersten Weltkrieg wurde der Stifterverband als Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft zur Förderung der Wissenschaft gegründet und 1949 wieder errichtet. Er hat sich die Aufgabe gestellt, in Zusammenarbeit mit den zentralen Selbstverwaltungsorganisationen der Wissenschaft – zum Beispiel der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft und der Alexander-von-Humboldt-Stiftung – die Grundlagenforschung und den wissenschaftlichen Nachwuchs mit den Spenden- und Stiftungsmitteln zu fördern, die ihm seine Mitglieder zur Verfügung stellen. Seine Tätigkeit ist vor allem auf das Gemeinwohl gerichtet.

Welche Rolle kann – quantitativ und qualitativ – eine private Einrichtung der Wissenschafts- und Nachwuchsförderung spielen? Wir haben uns in Deutschland zunehmend daran gewöhnt, den Staat – Bund und Länder – für die Finanzierung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre verantwortlich zu machen. Eine solche Finanzierung ist jedoch, wie ein Blick über die Grenzen – vor allem in die angelsächsischen Länder – zeigt, nicht überall üblich. Auch hierzulande flossen und fließen erhebliche Mittel aus privaten Quellen an Universitäten und Forschungsinstitute. Die privatrechtliche Organisation der genannten Förderungseinrichtungen der Wissenschaft ist auf eine Mischfinanzierung aus öffentlichen und privaten Quellen hin angelegt.

Von Bedeutung ist vor allem die qualitative Rolle der privaten Förderungsmittel. Sie unterliegen nicht den Haushaltsvorschriften und Bewirtschaftungsgrundsätzen, die für die Vergabe öffentlicher Mittel maßgebend sind. Die privaten Mittel sind flexibler einsetzbar und können damit eine wichtige Initiativfunktion übernehmen.

In diesem Sinne setzt der Stifterverband die ihm zur Verfügung stehenden Mittel konsequent ein. 1982 beliefen sich die Spenden der Mitglieder und die Erträge der vom Stifterverband betreuten Stiftungen auf insgesamt rund 53 Millionen DM. Diese Mittel kommen der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und anderen Schwerpunktaufgaben zugute, wie auf dem Gebiet der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit und der Geisteswissenschaften.

So fördert der Stifterverband durch seine Schülerleistungswettbewerbe in Mathematik und modernen Fremdsprachen die frühzeitige Entdeckung von Talenten, so ermöglicht er der Studienstiftung des deutschen Volkes im Rahmen von Sonderprogrammen die Förderung besonders begabter Studenten und Doktoranden. Außerdem unterstützt der Stifterverband die von ihm betreuten Stiftungen bei der gezielten Vergabe von Stipendien für qualifizierte Studenten und Nachwuchswissenschaftler und stellt der Deutschen Forschungsgemeinschaft Mittel für befristete Forschungsstipendien für junge deutsche Wissenschaftler zur Verfügung, die nach mehrjähriger Tätigkeit im Ausland nach Deutschland zurückkehren wollen.

DR. KLAUS LIESEN

Geboren 15. 4. 1931 in Köln. Studium der Rechte in Marburg, Köln und Göttingen, Begleitstudium Volks- und Betriebswirtschaft. 1957 Promotion zum Dr. jur. 1958 Assessor. 1960 bis 1963 Hilfsreferent im Bundesministerium für Wirtschaft. Ab 1963 tätig in verschiedenen Funktionen der Ruhrgas AG, Essen, 1970 stellvertretendes Vorstandsmitglied und seit 1976 Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrgas AG. Seit 1980 Vorsitzender des Vorstandes des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft Essen. Mitglied des Präsidiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft und des Senats der Max-Planck Gesellschaft.



Darüber hinaus fördert er durch die Vergabe von Gutachten und durch die Veranstaltung von Expertengesprächen die Meinungsbildung zu wichtigen Nachwuchsfragen. Als Beispiele seien eine Studie über die Attraktivität ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge und ein Expertengespräch zum Thema „Förderung wissenschaftlicher Spitzenleistungen – Begründungen und Wege“ erwähnt.

Neben diesen auf die deutsche Situation zugeschnittenen Fördermaßnahmen steht der internationale Aspekt. Mit Hilfe des Stifterverbandes finanziert zum Beispiel die Alexander-von-Humboldt-Stiftung die Kontakte mit ihren ehemaligen Forschungsstipendiaten – qualifizierten jungen Wissenschaftlern aus aller Welt. Des weiteren werden zum Beispiel brasilianische Nachwuchswissenschaftler zu Forschungs- und Studienaufenthalten in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen oder Studienstipendien des Deutschen Akademischen Austauschdienstes an ausländische Studierende ingenieur- und naturwissenschaftlicher Fachrichtungen vergeben.

Ziel dieser Aktivitäten ist es, Studenten und Wissenschaftlern anderer Länder in der Bundesrepublik Deutschland Studien- und Forschungsmöglichkeiten anzubieten, für die jeweils ein besonderer Bedarf besteht.

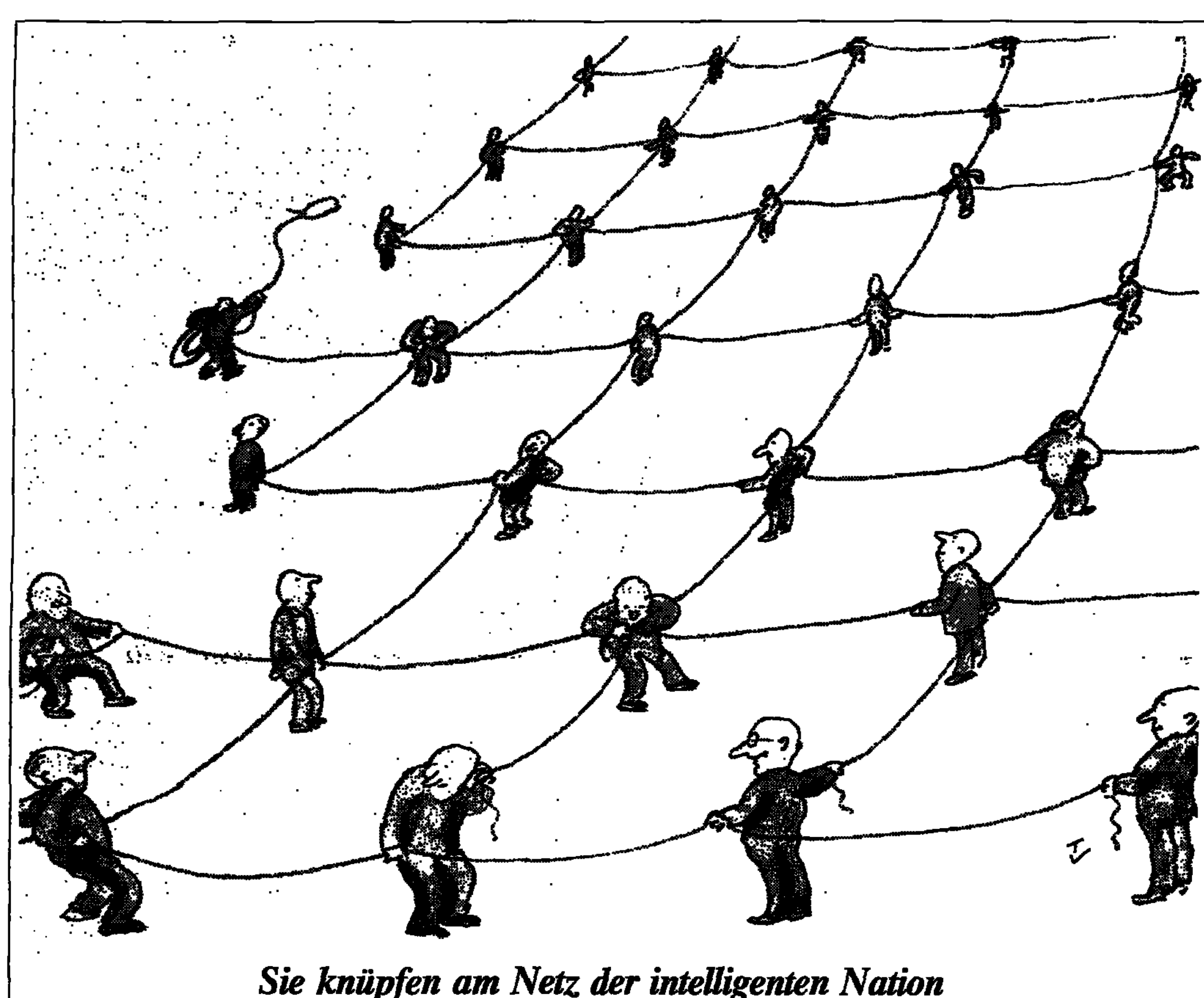
Aktuell wird vom Stifterverband in enger Zusammenarbeit mit norwegischen Hochschulen ein Stipendienprogramm für norwegische Wirtschaftswissenschaftler vorbereitet. Dieses Stipendienprogramm soll zugleich der Intensivierung der wissenschaftlichen Beziehungen auf diesem für beide Länder wichtigen Gebiet dienen.

Alle diese Förderungsaktivitäten sind nicht auf Dauer angelegt; stehen öffentliche Mittel zur Verfügung, beendet der Stifterverband seine Förderung und stellt seine Mittel für neue Aufgaben zur Verfügung. An Zielen und Themen fehlt es nicht.

Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines solchen auf Innovations angelegten Förderungsverfahren sind die finanziellen Mittel. Spenden werden üblicherweise von Jahr zu Jahr vergeben, Stiftungen nur errichtet, wenn die Rahmenbedingungen motivierend und nicht abschreckend sind. Niemand fühlt sich zu Spenden für die Wissenschaft motiviert, wenn ergänzende private Mittel in Universitäten öffentlichen Mitteln gleichgestellt werden.

Niemand fühlt sich ermutigt, eine Stiftung zu errichten, wenn er damit rechnen muß, daß diese schon nach wenigen Jahren ihre Aktivitäten einschränken muß, weil sie keine Rücklagen zur Erhaltung ihrer Leistungskraft bilden darf. Ein wichtiges Anliegen des Stifterverbandes ist es daher, sich für Rahmenbedingungen einzusetzen, die ein spenden- und stiftungsfreundliches Klima ermöglichen. Regierungen und Parlamente sind aufgefordert, dafür die gesetzlichen und administrativen Voraussetzungen zu schaffen. Sie wären schlecht beraten, wenn sie die Bereitschaft von Bürgern und Unternehmen, sich bei der Förderung der Wissenschaft und des wissenschaftlichen Nachwuchses zu engagieren, hemmten, statt sie zu fördern.

Daß dieses private Engagement geweckt und gefördert werden kann, zeigt die Entwicklung des Stifterverbandes: In einem Zeitraum von zwanzig Jahren wurden mit seiner Hilfe 85 Stiftungen unterschiedlichster Größenordnung errichtet und in die treuhänderische Verwaltung übernommen, davon zahlreiche mit der ausdrücklichen Aufgabe der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. ■



Sie knüpfen am Netz der intelligenten Nation



352 S., 16,80 DM



Fachpublikationen zur Studien– und Berufswahl

Erhältlich in Hochschulbuchhandlungen oder über den Herausgeber: Joerg E. Staufenbiel, Postfach 101850, 5000 Köln 1



Software – Systementwicklung

Wir arbeiten an zukunftsweisenden Technologien auf den interessantesten technischen und kommerziellen Anwendungsgebieten von der Raumfahrt- über Kommunikations- und Wehrtechnik bis zu komplexen Informations- und Führungssystemen teilweise unter Einbeziehung der graphischen Datenverarbeitung und professioneller BTX-Anwendung.

Für verschiedene Projekte, die alternativ an unserem Firmenstandort Friedrichshafen (Bodensee), in Frankfurt, München oder bei Flensburg realisiert werden, suchen wir hochqualifizierte

Diplom-Informatiker (FH/TH)

mit unterschiedlichen Kenntnis- und Erfahrungsschwerpunkten entweder auf dem Sektor Großrechner (z. B. IBM, Tandem) oder Prozeßrechner (z. B. PDP 11, VAX/VMS) mit jeweils Kenntnis von mindestens zwei höheren Programmiersprachen und einer Assembler-Sprache sowie fundiertes Fachwissen auf dem Gebiet der Software für Echtzeitsysteme.
Wenn Sie ein Spektrum hochinteressanter und abwechslungsreicher Aufgaben, teilweise unter Einbeziehung internationaler Zusammenarbeit bzw. der Übernahme von Projektführungsverantwortung reizt, senden Sie uns bitte Ihre aussagefähige Bewerbung mit deutlicher Angabe Ihrer Kenntnis- und Erfahrungsschwerpunkte sowie Ihrer Zielvorstellungen (hierzu können Sie auch vorab unseren Personalfragebogen anfordern).

**Dornier System GmbH
– Personalabteilung –
Postfach 13 60
7990 Friedrichshafen**

DORNIER

BMW sucht einen Organisator für Personalsysteme. Unsere Personalarbeit orientiert sich an den qualifizierten Ansprüchen des Unternehmens und der Belegschaft. Dabei setzen wir auch organisatorisch und DV-technisch fortschrittliche Maßstäbe. Wollen Sie uns helfen, diese Herausforderung zu bewältigen? Eine Aufgabe, die Sie fachlich und persönlich fordern, aber auch ausfüllen wird.

Organisator Personalsysteme

Aufgaben
Mitarbeit bei der Entwicklung und Pflege von DV-Systemen der Lohn- und Gehaltsabrechnung, Personalverwaltung und Zeiterfassung unter Berücksichtigung gesetzlicher Auflagen und der Belange der Anwender. Erarbeiten von Konzepten und Projektvorlagen in Abstimmung mit der Systementwicklung sowie Mitwirken bei der Einführung der Systeme. Überprüfen neuer Problemstellungen auf Integrierbarkeit mit bestehenden Abläufen und DV-Systemen.

Qualifikation
Wir erwarten eine Hochschul- oder Fachhochschulausbildung (Betriebswirtschaft, Wirtschaftsingenieurwesen, Informatik) oder vergleichbare, anderweitig erworbene Kenntnisse. Außerdem sind eine mehrjährige Berufserfahrung in der Lohn- und Gehaltsabrechnung sowie gute Kenntnisse in Systemanalyse und Organisation Voraussetzung. Persönlich erwarten wir Initiative, Integrationsfähigkeit und einen teamorientierten Arbeitsstil.

Nehmen Sie bitte Kontakt auf mit der BMW AG, Personalwesen PZ-601, Postfach 400240, 8000 München 40. Senden Sie uns aussagefähige Unterlagen – berufliche und persönliche Daten, Gehaltswunsch und möglichen Eintrittstermin. Geben Sie als Kennwort die Position aus dieser Anzeige an.



Steigen Sie ein in die Pharmazie

Mit ihren Produktlinien Sanol Schwarz, Pharma Schwarz und Melusin Schwarz gehört die Pharmagruppe Schwarz zu den führenden Anbietern von pharmazeutischen Produkten in der Bundesrepublik Deutschland. Die Weiterentwicklung hochwertiger Arzneimittelspezialitäten gewährleistet auch in Zukunft die Realisierung ehrgeiziger Zielsetzungen.
Insbesondere in einem Unternehmen unserer Größenordnung finden Sie günstige Entwicklungsmöglichkeiten bei genügendem Spielraum zur persönlichen und fachlichen Entfaltung. Daher bieten wir

Hochschulabsolventen

wirtschaftswissenschaftlicher Fachrichtungen mit dem Schwerpunkt Marketing **zwei Einstiegsmöglichkeiten:**

Im Rahmen unseres neu konzipierten **Traineeprogramms** lernen Sie während einer ressortübergreifenden Grundausbildung unser Unternehmen kennen. Bereits in der Spezialisierungsphase entscheiden Sie sich für einen späteren Einsatz innerhalb des Geschäftsführungsbereiches Marketing.

Eine interessante Alternative ist der direkte Einstieg in den Bereich **„Marketing-Daten-Service"**. Auf der Basis vorhandener Kenntnisse in den methodischen Ansätzen der Marktforschung werden Sie innerhalb eines jungen Teams z. B. an der Erstellung von Marktanalysen und Konkurrenzanalysen, Entscheidungsvorbereitungen für das Produktmanagement usw. mitwirken.

Wenn Sie über gute theoretische Kenntnisse verfügen – die Praxis erhalten Sie bei uns: In beiden Startpositionen erhalten Sie eine gezielte Ausbildung, wobei wir Sie sehr schnell mit konkreten Aufgaben konfrontieren werden (training on the job). Ergänzend bieten wir Ihnen eine permanente Weiterbildung nach modernsten Lehrmethoden.

Mehr zu uns, der Tätigkeit und den Vertragsbedingungen möchten wir Ihnen in einem persönlichen Gespräch sagen. Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an unsere Abteilung Personalwesen. Schreiben Sie uns auch, welche Einstiegsalternative Sie bevorzugen.

Spezialist im Dienst der Gesundheit

SANOL SCHWARZ

Sanol Schwarz GmbH
Mittelstraße 11–13
4019 Monheim
Telefon 0 21 73/5 93-0

Wir sind eine angesehene Bausparkasse mit Sitz in München. Unser Außenstellennetz wird weiter ausgebaut, und wir suchen dafür kontakt- und einsatzfreudige Mitarbeiter als

Bezirksdirektoren

Sie sollten

- Außendiensterfahrung im Dienstleistungsbereich mitbringen (Bausparen, Versicherung, Bank o. ä.)
- Mitarbeiter suchen und produktionsorientiert führen können, sich also Erfolge in der Orga-Arbeit zutrauen
- Ihr unternehmerisches Handeln und Ihr organisatorisches und verkäuferisches Geschick vor allem in der konkreten Tagesarbeit vor Ort unter Beweis stellen
- den Ehrgeiz haben, ein aufgebautes Gebiet (großer Kunden- und Geschäftsfreundebestand) gut voranzubringen.

Auf eine gründliche Einarbeitung in die verantwortungsvolle Position legen wir großen Wert.

Wir bieten Ihnen: lukrativen Angestelltenvertrag, Erfolgsbeteiligung aus dem Bauspar- und Versicherungsgeschäft, Reisespesen, Versicherungsschutz, betriebliche Altersversorgung.

Sie fühlen sich angesprochen? Dann sollten wir auf jeden Fall miteinander reden. Bitte schreiben Sie uns, wir antworten sofort. Streng vertrauliche Behandlung Ihrer Bewerbung sichern wir Ihnen zu.

Heimstatt-Bausparkasse, Hauptabteilung Neugeschäft/Außenorganisation Marketing, HA 2.1, Postfach 15 10 20, Haydnstr. 6, 8000 München 15





HYPO-BANK

BAYERISCHE HYPOTHEKEN- UND WECHSEL-BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Die HYPO-BANK mit Hauptsitz in München ist eine der großen Banken Deutschlands. Über das ursprüngliche Stammgebiet Bayern ist sie längst hinausgewachsen. Heute ist die HYPO-BANK im gesamten süddeutschen Raum, in wichtigen Zentren West- und Norddeutschlands und in Berlin vertreten. Sie bietet ihren Kunden alle Dienstleistungen einer Geschäfts- und Hypothekenbank.

Die HYPO-BANK bietet Hochschulabsolventen mit wirtschafts- oder rechtswissenschaftlichem Studium (Diplom-Kaufmann, Diplom-Ökonom, Diplom-Volkswirt, grad. Betriebswirt, Jurist) ein intensives

Trainee-Programm

das sich auf das gesamte Bankgeschäft erstreckt. Das bestehende Rahmenprogramm kann in den einzelnen Ausbildungsstufen flexibel gehandhabt werden.

Wir erwarten von den Bewerbern uneingeschränkte Mobilität und Flexibilität, Kontaktfreudigkeit, hohe Einsatzbereitschaft und Sprachkenntnisse. Studienschwerpunkt Bankbetriebslehre, eine abgeschlossene Berufsausbildung als Bankkaufmann oder eine gleichwertige kaufmännische Ausbildung wären von Vorteil.
Nach erfolgreichem Abschluß des Trainee-Programms warten auf die Absolventen qualifizierte Aufgaben im gesamten Außenstellenbereich und den zentralen Bereichen.
Senden Sie bitte Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, Abt. OP/PV, Arabellastr. 12, 8000 München 81.



Rodney Zaks
MEIN ERSTER COMPUTER
2. überarbeitete Ausgabe, 320 Seiten, 150 Abbildungen
Ref.-Nr.: 3020, DM 28,–, ISBN 3-88745-020-6 (1982)

Die Einführung für jeden, der den Kauf oder den Gebrauch eines Kleincomputers erwägt. Das Buch setzt weder technisches Spezialwissen noch eine EDV-Erfahrung voraus. Alle Konzepte und Begriffe werden vor ihrer Anwendung erklärt. Das Wie und Warum des persönlichen und geschäftlichen Gebrauchs von Kleincomputern wird allgemeinverständlich dargestellt.



SYBEX-VERLAG
Abt. DW 1183 · Postfach 1[illegible]13 · 4000 DÜSSELDORF 12
Telefon 0211/287066, Telex [illegible]

b.i.b.

In unseren EDV-Bildungszentren in Paderborn und Bergisch-Gladbach bieten wir Ihnen die Chance einer praxisnahen Aus- und Fortbildung zur Sicherung Ihrer beruflichen Zukunft

Wenn Sie über **Berufserfahrung** verfügen, bilden wir Sie in 2 Jahren – Beginn 1. 4. und 1. 10. – beruflich hoher qualifizierend aus zum:

Wirtschaftsinformatiker
(einschl. staatl. gepr. Betriebswirt EDV)

Computertechniker
(einschl. staatl. gepr. Techniker EDV)

CNC-Anlagentechniker
(staatl. gepr. Techniker für computergesteuerte Werkzeugmaschinen)

Wenn Sie das **Abitur** haben, erlangen Sie bei uns in 2 Jahren – Beginn 1.10. – die zukunftsorientierte Berufsausbildung:

Wirtschaftsassistent Informatik
(zusätzl. Berufsabschluß durch IHK-Prüfung)

Technischer Assistent Informatik
(staatl. gepr.: anerkannter Berufsabschluß)

- Staatlich anerkannte Schulen
- Förderung durch Arbeitsämter, Bundeswehr und BAFöG möglich
- Rechenzentren mit über 50 Bildschirmplätzen
- CNC-Maschinensysteme und Elektroniklabors
- Mehr als 200 Appartements in unserem Wohnheim neben der Schule (Pb)
- Zusammenarbeit mit vielen Wirtschaftsunternehmen

Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe e.V.
Fürstenallee 3-5, 4790 Paderborn, Tel. (05251) 3 44 22/23
Hauptstr. 2b, 5060 Bergisch Gladbach 2, Tel. (02202) 5 60 35



Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Feuerbachstraße 42-46, 6000 Frankfurt a. M. 1
Telefon 06 11/71 11-1, Telex 411 632

Fach- und Führungskräfte vermittelt

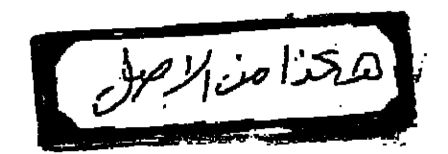
Büro Führungskräfte der Wirtschaft – BFW
Telefon 06 11/7111-346
Vorstände, Direktoren und Geschäftsführer für mittlere und große Unternehmen

Inlandsabteilung
Telefon 06 11/7111-283
Geschäftsführer und -leiter, Hauptabteilungsleiter und Abteilungsleiter der oberen und mittleren Führungsebene sowie leitende Stabskräfte mit Berufserfahrung

Auslandsabteilung
Telefon 06 11/7111-252
Arbeitschancen im Ausland für Fach- und Führungskräfte in Europa und Übersee; Experten in der Dritten Welt und bei internationalen Organisationen; Führungsnachwuchs in Europa



Bundesanstalt für Arbeit



Die Stimmen gegen die steigende Flut der akademischen Titel in Management-Positionen häufen sich

Auch der Herr Dr. sollte bescheiden sein

Von JOCHEN KIENBAUM

Der Trend, in Management-Positionen einen akademischen Titel vorauszusetzen, steigt. Das gilt generell für alle Branchen und Unternehmensgrößen, für alle regionalen Bereiche und für alle Managementebenen. Hinter dieser Entwicklung bleibt lediglich der Vertriebsbereich etwas zurück, in dem ein Aufstieg aus Verkäufertätigkeiten an der Basis auch heute noch relativ häufig vorkommt.

Diese Situation wird nicht nur positiv beurteilt. Aus der Praxis ist der Einwand nicht zu überhören, daß der Führungsnachwuchs eine fachliche Schlagseite hat, die den augenblicklichen und erst recht nicht den künftigen Anforderungen an eine gehobene Führungskraft gerecht wird.

Es ist selbstverständlich, daß jedem Studenten anzuraten ist, in seinem Bereich fachliche Stärken zu entwickeln und auch die fachübergreifende Orientierung nicht zu verlieren. Aber gerade angesichts beträchtlicher Bewerberzahlen für eine stagnierende Zahl an offenen Stellen steigt die Auswahlrelevanz von nichtfachlichen Merkmalen der Bewerber.

Nach dem Universitätsabschluß beginnt ein neuer Lebensabschnitt, in dem der Wechsel in die praktische Berufstätigkeit durch Übernahme einer Nachwuchsaufgabe gemeistert werden muß. Trotz der vielfältigen und gezielten Anstrengungen, die heute vonnöten sind, um einen reibungslosen Übergang zu schaffen, verkennen viele Universitätsabsolventen ihre neue Situation. Da gibt es beispielsweise überhebliche Einschätzungen der eigenen fachlichen Qualifikation und der vergütungsbezogenen Möglichkeiten. Als Folge werden bewährte Mitarbeiter ohne vergleichbare Ausbildung herablassend behandelt. Oder es werden nach der erfolgreichen Einarbeitung überzogene Anforderungen gestellt, deren Nichterfüllung Arbeitsunlsut und Unzufriedenheit mit sich bringt.

Hier handelt es sich um unrealistische Haltungen, die einer langfristig erfolgreichen Entwicklung des Nachwuchsmannes oder der Nachwuchsfrau entgegenstehen. In Unternehmen zählt nach wie vor eine Bescheidenheit, die sich in das bestehende Unternehmensgefüge als neues Glied einzuordnen versteht und dort die Lernmöglichkeiten im Rahmen der gestellten Aufgaben voll ausschöpfen kann.

Schließlich ist für den Mitarbeiterstamm das Hinzukommen eines neuen Mitarbeiters neben der erhofften Arbeitsentlastung und der Steigerung der Gesamteffektivität auch immer eine unsichere und für die eigene Position eventuell bedrohliche Situation. Hier muß die neue Nachwuchskraft ein flexibles Verhalten an den Tag legen, das die Leistungen des bewährten Stammes anerkennt und auf dieser Basis aufbaut.

Dem persönlichen Einsatz kommt nach wie vor eine mitentscheidende Funktion zu, wenn etwa zwischen mehreren Bewerbern für eine Position auf der fachlichen Ebene ein Gleichstand herrscht. Beispielsweise ist es ein bedenkliches Kennzeichen für die Arbeitshaltung, wenn schon im ersten Vorstellungsgespräch beim möglichen Arbeitgeber Fragen nach Arbeitszeit und nach Altersversorgung gestellt werden.

Es ist sicherlich eine zentrale Aufgabe von Personalentscheidern, Merkmale aus dem bisherigen beruflichen Werdegang des Bewerbers herauszufiltern, die einen Rückschluß auf derartige Einstellungen erlauben. Nur auf diese Weise sind böse Überraschungen in der Zukunft vermeidbar. Denn nicht Vorschußlorbeeren, die von Zeugnissen oder dem ersten Gesprächseindruck herrühren, sondern die tatsächlichen Leistungen müssen den entscheidenden Bezugsrahmen bilden.

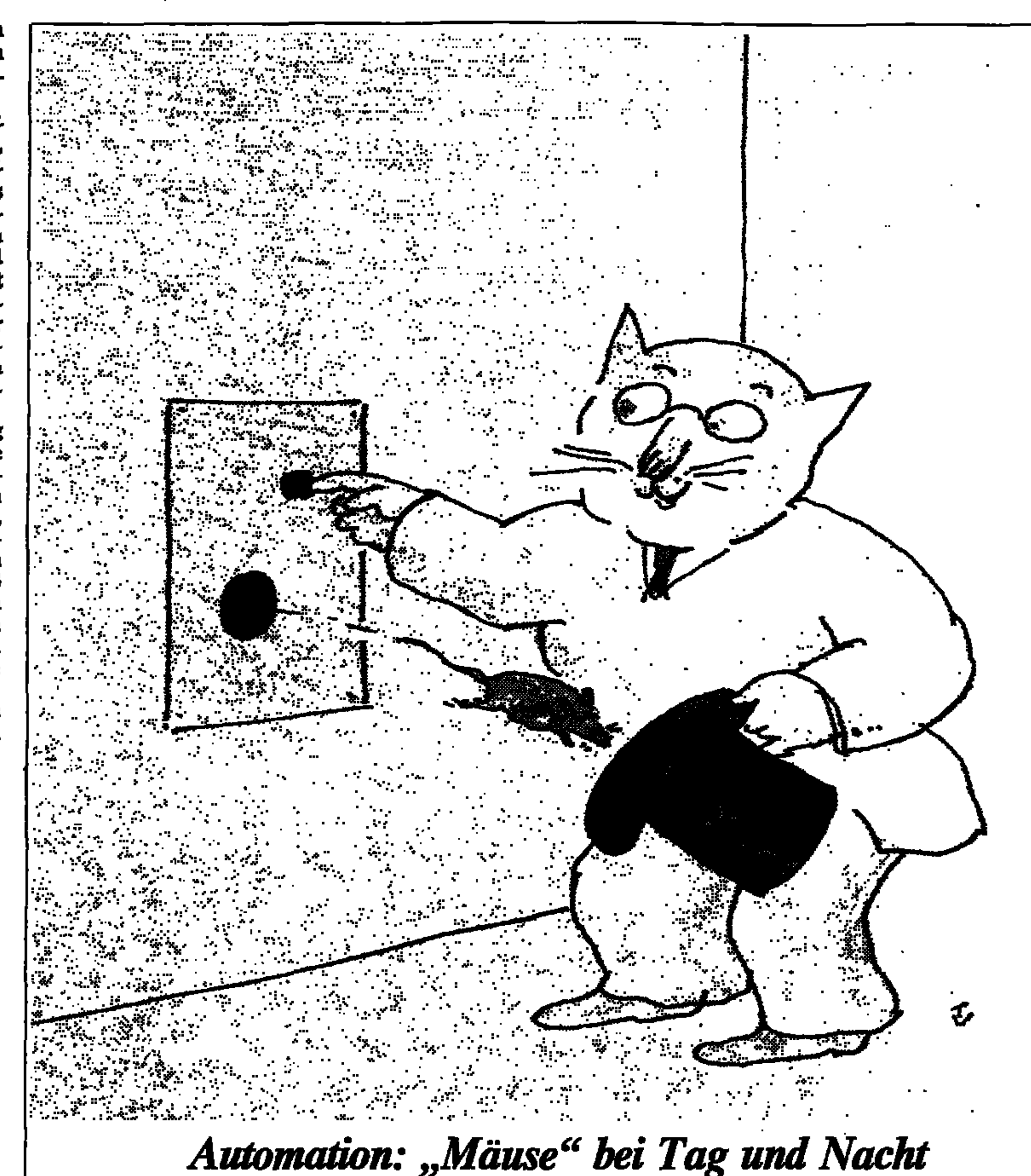
Wichtig ist die innere Einstellung und Überzeugung, daß der spätere Aufstieg im Unternehmen ganz wesentlich von den eigenen Leistungen bestimmt wird. Dann wird die Frage, welche Aufstiegswege das Unternehmen im vorhinein „denn bieten kann", zweitrangig. Vielmehr muß ein gesundes Wettbewerbsdenken herrschen, das an die eigene Person herausfordernde und kontinuierlich ansteigende Leistungsanforderungen stellt.

Einige Untersuchungen haben den gesellschaftlichen Trend aufgezeigt, daß sowohl bei Schülern und Studenten wie auch bei gestandenen Managern die Wertigkeit von Familie und Freizeit gegenüber dem Beruf deutlich aufgeholt hat. Diese Entwicklung muß gebremst werden, weil die Aufgaben der künftigen Führungskräfte die Anforderungen an die fachliche und die persönliche Reife noch weiter steigen lassen werden.

Es gibt eine Reihe von Verhaltensweisen, die Vorgesetzte bei Nachwuchskräften achten und honorieren. Mancher Berufsanfänger bringt dieses Verhalten von Natur aus mit, mancher sollte es sich als Lernziel setzen und planmäßig darauf hinarbeiten.

Eines dieser Merkmale ist die Freude an neuen Erfahrungen, die durch wechselnde berufliche Aufgaben vermittelt werden. Es ist keine Selbstverständlichkeit, daß Nachwuchskräfte derartige, aus ihren bisherigen Erfahrungsfeldern herausfallende Anforderungen begrüßen und sie als Chance der Kompetenzerweiterung auffassen. Hier muß eine Offenheit entwickelt werden, die neue Erfahrungen toleriert und sich schnell auf neue Anforderungssituationen einstellen kann. Eine mißtrauische und reservierte Einstellung bildet dagegen Schranken, die Lernfortschritte behindern und eine gegenseitige Verunsicherung mit sich bringen.

In Unternehmen aus Handel und Industrie herrschen ander Gesetzmäßigkeiten und Wertemuster als auf der Universität. Nun ist es nicht sinnvoll, von einem Berufsanfänger das Umkrempeln der eigenen Persönlichkeit mitsamt den wichtig gewordenen Lebensinhalten zu erwarten. Aber es unterscheidet nicht selten erfolgreiche von nicht erfolgreichen Nachwuchskräften, wie diese mit der Spannungssituation unterschiedlicher Werte und Erwartungen umgehen können. Die erste berufliche Station sollte als Chance aufgefaßt werden, in einer gesunden Integration die eigene Persönlichkeit weiterzuformen und zu festigen, um zu einem innerbetrieblich anerkannten Gesprächspartner zu werden.



Automation: „Mäuse" bei Tag und Nacht

Die wirtschaftliche Situation vieler Industrieunternehmen und die langfristigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt sind Rahmenbedingungen, die viele Nachwuchs- und Führungskräfte zu übertriebenem Pessimismus verleiten. Dagegen setzen Kreativität und Improvisationsvermögen, die heute mehr denn je von Bedeutung sind, eine optimistische Grundhaltung voraus. Sie äußert sich in einer aktiven Frische, die schon im äußeren Erscheinungsbild und dann auch in der Art und Weise, wie Aufgaben angepackt werden, zum Ausdruck kommt. Hierzu gehört etwa die Freundlichkeit gegenüber Mitarbeiten, die in der ganz wichtigen Anfangsphase der Zusammenarbeit deren Bereitschaft zu Anerkennung und Hilfestellung bestimmt. Viele neue Mitarbeiter mußten die Erfahrung machen, daß hier ein erster negativer Eindruck nur sehr schwer zu korrigieren ist. Anstrengungen und das „an sich selbst arbeiten" zahlen sich deshalb aus, wenn es um aktives und freundliches Auftreten geht.

Vorsichtsgedanken und eine übertriebene Besonnenheit können den Blick für neue fachliche *Ansatz*weisen und Lösungsmöglichkeiten trüben. Wieviel produktiver ist der Vorsatz, daß prinzipiell alle anstehenden Probleme gelöst werden können. Diese Haltung ermutigt dazu, durch systematische Strategien die Hindernisse auf dem Weg zum Ziel auszuräumen. Und sie zeigt, daß sicherlich auch ein hohes Maß an fachlicher Qualifikation vorhanden sein muß, um nicht als oberflächlich zu gelten. Optimismus und Risikobereitschaft bilden eine gewisse Grundschnelligkeit heraus, die – wie beim Sportler – vorhanden sein muß, auf neue Herausforderungen effektiv reagieren zu können.

Viele Leser mögen sich gefragt haben, wie hoch oder besser wie niedrig der Prozentsatz an Führungsnachwuchskräften sein mag, die über die geschilderten Wunschmerkmale verfügen. Doch hier ist vorschneller Pessimismus und Zurückhaltung fehl am Platz. Denn es entspricht modernen Forschungsergebnissen, daß die Flexibilität und Lernfähigkeit des Menschen oft beträchtlich unterschätzt wird. Folgerichtig gibt es zahlreiche Lernmöglichkeiten, um den heutigen Ist-Zustand der Persönlichkeit an die Anforderungen einer Führungskraft von morgen anzupassen.

Ein erstes Stichwort ist angesichts zahlreicher gleichzeitig gestellter Aufgaben und vieler Störquellen das Erlernen von wirksamen Arbeitstechniken. Dazu müssen

aufgabenspezifische Ziele festgelegt werden,

Prioritäten gesetzt und eine Bearbeitungsreihenfolge vereinbart werden,

Delegationsmöglichkeiten geprüft werden,

Bearbeitungszeiträume berücksichtigende Tagespläne erstellt

und den Lernfortschritt sichernde Ergebniskontrollen durchgeführt werden.

Ebenso kann es von großer Bedeutung für eine Nachwuchskraft sein, wenn sie das soziale Gespür entwikkelt, um Entscheidungsverläufe im Unternehmen zu erkennen. Neben der formalen Organisationsstruktur gibt es aus der Geschichte des Unternehmens heraus entstandene Schnittstellen, an denen wesentliche Informationen zusammenlaufen und Entscheidungen getroffen oder zumindest vorbereitet werden. Diese „geheimen Zentren der Macht" zu identifizieren kann eine wichtige Voraussetzung dafür sein, sich im Unternehmen zurechtzufinden und erfolgreich zu sein.

Ein karrierebestimmender Faktor ist sicherlich auch das Ausmaß, in dem die Nachwuchskraft in der Lage ist, wichtigen betrieblichen Bezugspersonen durch die geleistete Arbeit einen Nutzen zu vermitteln. Die Vorteile, die der einzelne durch fachliches Können und durch zwischenmenschliche Anpassungsfähigkeit vermitteln kann, bestimmen seinen Stellenwert gegenüber Mitkonkurrenten beim beruflichen Aufstieg.

Diese Ausrichtung auf Bedürfnisse von Vorgesetzten bedeutet nun nicht ein banales Nach-dem-Munde-Reden, sondern harte und präzise Tagesarbeit, die sich problembewußt an den gestellten Aufgaben orientiert. Sie vermeidet es aber, den Blickwinkel ausschließlich auf begrenzte Fachthemen zu lenken und damit den Bezug zu den Interessen der Vorgesetzten völlig zu verlieren.

Hier fällt es nicht schwer, die Brücke zu einer weiteren wichtigen Strategie zu schlagen, die sich mit der Darstellung und der Präsentation der beruflichen Leistungen beschäftigt. Es gibt viele fachlich versierte Arbeitskräfte, die ihr Licht unter den Scheffel stellen und einfach nicht in der Lage sind, die Früchte ihrer Arbeit nach außen hin offenkundig zu machen. Damit ist nicht ein täuschendes „mehr scheinen als sein" gemeint, sondern eine ausgefeilte Präsentationstechnik der eigenen Leistungen, an deren Qualität es sicherlich auch nicht mangeln darf. Aber es gehört eine gesunde Portion Cleverness dazu, um angesichts einer generell steigenden fachlichen Qualifikation im Wettbewerb nicht unter ferner liefen zu verbleiben. Die wirkungsvolle Darstellung der eigenen Leistungen stellt hohe Anforderungen an das mündliche und das schriftliche Ausdrucksvermögen.

Die Bedeutung der Fähigkeit, wichtige Sachverhalte schnell, präzise und stilistisch ausgereift in Worte fassen zu können, wird auf universitärer Seite gelegentlich sträflich unterschätzt. Insbesondere im administrativen Unternehmensbereich ist Sprache ein ganz wichtiges Medium, um die eigenen Leistungen und Problemlösungen mitteilbar zu machen. Schon an Studenten gilt deshalb der Rat, in Seminaren auch auf freiwilliger Basis schriftliche Ausarbeitungen und mündliche Referate zu übernehmen, um die Situation ganz bewußt als Übungsfeld für spätere Anforderungen auszunutzen. Das Können, beispielsweise bei mündlichen Vorträgen nicht am Blatt kleben zu müssen, sondern in freier Rede von Stichwort zu Stichwort übergehen zu können, bedeutet einen unschätzbaren Pluspunkt. Er ist in vielen fachlichen Bereichen mit dem Beherrschen einer Fremdsprache gleichzusetzen.

Auch die vielzitierte Allgemeinbildung halte ich nach wie vor für einen wichtigen karrierefördernden Gesichtspunkt. In einer Zeit, in der im Studium eine starke Spezialisierung stattfindet und ein „Studium generale" aus zeitlicher und finanzieller Perspektive heraus die Ausnahme ist, muß in der Freizeit durch vielseitiges Lesen und durch kulturelle Interessen das Defizit in diesem Sektor aufgeholt werden. Nicht selten hat sich ein Nachwuchsmann durch intelligentes, auf kulturelle oder gesellschaftliche Dinge bezogenes Gesprächsverhalten bei Geschäftsführern oder Vorständen den Aufstieg gebahnt.

Eine ebensolche Bedeutung kommt der Merkfähigkeit zu. Ein gutes Erinnerungsvermögen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, um zwischen unterschiedlichsten fachlichen Sachverhalten Querverbindungen herzustellen und damit neue Lösungswege zu erkennen. Auf viel einfacherer Ebene kann jeder die Erfahrung machen, wie effektiv ein funktionierendes Namensgedächtnis sein kann. Es erzielt eine starke Wirkung beim Gesprächspartner, der sich wiedererkannt und für wichtig genommen fühlt.

Als letzten Punkt möchte ich darauf hinweisen, daß jede Nachwuchskraft ihre langfristige Karriereplanung aktiv in die eigene Hand nehmen muß. Eine passive Erwartungshaltung dem Unternehmen gegenüber ist heutzutage unpassend. Unter Berücksichtigung der individuellen beruflichen Ziele, die immer auch die eigenen Stärken und Schwächen im Auge behalten sollten, muß der Wechsel aus der ersten beruflichen Station sorgfältig vorbereitet und an eigenen Nutzenüberlegungen gemessen werden.

Auch wenn die Anzahl an Positionen im obersten Management rar ist, bieten sich auch künftig derjenigen Führungskraft zahlreiche qualifizierte Aufgabenfelder, die neben Spezialwissen über ein ausreichendes Maß an übergreifender fachlicher und nichtfachlicher Qualifikation verfügt. Erst dieses Leistungsrepertoire ermöglicht ihr, auch in der Zukunft Koordinations- und Führungsaufgaben in überzeugender Weise wahrzunehmen. ■



JOCHEN KIENBAUM

Geboren 1946, Bankausbildung. Studium der Wirtschaftswissenschaften an der TU Berlin, Dipl.-Kaufmann. Industrielle Auslandstätigkeit mit Schwerpunkten in Controlling und Organisation. Aufbau und Leitung des Kienbaum Büros in Berlin. Geschäftsführer der Kienbaum Unternehmensberatung, Gummersbach.

Größe weckt nur Ansprüche

In den kleinen Firmen ist noch echter Schwung

Von RENATE NICOLAI

Angebot und Nachfrage auf dem Stellenmarkt haben sich bekanntlich sehr gewandelt. Auf allen hierarchischen Ebenen wird entlassen, wo es sich auch nur eben anbietet. Noch nie hat es so viele stellungsuchende Führungskräfte gegeben wie zur Zeit.

Was ändert sich dadurch bei der Stellenbesetzung? Gehen die einstellenden Unternehmen bei der Auswahl des Kandidaten anders vor? Ändern die Kandidaten ihr Verhalten? Die Unternehmen suchen nicht mehr so den Fachmann, den Spezialisten. Bei der Auswahl unter denen der engeren Wahl treten solche Überlegungen in den Vordergrund: Wird der Mann – Frauen stehen meistens gar nicht zur Debatte, da nicht zur Verfügung – bereit sein zum Engagement, wird er mehr leisten, als er sich heute auf Grund der Job-Description vorstellt? Wird er auch bereit sein, sich in ihm fremde Arbeitsgebiete einzuarbeiten? Wird er mehr lateral zu denken sich gewöhnen, als vertikal steigen zu wollen?

Die unternehmensseitige Frage nach dem „Wird er wollen?" kommt aus der Erfahrung der Beratung und Rekrutierung vor der Frage: „Ist er qua Intellekt und Mentalität dazu in der Lage?"

Führungskräfte, die diese beiden Fragen mit Ja beantworten oder vielmehr als hierhin passend identifiziert werden, haben heute beachtliche Chancen.

Ihnen wird geglaubt, daß sie mehr in Richtung geistiges Engagement und weniger im Sinne von Zeiteinsatz leisten werden.



RENATE NICOLAI
Geboren 1938 in Berlin. Studium Literatur und Geschichte in Köln, Paris und Perugia/Italien. Seit 20 Jahren in der Beratung, davon 10 Jahre in der Personalberatung tätig. Seit 1980 Geschäftsführende Gesellschafterin der Nicolai & Partner Managementberatung GmbH, Düsseldorf.

Vor allem bei Nachwuchsführungskräften und oberen Führungskräften ist die Erkenntnis des erforderlichen Mehreinsatzes noch nicht voll durchgesickert. Hier wird zum Beispiel auf einen Quasi-Besitzstand gepocht mit dem Hinweis auf Stellenbeschreibungen sowie disziplinarische/fachliche Über- oder Unterstellungen. Nicht selten sind Sätze zu hören: Wie soll der einzelne denn mehr bringen, wenn ihn um 17.00 Uhr das Putzgeschwader vom Arbeitsplatz vertreibt, sein Vorzimmer Feierabend macht, die Telefonzentrale nicht mehr arbeitet?

Daß heute auf der Ebene der Führungskräfte Leistung des Individuums erbracht werden muß ohne ausdrückliche Aufforderung, scheint bisher im wesentlichen in kleinen Unternehmenseinheiten, in Familienunternehmen, in Handelsgesellschaften oder größeren Handwerksbetrieben verstanden zu werden. Von dort treffe ich auf weniger Freigestellte, Entlassene, Frustrierte. Vereinfacht gesagt, führt das für mich zu dem Schluß: Je größer Unternehmen und Belegschaft, desto höher das Anspruchsdenken des einzelnen und um so kleiner seine Leistungsbereitschaft. Dies gilt vom Hofkehrer bis zum Vorstand.

Solange Führungskräfte des Middle-Managements oder Nachwuchsführungskräfte in den Unternehmen sich noch nicht zu Standortversetzungen bereit erklären oder keine Freizeiteinsätze für Seminare und längerfristige Weiterbildungsmaßnahmen erbringen, solange die jährliche Einkommenssteigerung ohne Zunahme von Engagement als selbstverständlich gilt, wird der Mitarbeiter nicht nur nicht weiterkommen, sondern bald aus dem Netz fallen und von niemandem wieder hereingenommen werden.

Von Mark Twain kommt der berühmte Satz: „Als wir das Ziel aus den Augen verloren, verdoppelten wir die Anstrengung." Wenn wir hier für Ziel = Karriere in Form von Einkommenssteigerung/Sicherheit/Freizeit/Selbstverwirklichung setzen, sollte das Ziel weiterverfolgt werden.

Vorrangig müßten jedoch Begriffe stehen wie Abbau des Anspruchsdenkens und Aufbau der Leistungsbereitschaft – Begriffe, die an verantwortlicher Stelle schon seit geraumer Zeit nicht mehr als „hohl", sondern vielmehr als zwingend gelten. ■

Ist das nicht schizophren? Führungskräfte knapp – und auf der Straße

Der Schönwetter-Boß ist passé Krisen-Manager an die Front!

Von KLAUS DIETZ

Eine steigende Zahl arbeitslos gewordener Führungskräfte einerseits und eine tendenziell noch zunehmende Nachfrage nach qualifizierten Managern andererseits, das sind auf den ersten Blick nur schwer miteinander zu vereinbarende, gegensätzliche Entwicklungen, die heute den Führungskräftemarkt in der Bundesrepublik Deutschland kennzeichnen.

Bei genauerem Hinsehen spiegelt sich darin jedoch deutlich ein Teil der Veränderungen unserer Volkswirtschaft wider. Nach dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit und der sich anschließenden, nur durch kurze Rezession unterbrochenen Wachstumsphase befindet sich die deutsche Volkswirtschaft in einer hartnäckigen konjunkturellen Krise. Sättigungserscheinungen auf vielen Märkten, sinkende oder stagnierende Nachfrage nach Investitionsgütern haben die unternehmenspolitische Landschaft ebenso verändert wie immer deutlicher werdende strukturelle Probleme, die ganze Branchen in Mitleidenschaft ziehen.

> „Es kommt darauf an, durch das eigene Vorbild und klare Voraussetzungen die Mitarbeiter neu zu motivieren, ihren Handlungs- und Entscheidungsspielraum voll auszuschöpfen und dafür auch die Verantwortung zu übernehmen."

Ursachen hierfür sind Verlagerungen der internationalen Angebots- und Nachfrageströme sowie grundlegende technologische Veränderungen – man denke nur an Computer- und Roboter-Einsatz –, die früher bewährte Unternehmenskonzepte außer Kraft setzen und neue Ideen und Ansatzpunkte erfordern.

Die Existenz und die internationale Wettbewerbsfähigkeit hängen künftig noch stärker davon ab, ob die immer rascheren technologischen und strukturellen Entwicklungsprozesse rechtzeitig erkannt und zielstrebig in entsprechende Produkte und damit in Marktchancen umgesetzt werden können. Aufgabe des Managements ist es also, über die Bewältigung der gegenwärtigen Rezession hinaus mittel- und langfristig Unternehmenskonzepte zu entwickeln, die dem Wandel wirtschaftlicher Grundbedingungen gerecht werden.

Für diese Zukunftsaufgaben werden, wie die tägliche Praxis eines Unternehmensberaters bei der Besetzung von Führungspositionen zeigt, Persönlichkeiten benötigt, an die sehr viel weitreichendere Anforderungen gestellt werden als früher. Vielen Managern, die sich in den vergangenen Jahren durch eine erfolgreiche Expansionspolitik ausgezeichnet haben, kann nicht zugetraut werden, Krisensituationen energisch zu bewältigen und zielstrebig die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Gefragt sind „Krisen-Manager" statt „Schönwetter-Manager", die mit einem hohen Maß an Leistungswillen, Risikobereitschaft und Motivationsvermögen das Unternehmensschiff zunächst aus der oft akuten Gefahrenzone heraussteuern und dann das richtige Fahrwasser finden, um künftig auf einem geraden, kollisionsfreien Kurs zu liegen. So resultiert die Freisetzung von Führungskräften bis hinein in die oberste Ebene nicht allein aus zahlreich gewordenen Unternehmenszusammenbrüchen, sondern in vermehrtem Umfang aus einem Austausch des Managements in Schlüsselpositionen des Unternehmens.

Wie sehen nun – neben der fachlichen Qualifikation – die Anforderungen an das Persönlichkeitsprofil aus, die heute an einen Spitzenmann gestellt werden? Da sich Technologie und Märkte immer schneller verändern, müssen Entscheidungen im Unternehmen zügig vorbereitet und mutig gefällt werden. Dabei müssen verstärkt auch entsprechende Risiken eingegangen werden, um Chancen rechtzeitig wahrzunehmen; für eine Orientierung an Erfolgsrezepten der Vergangenheit, vorsichtiges Lavieren und Ausbalancieren der Möglichkeiten ist da kaum Zeit.

Der Manager muß also mehr Risikobereitschaft mitbringen. Um dennoch Risiken minimieren zu können, muß die Führungskraft auf der Basis eines immer breiteren Informationsstroms in der Lage sein, die wirklich wichtigen Daten herauszufiltern und zu bewerten. Das setzt ein hohes Maß an analytischem Denken und Urteilskraft voraus, die sich auf ein fächerübergreifendes Wissen stützen: Statt Spezialisten, die lange Zeit gefragt waren, werden nun eher Generalisten benötigt, die sich auf mehreren Spezialgebieten zumindest so gut auskennen, daß sie Entscheidungshilfen sach- und fachgerecht überprüfen und in die unternehmerische Konzeption integrieren können. Solche Sachkompetenz wird höher geschätzt als die mehr durch emotionale Faktoren bestimmte Intuition, die sich im Zeichen einer immer komplexeren Wirtschafts- und Kommunikationslandschaft als überholt erweist. Realitätssinn und der Wille, Entscheidungen mit ganzer Energie umzusetzen, werden auch im Umgang mit den Mitarbeitern zu einem prägenden Element.

Wer in einem Unternehmen an der Spitze Verantwortung und Risiko übernimmt, muß einen klaren Kurs vorgeben, Aufgaben und Befugnisse der Mitarbeiter eindeutig definieren und abgrenzen. Das heißt nicht, autoritär und als Alleinherrscher zu befehlen und die Mitarbeiter von Entscheidungsprozessen auszuschließen, sondern sinnvolle Diskussionen um anstehende Probleme wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, die Verantwortlichkeit des Mitarbeiters zu fördern, das direkte und unmittelbare Gespräch zu suchen und dennoch deutlich zu machen, daß bei gravierenden unternehmenspolitischen Fragen letztendlich nur einer die Entscheidung treffen kann.



KLAUS DIETZ
Geboren 1937 in Frankfurt. Ausbildung zum Bankkaufmann. Tätig in Europa und Übersee, bevor er in das familieneigene Unternehmen eintrat. 1977 Beratungsauftrag für ein deutsches Handelsunternehmen. 1978 Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Helmut Neumann Management-Beratungsgruppe.

Es kommt darauf an, durch das eigene Vorbild und klare Voraussetzungen die Mitarbeiter neu zu motivieren, ihren Handlungs- und Entscheidungsspielraum voll auszuschöpfen und dafür auch die Verantwortung zu übernehmen.

Die Suche nach Führungskräften, die diesem Anforderungsprofil entsprechen, gestaltet sich zunehmend schwieriger. Die Bereitschaft zum Wechsel ist bei obersten Führungskräften, die eine meist umfassendere und verantwortungsvollere Aufgabe übernehmen könnten, und auch bei Nachwuchskräften, die den Karrieresprung in die oberste Ebene vollziehen könnten, gleichermaßen schwach. Das Risiko, an der neuen Aufgabe zu scheitern, die Notwendigkeit eines intensiveren persönlichen Einsatzes oder auch allein der Zwang zum Wohnungswechsel bilden in manchen Fällen unüberwindbare Barrieren.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß die gesellschaftspolitischen Veränderungen der letzten Jahre auch bei Managern ihre Spuren hinterlassen haben. Die Abqualifikation von Ehrgeiz und Leistungsstreben („gleiche Chance für alle"), ein durch den stetigen Ausbau des Sozialnetzes gefördertes allgemeineres Sicherheitsdenken und die These, daß der Mensch nicht bei der Arbeit, sondern in der Freizeit seine wahre Selbstverwirklichung finden kann, zeigen heute Wirkung.

Während die Generation, die unsere Wirtschaft nach dem Krieg wiederaufbaute und zu ihrer heutigen Weltgeltung führte, einfach anpackte und in ihrer Arbeit Zufriedenheit und Selbstverwirklichung empfand, gilt es heute vor allem beim Führungskräftenachwuchs als unfein, durch besondere Leistung aus der Anonymität hervorzutreten und als „Karrierist" angesehen zu werden; Prestige wird nicht durch Leistung, sondern durch die Attribute einer gesellschaftlichen Stellung erworben.

In der Beratungspraxis mehren sich bei der Besetzung oberster Führungspositionen die Fälle, die diese bedenklichen Tendenzen bestätigen. Da ist zum Beispiel der 35jährige Diplom-Ingenieur, der von seinem Stuhl als Abteilungsleiter Entwicklung eines mittelständischen Unternehmens in den Sessel des Konstruktionschefs eines Weltkonzerns einsteigen könnte mit der Aussicht, nach erfolgreicher Bewährung auf Dauer technisches Vorstandsmitglied zu werden. Nachdem über Aufgabenumfang, Einkommen, Vertragsgestaltung Übereinstimmung erzielt werden konnte, sagt dann dieser hochqualifizierte Kandidat kurzfristig ab mit der Begründung, seine Familie wolle das jüngst erbaute Haus nicht aufgeben und schon gar nicht in die Anonymität einer Großstadt ziehen.

Mögen solche emotionalen Gründe menschlich durchaus zu verstehen sein, so gilt dies sicherlich nicht für das immer ausgeprägtere Sicherheitsdenken junger Führungskräfte, die schon mit 30 Jahren an ihre Altersversorgung denken und als erstes vom Unternehmensberater wissen wollen, wie es in der möglichen neuen Position mit Pensionsregelungen, Betriebsrenten oder Abfindungen aussehe, bevor sie mehr über die angebotene Aufgabe wissen wollen.

Hier zeigt sich unverblümt eine Beamtenmentalität, die mit unternehmerischen Eigenschaften nichts mehr gemein hat, Folge einer Sozialpolitik, bei der unser Staat – sicherlich ursprünglich aus anderen Motiven – dem einzelnen abgenommen hat, eigeninitiativ tätig zu sein und auch bewußt Risiken in Kauf zu nehmen.

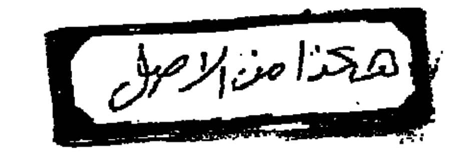
Es sind ernsthafte Zweifel angebracht, ob die anstehenden und künftigen Probleme unserer Wirtschaft von Führungskräften gelöst werden können, denen der Wille zur Karriere, zur Übernahme von Verantwortung und Risiko immer mehr abhanden kommt. Hier ist sicherlich ein grundlegender Umdenkprozeß nötig, um die zwischenzeitlich im Sog eines nahezu problemlos wachsenden Wohlstandes für alle in Vergessenheit geratene elementare Wertvorstellungen wie Arbeit, Leistung, Sorgfalt, Verläßlichkeit, Ausdauer wieder zu aktivieren. Das betrifft nicht allein Elternhaus, Schulen und Universitäten, die ihre Zielvorgaben bei der Ausbildung junger Menschen nicht gesellschaftsideologischen Wunschvorstellungen, sondern den Realitäten anpassen müssen.

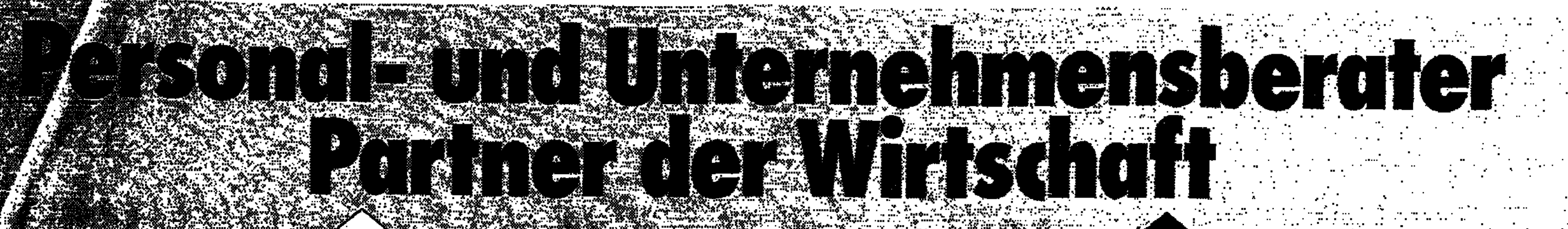
Gefordert sind außerdem in hohem Maße die Unternehmen selbst, die durch ein Mehr an eigener „Nacherziehung" am schnellsten dazu beitragen können, die immer breiter klaffenden Lücken zwischen Anforderungen und vorhandener Qualifikation beim Führungskräftenachwuchs zu verkleinern. Das kann natürlich nicht durch Befehl geschehen, sondern durch eine intensive Betreuung und Förderung derjenigen, die lern- und leistungsbereit sind.

Solche gezielten Maßnahmen, Führungskräfte heranzuziehen, nach klaren Leistungskriterien die Karriereleiter aufsteigen zu lassen, Willen zu Verantwortung und Risikoübernahme auch entsprechend zu honorieren, sind in Jahren der Hochkonjunktur sicher nicht engagiert genug betrieben worden. Hinzu kommen muß, daß sich die Top-Manager unserer Wirtschaft durch engagiertes Auftreten und aktiveres Handeln auf Wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Ebene verstärkt darum bemühen, das verbreitete Negativ-Image des „kapitalistischen Unternehmers" abzubauen und das Setzen von Rahmenbedingungen für unsere Volkswirtschaft selbst mitzubestimmen.

> „Hinzu kommen muß, daß die Top-Manager unserer Wirtschaft durch engagiertes Auftreten und aktiveres Handeln das Negativ-Bild des kapitalistischen Unternehmers abbauen."

Sie müssen Vorbilder sein und sich an die Spitze dieses Umorientierungsprozesses im Management stellen, von dessen Gelingen die Zukunft unserer Wirtschaft und damit letztlich auch unser aller Schicksal abhängt. ■


هكذا من الأصل


Personal- und Unternehmensberater
Partner der Wirtschaft

Die Parabel vom Roß

Von GABRIEL LAUB

Was denkt sich ein Pferd, wenn es im Fernsehen einen Western sieht? Welche Sendung bringen die Fernsehsendungen den Pferden?

Die Menschen halten meistens ihre Pferde von den Fernsehern fern. Das ist wohl kein Zufall. Die Menschen lieben zwar Pferde und füttern sie, aber sie berauben sie auch ihrer Freiheit und beuten ihre Arbeitskraft aus. Es liegt natürlich nicht im Interesse der Unterdrücker, die Pferde aufzuklären und ihr Bewußtsein zu erweitern.

Ich glaube jedoch, daß die Maßnahmen, die die Menschen unternehmen, um die Pferde zum Fernsehen nicht zuzulassen, ein wenig übertrieben sind. Die Western, obwohl offenbar vorwiegend für Pferde gedreht, sind meiner Meinung nach unfähig, deren Klassenbewußtsein zu wecken. (Daß Pferde eine Klasse sind, ist klar. Die. Rassentheorie lehne ich ab. Eine Nation sind sie auch nicht, es gibt Araber und Engländer, Tataren und Walachen. Die marxistische Definition der Klasse paßt dagegen haargenau auf sie: Sie haben alle die gleiche Beziehung zu den Produktionsmitteln.) Also, die Western sind alle von einem den Pferden fremden Klassenstandpunkt produziert. Sie enthalten eine typische Verherrlichung der Unterdrückung und der Ausbeuter.

Welches Vorbild bieten die Western dem arbeitenden Pferd? Das ideale Fernsehpferd ist arbeitsam, brav und vor allem treu. Es opfert dem Herrn alle seine Kräfte, ja, selbst sein Leben.

Es ist wahr, daß viele Westernfilme Oden auf die freien Mustangs singen. Das ist aber eine raffinierte Täuschung. So ein stolzer, unabhängiger, freiheitsliebender Mustang wird erst dann zum echten Heldenroß, wenn er von einem Cowboy-Helden gezähmt ist. Und welcher Gaul träumt nicht davon, ein Roß zu werden? Die Lösung, die man ihm bietet, ist einfach: Für die Karriere muß er die Freiheit aufgeben. Eine sehr menschliche Lösung.

Man sieht in einem Western kaum, daß ein Pferd einen Unterdrücker abwirft – dabei, bei der Beziehung Reiter/Pferd, stimmt die Bezeichnung „Unterdrücker" wortwörtlich. Die Cowboy-Pferde werfen nur Diebe, Fremde und Bösewichte ab.

Das Bild des guten Herrn, der mit seinem Pferd befreundet ist, ist ein klassisches Beispiel der neokapitalistischen Taktik. Insofern waren die Western schon immer ihrer Zeit voraus. Es gibt hier sogar Beteiligung am Gewinn – in Form von Zucker oder Brot, ja, ab und zu selbst Mitbestimmung –, indem der Gaul selber den Weg wählen darf.

Fazit: Man kann ruhig die Pferde fernsehen lassen, es birgt keine Gefahr für den Menschen.

Und man könnte vielleicht ein Pferdeteam einen Western machen lassen. Dümmer wird er nicht werden, und ich möchte von Herzen gern mal einen Hengst auf einem Cowboy reiten sehen.

Aus: „Auf Live und Tod" dtv Deutscher Taschenbuch-Verlag.

Ein Ingenieur, der keine Revolution, sondern zum Nachdenken anregen will:

Recht auf Einkommen, statt Recht auf Arbeit!

Von GÜNTER ROPOHL

Wir wissen bereits, ohne es uns doch recht vorstellen zu können, daß die Fabriken sich in wenigen Jahren von Menschen geleert haben werden und daß die Menschheit der uralten Bande, die sie unmittelbar an die Natur ketten, ledig sein wird, der Last der Arbeit und des Jochs der Notwendigkeit... Was uns bevorsteht, ist die Aussicht auf eine Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgegangen ist, also die einzige Tätigkeit, auf die sie sich noch versteht. Was könnte verhängnisvoller sein?"

Diese Sätze wurden im Jahre 1956 geschrieben. Sie stammen von Hannah Arendt und sind in ihrem Buch „Vita activa oder Vom tätigen Leben" nachzulesen, das erst seit wenigen Jahren breitere Beachtung findet.

Die Arbeit ist zu einem Problem geworden. Wir kommen an der Einsicht nicht vorbei, daß technische Entwicklungen daran Anteil haben. Wir werden aber auch sehen, daß nicht die Technik an allem schuld ist, sondern daß die gesellschaftliche Organisation der Arbeit unter den neuen technischen Bedingungen eine neue Gestalt finden muß.

Die einzelnen Menschen werden ein anderes Verhältnis zur Arbeit gewinnen müssen. Und technischer Fortschritt wird nur dann wieder gesellschaftlichen Fortschritt bedeuten, wenn er mit persönlicher Kompetenz und gesellschaftlicher Organisation bewältigt wird. Denn eine Technik, die das Arsenal der Maschinen und Apparate vermehrt, ohne von den erforderlichen soziokulturellen Bewältigungskapazitäten aufgefangen zu werden, müßte ein unvollständiges Stückwerk bleiben.

Viele erwarten das Heil aus Konjunktur und Lohnanpassung. Weniger geläufig ist ein anderes ökonomisches Modell, das in längeren Fristen denkt und ausdrücklich den technischen Fortschritt in sein Erklärungsmuster einbezieht. Es ist das Modell der langen Wellen, die sich den kurzfristigen Konjunkturschwankungen in einem Zyklus von mehreren Jahrzehnten überlagern. Die Forscher glauben zeigen zu können, daß die Wellenberge regelmäßig durch einen außergewöhnlichen Anstieg der Erfindungs- und Innovationstätigkeit gekennzeichnet sind.

Der letzte Höhepunkt dieser langfristigen Konjunkturwellen soll um die Mitte unseres Jahrhunderts gelegen haben, als die Grundlagen für die technische Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte bereitgestellt wurden; in der Tat datieren die wichtigsten Schlüsselerfindungen, die inzwischen unsere Technosphäre geprägt haben, aus den Jahren vor 1950.

Die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit, die mit ihr einhergeht, so meint man, liegen daran, daß jene grundlegenden Erfindungen in den vergangenen drei Jahrzehnten nur noch entfaltet, verbessert und allseitig verbreitet worden sind. Infolgedessen sei einerseits die Konkurrenz so stark gewachsen, daß kein Unternehmen mehr genug verdienen könne, und anderseits lasse die Nachfrage wegen weitgehender Marktsättigung nach.

Für die 90er Jahre allerdings erwartet diese Theorie einen neuen Wellenberg, weil auch in der Vergangenheit die Zeitspanne zwischen den wirtschaftlichen Höhepunkten regelmäßig etwa 40 – 50 Jahre betrug. Die heute vorherrschende Politik des Technologietransfers und der Innovationsförderung begründen sich mit dieser Theorie der langen Wellen, da man nichts unversucht lassen will, einen neuen Schub von bahnbrechenden Schlüsselerfindungen in Gang zu bringen.

In den letzten drei Jahrzehnten hat sich jedoch die technische Entwicklung derart beschleunigt, daß die technische Freisetzung menschlicher Arbeit dramatische Formen angenommen hat. Zwischen 1950 und 1975 hat sich die Arbeitsproduktivität der deutschen Industrie vervierfacht. Wenn 1975 nur genausoviel produziert worden wäre wie 1950, hätte man das mit einem Viertel der früher Beschäftigten tun können. Theoretisch sind also drei Viertel der 1950 bestehenden Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Automatisierung überflüssig geworden. Wenn wir trotz allem 1975 nicht 15 Mio. Arbeitslose gehabt haben, sondern im Gegenteil 5 Mio Beschäftigte mehr als 1950, so liegt das daran, daß sich die volkswirtschaftliche Produktion in diesem Zeitraum real versiebenfacht hat. Die technische Freisetzung konnte mithin durch wirtschaftliches Wachstum kompensiert werden.

Die Kompensationstheorie ist so alt wie die Freisetzungstheorie. Falsch wird sie, wenn man unterstellt, der technische Fortschritt schaffe genausoviel neue Arbeitsplätze, wie er an alten beseitigt. Wäre dem wirklich so, dann würde der technische Fortschritt ja überhaupt keine Arbeit einsparen, und es käme jene Kostensenkung gar nicht zustande, um derentwillen er ja doch betrieben wird. Tatsächlich kann, gleiches Produktionsvolumen vorausgesetzt, höchstens ein kleiner Teil der technischen Freisetzung dadurch kompensiert werden, daß freigesetzte Arbeitskräfte für die Planung, die Produktion, den Betrieb und die Wartung der neuen technischen Mittel benötigt werden. Der größere Teil der freigesetzten Arbeitskräfte kann nur dann anderweitig beschäftigt werden, wenn die Produktion bekannter Güter sich ausbreitet und wenn zusätzlich neue Produkte eingeführt werden.

Doch seit das Wirtschaftswachstum nachläßt, schwinden diese Kompensationseffekte, und technische Freisetzung manifestiert sich in wachsender Arbeitslosigkeit. Vieles spricht dafür, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren weiter zuspitzen wird. Hier sind vor allem die spektakulären Fortschritte der Mikroelektronik zu nennen, die sich nicht nur in der kaum noch vorstellbaren Leistungsfähigkeit der miniaturisierten Signalverarbeitungselemente äußern, sondern, wichtiger vielleicht noch, in dem Umstand, daß sich diese Technik in unerwarteter Weise verbilligt hat. Ich kann es mir nicht versagen, an dieser Stelle einen gern erwähnten Vergleich zu wiederholen: Wenn die Autos in den letzten 20 Jahren in gleichem Maße billiger geworden wären wie die elektronische Informationsverarbeitung, dann müßte man heute einen Rolls-Royce für ganze 7 Mark kaufen können. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Möglichkeiten der technischen Steuerung, Regelung, Datenverarbeitung und Automatisierung ins Gigantische gewachsen sind und wegen ihrer außerordentlichen Wirtschaftlichkeit Zug um Zug verwirklicht werden.

Trotz wirklichkeitsfremder Einseitigkeiten hat die traditionelle Technikphilosophie wichtige Einsichten über die Technik zum Ausdruck gebracht. Bekannt – und zutreffend – ist das Wort des spanischen Philosophen Ortega y Gasset, das er in seinen „Betrachtungen über die Technik" geprägt hat. „Technik ist die Anstrengung, Anstrengung zu vermeiden." Oder, mit meinen eigenen Worten noch etwas zugespitzter ausgedrückt: Sinn der Technik ist es, die Arbeit abzuschaffen. Tatsächlich ist das ein Prinzip, das man als Grundmuster der gesamten Technikgeschichte erkennen kann.

Wenn wir trotzdem noch nicht in einem arbeitsfreien Schlaraffenland leben, dann liegt das im wesentlichen daran, daß mit den technischen Möglichkeiten auch unsere Bedürfnisse gewachsen sind. Die Technik hat sich nicht darauf beschränkt, lediglich jene Arbeitsfunktionen zu übernehmen, die früher von Menschen ausgeführt wurden. Sie hat auch ganz neue Funktionen verwirklicht, die von Menschen überhaupt nicht oder jedenfalls nicht in dieser Form geleistet werden könnten.

Die Arbeitsteilung hat all das, was in vorgeschichtlicher Zeit einmal ein und demselben Subjekt vereint gewesen ist, ausdifferenziert und auf eine Vielzahl von Individuen verteilt. Bedürfnis und Arbeit sind auseinandergetreten und haben sich bei dieser Trennung in unerhörter Weise differenziert und spezialisiert. Da der einzelne nicht mehr alles produzieren muß, was er selbst braucht, kann er sich auf eine bestimmte Arbeit spezialisieren und seine Fertigkeiten zu hoher Vollendung steigern.

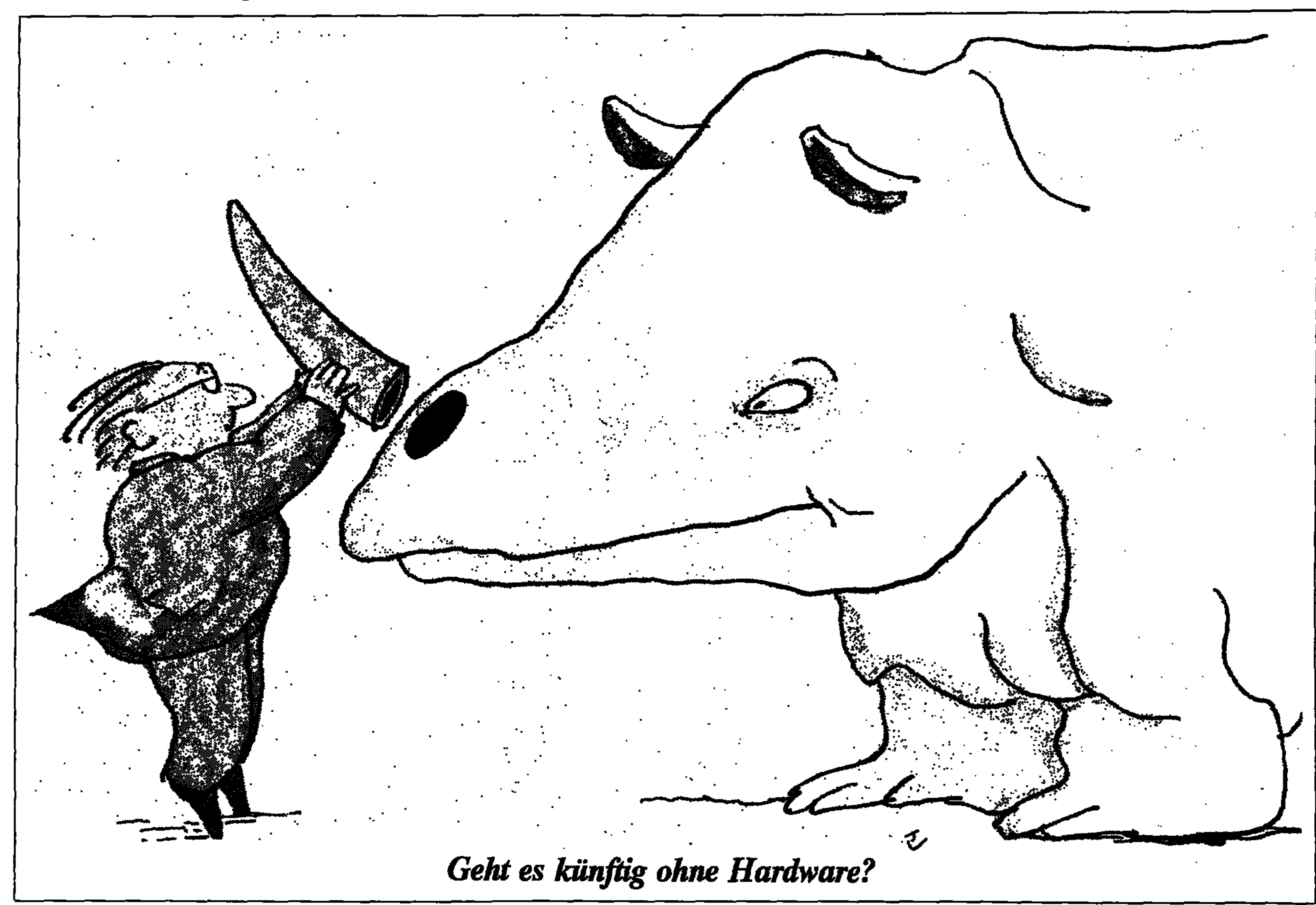
Und die anderen entwickeln das Niveau ihrer Bedürfnisse in dem Maße, in dem die Qualität der Produkte aus spezialisierter Arbeit wächst.

So bin ich nicht mehr mit dem Gitarrespielen zufrieden, das ich selbst, als Dilettant, am Rande meiner sonstigen Arbeit zuwege bringe. Musiker, die ihr ganzes Leben darauf verwenden, sich im Gitarrespiel zu vervollkommnen, bieten mir ein derart hohes Qualitätsniveau, daß mein Bedürfnis weit über das gewachsen ist, was ich für mich selbst befriedigen kann.

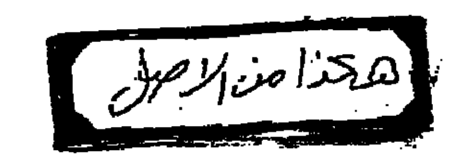
Nicht jeder also kann all die Fähigkeiten in solchem Maße entfalten, daß sie zur Befriedigung seiner gestiegenen Bedürfnisse ausreichen würden. Also tut jeder einzelne das, was er am besten kann, und vervollkommnet sich darin, weil er nichts anderes tut. Er stellt einen Großteil seiner Arbeitsergebnisse den anderen zur Verfügung, weil er selbst davon nur wenig braucht. Er erhält dafür jene Bedarfsgüter, die er auch benötigt von den anderen, die sie in besserer Qualität hervorbringen können als er selbst. Das ist das Geheimnis der Arbeitsteilung.

Einerseits also ist die Arbeitsteilung Voraussetzung für die Technisierung der Arbeit. Andererseits aber ergeben sich, wenn Arbeit im wachsenden Maße technisiert wird, gerade aus der Arbeitsteilung die bekannten gesellschaftlichen Probleme. Denken wir, um dies besser zu verstehen, noch einmal an die archaische Subsistenzwirtschaft, und stellen wir uns das Entwicklungsniveau der Sammler und Jäger vor. Wenn zu jener Zeit eine arbeitsparende Erfindung ge-

● Fortsetzung Seite 12



Geht es künftig ohne Hardware?



● Fortsetzung von Seite 10

macht wurde – nehmen wir z. B. die Erfindung des geflochtenen Korbes an, der es ermöglicht, alle Früchte des Sammelns in einem Wege nach Hause zu tragen, statt immer nur so viel mitzunehmen, wie man mit eigenen Händen halten kann–, so nahm, da jeder auch diese Teilarbeit verrichtete, ebenfalls jeder an der Arbeitsersparnis teil.

Wenn jedoch im Zuge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung bestimmte Menschen nur noch eine einzige Teilarbeit zu verrichten haben, dann werden diese, wenn die arbeitssparende Erfindung eingeführt wird, arbeitslos.

Nebenbei bemerkt folgt aus dieser Überlegung auch, daß eine lineare Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie heute von manchen Gruppen gefordert wird, kein Allheilmittel sein kann. Die technische Freisetzung erfaßt ja immer nur bestimmte Arbeiten, und die dann oft ganz und gar, während andere Arbeiten dem Volumen nach zunächst konstant bleiben oder unter Umständen sich gar ausweiten.

Hier kann wohl nur helfen, was glücklicherweise gegenwärtig mehr und mehr ins Gespräch gebracht wird: die Abkehr von starren Regelungen der Arbeitszeit und der Übergang zu differenzierten und flexiblen Formen des Zeitregimes, die dann auch dem Arbeitenden den Vorteil der Zeitsouveränität einbringen.

Mit ähnlichen Überlegungen wird man wohl auch das „Recht auf Arbeit" problematisieren müssen, das in manchen Menschenrechtskatalogen und auch in den Grundrechtskapiteln einzelner deutscher Landesverfassungen aufgeführt ist. Wenn sich die Arbeitsqualifikationen aufgrund der Arbeitsteilung in hohem Maße spezialisiert haben, und wenn nun ausgerechnet die Arbeiten, für die ein einzelner spezialisiert ist, von der Technisierung erfaßt werden, so ist jedenfalls kurzfristig nicht leicht ein Weg zu finden, den Betroffenen ihr Recht auf Arbeit zu gewähren. Wenn es überhaupt ein sinnvolles Recht auf Arbeit geben kann, dann muß es doch ein Recht auf befriedigende und persönlichkeitsfördernde, eben humane Arbeit sein.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen zugespitzter Arbeitsteilung und Spezialisierung aber lassen sich viele Arbeitsplätze nur noch durch Automatisierung human gestalten, und dann sind es keine Arbeitsplätze mehr, sondern Maschinenplätze. In vielen solchen Fällen gilt: Die Arbeit humanisieren heißt sie abschaffen.

Tatsächlich geht es ja wohl auch gar nicht um das Recht auf Arbeit. Arbeit gibt es genug, und niemand wird daran gehindert, wenn er aus freien Stücken etwas Nützliches tut. Richtig verstanden meint das Recht auf Arbeit doch das Recht auf Arbeitseinkommen, also das Recht auf einen bezahlten Arbeitsplatz. Nicht um die Arbeit an sich geht es, sondern um eine, notabene, möglichst menschenwürdige Arbeit, aus der man ein ausreichendes Einkommen zur Existenzsicherung bezieht.

Wir müssen uns also fragen, ob das Recht auf Arbeit nicht in Wirklichkeit zu einem Recht auf Einkommen umformuliert werden müßte.

Mir ist klar, daß ich mit dieser Frage in ein Wespennest steche und einen ganzen Schwarm von Einwänden herausfordere, die sich auf das Leistungsprinzip berufen werden, ganz gleich wie genau oder ungenau dieses Prinzip begriffen wird. Aber denken wir noch einmal an die Art von Arbeitsteilung zurück, wie sie sich gegenwärtig vollzieht.

Diese Arbeitsteilung zwischen Mensch und Maschine, ich möchte sie die soziotechnische Arbeitsteilung nennen, verlagert doch immer mehr Arbeitsfunktionen vom Menschen auf die Maschine. Es ist doch in vielen Fällen überhaupt nicht mehr der Mensch, der die Arbeit leistet, sondern die Maschine, die vom Menschen allenfalls noch sachgerecht bedient, häufig aber auch nur noch überwacht werden muß, und selbst solche Überwachungsfunktionen werden zunehmend automatisiert.

Und wenn heute bereits Maschinen ihrerseits von Maschinen entworfen und gebaut werden, nutzt der Rückgriff auf die vergegenständlichte Arbeit, der in der Arbeitswertlehre eine so große Rolle spielte, auch nichts mehr, denn der Beitrag der menschlichen Arbeit zur eigentlichen Produktion wird mehr und mehr zu einer marginalen Größe, der man kaum noch sinnvoll das Produktionsergebnis zurechnen kann.

Um diesen Sachverhalt noch einmal in ökonomischen Begriffen auszudrücken: In der Produktionsfunktion tritt der Faktor menschliche Arbeit mehr und mehr in den Hintergrund, und das Produktionsergebnis verdankt sich fast ausschließlich dem Faktor Kapital, das in der Maschinerie verkörpert ist.

Wenn in der Produktion nicht mehr die Menschen, sondern die Maschinen die Produkte hervorbringen und die wirtschaftlichen Werte schaffen, dann ist nicht länger die Arbeit die Quelle gesellschaftlichen Reichtums, sondern die Technik. Dann aber ist es an der Zeit, neue Schlüssel zur Verteilung des produzierten Reichtums zu finden und das Einkommen der einzelnen von der Arbeit zu entkoppeln.

Diese Vorstellung ist keineswegs so revolutionär, wie sie im Augenblick klingt. Tatsächlich ist sie für mehr als die Hälfte unserer Gesellschaft längst Wirklichkeit geworden. Nichtberufstätige Hausfrauen haben am Arbeitseinkommen ihrer Männer teil, ohne daß Menge und Qualität ihrer eigenen Hausarbeit dabei eine nennenswerte Rolle spielten.

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene in der Ausbildung werden ebenfalls aus privaten oder öffentlichen Mitteln alimentiert, ohne daß sie Arbeit im engeren Sinne leisten.

Rentner und Pensionäre beziehen ein Einkommen, das sie zwar in gewissem Umfang während ihrer Arbeitsjahre schon im voraus verdient haben, aber ein Existenzminimum erhalten sie ohne Rücksicht auf frühere Leistungen in jedem Fall. Und die mehr als zwei Millionen Arbeitslosen in unserem Lande leben ja auch vom gesellschaftlichen Reichtum.

Unsere Gesellschaft ist reich genug, um allen ihren Mitgliedern ein existenzsicherndes Mindesteinkommen garantieren zu können. Und so wird heute allen Ernstes darüber nachgedacht, ob man aus dieser Möglichkeit nicht durchgängige Wirklichkeit machen sollte. Grundsätzlich würde es bedeuten, daß jeder, ganz gleich, ob er berufstätig ist oder nicht, ob er arbeiten kann oder nicht, ein festes Einkommen von der Gesellschaft garantiert bekommt, das ihm eine bescheidene Existenz sichert. Arbeitseinkommen im herkömmlichen Sinn erhält zusätzlich jeder, der nachgefragte Arbeitsleistungen in Produktion, Dienstleistungsbereich und öffentlichem Sektor erbringt.

Insofern also würde ein wohlverstandenes Leistungsprinzip nach wie vor in Kraft bleiben; doch wer, aus welchen Gründen auch immer, auf Arbeit und zusätzliches Einkommen verzichtet, bräuchte sich nicht länger diskriminiert zu fühlen.

Mit der Bemerkung, die ich zuletzt gemacht habe, bin ich nun unweigerlich an jenem Punkt angelangt, an dem es zum Problem wird, was wir denn überhaupt unter Arbeit verstehen sollen. Ganz absichtlich hatte ich meine Darlegungen nicht mit einer trockenen Philosophie des Arbeitsbegriffs begonnen, doch jetzt muß zwischen erzwungener Erwerbsarbeit und freier Eigenarbeit unterschieden werden.

Kein Wunder, daß das bürgerliche Arbeitsethos die erforderliche Ideologie zu liefern hatte, um das zum moralischen Wert zu erheben, was doch tatsächlich kaum jemand als erstrebenswert empfinden konnte. In weniger verbildeten Gesellschaften hat man das sehr genau begriffen; die Leute in Haiti haben ein sehr treffendes Sprichwort: „Wenn die Arbeit eine so gute Sache wäre, hätten die Reichen Mittel und Wege gefunden, sie für sich selbst zu behalten."

Nun aber scheint der historische Augenblick gekommen, in dem die soziotechnische Arbeitsteilung es möglich macht, den Großteil der Zwangsarbeit der Technik zu übertragen. Die Menschen werden durch die Technik freigesetzt, gewiß, aber sie werden freigesetzt in eine Muße, die von selbstbestimmter schöpferischer Tätigkeit erfüllt sein kann.

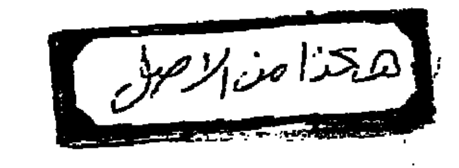
Doch das Schlaraffenland fällt nicht vom Himmel. Wenn wir uns weiterhin von den Automatismen einer verselbständigten Wirtschaft überrollen lassen, werden wir noch lange zu entfremdeter Arbeit gezwungen werden, bloß um Produkte herstellen und Produkte konsumieren zu können, die uns von schöpferisch tätiger Muße ablenken.

Wir müssen schon unsere Geschichte selbst machen. Wir müssen die realen Möglichkeiten erkennen, und dann müssen wir die Weichen anders stellen. Wir müssen die Verteilung von Arbeit und Einkommen umordnen, und wir müssen über unser Bildungssystem dafür sorgen, daß die Menschen lernen, was die Weisen und die Privilegierten schon immer wußten: Der Sinn des Lebens liegt nicht in erzwungener Erwerbsarbeit, sondern in schöpferisch tätiger Muße.

(Dieser Beitrag ist ein Auszug eines ausführlichen Aufsatzes. Interessenten können den vollständigen Text gegen Freiumschlag kostenlos [illegible] bei WELT-Redaktion, Im Teelbruch 100, 43 Essen 18.)



PROF. DR. GÜNTER ROPOHL
Geboren 1939. 1958 Abitur, 1964 Dipl.-Ing. (Maschinenbau), 1970 Dr.-Ing. (Fertigungstechnik), 1978 Habilitation (Philosophie und Soziologie der Technik, Systemtheorie). Zwischen 1958 bis 1964 18 Monate Tätigkeit in Werkstatt, Büro und Außendienst. Ab 1979 Leiter des Studium Generale der Universität Karlsruhe. Seit 1979 Vorsitzender des Bereichs Mensch und Technik im Verein Deutscher Ingenieure.



Der Mangel an Arbeit im Inland läßt die Nachfrage nach einem Arbeitsplatz im Ausland steigen

Neben Französisch und Englisch ist nun auch Spanisch gefragt

Von PETER SCHIFFERER

Vorweg gesagt: die ideale Führungskraft für das Ausland gibt es nicht. Es gibt Aufgaben verschiedenster Art mit unterschiedlichsten Anforderungen. Derjenige, der in das Ausland gehen möchte, sollte diesen Anforderungen möglichst ideal entsprechen. Ob es sich nun um einen Agrarexperten mit Hochschulabschluß handelt, der im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe nach Zentralafrika geht, oder ob ein Mitarbeiter der deutschen X-Bank die Leitung der neu einzurichtenden Pariser Zweigstelle übernimmt; in beiden Fällen handelt es sich im weiteren Sinne um Führungspositionen im Ausland. Schließt man ferner Tätigkeiten bei internationalen Organisationen ein, so ist etwa das Spektrum der grundsätzlich bestehenden Arbeitsmöglichkeiten im Ausland aufgezeigt.

Die Frage nach den Beschäftigungschancen von Führungskräften im Ausland stellen, wirft gleichzeitig eine Reihe anderer Fragen auf:

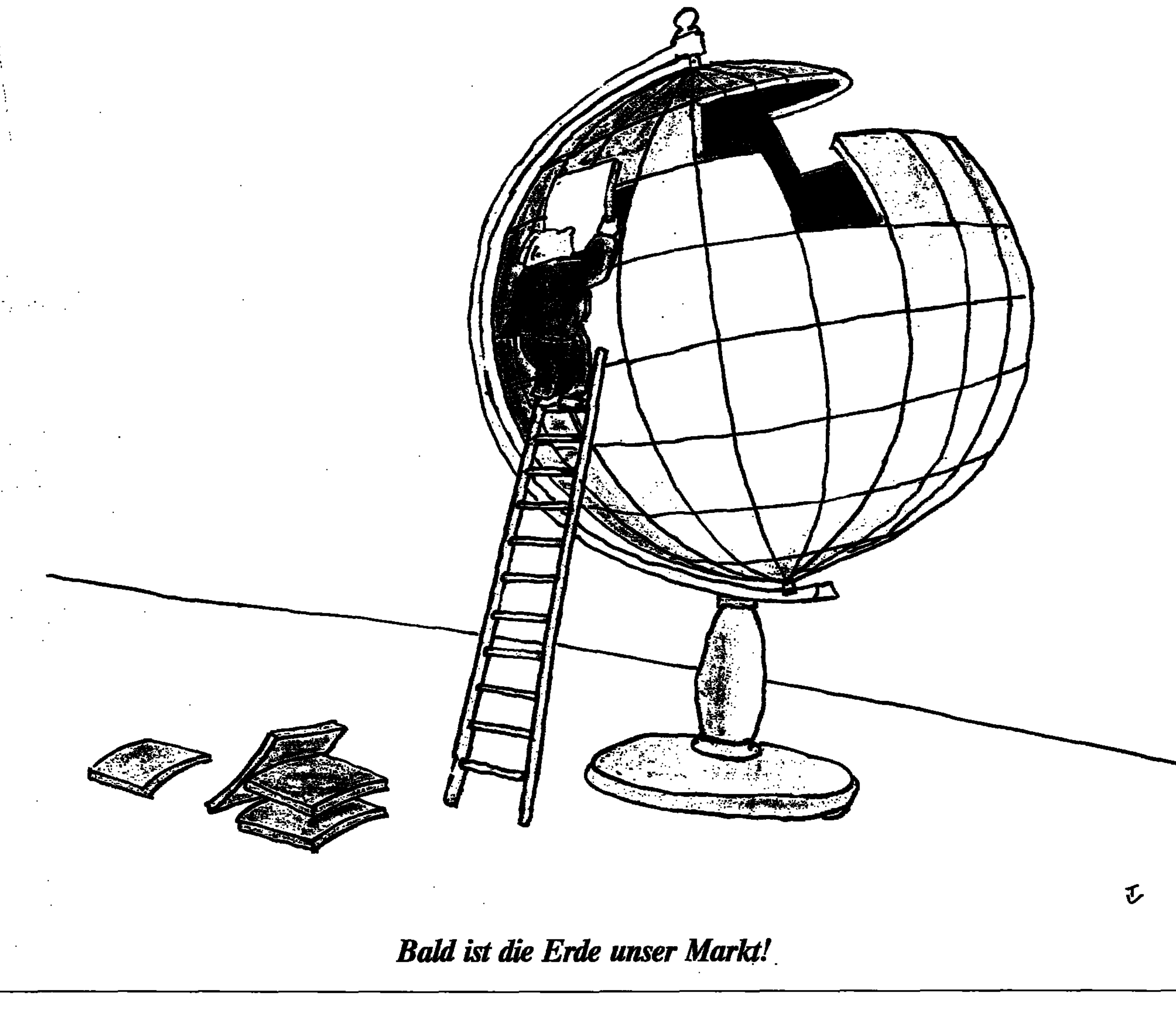
● Haben sich die deutschen Unternehmen in ihrem Personalbestand in den vergangenen Jahren nicht auf den qualifizierten Personalstamm gesundgeschrumpft, mit dem sie das zögernde Auslandsgeschäft ohne zusätzliche Einstellungen abwickeln können? Sind nicht gerade die höchstqualifizierten und vielseitigsten Mitarbeiter im Betrieb verblieben, während andere freigesetzt wurden?

● Leiden nicht die anderen Industrieländer wie die Bundesrepublik unter der andauernden Weltwirtschaftskrise mit der Folge gestiegener und zum Teil noch steigender Arbeitslosenzahlen? Und läßt sich nicht deren Nachfrage nach qualifiziertem Personal leicht aus dem eigenen Lande decken?

● Brauchen Länder der Dritten Welt zum Aufbau und zur Weiterentwicklung ihrer Volkswirtschaften überhaupt Experten aus dem Hochtechnologieland Bundesrepublik Deutschland? Und wenn ja, können sie sich diese unter dem Vorzeichen der akuten Ver- und Umschuldungsprobleme überhaupt leisten?

● Sind nicht die internationalen Organisationen, in der Vergangenheit oft Auftrag- oder Arbeitgeber, durch die Finanzlage ihrer Mitgliedsländer so geschwächt, daß sie weitgehend als Betätigungsfeld für deutsche und andere Führungskräfte ausfallen?

● Weshalb eigentlich die Frage nach Chancen für Führungskräfte im Ausland, wenn wiederholt die These diskutiert und wie zuletzt in einer vergleichenden Untersuchung der Universität Mannheim im Rhein-Neckar-Raum und in Japan wissenschaftlich beleuchtet wird, ob wir Deutschen auslandsmüde geworden seien. Meist kommt dann dabei heraus, wie in einer neueren Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft, daß dieses mehr oder minder zutrifft.



Bald ist die Erde unser Markt!

Zur Auslandsmüdigkeit einige Zahlen: Die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Frankfurt registrierte in der vergangenen Zeit steigend bis zu 90 000 Anfragen pro Jahr von Bewerbern für eine Auslandstätigkeit.

Eine vor einiger Zeit durchgeführte Teilauswertung aus dem Jahr 1979 – wobei die Anfragen von Studenten, die eine Ferienbeschäftigung suchten, nicht einbezogen wurden – ergab folgendes Ergebnis:

70 Prozent der Anfragenden waren unter 30 Jahre alt;

55 Prozent waren Angehörige technischer Berufe;

30 Prozent waren Angehörige kaufmännischer Berufe.

Die Mehrzahl der Anfragenden verfügte über eine abgeschlossene Berufsausbildung und Berufserfahrung. Bei den Universitätsabsolventen, die eine Anfangsstelle im Ausland suchten, waren am stärksten die geisteswissenschaftlichen Berufe vertreten. 55 Prozent der Bewerber gaben an, englische Sprachkenntnisse, 25 Prozent französische Sprachkenntnisse zu besitzen, und 15 Prozent gaben an, über andere als englische und französische Sprachkenntnisse zu verfügen.

Rund 10 Prozent der Anfragen führten zu einer echten Bewerbung für Tätigkeiten im Ausland, wobei die Auslandsabteilung der ZAV viele Anfragen wegen unrealistischer Vorstellungen der Bewerber ablehnen mußte, etwa nur eine Tätigkeit auf den Seychellen, und das in einem ohnehin nur sehr selten nachgefragten Beruf. Andere Bewerber hatten keine oder nur geringe Sprachkenntnisse, die für eine Tätigkeit im Ausland verwendbar gewesen wären.

Berücksichtigt man neben den bei der ZAV gestiegenen Bewerberzahlen für Auslandstätigkeiten ferner die Beschäftigungsentwicklung auf dem Binnenmarkt der Bundesrepublik, so ist leicht absehbar, daß das Bewerberpotential für Auslandstätigkeiten eher steigen als absinken wird. Sieht man ferner die ungebrochene Reiselust der Deutschen, so erscheint es geradezu verwegen, von einer Auslandsmüdigkeit der Deutschen zu sprechen.

Dennoch ist es teilweise schwierig, geeignete Bewerber für eine Tätigkeit im Ausland zu gewinnen. Woran liegt das?

Ein Unternehmen mit Sitz in Deutschland wird für eine Tätigkeit im Ausland nur dann einen Mitarbeiter außerhalb des Betriebes suchen, wenn es ihm nicht gelingt, die gesuchte Qualifikation durch eigene Mitarbeiter abzudecken. Grundsätzlich, wie im Fall der X-Bank, die eine Vertretung in Paris eröffnen will, wird das deutsche Unternehmen darauf bedacht sein, daß „unser Mann in Paris" jemand ist, der das Haus bestens kennt und demnach auch sachgerecht vertreten kann. Jemand, der sich mit der Firma und dem Produkt der Firma identifiziert, die Leute in der deutschen Zentrale kennt und die notwendigen Kontakte in das Mutterhaus hält.

Bei Großfirmen, die eine kontinuierliche Personalpolitik betreiben und bereits über Erfahrungen im Auslandsgeschäft verfügen, wird die Suche nach dem geeigneten Mann kein unlösbares Problem sein. Ist die Personalabteilung bzw. die Personalabteilung Ausland gut geführt, so wurde entsprechend disponiert. Der Mitarbeiter, der ins Ausland geht, findet eine entsprechende Infrastruktur vor. Er wird auf das Gastland und seine Sprache durch die Firma vorbereitet, wenn er nicht von Haus aus die notwendigen Vorkenntnisse mitbringt. Nur dann, wenn die interne Planung diese Führungskraft nicht aufbauen konnte oder derartige spezielle Kenntnisse des Gastlandes gefordert sind, die ein interner Mitarbeiter nicht mitbringen kann, wird der Großbetrieb einen neuen Mitarbeiter suchen.

Das mittlere oder kleine Unternehmen, das einen Auslandsauftrag abwickeln oder eine Niederlassung im Ausland eröffnen will, hat es da schon schwerer. Die Personaldecke ist sehr kurz. Neue Aufgaben erfordern es, kurzfristig neue Mitarbeiter einzustellen. Dafür, Mitarbeiter für Auslandstätigkeiten aufzubauen, fehlte es in der Vergangenheit an Zeit, an Geld und an dem ausreichend großen Potential grundsätzlich in Betracht kommender Kräfte.

Hier und für Spezialistenposten bei Großfirmen liegt die Chance für Interessenten, eine Tätigkeit für eine deutsche Firma im Ausland aufzunehmen. Hier liegt aber gleichzeitig das Risiko: Im Falle der Beendigung des Auftrages oder der Beziehungen der Firma zum Gastland besteht die Gefahr, daß es auch zu einer Beendigung des Arbeitsvertrages mit dem für diesen speziellen Auftrag angeworbenen Mitarbeiter kommt. Die Firma trennt sich naturgemäß von ihm leichter als von einem im Stammhaus langfristig Bekannten oder Beschäftigtem. Ausnahme ist vielleicht die Führungskraft, die sich einen so guten Namen gemacht hat, daß man nunmehr nicht auf sie verzichten möchte.

Die Verträge bei deutschen Firmen haben gegenüber Verträgen mit ausländischen Firmen den Vorteil, daß sie einerseits der deutschen Arbeitsgerichtsbarkeit unterliegen, andererseits auch grundsätzlich keine Probleme hinsichtlich der Sozialversicherung bestehen. Ansonsten besteht im Ausland, sofern nicht entsprechende Sozialversicherungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und dem jeweiligen Land abgeschlossen wurden, kein entsprechender Schutz. Nach deutschem Recht abgeschlossen werden auch die meisten befristeten Arbeitsverträge mit deutschen Consultings, die bestimmte zeitlich und inhaltlich fest definierte Aufträge, meist in Ländern der Dritten Welt, durchführen. Gerade Consultings sind hauptsächliche Auftraggeber für die Auslandsabteilung der ZAV.

Deutsches Know-how hat weltweit einen guten Ruf. So geben der Auslandsabteilung der ZAV auch Stellenangebote ausländischer Arbeitgeber zu, die deutsche Führungskräfte suchen. Hier handelt es sich meist

● Fortsetzung Seite 14

Neben Französisch und Englisch ist nun Spanisch gefragt

● Fortsetzung von Seite 13

um Firmen, die ohnehin in einer bestimmten Geschäftsbeziehung zur Bundesrepublik stehen, sei es, daß sie Anwender deutscher Technologie sind, sei es, daß sie in sonstiger Weise mit dem deutschen oder europäischen Markt kooperieren. Andere Firmen aus Entwicklungsländern suchen gleichzeitig im Bereich verschiedener Industrieländer nach Experten, so daß die deutsche Führungskraft im Bewerbungsverfahren mit Bewerbern aus anderen Ländern konkurriert. Verfügt der Bewerber dann nicht neben den geforderten beruflichen Qualifikationen auch über ausgezeichnete Sprachkenntnisse, so kommt diese Bewerbung gegenüber derjenigen eines Engländers oder Franzosen, der vielfach in seiner Muttersprache arbeiten kann, nicht zum Zuge.

Gemeinsam ist allen Tätigkeiten im Ausland, daß die Anforderungen an die sprachlichen Fähigkeiten des deutschen Mitarbeiters im Ausland mit der Position steigen. Es kommt heute nicht mehr vor, daß sich eine Firma, eine deutsche oder auch eine ausländische, den Luxus leisten kann, einer Führungskraft einen Dolmetscher zur Seite zu stellen. Im Gegenteil: Immer häufiger werden neben englischen auch französische, spanische oder portugiesische Sprachkenntnisse gefordert. Hier rächt es sich, daß in der deutschen Sprachenausbildung in der Vergangenheit oftmals Englisch als Weltsprache Nummer eins gefördert, die anderen Sprachen aber vernachlässigt wurden.

Aus dem Erfordernis guter, oft vielseitiger Sprachkenntnisse wie aus der Beschreibung, in welchen Fällen überhaupt deutsche Führungskräfte für Auslandsaufgaben gesucht werden, wird deutlich, daß in erster Linie Spezialisten gesucht werden, Mitarbeiter, die der eigenen Firma, dem eigenen Land nicht zur Verfügung stehen.

Hierzu ein Beispiel:

Vor 10 bis 15 Jahren konnte die ZAV noch Hoch- und Tiefbauingenieure mit Berufserfahrung, aber ohne Spezialkenntnisse auf einem bestimmten Fachgebiet vermitteln. Heute liegen der Auslandsabteilung Stellenangebote für Bauingenieure vor, die spanische oder portugiesische Sprachkenntnisse besitzen sollen und als Sanitary Engineer Projekte der Wasserversorgung und Entsorgung in Entwicklungsländern verantwortlich planen, ausführen und überwachen sollen, wobei in diesem Fachgebiet eine mindestens achtjährige Berufserfahrung erwartet wird.

Schwerpunkte des Bedarfs für Industrieländer waren:

Vertriebsingenieure, vor allem im Bereich Maschinenbau;

Ingenieure der Fachrichtung Informatik und spezielle Gebiete des Nachrichtenwesens;

Fachkräfte für das Finanz- und Rechnungswesen.

Für Entwicklungsländer waren besonders gefragt:

Elektroingenieure (Erzeugung und Verteilung von Energie);

Bauingenieure (Tiefbau, Ver- und Entsorgungstechnik);

Wirtschaftswissenschaftler (Stadt- und Regionalplanung);
Gewerbelehrer.

Job und Cash

Projektmanager
(Saudi-Arabien)
10 bis 20 Jahre Berufserfahrung:
10 000 bis 14 000 DM/Monat
plus Sozialleistungen

Bauingenieur
(Saudi-Arabien)
5 bis 10 Jahre Berufserfahrung:
etwa 9000 bis 12 000 DM/Monat

Internationaler Beamter,
Dienstort New York
Gruppe P 2/Stufe V (etwa: Regierungsrat nach 4 Jahren), verheiratet, ein Kind: 44 940 US-$/Jahr (steuerfrei)

Internationaler Beamter,
Dienstort Genf
Gruppe P 5/Stufe I (etwa: Regierungsdirektor, Eingangsstufe) ledig: 57 393 US-$/Jahr (steuerfrei)

Betriebswirt
(Luxemburg) für
eine Beratungsgesellschaft
5 bis 10 Jahre Berufserfahrung:
rund 80 000 DM/Jahr

Gesucht für Tätigkeiten im Ausland werden also Führungskräfte mit speziellen Kenntnissen, oft Mehrfachqualifikationen. Naturgemäß sind diejenigen, die ins Ausland streben, oftmals noch Berufsanfänger, die sich die geforderten Qualifikationen erst einmal erarbeiten müßten und dies auch wollen. Andererseits sind nur wenige inländische und ausländische Firmen angesichts der eingangs geschilderten Kosten- und Finanzierungsfragen bereit, ein Risiko mit einem berufsunerfahrenen Mitarbeiter einzugehen.

Bietet sich nicht in einem marktwirtschaftlichen System eines exportorientierten Landes wie der Bundesrepublik ein Programm der Wirtschaft an, ihrem Nachwuchs für Auslandstätigkeiten eine Chance zu geben? Im Bereich der deutschen bilateralen Entwicklungshilfe existiert das von der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) abgewickelte Programm der einjährigen Tätigkeit als Projektassistent.

Für den Bereich der internationalen Organisationen wickelt das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) der ZAV das ebenfalls zahlenmäßig sehr begrenzte Programm der Entsendung sogenannter Beigeordneter Sachverständiger ab. Im öffentlichen Dienst gibt es Beurlaubungsrichtlinien für Mitarbeiter, die eine Tätigkeit bei internationalen Organisationen aufnehmen.

Wäre es nicht an der Zeit, hierzu ein Pendant für die Wirtschaft zu entwickeln und das Risiko nicht allein dem Mitarbeiter zu überlassen, der ins Ausland geht?

Für internationale Organisationen gilt ähnliches wie für die geschilderten Beschäftigungsmöglichkeiten von Führungskräften im Ausland. Ein wesentlicher Ausbau im Bereich der Führungskräfte ist aufgrund der Finanzlage der Mitgliedstaaten nicht zu erwarten. Die Personalchefs internationaler Organisationen sind dem Druck des eigenen Personals ausgesetzt, wenn es darum geht, Führungspositionen zu besetzen. Externe Bewerber werden nur dann eine Chance haben, wenn kein entsprechend qualifizierter Interner zur Verfügung steht. Wird die Stelle von außen besetzt, so konkurrieren Bewerber aus allen Mitgliedsländern um diesen Posten. Die Mitgliedsländer pochen mit Blick auf ihren Finanzbeitrag auf eine angemessene „geographische" Beteiligung. Länder mit geringen Beitragsquoten fordern Mindestbeteiligungen an der Personalausstattung.



Von der Faust zum Hirn

Eines kann jedenfalls für deutsche Führungskräfte gesagt werden: Handelt es sich um eine Ausschreibung, die wirklich offen ist, so haben deutsche Kandidaten eine gute Chance, wenn sie die übrigen Voraussetzungen wie Qualifikation für gerade diese Stelle, Beherrschung mindestens einer der Amtssprachen – Englisch, Französisch, gegebenenfalls Spanisch –, gute bis sehr gute Kenntnisse in einer der anderen Sprachen, und die Fähigkeit, ja die Bereitschaft mitbringen, in einer Arbeitsgruppe mit Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenzuarbeiten.

Kandidaten, die Erfahrungen im internationalen Bereich mitbringen, haben naturgemäß wesentlich größere Chancen als auslandsunerfahrene. Eine deutsche Mitarbeiterin bei einer internationalen Organisation sagte kürzlich, man habe mit Beginn ihrer Tätigkeit von ihr erwartet, daß sie tüchtiger arbeite als andere, gleichzeitig aber auch, daß sie das ihren Kollegen nicht zeige.

Sieht man die deutsche personelle Beteiligung an internationalen Organisationen im Verlauf der letzten Jahre, so konnte dieser Anteil kontinuierlich gesteigert werden. Wenig Sinn bringt es dabei, den deutschen Personalanteil an den der geographischen Verteilung unterliegenden Planstellen in den Sekretariaten, den sogenannten Stabsstellen, beckmesserisch der Beitragsquote gegenüberzustellen. Wichtig ist es auch, die Struktur der deutschen Beschäftigten zu sehen. Eine gute, ausgewogene Verteilung zwischen Nachwuchs- und Leitungspositionen ist angemessener als beispielsweise eine zahlenmäßig höhere Beteiligung auf nachgeordneten Posten.

Neben den beschriebenen Stabspositionen gibt es insbesondere im Bereich von Entwicklungshilfeprojekten internationaler Organisationen die Möglichkeit der Beschäftigung als Experte. Die angebotenen Verträge haben eine Laufzeit von wenigen Wochen bis zu zwei Jahren. Hier werden wieder meist hochqualifizierte und -spezialisierte Experten gesucht, die in Entwicklungsländern Verwaltungsstrukturen verbessern, Wasserläufe in erdbebengefährdeten Gebieten regulieren, Produktionsabläufe in einer chemischen Fabrik rationalisieren oder ein ländliches Genossenschaftswesen aufbauen sollen.

Für manche dieser Projekte stellen deutsche Unternehmungen oder Forschungsinstitute Mitarbeiter ab, da die oftmals hochqualifizierten Spezialisten auf dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Aus dieser zeitweisen Freistellung von Mitarbeitern für Aufgaben bei internationalen Organisationen entstehen nicht selten dauerhafte Geschäftsbeziehungen mit dem Aufnahmeland.

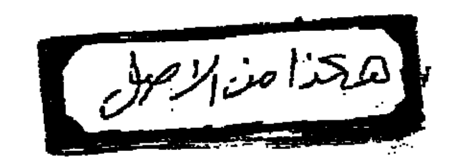
Bei den bereits erwähnten Beigeordneten Sachverständigen handelt es sich um jährlich rund 20 Nachwuchskräfte, die aufgrund eines Vertrages in der Bundesrepublik mit einer internationalen Organisation dieser bzw. dem geförderten Land zur Verfügung gestellt werden. Die Bundesrepublik trägt die Kosten des nach den Konditionen der jeweiligen internationalen Organisation bezahlten Beigeordneten Sachverständigen.

Neben den in unregelmäßigen Abständen durchgeführten Auswahlverfahren internationaler Organisationen für Nachwuchskräfte, bei denen die deutschen Bewerber in der Regel mit anderen Kandidaten aus den anderen Mitgliedsnationen konkurrieren, ist eine Tätigkeit im Rahmen dieses Programms die beste Ausgangsbasis für eine spätere Tätigkeit bei internationalen Organisationen.

Gemeinsam ist einer Tätigkeit im Ausland, bei deutschen wie auch bei ausländischen Unternehmen oder bei internationalen Organisationen: Je früher sich die Führungskraft auf die Tätigkeit im Ausland vorbereitet, desto besser. Spätere Quereinstiege sind selten. Wenn sie erfolgreich sein sollen, erfordern sie einen hohen Grad an Spezialisierung. Es sei denn, man steigt auf politischer Ebene ein. Aber hier gelten ohnehin andere Spielregeln. ■



PETER SCHIFFERER
Geboren 1944 in Salzgitter, Volljurist. Studien an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer und an der Ecole Nationale d'Administration (ENA), Paris. Zunächst Assistent des Vizepräsidenten der Bundesanstalt für Arbeit (BA) in Nürnberg, dann stellvertretender Direktor eines Arbeitsamtes in Berlin; seit Juli 1983 Leiter des Büros Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) bei der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Frankfurt/M. Publikationen zu den Aufgaben der BA und deren französischen Partnerverwaltungen.



Immer mehr Firmen leiten die Flut der Stellungsuchenden zur Vorauswahl über professionelle Berater

Die Bewerbung hat sogar ihr taktisches Kalkül

Von VOLKER SCHADE

Nahezu jeder Betrieb, auch Klein- und Mittelbetriebe, ziehen heute zur Personalauslese und zur -einstellung Betriebspsychologen oder externe Berater auf Honorarbasis zu Rate. Man kann die heute durchgeführten Bewerbungsabläufe oft mit einem Rechtsstreit vergleichen, bei dem die eine, nämlich die Unternehmensseite, mit einem hochbezahlten Anwalt erscheint, während die andere Seite, und das sind die Bewerber, eindeutig benachteiligt ist.

Fehlt dem Bewerber ein „Anwalt", jemand, der ihn qualifiziert berät, ihn unterstützt und ihm in seiner speziellen Situation aktiv hilft? Diese Frage drängt sich beim Durcharbeiten von Bewerbungen in den vergangenen Jahren zunehmend auf. Alle Verantwortlichen, die heute mit Personalauslese und hier speziell mit Bewerbungen zu tun haben, werden bestätigen, welch mühselige und unerquickliche Arbeit das Auswerten von Bewerbungen darstellt.

Das ist zum einen die Anzahl der eingehenden Bewerbungen, die nur zu oft zu hohen Stapeln auf dem Schreibtisch anwachsen. Man muß sich die Situation einmal plastisch vor Augen halten, in der sich ein Personalleiter oder -referent befindet, wenn ihm oft Hunderte von Bewerbungen gegenüberstehen. Und dabei geht es in der Regel stets nur um eine zu besetzende Position. Aus dieser Flut muß er nun einige Bewerbungen herausfischen und in die engere Wahl nehmen, die den aufgezeigten Anforderungen optimal entsprechen zu scheinen.

Aber wie diese Sisyphusarbeit am rationellsten und effektivsten lösen? Geht man von durchschnittlich 10 bis 15 Seiten (einschließlich Zeugnissen) pro Bewerbung aus und rechnet mit einem Bewerbungseingang von „nur" um die 100, so türmt sich ein Papierberg von 1000 bis 1500 Seiten auf. Das Wort von der Quantität, die die Qualität verändert, findet hier ein beredtes Beispiel. Hinzu kommt die blasse Eintönigkeit allzu vieler Bewerbungen, die oft ermüdend wirkt.

Nicht zuletzt sind diese Umstände die Ursache, warum immer mehr Firmen dazu übergehen, die Personalsuche und -vorauswahl Unternehmensberatungen bzw. Personalberatungen zu übertragen. Sie ziehen damit die logische Konsequenz aus der unerwünschten und belastenden regelmäßigen Bewerberflut. Mittlerweile sind es rund 44 Prozent der in überregionalen Zeitungen angebotenen offenen Stellen, in denen die Unternehmen eine Unternehmens- bzw. Personalberatung vorgeschaltet haben. In der Bundesrepublik sollen derzeit nach Angaben der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (UVA) Frankfurt etwa 500 Unternehmens-/Personalberater tätig sein, die den Unternehmen das Suchen und erste „Aussieben" als Dienstleistung anbieten.

Nur bei den Bewerbern selbst hat sich nichts geändert. Sie bewerben sich bis auf wenige Ausnahmen so, als hätten sich die Zeiten auf dem Bewerbermarkt nicht geändert. Opas Bewerbung feiert vielfach fröhliche Urständ!

In der Tat: Die Form der Bewerbung, so wie „man" sich vermeintlich „richtig" bewirbt, hat ihren historischen Ursprung und konkrete arbeitsmarktbezogene Relevanz. Sie ist geprägt von der Arbeitsmarkt-Situation der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, in der über weite Strecken gesehen Angebot und Nachfrage in einem ausgeglichenen Verhältnis standen, einmal abgesehen von Sonderentwicklungen, wie beispielsweise die Weltwirtschaftskrise mit ihrer vorübergehenden Massenarbeitslosigkeit. Das bedeutete, daß auf jede Vakanz eine überschaubare Anzahl von Bewerbungen eingingen. Dabei konnte jeder Bewerber davon ausgehen, daß seine Bewerbung von A (= Anschreiben) bis Z (= Zeugnisse) gelesen und bewertet wurde. Dieser Umstand prägte dann auch die Form der Bewerbung, der Leser machte sich insbesondere aus den Zeugnissen und Arbeitszeugnissen ein genaues Bild von fachlicher und persönlicher Qualifikation des Bewerbers. Das Anschreiben erfüllte lediglich die Funktion eines höflichen Begleitschreibens, mit dem man seine Unterlagen überreichte. Der Lebenslauf diente in erster Linie dem lückenlosen Nachweis, wann und wo und als was der Bewerber tätig gewesen ist.

> „Darum muß das Bewerbungsanschreiben zum wichtigsten Teil der Bewerbung gestaltet werden, zum eigentlichen Informationsträger, der positives Interesse möglichst spontan auslösen sollte."

Diese klassische Form der Bewerbung wird heute noch von einer erstaunlich großen Vielzahl in ihren Grundzügen praktiziert, obwohl sie längst überholt ist. Nach wie vor gehen die meisten Bewerber davon aus, ihre Bewerbung werde in jedem Fall in Ruhe und Ausführlichkeit gelesen und daß sich an Hand ihrer beigefügten Unterlagen ein konkretes Bild von den Qualifikationen gemacht wird. Sie verkennen dabei aber die Lage, in der sich ihre Bewerbung heute befindet, sie verkennen die dramatische Wettbewerbssituation.

Wer mit seiner Bewerbung Erfolg haben will, muß sich ganz einfach den heute herrschenden Bedingungen anpassen. Und dies bedeutet, von der traditionellen passiven Form der Bewerbung abzurücken und zum aktiven Bewerben überzugehen. In der Konsequenz heißt dies: nicht dem Leser die Arbeit zu überlassen, aus den übersandten Unterlagen sich ein Bild über die Qualifikation zu erarbeiten, sondern statt dessen ihm diese Arbeit abzunehmen und in geeigneter Form selbst sein Profil deutlich und überzeugend sichtbar zu machen.

Darum muß das Bewerbungsanschreiben zum wichtigsten Teil der Bewerbung gestaltet werden, zum eigentlichen Informationsträger, der positives Interesse möglichst spontan auslösen sollte. Anhand von Bewerbungsschreiben und Werdegang sollte sich der Leser ohne großen Zeit- und Leseaufwand gleich beim ersten „Überfliegen" ein qualifiziertes Bild vom Bewerber machen können und dabei nicht auf das zeitraubende Studium der Zeugnisse, Zertifikate und meist umfangreichen Anlagen angewiesen sein zu müssen.

Der Bewerber muß in seiner Bewerbung selber die Argumente deutlich sichtbar liefern, die für ihn sprechen und die für den Leser mitentscheidend sein können, ihn in die engere Wahl zu nehmen. Deshalb sollte er sämtliche Möglichkeiten der Positionsverbesserung bei der Erstellung seiner Bewerbung wahrnehmen. Denn oft sind es angesichts der Vorlage vieler qualifizierter Bewerbungen nur Kleinigkeiten, die den Vorsprung ausmachen und auf die es deshalb entscheidend ankommen kann.

Vergegenwärtigen wir uns doch einmal die „Rahmenbedingungen", denen Bewerber mehr oder weniger ausgeliefert sind, ganz gleich, in welcher Ebene sie sich bewegen:

Nie zuvor war die Position derer, die sich um eine berufliche Position bemühen, schwächer als heute – sei es als Berufsanfänger, als vorübergehend Stellenloser oder als Stellenwechsler. Da ist zum einen die krasse Wettbewerbssituation und zum anderen die „Gegenseite", die sich bei der Personalauslese heute zunehmend wissenschaftlich fundierter Auslesemethoden und -tests sowie der Hilfe speziell ausgebildeter Personalfachleute, Psychologen, Graphologen und weiterer externer Fachberater bedient.

Das Ziel des Bewerber-Beraters ist es daher, trotz dieser ungünstigen Rahmenbedingungen die Chancen des einzelnen Bewerbers bei den Personalausleseverfahren entscheidend zu verbessern.

Wie sieht nun diese „Bewerber-Beratung" aus?

Unabdingbare Voraussetzung sowie Dreh- und Angelpunkt für eine im Endeffekt erfolgreiche Beratung ist das persönliche Kennenlernen zwischen Bewerber und Berater.

In einem konzentrierten Beratungsgespräch wird mit dem Bewerber ein auf ihn maßgeschneidertes, individuelles Bewerbungskonzept erarbeitet, das in dessen konkreter Situation größtmöglichen Erfolg verspricht. Dabei werden auch seine persönlichen und fachlichen Stärken und Qualifikationen herausgearbeitet und in einem zutreffenden attraktiven Profil zusammengefaßt. Der Bewerber erhält darüber hinaus Antworten auf seine individuellen Fragen und Probleme, wie z. B.:

– Was ist an meiner derzeitigen Bewerbung falsch, kann ich diese verbessern?

– Wie erreiche ich, daß meine Bewerbung positives Interesse auslöst, trotz zahlreicher Mitbewerber?

– Wie begründe oder beschreibe ich Besonderheiten in meinem Lebenslauf?

– Was liest ein „Insider" aus meinen Zeugnissen und Unterlagen? Sind diese frei von versteckten Hinweisen?

– Wie erreiche ich, daß ich mich auch in einem persönlichen Vorstellungsgespräch überzeugend darstelle?

– Wie reagiere ich dabei auf unangenehme Fragen, wie meistere ich „Fangfragen"?

– Wie erhalte ich vor Abschluß des Arbeitsvertrages zuverlässige Informationen über die finanzielle Situation des betreffenden Unternehmens (wichtig insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben)?



VOLKER SCHADE
Geboren 1940 in Chemnitz, Ausbildung zum Bankkaufmann, Studium der Betriebswirtschaft, Dipl.-Betriebswirt, 15 Jahre Tätigkeit in der Brauindustrie, Leitung der Ressorts Controlling und Personal, betreibt seit drei Jahren in Iserlohn die Bewerber-Beratung BBS.

Dabei geht es nicht um die Vermittlung von „Bewerbungstechniken", sondern vielmehr um das Herausschälen seines Profils und seiner Stärken und diese angemessen zu formulieren.

Mit dem erarbeiteten Konzept ist der Bewerber in der Regel in der Lage, sich optimal zu bewerben und im Vorstellungsgespräch überzeugend darzustellen. Wenn der Bewerber es wünscht, kann Aufbau, Formulieren und Texten der Bewerbung durch den Berater in vollem Umfang übernommen werden. Dieser verfaßt dann im Anschluß an das vorausgegangene Gespräch nach dem gemeinsam erarbeiteten Konzept und in Kenntnis sämtlicher relevanter Aspekte die komplette Bewerbung (Bewerbungsschreiben, Lebenslauf/Werdegang sowie ggf. weitere Anlagen, wie z. B. ausgegliederte Beschreibung der derzeitigen Tätigkeit, Weiterbildungsmaßnahmen, besondere Qualifikationen etc.).

Oft will (oder muß) der Bewerber schnell mit überzeugenden Unterlagen auf Stellenangebote reagieren. Oder er will (bzw. muß) eine breit angelegte Bewerbungsoffensive starten. Hier tun sich für ihn Probleme auf, wenn er nicht über eine flinke und zuverlässige „Privatsekretärin" verfügt. Für diese Fälle wird ihm ein Bewerbungs-Schreib-Service angeboten: Für die Abwicklung sämtlicher Schreibarbeiten stehen dem Bewerber Mitarbeiterinnen des Beratungsbüros sowie das nach neuestem Stand der Technik ausgestattete Schreibbüro zur Verfügung. Die individuellen, kompletten Bewerbungen werden innerhalb kürzester Zeit absolut fehlerfrei und sauber geschrieben.

Entscheidend ist dabei, daß jede Bewerbung auf den jeweiligen Einzelfall angemessen gestaltet wird. Unsere Routine besteht darin, hierbei eben keine Routine zu entwickeln, sondern überzeugende Individualität.

Ein telefonischer Beratungsservice über die gesamte Dauer der Bewerbungsaktion gibt dem Bewerber zusätzliche Sicherheit.

Bewerber, die sich in einer gesicherten Position befinden, scheuen sich oftmals, auf für sie interessante Stellenangebote zu reagieren. Da sie nicht sicher sind, ob die Diskretion (trotz Zusicherung) bei Bewerbungen immer und überall gewahrt bleibt, tun sie nichts, was ihre heutige Stellung unnötig gefährden könnte. Das muß aber nicht sein, denn durch die Einschaltung des Beraters als Treuhänder wird so die Möglichkeit geschaffen, sich risikolos zu bewerben und seinen „Marktwert" zu testen.

Wozu Bewerber-Beratung, es gibt doch eine Fülle von entsprechender Fachliteratur? Doch so gut diese Bücher auch sein mögen, sie können naturgemäß nur allgemeine Ratschläge erteilen. Kein noch so gutes Buch kann dem Bewerber in seiner ganz speziellen Situation individuell auf seine Fragen und Probleme antworten. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß die meisten Bewerbungsfibeln bei ihren Ratschlägen Berufsanfänger im Auge haben und zuviel Wert auf die Äußerlichkeit der Bewerbung legen und allgemeine „Bewerbungstechniken" vermitteln. Aber darauf kommt es in erster Linie nicht an, weil man sich im jeweiligen Einzelfall glaubhaft bewerben und sich gegenüber einer Vielzahl von Mitbewerbungen durchsetzen. Bewerber-Beratung ist ausschließlich individuelle Beratung, die dort beginnt, wo die allgemeinen Ratschläge naturgemäß enden müssen.

Birgt diese individuelle Bewerber-Beratung aber nicht auch Gefahren und Risiken, insbesondere dann, wenn sie das Schreiben der Bewerbung durch einen Dritten beinhaltet? Häufig zu hören ist der Verdacht, daß Bewerbungen, die nicht unmittelbar vom Bewerber selbst verfaßt wurden, diesen in einem falschen Bild zeichnen und folglich dessen Individualität falsch wiedergeben könnten. Dem ist ohne Einschränkung zuzustimmen, eine solche Bewerbung birgt sicherlich Gefahren, die letztlich am härtesten den Bewerber selbst treffen.

Aber pauschal zu unterstellen, daß Bewerbungen, an denen ein Bewerber-Berater mitgewirkt hat, grundsätzlich ein unzutreffendes Bild geben, ist falsch! Bei der Mitwirkung eines fachlich versierten und verantwortungsbewußten Beraters trifft das Gegenteil zu! Dessen richtig verstandene Aufgabe besteht doch darin, dem Bewerber zu helfen, ein zutreffendes klares Bild von sich und seinem Profil zu zeichnen. Deshalb spiegeln diese Bewerbungen die Individualität des Bewerbers oft wesentlich besser wider als so manche reine „Eigengewächse".

> „Für nahezu alle Probleme kann heute auf fachkundige Hilfen und Problemlöser zurückgegriffen werden, wenn man diese nicht selber lösen will oder kann: Rechtsberater, Steuerberater, Eheberater, Börsen- und Finanzberater."

Es entspricht ganz einfach nicht den Tatsachen, daß selbstverfaßte Unterlagen grundsätzlich ein korrektes Bild des Bewerbers wiedergeben. Im Gegenteil, hier handelt es sich oft um Zerrbilder, die einerseits unzutreffend positiv verfaßt sind, andererseits durch mangelhafte Information eher nichtssagenden „Grauschleiern" gleichen. Der Bewerber sollte jedoch hohe Ansprüche an seinen Berater und dessen fachliche Qualifikation stellen. Unterlagen, die zu „Mogelpackungen" hochstilisiert wurden, müssen sich letztlich zu seinem Nachteil auswirken. Geweckte hohe Erwartungen, denen kein entsprechendes Leistungsvermögen gegenübersteht, ermöglichen in manchen Fällen zwar einen kurzfristigen Bewerbungserfolg, der sich dann aber sehr bald als Pyrrhus-Sieg erweisen wird.

Und noch etwas sollte bei der Diskussion über die „Bewerbung vom Fachmann" berücksichtigt werden: Unterlagen, die durch eine fachliche Beratung und Mitwirkung obigen Kriterien entsprechen, bringen auch den Unternehmen gewichtige Vorteile. Denn sie ermöglichen eine schnelle und sichere Entscheidung, ob der Bewerber im konkreten Fall „paßt" – oder nicht! Ein nicht unwesentlicher Vorteil, der sicherlich auch der täglichen Arbeit der Unternehmens- bzw. Personalberater unmittelbar zugute kommt.

In vielen hundert Praxisfällen kann nachgewiesen werden, daß Erfolg beim Bewerben nicht auf Glück beruht, sondern das Ergebnis zielgerechten und taktisch richtigen Verhaltens ist. Denn Ziel der Beratung sind Bewerbungsunterlagen, die den Bedürfnissen und Bedingungen der „Gegenseite" entsprechen. Gezielte Information, Konzentration auf das Wesentliche, Offenheit sowie Klar- und Wahrheit sind in diesem Zusammenhang nur einige Stichworte. Diese sind Voraussetzung, um Aufmerksamkeit und positives Interesse zu wecken sowie Kompetenz und Vertrauenswürdigkeit überzeugend zu signalisieren.

Das Honorar, das nach Abschluß der Beratung dem Bewerber in Rechnung gestellt wird, richtet sich nach dem zeitlichen Aufwand, der im jeweiligen Einzelfall erforderlich ist. Dabei wird die Gebührenordnung der Wirtschaftsprüfer für Beratungsleistungen als Richtschnur zugrunde gelegt. Für Studenten und Berufsanfänger gilt ein ermäßigter Sondertarif.

Wer sich dieser relativ jungen Dienstleistung bedient? Praktisch alle, die die Zeichen der Zeit auf dem Bewerbermarkt realistisch einschätzen und ihre Chancen dort verbessern möchten. Dabei spannt sich bundesweit ein breiter Bogen vom Studenten bis zum Vorstandsmitglied, von der Krankenschwester bis zum Atomphysiker.

Fazit: Für nahezu alle Probleme kann heute auf fachkundige Hilfen und „Problemlöser" zurückgegriffen werden, wenn man diese nicht selber lösen will oder kann: Rechtsberater, Steuerberater, Eheberater, Börsen- und Finanzberater, es ließe sich eine ganze Liste hierüber erstellen.

Es ist deshalb nicht einzusehen, warum eine vergleichsweise so eminent wichtige und zentrale Aufgabe wie das Bewerben um eine (neue) berufliche Position ein Feld sein soll, auf dem sich jeder als Naturbegabung und Autodidakt erweisen soll.

Die Inanspruchnahme fachlichen Rates und individueller Hilfe bei dem Bemühen um eine neue berufliche Position signalisiert nicht irgendein persönliches Defizit, sondern nach meinen Erfahrungen vielmehr die aktive Bereitschaft, neue Probleme mit neuen Lösungsmöglichkeiten gezielt im Eigeninteresse anzugehen. ■

Wir sind stolz darauf, mit den meisten Marken unseres Hauses die Nr. 1 zu sein!

Wir brauchen Sie, um diese Position zu halten und sie mit weiteren Produkten zu erreichen.



Kaum ein Kosmetik-Produkt hat sich in den letzten Jahren so überzeugend durchgesetzt wie das Beauty Fluid Oil of Olaz. Vor zehn Jahren noch eine unbedeutende Marke unter vielen, ist Oil of Olaz heute wertmäßig zur größten Hautpflegelotion und zur Nr. 2 im gesamten Hautpflegemarkt geworden. Heute verwendet nahezu jede fünfte Frau in Deutschland Oil of Olaz.

Was steht hinter diesem Erfolg? Was ist das Geheimnis der Frauen, die dieses Produkt täglich verwenden?

In erster Linie sind da sicherlich die Einzigartigkeit in der Substanz und die hohe Produktqualität mit ihren hervorragenden Pflegeeigenschaften, die Millionen von Frauen mit ihren unterschiedlichen Hautpflegebedürfnissen überzeugt haben. Und auf der anderen Seite steht die konsequente Investition in die Marke und in eine Kommunikation, die diese Frauen sehr persönlich angesprochen und die hohe Akzeptanz geschaffen hat.

Übrigens Oil of Olaz kommt aus dem Hause Wick Pharma, ebenso wie die bekannten Wick-Erkältungspräparate, Wick Hustenbonbons sowie Clearasil, Saltrat, Primus, Hegor und Topexan.

Wir sind ein internationales Unternehmen auf dem Sektor der Gesundheits- und Körperpflege mit modernen, pharmazeutischen Forschungs- und Produktionszentren, in denen mehr als 11.000 Menschen im Dienste der Gesundheit tätig sind. Heute gehören wir zu den führenden Herstellern in der Welt.

Aber ohne unsere Spezialisten, die Marketing-Profis, die Produkt-Manager, die Marktforscher, die Mediziner, die Apotheker, die Kaufleute und, und, und ... wären wir nicht das, was wir heute sind. Und so können unsere Produktions- und Forschungszentren sowie unser kaufmännischer Innen- und Außendienst guten Führungs- und Nachwuchskräften interessante und sichere Entwicklungschancen bieten. Informieren Sie sich bitte:

Werden Sie gemeinsam mit uns und unseren Produkten die Nr. 1.

WICK PHARMA
ZWEIGNIEDERLASSUNG DER RICHARDSON GMBH
H.-S.-Richardson-Straße · 6080 Groß-Gerau

Gerade in schwierigen Zeiten gibt es für gestandene Fachleute Karriere-Chancen

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten beweist sich erst, wie leistungsfähig Unternehmen sind und wie sehr die Leistung qualifizierter Mitarbeiter den Erfolg des Unternehmens bestimmt. Rank Xerox weiß das und fördert gerade jetzt den Einstieg und einen raschen Berufsfortschritt für solche Mitarbeiter, mit denen man die nächsten 10 Jahre meistern kann.

Im Vertrieb

Vertrieb umfaßt in unserem international erfolgreichen Sortiment den klassischen Kopierer genauso wie die Textverarbeitung und hochentwickelte elektronische Drucksysteme und Kommunikationsnetzwerke. Für jeden dieser Vertriebsbereiche suchen wir gut ausgebildete engagierte Verkäufer.
Wenn Sie mehr über die Chancen im Vertrieb bei Rank Xerox wissen möchten, dann schreiben Sie bitte an die Personalabteilung Ihrer Region.

Personalabteilung der Region Süd, Triebstr. 14, 8000 München 50, Tel. 089/149951;
Personalabteilung der Region Mitte, Walter-Kolb-Str. 13, 6000 Frankfurt 70, Tel. 0611/60570;
Personalabteilung der Region West, Schanzenstr. 80, 4000 Düsseldorf 11, Tel. 0211/57731;
Personalabteilung der Region Nord, Hamburger Str. 205, 2000 Hamburg 76, Tel. 040/291841.

RANK XEROX
Kopieren · Vervielfältigen · Telekommunikation · Drucksysteme · Textverarbeitung · Qualitätspapiere

Trainees

Wirtschafts-Informatik

NCR, einer der fünf größten EDV-Hersteller der Welt, entwickelt, fertigt und vermarktet Informationsverarbeitungssysteme für Unternehmen jeder Größenordnung. NCR ist der innovative und zuverlässige Partner für heute und morgen. NCR beschäftigt weltweit 63.000, in Deutschland über 3.200 Mitarbeiter.

Zum 1. April werden wir wieder eine kleine Gruppe von Informatikern und Diplom-Kaufleuten (mit Schwerpunktstudium EDV) einstellen, um sie in einem Traineeprogramm für die Aufgaben als Vertriebsberater oder Systemberater für Großkunden und Netzwerk-Projekte vorzubereiten.

Voraussetzungen sind sehr gute EDV-Kenntnisse, speziell in Datenbanken, Betriebssystemen, Bürokommunikation, Microcomputer oder Datenfernverarbeitung, gute Englischkenntnisse, Vertriebsinteresse, Belastungsfähigkeit und ausgeprägter Leistungswille, Mobilität sowie ständige Lernbereitschaft.

Wenn Sie das als persönliche Herausforderung betrachten, bitten wir um baldige Zusendung Ihrer vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Beschreibung Ihrer speziellen EDV-Kenntnisse unter Kennwort „Trainee" an Herrn Reiner H. Naumann. Wir reagieren schnell.

NCR

NCR GmbH
Leitung Personal Marketing/Vertrieb
Ulmer Straße 160
8900 Augsburg

Qualität hat Zukunft

Die Daimler-Benz AG gehört zu den führenden Unternehmen der Automobilindustrie. Diese Stellung wurde durch bahnbrechende technische Neuerungen, die den Automobilbau maßgeblich beeinflußt haben, geschaffen.

Die Aufgaben und Probleme der 80er Jahre müssen gelöst werden. Dazu brauchen wir Mitarbeiter mit Fachwissen, Ideen, Einsatz- und Kooperationsbereitschaft.

Für die Aufgaben in verschiedenen Bereichen unseres Hauses suchen wir Damen oder Herren der Ausbildungsrichtungen

Folgender Beginn in unserem Haus ist möglich: Unmittelbarer Einsatz für eine konkrete Aufgabe im Fachbereich, in einem Werk oder der Zentrale; Einsatz in einer Nachwuchsstelle oder in einer der Nachwuchsgruppen zur Vorbereitung auf eine erste Aufgabe in einem Werk oder der Zentrale.

Entscheidend für die weitere Entwicklung ist die Leistung, die Bereitschaft, sich weiterzubilden und der Wille, Verantwortung zu übernehmen. Die Förderung baut darauf auf.

In festgelegten Zeitabständen sprechen wir mit unseren Mitarbeitern anhand der individuellen Beurteilungen über ihre Leistungen. Gezielte Hinweise zeigen ihnen Entwicklungsmöglichkeiten auf.

Führungspositionen besetzen wir vorrangig mit Mitarbeitern aus den eigenen Reihen.

Diplom-Ingenieure
Diplom-Wirtschaftsingenieure
Ingenieure (grad.)
Diplom-Kaufleute
Diplom-Volkswirte
Betriebswirte (grad.)

Richten Sie Ihre Bewerbung mit tabellarischem Lebenslauf, Zeugniskopien und Lichtbild an

Daimler-Benz AG
Personalwesen
Zentrale
Postfach 202
7000 Stuttgart 60
Untertürkheim

Mercedes-Benz: Der Weg

Bankkarriere im internationalen Rahmen

Die Continental Bank ist mit einer Bilanzsumme von $ 43 Milliarden eine der führenden internationalen Banken, die weltweit in 32 Ländern durch Zweigstellen, Tochter- und Beteiligungsgesellschaften vertreten ist. Unsere internationalen Aktivitäten konzentrieren sich auf das Geschäft mit Firmen und Banken.

In unserer Deutschland-Zentrale in Frankfurt bieten wir einem/einer

Wirtschaftsakademiker/in

als Management Trainee

die Chance zum Start in eine internationale Bankkarriere.

Die Trainee-Ausbildung beginnt mit einem Orientierungsprogramm in Frankfurt, gefolgt von einem drei- bis sechsmonatigen intensiven Kredit-Training in unserer Hauptstelle in Chicago sowie einem einjährigen „on-the-job-Training" als Kundenberater in Frankfurt. Diese anspruchsvolle Position wird nach Abschluß der sehr praxisbezogenen Ausbildung selbständig wahrgenommen.

Wir erwarten:

- mit Prädikatsexamen abgeschlossenes betriebs- oder volkswirtschaftliches Studium
- praktische Erfahrung im Bankwesen, möglichst Bankausbildung
- ausgezeichnete Englischkenntnisse, die möglichst durch Auslandsaufenthalte gefestigt sind
- gute analytische und kommunikative Fähigkeiten
- ausgeprägte Mobilität und Lernbereitschaft.

Wir bieten von Anfang an eine attraktive Vergütung mit entsprechenden Nebenleistungen und die Arbeit in einer teamorientierten Organisationsstruktur sowie vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten in unserer internationalen Organisation.

Wenn Sie sich unseren hohen fachlichen und persönlichen Anforderungen stellen wollen, bitten wir Sie, Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen an unsere Geschäftsleitung zu senden.

CONTINENTAL BANK
BOCKENHEIMER LANDSTRASSE 24
6000 FRANKFURT 1



CONTINENTAL ILLINOIS NATIONAL BANK AND TRUST COMPANY OF CHICAGO



Der Stellenmarkt der überregionalen Tageszeitungen ist ein Spiegel der konjunkturellen Entwicklung

Mehr Angebote signalisieren das Ende der langen Rezession

Von MANFRED SCHULZE

Seit 1980 wertet eine Hamburger Personalberatung die Stellenangebote für Führungs- und Fachkräfte im Anzeigenteil der großen überregionalen Tageszeitungen der Bundesrepublik aus. Ein Vergleich der letzten drei Jahresauswertungen zeigt, daß die Ausschreibungen in diesen Zeitungen offensichtlich ein Spiegelbild der konjunkturellen Entwicklung darstellen.

Mit dem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität, gemessen an den Veränderungsraten des realen Bruttosozialproduktes, nahm auch die Zahl der ausgeschriebenen Stellen ab. Demgemäß registriert die Analyse des Unternehmens im 4. Quartal 1982 den absolut tiefsten Stand des Anzeigenaufkommens für Führungs- und Fachkräfte seit vielen Jahren.

Ein positives Vorzeichen der Analysewerte bescherte dann erstmals wieder das zweite Quartal 1983. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der Stellenangebote um 4 Prozent, und dieser Trend setzte sich im 3. Quartal mit 7,7 Prozent Zuwachsrate fort. Diese Steigerung ermutigt dazu, die zukünftige Konjunkturentwicklung optimistisch einzuschätzen und verspricht Erfolg bei unseren Anstrengungen zur Überwindung der Rezession.

Rezession bedeutet allgemein: steigende Arbeitslosenzahlen, geringere Konsumneigung, abnehmende Kapazitätsauslastung, sinkende Investitionsbereitschaft und ebenfalls ein verringertes Angebot an freien Positionen für Führungs- und Fachkräfte.

Betrachtet man die einzelnen Indikatoren unter der Lupe, stellt man neben quantitativen auch qualitative Veränderungen fest: Es wird nicht nur weniger konsumiert, es wird zugleich anders konsumiert. Die Nachfrage nach Luxusartikeln nimmt ab zugunsten der Nachfrage nach einfachen und preisgünstigen Gütern.

Solche Strukturveränderungen beschränken sich nicht auf den privaten Konsum, sie zeigen sich in allen Bereichen der Volkswirtschaft, denn aufgrund der abnehmenden Nachfrage wird nicht nur weniger produziert, es wird auch auf andere Weise produziert.

Sofern die Unternehmer mit geringerer Kapazitätsauslastung rechnen, vermindern sie ihre Investitionen im Produktionsbereich und bemühen sich um so intensiver um Absatz und Verkauf. Zudem setzen die angespannte Liquiditätslage und der verstärkte Konkurrenzdruck dem unternehmerischen Handlungsspielraum engere Grenzen, so daß die Ausgaben etwa für Werbe- und Forschungsaufwand beschnitten werden und gleichzeitig die Anstrengungen bei der Suche nach kostensparenden Verfahrensweisen wachsen.

Die veränderten Marktbedingungen zwingen somit zu einer Neuorientierung bei der Bewertung wirtschaftlicher Aktivitäten und verleihen der Betriebsorganisation ein strafferes Gesicht. Die einzelnen Organisationskomponenten bleiben zwar erhalten, doch wird die Bedeutung bestimmter Unternehmensbereiche steigen, die anderer sinken.

Diese Umstrukturierung innerhalb der Betriebe wirkt sich notwendigerweise auf die Personalbeschaffungspolitik der Unternehmen aus. In einer Branche, die zu starker Produktionseinschränkung gezwungen ist, wird die Nachfrage nach Führungs- und Fachkräften für den Produktionsbereich im Gegensatz zu den Bereichen Absatz/Verkauf/Marketing überproportinal abnehmen.

Diese Umgewichtung innerhalb der Unternehmensbereiche bedingt eine Schwerpunktverlagerung in den Aufgabenbeschreibungen vakanter Positionen, doch können dabei die grundlegenden Qualifikationsmerkmale unverändert bleiben.

So verlief der Angebotsanteil für Ingenieurwissenschaftler stetig über der 25-Prozent-Marke, wobei in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs Ingnieure eher für das Produktionsmanagement und für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben gesucht wurden, während mittlerweile das Gros der Angebote für sie aus dem Vertriebsbereich resultiert.

Der Stellungsuchende gewinnt mit diesen Ergebnissen Anhaltspunkte für die Einschätzung seiner Bewerbungschancen und kann danach etwaige Weiterbildungsmaßnahmen „bedarfsgerecht" ausrichten. Entsprechend bieten diese Daten Entscheidungshilfen für Jugendliche bei Berufs- und Studienplatzwahl

Die Anzeigenanalyse wird nach verschiedenen Gesichtspunkten durchgeführt. Sie durchleuchtet nicht nur die Entwicklung des Personalbedarfs einer bestimmten Branche, sie gibt auch Aufschluß darüber, welche Fachbereiche bei den Ausschreibungen tendenziell stärker berücksichtigt werden und zeigt außerdem die Bevorzugung bestimmter Ausbildungsanforderungen für die verschiedenen Unternehmensbereiche (siehe Graphik).

Zusätzlich läßt sich aus den Angaben der Inserate ermitteln, ob sich etwa auch das Angebot an Top-Managementspositionen der veränderten Konjunkturlage anpaßt und ob solche Veränderungen branchenspezifische Unterschiede aufweisen.

Die Aufgliederung der Stellenausschreibungen nach Branchenanteilen ist für volkswirtschaftliche Fragestellungen interessant, da die Periodenvergleiche dieser Anteile Positionsverschiebungen der einzelnen Wirtschaftszweige verdeutlichen. So wird beispielsweise die wachsende bzw. abnehmende Bedeutung der einzelnen Branchen für den Stellenmarkt ersichtlich.

Während die Zahl der Angebote zum Beispiel aus dem Maschinen- und Apparatebau seit 1980 um mehr als 40 Prozent abnahm, blieb die absolute Nachfrage von seiten des Kreditgewerbes nahezu konstant. Damit erhöhte sich der Anteil der letztgenannten Branche, da sich die Gesamtzahl der Stellenangebote verkleinerte.

Auch der Anteil der chemischen und Mineralölindustrie sank in den letzten Jahren permanent, wogegen die Computerhersteller eindrucksvolle Zugewinne verbuchten. Offensichtlich sind die periodisch registrierten Abweichungen in der Nachfrage nach Führungs- und Fachkräften bei den einzelnen Branchen aus unterschiedlichen Ursachen abzuleiten.

So führte das Sparverhalten der Autofahrer und Heizölkonsumenten in den letzten Jahren zu einem spürbaren Absatzrückgang auf dem Mineralölmarkt. Das Tankstellennetz wurde dezimiert, Raffinerien stillgelegt, und entsprechend sank der Anteil der Angebote für Führungs- und Fachkräfte aus der chemischen und Mineralölindustrie seit 1980 von 7,6 auf mittlerweile 6,2 Prozent.

Der positive Trend bei den Computerherstellern weist 1980 noch einen Anteil von 2,7 Prozent aus, 1982 3,3 und stieg im dritten Quartal 1983 auf 5,2 Prozent. Die Gründe für diesen Boom liegen sicher einmal in der zunehmenden Ausweitung der DV-Anwendungsgebiete, forciert durch die Innovationsflut, die in den letzten Jahren auf diesem Sektor zu registrieren war. Hinzu kommt aber ein enormer Zuwachs von Anbietern in dieser Branche, was sich auf dem Markt für Führungs- und Fachkräfte niederschlägt.

Wer anläßlich der Systems 83, der Computermesse in München, einen Gang durch die Ausstellungshallen riskierte, kann sich angesichts des unübersehbaren Heeres an Ausstellern und Demonstrationsobjekten über wachsenden Personalbedarf in dieser Branche nicht wundern. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum stieg die Zahl der Stellenangebote aus der Computerindustrie im dritten Quartal 1983 um mehr als die Hälfte.

Für eine betriebswirtschaftliche Trendanalyse ist die Aufschlüsselung nach Fachbereichen geeignet. Die Neugewichtung der Aufgabengebiete innerhalb der Betriebsorganisation entspricht der veränderten Einschätzung der Problemschwerpunkte aus Unternehmersicht.

Sofern diese Verlagerungen in den einzelnen Branchen dem allgemeinen Trend folgen, kann geschlossen werden, daß außerbetriebliche Faktoren – etwa die Konjunkturentwicklung – die Strukturveränderungen innerhalb der Unternehmen zuminest mitverursachten.

Aus der Untersuchung der Hamburger Personalberatung geht hervor, daß der Bereich Absatz/Verkauf/Marketing mit 40,6 Prozent Anteil im dritten Quartal 1983 nicht nur an der Spitze lag, sondern permanent anstieg (1980: 31,7 Prozent, 1981: 32,1 Prozent, 1982: 37,5 Prozent). Überproportionale Nachfragesteigerung zeigen außerdem die Bereiche Materialwirtschaft/Einkauf und das Finanz- und Rechnungswesen.

Die nachhaltige Betonung der angeführten Fachbereiche erscheint vom Standpunkt der Unternehmen her durchaus angezeigt, da die stagnierenden Absatzzahlen auf den immer stärker umkämpften Märkten vermehrte Anstrengungen im Vertriebsbereich notwendig machen. Zum anderen lassen die erforderlichen Sparmaßnahmen und Rationalisierungsbestrebungen die Bedeutung des Bereichs Finanz- und Rechnungswesen wachsen, denn von einem gut funktionierenden Berichtswesen, durch das etwaige Schwachstellen aufgedeckt werden, profitiert die Ertragslage der Unternehmen.

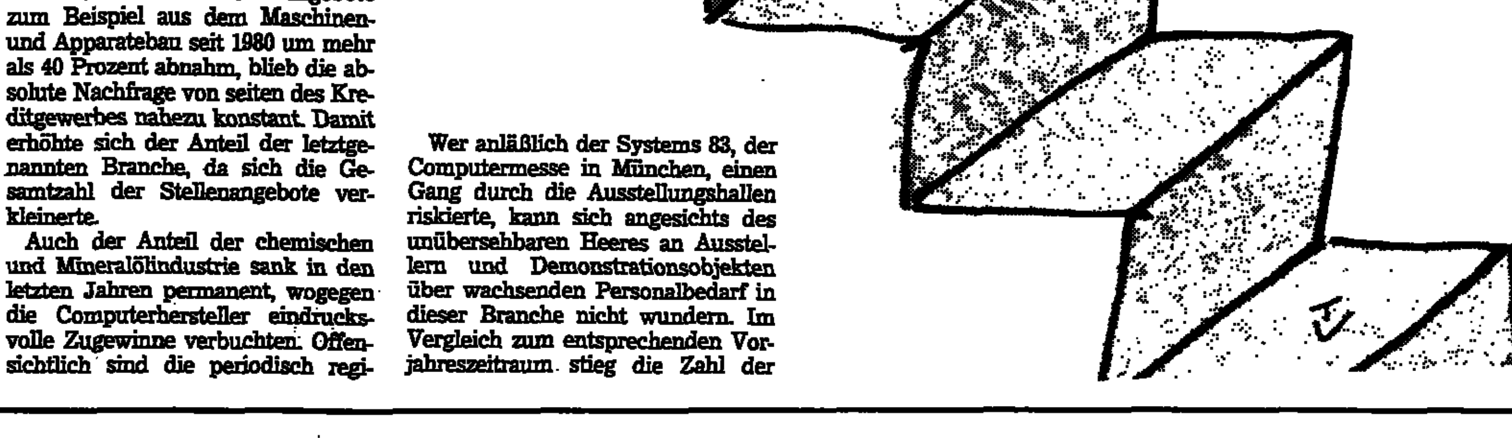
Der Fachbereich Absatz/Verkauf/Marketing erweist sich seit Jahren als der Bereich mit der höchsten Anzahl angebotener Positionen. Zeigen die Unternehmen bei anderen Ressorts, wie beispielsweise EDV/Organisation, Planung, Forschung und Entwicklung, Personalwesen in, Zeiten schlechter Geschäftslage zunehmend Zurückhaltung bei der Ausschreibung von offenen Stellen, so scheint die Nachfrage nach Führungs- und Fachkräften für den Verkaufsbereich antizyklisch anzusteigen.

Bei der Auswertung nach Branchen liegt in der Hamburger Untersuchung seit 1981 die pharmazeutische Industrie unangefochten an der Spitze. Dieser Industriezweig offerierte im dritten Quartal 1983 17 Prozent aller ausgeschriebenen Verkäuferstellen. An zweiter Stelle folgen die elektronische Industrie (1980: 11,1 Prozent; 1981: 10,5 Prozent; 1982: 10,7 Prozent) und der Maschinen- und Apparatebau (1980: 12,1 Prozent; 1981: 10,7 Prozent; 1982: 9,3 Prozent).

Die „typische" Ausbildung gibt es für die Verkaufsprofis offensichtlich nicht. Nach der Untersuchung wird bei rund 63 Prozent (1982) der Anzeigen eine akademische Ausbildung nicht ausdrücklich gefordert. Betrachtet man sämtliche Stellenanzeigen für alle Fachbereiche, so liegt der entsprechende Wert bei 41 Prozent. Ansonsten werden noch Ingenieure für den Verkaufsbereich gesucht, und zwar mit steigenden Anteilen: 1980: 12,8 Prozent, 1981: 15,3 Prozent, 1982: 16,4 Prozent. Häufig gefordert werden auch Diplom-Kaufleute und -Betriebswirte (1982: 7,7 Prozent) und Volkswirte (1982: 1,2 Prozent). Die restlichen 11,5 Prozent (1982) verteilen sich auf andere akademische Ausbildungen.

Im Vergleich zum Durchschnitt aller Stellenanzeigen liegen beim Bereich Verkauf/Vertrieb/Marketing die angebotenen Positionen eher im Fach- als im Managementbereich. Während von allen angebotenen Stellen (1982) 6,3 Prozent dem Top-Management und 48,9 Prozent dem Middle-Management zuzurechnen sind, betragen die Anteile der betreffenden Angebot für den Verkaufsbereich nur 1,7 Prozent bzw. 44 Prozent. Dabei ist auch hier – wie die Untersuchung

● Fortsetzung Seite 18



Er liest sich gezielt nach oben



DR. MANFRED SCHULZE
Geboren 1943, Abitur, Offiziersausbildung bei der Bundeswehr. Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Dipl.-Kaufmann 1970, Promotion 1971. Sieben Jahre Philips EDV-Vertrieb, zwei Jahre Unternehmensberater bei der PA-Management Consultants. Seit 1980 stellvertretender Leiter der SCS Personalberatung Hamburg.

Mehr Angebote signalisieren das Ende der langen Rezession

● Fortsetzung von Seite 17

zeigt – ein Anstieg der Positionen mit höherem Funktionslevel sichtbar: 1980 hatten die entsprechenden Anteile noch 1,2 Prozent (top) und 39,6 Prozent (middle) betragen. Damit bildet dieser Funktionsbereich eine Sonderstellung am Anzeigenmarkt.

Bei schlechter werdender Konjunktur entschließen sich die Unternehmen im allgemeinen, untere Managementpositionen aus dem eigenen Haus zu besetzen, und haben offensichtlich, wenn überhaupt Bedarf vorhanden ist, keine Probleme, Fachpositionen ohne Stellenanzeigen in den großen Tageszeitungen zu decken. Da Verkaufen in Zeiten schwacher Nachfrage zum Thema Nr. 1 in der Wirtschaft wird, geht es bei diesem Bereich offensichtlich nicht ohne aktive Personalsuche.

Soweit in den Stellenangeboten eine spezielle Ressortverantwortlichkeit genannt war, wurden 1982 am häufigsten Top-Manager für den Fachbereich Absatz/Verkauf/Marketing mit 10 Prozent gesucht. Dieser Anteil hat sich seit 1980 nicht verändert. Zunehmenden Anteil zeigen die Top-Manager für den Bereich Finanz- und Rechnungswesen (1980: 3,8 Prozent, 1982: 5,4 Prozent). An dritter Stelle liegt – mit sinkender Tendenz – das Ressort Produktion/Fertigung (1980: 5,8 Prozent; 1982: 4,0 Prozent).

Im dritten Quartal 1983 wurden bei Top-Management-Positionen am häufigsten Ingenieure genannt (15,9 Prozent). Der Gesamtanteil dieser Berufsgruppe lag – unabhängig von der Funktionsbeschreibung – bei 28,9 Prozent. Die zweite Stelle nahmen Betriebswissenschaftler mit [illegible] Prozent (11,8 Prozent) ein, gefolgt von Volkswirten 3,1 (2,6) und Juristen 1,8 Prozent (1,2 Prozent).

Berücksichtigt man die Relation von Anteil der Top-Management-Positionen zum Gesamtanteil für die jeweilige Berufsgruppe, so ergibt sich für die Juristen das günstigste Ergebnis, denn [illegible] Prozent aller Angebote an sie waren mit Funktionen der höchsten Unternehmensebenen verbunden. Von den angesprochenen Volkswirten sollten 10,4 Prozent, von den Betriebswissenschaftlern [illegible] Prozent und von den Ingenieuren 4,8 Prozent Top-Management-Aufgaben übernehmen.

Die vorliegenden Daten lassen annehmen, daß aus der Analyse der Stellenangebote in den überregionalen Tageszeitungen Rückschlüsse auf die Unternehmenspolitik der einzelnen Branchen zu ziehen sind.

Der Einfluß der Konjunkturentwicklung auf die Personalbeschaffungspolitik wird sichtbar, Strukturveränderungen innerhalb des Personalwesens werden transparent und lassen Folgerungen auf die veränderte Einschätzung der Problemschwerpunkte aus Unternehmersicht zu. Damit erweist sich die Analyse des Stellenmarktes als brauchbares Mittel zur Gewinnung aussagekräftiger Indikatoren, die auf Veränderungen von betriebs- und volkswirtschaftlich relevanten Daten hinweisen. ■

Wie gut ist der Bewerber?

Von PETER FRIEDERICHS

Die extrem gestiegenen Personalkosten verlangen von den deutschen Unternehmen bei der Einstellung von Bewerbern bedachtvolle Vorsicht. Jede Fehlentscheidung käme teuer zu stehen. Insbesondere Führungskräfte und hochdotierte Spezialisten sind sorgfältig und gezielt auszuwählen.

Die zunehmenden betriebswirtschaftlichen Zwänge zur unbedingt richtigen Entscheidung im Personalbereich machen ein Auswahl- und Beurteilungssystem notwendig, das ein großes Maß an Handhabbarkeit, Akzeptanz und Ökonomie aufweist und sich zum anderen in der Verläßlichkeit von den anderen Systemen deutlich unterscheidet.

Die Lösung des Problems ist der Beurteilungs-Interviewfragebogen STAFF, da er ausschließlich für unternehmensbezogene Personalarbeit entwickelt wurde und neben ökonomischer Durchführung und hoher Akzeptanz eine nachgewiesene Verläßlichkeit und damit Prognosefähigkeit hat.

Der Name leitet sich ab von STAndardisierter Interviewfragebogen Für Führungskräfte. Das System STAFF besticht besonders durch seine vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten, so in allen Bereichen des Personalwesens, in dem Beurteilungsprozesse ablaufen und im Rahmen der Personalauslese sowohl bei Spezialisten als auch bei Führungskräften des AT-Bereichs.

Zusätzlich kann der Fragebogen im Rahmen der Personalplanung, der Personalentwicklung und des Managementdevelopments entweder als Beratungssystem oder als Beurteilungs- und Auslesesystem eingesetzt werden. Last not least empfiehlt sich STAFF ebenfalls als Beurteilungsbaustein in Beurteilungsseminaren (Assessment Center).

Inhaltlich zeichnet sich STAFF durch folgende Qualitätsfaktoren aus:

- Erfassung von Leistungsmotivation, Problemlösungsfähigkeit und emotionaler Stabilität
- kurze Form und klare, verständliche Fragen
- transparente Darstellung der Ergebnisse in Profilform

Im Gegensatz zu den gängigen Beurteilungssystemen, die ausschließlich auf die Persönlichkeitsstruktur des Bewerbers abzielen, erfaßt die STAFF-Befragung auch das Arbeitsverhalten von Managern und Führungskräften. Die Antworten sind vom Bewerber nicht manipulierbar, da er auf die Bewertung seiner Antwort keinen Einfluß nehmen kann.

Bewerteten die Chefs bislang nur die intellektuellen und organisatorischen Fähigkeiten des Bewerbers, so ist es nun möglich, die Kandidaten in Gruppen zu testen, das heißt, verschiedene Kandidaten miteinander zu vergleichen. Bei psychologischen Vorkenntnissen hat der Beurteiler weiter die Möglichkeit, in eine differenzierte Interpretation der Kandidatenpersönlichkeit einzutreten.

Dem Kandidaten wird weitgehend die Möglichkeit genommen, arbeitsplatzrelevante Schwächen zu verdecken. Die Dauer für eine STAFF-Befragung überschreitet kaum eine halbe Stunde und ist also ohne Schwierigkeiten während eines normalen Einstellungsinterviews durchführbar. Somit ist nicht nur die Effizienz der Auswahl gegeben, sondern auch die von den Unternehmen gewünschte Ökonomie des Verfahrens. ■



PETER FRIEDERICHS
Geboren 1941 in Wien. Studium Psychologie und Soziologie an der Universität Köln. Diplom-Psychologe. Geschäftsführer der P & M GmbH in Bonn.

700 Experten stehen bereit

Die „Alten“ gehen ohne Honorar ins Ausland

Von GERHARD FRITZ

Im Frühjahr 1983 wurde ein „Senior-Experten-Service (SES) der Bundesrepublik Deutschland“ gegründet, der in Bonn beim Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT), Buschstr. 2, Postfach 1448, seinen Sitz hat und der mit Hilfe ehrenamtlicher Einsätze vor allem die Unterstützung bedürftiger mittelständischer Wirtschaft in Entwicklungsländern beraten soll. Der Dienst wird finanziell für 3 Jahre vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit jährlich rund DM 700 000,– unterstützt.

Der SES verfügte im Oktober 1983 bereits über mehr als 700 registrierte Senior-Experten. Berufserfahrene Männer und Frauen haben sich bereit erklärt, das in Jahrzehnten am Arbeitsplatz erworbene fachliche Wissen und praktische Können in ehrenamtlichen Einsätzen vor allem an Firmen (aber auch an Verwaltungen usw.) in Entwickungsländern weiterzugeben.

Rund 200 verschiedene Qualifikationen sind beim SES verfügbar, hauptsächlich Berufe der Wirtschaft: allen voran Ingenieurberufe. Daneben meldeten und melden sich ständig Lehrer, Ärzte, Architekten, Agrarfachleute oder Verwaltungsbeamte. Zwei Drittel der Senior-Experten sind jünger als 65 Jahre. Etwa 10 Prozent der Interessenten sind Frauen.

In den ersten neun Monaten des Jahres 1983 haben bereits 18 Kurzzeiteinsätze zum Zwecke der Beratung von Unternehmen in Entwicklungsländern stattgefunden. Die ersten Einsätze haben natürlich vielfach den Charakter von Pilot-Einsätzen. Das heißt, die Einsatzerfahrung des Jahres 1983 soll in einer Klausurtagung der Beteiligten Ende Januar 1984 zur Diskussion gestellt werden. Dort soll dann geklärt werden, ob die vom SES eingeschlagene Richtung beibehalten werden kann oder ob sie geändert werden muß.

Da am 31. Januar 1983 Bundesminister Jürgen Warnke in der ersten Veranstaltung des SES im Hause des Deutschen Industrie- und Handelstages DIHT, Bonn, die Gründung des SES bekanntgab, wird dieser Jahrestag künftig für den SES der Zeitpunkt sein, an dem selbstkritisch Erfolge und Mißerfolge in den abgelaufenen 12 Monaten betrachtet werden. In dieser Klausurtagung wird der SES rund 30 Einsätze des Jahres 1983 beurteilen können.

Die meisten Einsätze entfallen gegenwärtig auf die Beratung der Klein- und Mittelindustrie in den Entwicklungsländern.

Schätze werden gehoben

Andere fanden und finden statt im Genossenschafts-, Kammer- und Siedlungswesen, im Agrar- und Infrastrukturbereich der Entwicklungsländer.

Die Einsätze in der Wirtschaft liegen im Gründungsjahr 1983 in unterschiedlichsten Bereichen: Konsumgüterindustrie (z. B. Fleischverarbeitung), Motorenbau, Gießereiwesen, Metallverarbeitung, Glas- und Glaswarenherstellung, Herstellung von Autozubehör, Keramik, Kunststoffverarbeitung, Textilindustrie, Natursteinbruch und -verarbeitung, Holzverarbeitung, Verbands- und Kammerwesen, Exportfragen, Genossenschafts- und Siedlungswesen, Pflanzenbau sowie Schädlingsbekämpfung.

Senior-Experten sind in Entwicklungsländern einsetzbar zur Beantwortung von Fragen der Unternehmenspolitik, der kaufmännischen und technischen Betriebsführung in Unternehmungen der Industrie, des Handwerks, des Handels, der Dienstleistungen und in Verwaltungseinrichtungen. Hilfen werden gegeben im Bereich der Organisation, des kaufmännischen Managements, der Produktion, des Marketings, des Imports, des Exports und der Ausbildung. Fachkräfte des SES können nachgefragt werden, um Rationalisierungen in Wirtschaft und Verwaltung vorzubereiten, Arbeitseinheiten und Betriebe zu gründen oder zu verlegen, Arbeitsplätze zu gestalten, Verbands- und Kammerwesen zu entwickeln.

Der SES verfügt auch über Spezialisten für Energieeinsparung im Betrieb. Der SES kann auf Baustellen und in andere Firmenprogramme in Entwicklungsländern Lehrer und Ärzte entsenden. Er kann beim Aufbau von Lehrwerkstätten und Lehrecken in Übersee helfen. Er kann Messeassistenzen im In- und Ausland stellen. Der SES berät Stadtverwaltungen in Fragen der Ent- und Versorgung und Regierungen in Fragen des Managements von Infrastrukturbetrieben. Der SES kann mithelfen bei der Organisation von Gesundheitsdiensten und der Gestaltung des Erziehungswesens.

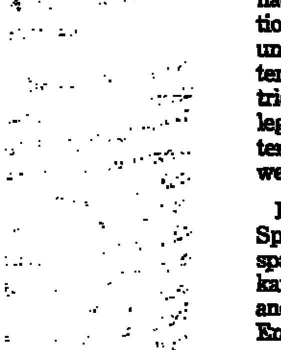
Über 100 Anträge auf Einsätze in Entwicklungsländern liegen dem SES bereits vor. Bei nur 20 bis 30 geplanten Einsätzen im Gründungsjahr 1983 kann der SES bereits seit August fast alle neuen Anträge auf Einsätze nur noch für 1984 buchen. Eine ähnliche Situation, erfreulich für den SES, zeichnet sich bereits auch für 1984 ab.

Partner in Entwickungsländern sollen in der Regel alle Kosten tragen, die in einheimischer Währung anfallen: Unterkunft, Verpflegung, Nebenkosten (wie Wäsche, Reinigung), lokaler Transport, Unkostenpauschale (umgerechnet täglich US-Dollar 12). Der Senior-Experte will schließlich auch einmal ein Bier trinken, nach Europa telefonieren und am Wochenende das Land, in dem er arbeitet, kennenlernen. Dafür ist die Unkostenpauschale vorgesehen. Der Partner soll, wenn es ihm zugemutet werden kann, internationale Flugkosten übernehmen. Der SES kann gegenwärtig ohne Spenden der Wirtschaft, nur gespeist aus einem schmalen öffentlichen Budget, Flugzuschüsse in sehr beschränktem Maße leisten.

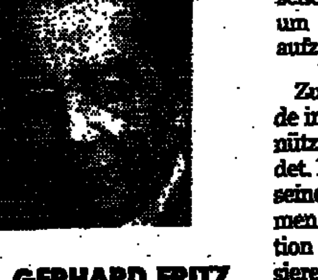
Bei längeren Einsätzen bereitet der SES Senior-Experten auf ihre Einsätze bei der Zentralstelle für Auslandskunde der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung in Bad Honnef vor. Der Senior-Experte wird auch gebeten, wenn notwendig ein Praktikum vor seinem Einsatz in einer befreundeten deutschen Firma zu absolvieren, um benötigtes Fachwissen aufzufrischen.

Zur Stützung des SES wurde im August 1983 ein gemeinnütziger Förderverein gegründet. Der SES beabsichtigt, mit seiner Hilfe dann deutsche Firmen für eine besondere Aktion mit dem Motto zu interessieren: „Deutsche Firmen helfen Firmen in Entwicklungsländern.“

Im Rahmen dieser Aktion können deutsche Firmen unabhängigen, vor allem mittelständischen Geschäftsfreunden in Entwicklungsländern, die besondere Probleme zu lösen haben, durch ihre Außenvertretungen einen neuen Kundendienst anbieten: eine relativ preisgünstige Kurzzeitberatung durch den SES. Im Rahmen der Gewerbeförderungspolitik und des Konzepts der Wirtschaftsberatung des Bundesministerims für wirtschaftliche Zussammenarbeit kann diese neue Kooperationsart sich zu einer besonders kostengünstigen und effektiven Variante in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern entwickeln. ■







DR. GERHARD FRITZ
Geboren am 7. 7. 1921. Abitur. Studium der Betriebswirtschaft und Volkswirtschaft in der Wirtschaftshochschule Mannheim, 1949 Examen als Diplom-Kaufmann. 1949 bis 1951 Wissenschaftlicher Hilfsassistent in Mannheim. 1952 bis 1964 Referent und später Geschäftsführer in der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz in Ludwigshafen. 1955 Abordnung zum Deutschen Industrie- und Handelstag. 1957 bis 1965 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1964 bis 1981 Kurator der Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung (DSE), Berlin. 1982 Gutachterauftrag beim DIHT über den Aufbau eines Senior-Experten-Service. 1983 Beauftragung mit dem Aufbau eines Senior-Experten-Service (SES).

In der Flaute kommt die betriebliche Kommunikation unter die Räder

Gräbt der Boß sich ein, ist der Laden tot

Von KARL-ERNST WOLFF

Hand aufs Herz: wann haben Sie sich das letzte Mal mit dem Leiter Ihres Personalwesens über die wichtigsten Mitarbeiter Ihres Unternehmens unterhalten? Nicht nur, weil ein akuter Fall anstand. Sondern generell. Weil es um künftige Planung ging. Um das Betriebsklima. Um die Leistung allgemein und um die Förderungswürdigkeit verschiedener Mitarbeiter im Besonderen?

Ich erspare Ihnen die Antwort. Es ist schon einige Zeit her. Ich weiß, daß Sie die Tagesarbeit auffrißt. Daß der Tag für Sie 16 Stunden hat und daß Sie mit Fug und Recht sagen könnten: „Ich habe weiß Gott andere Sorgen, als mich mit meinem Personalchef jetzt darüber zu unterhalten, welche Mitarbeiter förderungswürdig sind.“ Und jeder wird Ihnen recht geben. Denn wir leben ja nicht gerade in einer Konjunkturzeit. Rundheraus gesagt: jedes dritte Unternehmen kämpft ums Überleben. Wo bleibt da noch Zeit für Mitarbeiter-Gespräche.

Aber: wo kein Gespräch ist, ergeben sich keine Kontakte. (Erinnern Sie sich daran, daß Sie den Verkaufs-Abschluß mit Müller & Co. eigentlich nur deshalb unter Dach und Fach brachten, weil Sie einen so guten Kontakt zur dortigen Unternehmensleitung hatten?) Und wie steht es mit den Führungskräften Ihres Middle-Managements? Für Müller & Co. hatten Sie Zeit. Für Ihr Middle-Management nicht? – Das ist keine Anklage. Nur ein Anstoß zum Nachdenken.

Denn es ist kein weiter Weg bis zum „Frust“. Und nur zu schnell kommt (auch von seiten eines qualifizierten Middle-Managements) die Resignation. „Wozu sich anstrengen? Es nimmt ja doch niemand davon Notiz.“

> „Was wissen Sie eigentlich von Ihren Angestellten?“

Gutwillige und loyale Führungskräfte des Middle-Managements attestieren die Belastung der Geschäftsleitung („unsere Chefs haben jetzt viel um die Ohren“). Aber es gibt auch Führungskräfte, die sagen, daß die Vorstände auf einem „hohen Roß“ sitzen würden, von dem sie besser herunter steigen sollten. Schließlich müsse man sich im eigenen Unternehmen die Kraft holen, um Mitarbeiter zu begeistern. Diejenigen, die resignieren, sagen: „Ich tue ja meine Arbeit. Genügt das nicht?“

Die anderen stehen auf dem lebensbejahenden Standpunkt „Verzweiflung macht man selbst“ und bemühen sich, aus sich heraus die Kraft zu finden, um die eigenen Mitarbeiter zu begeistern und positiv zu motivieren.

„Die Wirklichkeit hat die Phantasie schon überholt“, las ich kürzlich. Wie wahr. Denn wer realistisch seine Führungsmannschaft beurteilt, muß feststellen, daß die „Ermüdungserscheinungen“ im Middle-Management weiter vorgeschritten sind, als man vor einigen Jahren es noch je für möglich gehalten hat. Der Blick über die Schulter („Wer kommt hinter mir, wer will mich überholen?“) hat nachgelassen.

In vielen Fällen tut man nur seine Pflicht. Sicher: es gibt Zielvorgaben, Finanzpläne, Personalentwicklungspläne, Strategien und was weiß ich noch alles. Aber der menschliche Kontakt bleibt auf der Strecke.

Ehrlich, Herr Geschäftsführer: Was wissen Sie zum Beispiel über Ihren leitenden Angestellten, Herrn A.? Wo sind seine Probleme? Was bewegt ihn? Wo steht er als Mensch in seiner Führungsposition? – Wenn Sie offen zu sich selbst sind, wissen Sie von diesem oder jenem, daß er seinen Dienst hervorragend macht, sein Umsatzerfolg weit über dem Soll liegt und daß er ein „guter Mann“ ist. Notfalls wissen Sie auch noch, was er verdient. Aber reicht das?

Was wissen Sie von seiner Motivation (die er braucht)? Was wissen Sie, unter welchen Schwierigkeiten er seine (guten) Leistungen erbringt? Wie motiviert er sich? Wer motiviert ihn?

Um es kurz zu machen: wann haben Sie das letzte Mal mit Ihrem Personalchef über diese Führungskraft des Middle-Managements gesprochen? Sie haben keine Zeit? Sie bedauern das sehr? Gut. Die Erklärung wird akzeptiert.

Aber was hat der Mann davon. Zwar haben Sie als Unternehmensleiter heute mehr Probleme als früher. Aber gibt Ihnen die Technik nicht auch mehr Zeit als früher? Die EDV erarbeitet Ihnen in Kürze die für Sie wichtigen Zahlen. Führungskräfte erarbeiten Ihnen entscheidungsreife Vorlagen. Irgendwo muß doch eine Zeitersparnis dabei rauskommen. Warum reservieren Sie diese kleine Spanne Zeit nicht für Ihren Personalchef?

Was glauben Sie, wovon wir Personalberater eigentlich leben? Nicht – wie Sie vielleicht glauben wollen – von den „verlockenden Angeboten anderer Firmen, die mehr zahlen“. Auch nicht von denen, die nach einem höheren Titel streben.

Nein. Wir leben von frustrierten Führungskräften, die im eigenen Unternehmen nicht entsprechend beachtet werden. Die sich auf eine ausgeschriebene Position oft schlicht und einfach mit den Worten einführen: „Ich will wechseln, weil ich aus diesem Frust heraus muß.“ Wo die Flaute regiert, muß das Team stimulieren, das Gespräch auf allen Etagen, und vor allem zwischen allen Etagen. ■



KARL-ERNST WOLFF
Geboren 1923 in Berlin, Industriekaufmann, sechs Jahre Verkaufsarbeit bei Kalle AG, acht Jahre bei Feldmühle AG, Direktor bei Henninger-Bräu, Marketingchef, Geschäftsführer der Quandt-Gruppe. Seit 1969 Inhaber einer Management-Beratung, Mitglied im Bundesverband Deutscher Unternehmensberater e. V., Bonn.

Die berufliche Karriere macht sich auch in der Flaute nach wie vor bezahlt

Drastische Gehaltskürzungen blieben bisher aus

Von HEINZ EVERS

Karrieren in der Wirtschaft sind 1983/84 zweifellos schwieriger geworden. Die anhaltende Rezession stellt erhöhte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und das Engagement der Manager. Gleichzeitig gefährdet sie in zunehmendem Maße die Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Die gestiegene Zahl arbeitsloser Manager belegt dies nur allzu deutlich.

Was die Vergütung der Führungskräfte heute angeht, so macht sich die berufliche Karriere im Unternehmen nach wie vor bezahlt. Drastische Gehaltskürzungen im Management – obwohl vielfach angekündigt – sind im vergangenen Jahr ausgeblieben. Mit Vergütungssteigerungen zwischen 3 Prozent und 5 Prozent konnten die Manager sogar ihre Realeinkommen noch annähernd behaupten. Offenbar hält die Furcht vor Demotivation ihrer Schlüsselkräfte die Unternehmen davon ab, aus der schlechten Ertragssituation negative vergütungspolitische Konsequenzen zu ziehen.

Zu diesen Feststellungen kommt die jüngste Kienbaum Gehaltsstrukturuntersuchung. Diese umfassendste Untersuchung zur Managervergütung in Deutschland analysiert die Vergütung von 5500 leitenden Angestellten und 750 Geschäftsführern und Vorstandsmitgliedern. Die Spanne der 694 einbezogenen Unternehmen reicht vom Kleinbetrieb des Maschinenbaus mit 25 Beschäftigten bis hin zum Elektrokonzern mit Milliarden Umsätzen.

Nach den Ergebnissen dieser Studie verdiente der „Durchschnitts"-Geschäftsführer im Jahre 1983 immerhin 225 000 DM. Der Hauptabteilungs- bzw. Bereichsleiter auf der darunterliegenden Managementebene erhielt im Durchschnitt 114 000 DM, der ihm unterstellte Abteilungsleiter 88 000 DM. In diesen Beträgen sind etwaige variable Vergütungskomponenten eingeschlossen.

Hinter diesen Durchschnittszahlen für die einzelnen Managementstufen verbergen sich breite Vergütungsspannen. Sie werden primär durch die unterschiedliche Größe der Unternehmen geprägt, in denen die einzelnen Führungskräfte arbeiten. So verdient etwa ein Abteilungsleiter in einem Unternehmen mit 10 Millionen DM Jahresumsatz im Durchschnitt 65 000 DM; in einem Betrieb mit 500 Millionen DM Jahresumsatz dagegen erreicht er glatte 100 000 DM jährlich.

Weit stärker noch wirkt sich der Einfluß der Unternehmensgröße auf die Bezüge der Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder aus. Liegt etwa das Durchschnittssalär eines Geschäftsführers in einem mittelständischen Betrieb mit 10 Millionen DM Jahresumsatz bei 160 000 DM, so steigen diese Bezüge in deutschen Größtunternehmen mit Milliarden-Umsätzen, wie etwa Daimler-Benz oder VW, auf mehr als das 5fache an.

Eine weitere starke Vergütungsdeterminante für Top-Manager ist die individuelle Ertragssituation ihrer Unternehmen. Gesellschaften mit überdurchschnittlichen Gewinnen honorieren ihre Spitzenkräfte 30 bis 40 Prozent besser als Unternehmen mit sehr schlechter Ertragslage.

Diese starke Ergebnisabhängigkeit der Top-Bezüge resultiert vornehmlich aus der direkten Verknüpfung von Unternehmensgewinnen und variablen Vergütungselementen. Als vertraglich fixierte Ergebnistantiemen oder freiwillig gewährte Jahresabschlußprämien passen sich diese Vergütungselemente in ihrer Höhe entweder automatisch der Gewinnsituation an oder spiegeln doch die Zufriedenheit der Kapitaleigner über den erzielten Jahresgewinn wider. Die durchschnittliche Höhe dieser variablen Vergütungskomponente erreicht im Top-Management rund 30 Prozent der Gesamtbezüge.

Im Gegensatz dazu löst sich bei den leitenden Angestellten die enge Verbindung zwischen betrieblicher Ertragssituation und Vergütung zunehmend auf. Dies äußert sich im steten Abbau variabler Vergütungselemente. In diesem Jahr sind nahezu die Hälfte aller leitenden Angestellten bereits ausschließlich fest besoldet. Noch vor zehn Jahren waren es kaum ein Drittel. Zudem reduziert sich die Höhe ihrer Erfolgsbeteiligung ständig. Sie umfaßt heute noch gerade 13 Prozent der Gesamtbezüge; noch vor 10 Jahren lag der Anteil doppelt so hoch. Infolgedessen liegt auch die Jahresvergütung der leitenden Angestellten in besonders ertragsstarken Unternehmen heute nur noch knapp 5 Prozent höher, als die ihrer Kollegen in Gesellschaften, die bereits tief in den roten Zahlen stecken.

Hier erscheint ein Umdenken erforderlich. Gerade in einer Wirtschaftssituation, die an die leitenden Mitarbeiter besondere Anforderungen stellt, sollte man auf ein so wichtiges Motivationsinstrument, wie es die variable ergebnis- und leistungsorientierte Tantieme darstellt, nicht verzichten.

Neben Unternehmensgröße und Ertragssituation beeinflußt insbesondere bei leitenden Angestellten auch die Art der jeweils ausgeübten Funktion die Höhe ihrer Vergütung. Da die Bedeutung der einzelnen Funktionsbereiche innerhalb des Unternehmens sich allerdings mit der jeweiligen Unternehmenssituation stark verändert, kann es eine generell gültige Vergütungsdifferenzierung zwischen den Führungskräften der verschiedenen Funktionsbereiche nicht geben. Dennoch lassen sich hier bestimmte Tendenzen feststellen.

So sind heute die Vertriebs- und Marketing-Manager zumeist deutlich höher dotiert als die Führungskräfte in der Technik oder der kaufmännischen Verwaltung. Dieses Vergütungsplus resultiert zum einen daraus, daß der Vertrieb heute angesichts des verschärften Wettbewerbs im In- und Ausland tatsächlich in vielen Unternehmen die Schüsselfunktion besitzt. Zum anderen verstehen offenbar die Vertriebs-Manager auch ihre eigene „Vermarktung" besser als ihre Kollegen in marktferneren Bereichen und sind in ihren Gehaltsforderungen aggressiver. Die quantitative Meßbarkeit ihrer Vertriebsleistungen kommen ihnen dabei zugute.

Auf der Geschäftsführungs- und Vorstandsebene ist die Art der ausgeübten Funktion für die Vergütung der Top-Manager bereits weitgehend bedeutungslos. Die Idee der Gleichwertigkeit der verschiedenen Ressorts und damit der finanziellen Gleichstellung der Ressortleiter setzt sich immer mehr durch. Eine solche Vergütungspolitik, die durch eine gemeinsame Gewinntantieme noch unterstrichen wird, betont die Gesamtverantwortung der Top-Manager für das Unternehmen, fördert ihren Teamgeist und baut Ressortegoismen ab.

Vergütungsrelevanter dagegen innerhalb des Top-Managements ist die hierarchische Einstufung der Positionen. Die Jahresbezüge der Vorsitzer bzw. Sprecher der Geschäftsführung liegen im Durchschnitt um 40 bis 50 Prozent über der Vergütung der ordentlichen Mitglieder, die Bezüge der stellvertretenden Mitglieder bis zu 40 Prozent darunter.

Wer verdient was?

(Typische Vergütungsstruktur eines Industrieunternehmens 1983 mit 1000 Beschäftigten und 150 Mill. Mark Umsatz. Zahlen in tausend D-Mark)

Top-Management:	
Vorsitz. d. Geschäftsf.:	300
Techn. Geschäftsführer:	215
Kaufm. Geschäftsführer:	215
Mittelmanagement:	
Vertrieb:	140
Marketing:	128
Fertigung:	120
Forsch. u. Entwickl.:	124
Finanzen:	119
Personal:	115
Einkauf:	106
Organisation + EDV:	109
Recht:	119
Abteilungsleiter:	
Vertrieb-Teilbereich:	91
Export:	90
Werbung:	84
Marktforschung:	87
Produktmanagement:	89
Kundendienst:	86
Fertigung Teilbereich:	89
Konstruktion:	87
Arbeitsvorbereitung:	83
Qualitätskontrolle:	85
Instandhaltung:	82
Betriebsabrechnung:	81
Ausbildung:	80
Datenverarbeitung:	81

(Quelle: Erhebung der Kienbaum Vergütungsberatung, Gummersbach)

Der „Karrierelohn" der deutschen Manager erschöpft sich aber nicht in den monetären Bezügen. Hinzu tritt eine ganze Palette freiwilliger betrieblicher Nebenleistungen. Gerade diese Leistungen haben gegenwärtig infolge schleichender Inflation, gestiegener Soziallasten und Steuerprogression für die leitenden Mitarbeiter stark an Bedeutung gewonnen. In ihrer Qualität sind sie zumeist nach Führungsebenen gestaffelt.

Die begehrteste, für die Unternehmen aber auch mit Abstand teuerste Zusatzleistung ist heute die betriebliche Altersversorgung. Der Anteil der Manager, die eine derartige Zusage besitzen, hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. Er liegt heute bei ca. 90 Prozent.

Die betriebliche Versorgung sichert dem pensionierten Top-Manager nach den Ergebnissen der Kienbaum-Studie zusätzlich zu ihrer gesetzlichen Rente durchschnittlich 55 Prozent ihrer letzten Grundbezüge zu. Bei den leitenden Angestellten ist die Höhe der durchschnittlichen Pensionierungszusagen in den letzten Jahren – nicht zuletzt als Folge der restriktiven Gesetzgebung – geringfügig gesunken. Immerhin beläuft sich die Zusage der Hauptabteilungsleiter aber noch auf 30 Prozent, bei den Abteilungsleitern auf 25 Prozent ihrer Grundbezüge. Diese Sätze garantieren auch ihnen zusammen mit ihrer Sozialrente die finanzielle Sicherung ihres Lebensabends.

Der Jahresurlaub – noch vor wenigen Jahren Spiegelbild der Unternehmenshierarchie und damit zugleich Stautssymbol – hat diesen Charakter inzwischen völlig eingebüßt. Die alte Rangordnung, nach der der Top-Manager drei bis vier Urlaubstage mehr als der leitende Angestellte, dieser wiederum drei bis vier Tage mehr als die tariflichen Mitarbeiter beanspruchen konnte, ist der Nivellierung zum Opfer gefallen. Die Top-Manager erhalten heute mit durchschnittlich 30 Arbeitstagen genausoviel Urlaub wie die leitenden Angestellten oder wie es dem tariflichen Endurlaub der meisten Branchen entspricht.

Im Gegensatz zum Urlaub hat eine andere Nebenleistung ihre Attraktivität für Manager als Statussymbol wie als finanziellen Vorteil nicht nur bewahrt, sondern sogar noch steigern können: der Dienstwagen, der auch für den Gebrauch nach Dienstschluß zur Verfügung steht. Nachdem die Firmen noch bis zu Anfang der 70er Jahre ihre Wagenparks zum Teil drastisch verkleinerten, erlebt der Firmenwagen mit Privatnutzung heute infolge der enormen Verteuerung der privaten Pkw-Haltung eine bemerkenswerte Renaissance. Für Geschäftsführer und Vorstandsmitglieder gehört der Firmenwagen inzwischen zur Normalausstattung. Aber auch etwa 40 Prozent der Hauptabteilungsleiter und über 20 Prozent der Abteilungsleiter kommen heute in den Genuß dieser Vergünstigung. Großzügige Gehaltsfortzahlungsregelungen bei Krankheit und Tod, Unfallversicherungen auch für den Privatbereich sowie die Finanzierung von Vorsorgeuntersuchungen oder die Gewährung von Sonderurlaub für Kuraufenthalte runden das aktuelle Spektrum betrieblicher Nebenleistungen für Manager ab. Alles in allem kann sich damit die Führungskräftevergütung in deutschen Unternehmen auch im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen.

Neben Informationen zur Vergütung liefert die Kienbaum-Studie eine Reihe interessanter Fakten zum persönlichen Profil der deutschen Manager. Zwei Feststellungen erscheinen besonders bemerkenswert.

Zum einen wird das Hoch- und Fachhochschulstudium immer mehr zum notwendigen Qualifikationskriterium für die Übernahme von Managementpositionen. Das gilt selbst für Unternehmensbereiche, in denen bislang auch Mitarbeiter ohne besondere formale Qualifikation bei entsprechender Leistung gute Chancen für den Aufstieg bis in höchste Führungsfunktionen besaßen.

So stieg allein unter den Vertriebsleitern der Anteil der Hoch- und Fachhochschulabsolventen in den letzten zehn Jahren von 32 Prozent auf 43 Prozent an; unter den Exportleitern erhöhte sich die Akademikerquote im gleichen Zeitraum von 18 Prozent auf 38 Prozent.

Man mag diesen Wandel bedauern. Sicherlich wird auf diese Weise das Reservoir der Führungsnachwuchskräfte merklich verkleinert und durchaus leistungsstarken Vertriebs-Mitarbeitern ohne Diplom der Aufstieg wesentlich erschwert. Auch kann man der Auffassung sein, daß man das eigentlich „Verkäuferische" in den Hörsälen unserer Hochschulen eher verlernt als erlernt. Der Trend zur Akademisierung der Managerfunktionen ist jedoch nicht aufzuhalten.

Schließlich eine zweite deprimierende Feststellung der jüngsten Kienbaum-Untersuchung: für Frauen im Management deutscher Unternehmen gilt auch im Jahre 1983/84 nach wie vor das Schlagwort: unterrepräsentiert und unterbezahlt.

Trotz aller gegenteiligen Beteuerungen sind Frauen unter den leitenden Angestellten noch immer eine verschwindende Minderheit. Mit ganzen zwei Prozent liegt ihr Anteil heute nicht höher als vor 20 Jahren. Ihre Tätigkeit beschränkt sich zudem auf einige wenige Funktionen – zumeist innerhalb der kaufmännischen Administration. Der gesamte technische Bereich ist Frauen praktisch verschlossen. Gleiches gilt für die Linienfunktionen des Vertriebs.

Doch auch wenn die weiblichen Mitarbeiter allen Widerständen zum Trotz den Aufstieg ins Management geschafft haben, erwartet Sie eine herbe Enttäuschung. Selbst in vergleichbaren Positionen liegt ihre Vergütung durchweg rund 20 Prozent unter der ihrer männlichen Kollegen. Dieser Abschlag läßt sich im wesentlichen nur geschlechtsspezifisch erklären. Frauen verdienen im Management weniger, weil sie Frauen sind – in unserer heutigen Gesellschaft ein beschämendes Resultat. ■



DR. HEINZ EVERS

Geboren 1941 in Essen. Abitur, Offiziersausbildung bei der Bundeswehr, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Köln und Bochum, Dipl.-Ökom. Promotion zum Dr. rer. oec. über Probleme der Auslese von Top-Managern. Seit 1974 Leiter der Kienbaum-Vergütungsberatung, seit 1982 Geschäftsführer der Kienbaum Personalberatung GmbH, Gummersbach.

